



# Danskernes Historie Online

Danske Slægtsforskeres Bibliotek

## Dette værk er downloadet fra Danskernes Historie Online

**Danskernes Historie Online** er Danmarks største digitaliseringsprojekt af litteratur inden for emner som personalhistorie, lokalhistorie og slægtsforskning. Biblioteket hører under den almennyttige forening Danske Slægtsforskere. Vi bevarer vores fælles kulturarv, digitaliserer den og stiller den til rådighed for alle interesserede.

### Støt Danskernes Historie Online - Bliv sponsor

Som sponsor i biblioteket opnår du en række fordele. Læs mere om fordele og sponsorat her: <https://slaegtsbibliotek.dk/sponsorat>

### Ophavsret

Biblioteket indeholder værker både med og uden ophavsret. For værker, som er omfattet af ophavsret, må PDF-filen kun benyttes til personligt brug.

### Links

Slægtsforskeres Bibliotek: <https://slaegtsbibliotek.dk>

Danske Slægtsforskere: <https://slaegt.dk>





**Eberhard von Vietsch**

**Arnold Rechberg**

**und das Problem**

**der politischen West-Orientierung Deutschlands  
nach dem 1. Weltkrieg**

## Vorwort

Mit der vorliegenden Schrift unternimmt es das Bundesarchiv zum ersten Mal, einen seiner umfangreichsten schriftlichen Nachlässe in darstellender Form zu erschließen. Ursprünglich war von dem Verfasser nicht beabsichtigt, mehr als einen erläuternden Kommentar zu den zu veröffentlichenden Dokumenten zu geben, — ist es doch die nächstliegende Aufgabe archivarischer Veröffentlichungen, historische Quellen selbst sprechen zu lassen. Die Eigenart der behandelten Persönlichkeit und die damit zusammenhängende überwiegende „Eingleisigkeit“ der Überlieferung, die in der nachfolgenden Einführung erläutert werden wird, geboten hier aber ein anderes Verfahren. Es erwies sich als notwendig, das Material unter die Fragestellung eines bestimmten historischen Problems, freilich eines der bedeutsamsten unserer deutschen Geschichte überhaupt, zu pressen, um den Unterlagen auf diese Weise die wissenschaftlich belangreiche Aussage zu entlocken.

Aus der Nachlaßabteilung des Bundesarchivs konnten auch die Papiere mehrerer anderer namhafter Persönlichkeiten zur Hilfe herangezogen werden, wie z. B. die der Generale Hoffmann und von Schleicher, des Obersten Bauer, namentlich aber des Generalobersten Freiherrn von Fritsch. Erneut zeigte sich dabei, wie sehr die Nachlässe von Zeitgenossen sich untereinander zu unterstützen und zu ergänzen vermögen. Dagegen mußte davon abgesehen werden, vereinzelte einschlägige Überlieferungen in anderen in- oder ausländischen Archiven aufzuspüren oder noch sog. Zeugenschrifttum einzusammeln. Auch eine vollständigere Ausschöpfung der deutschen und fremdsprachigen Literatur, als geschehen, konnte nicht ins Auge gefaßt werden. Das alles hätte weit über den Rahmen hinausgeführt, den wir uns bei den Schriften des Bundesarchivs gesetzt haben, und würde im Ergebnis vermutlich den größeren zeitlichen und wissenschaftlichen Aufwand nicht gerechtfertigt haben.

Wir glauben, daß es trotzdem gelungen ist, einen fruchtbaren Beitrag zur politischen Geschichte der letzten Jahrzehnte zu geben und eine Skizze von einem Manne zu entwerfen, dessen Name allenthalben den Zeitgeschichtsforschern begegnet, dessen Persönlichkeit und Schicksal aber bisher doch noch weithin unbekannt blieb. Diese Bereicherung unserer Kenntnis war nur möglich durch die Großzügigkeit und



**Uneigennützigkeit von Herrn Burghardt Rechberg in Hersfeld — dem Neffen des „Nachlassers“ —, der dem Bundesarchiv das gesamte Nachlaßmaterial zur Auswertung überwies. Ihm sei auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen. Wir sind ferner dem Auswärtigen Amt für mancherlei Hilfe dankbar verbunden; es hat auf Bitte des Verfassers in entgegenkommendster Weise zu bestimmten Problemen in den noch in England lagernden deutschen Akten Nachforschungen anstellen lassen.**

**Koblenz, im Januar 1958**

**Dr. Winter  
Direktor des Bundesarchivs**

## Inhaltsübersicht

	Seite
<b>Vorwort</b> . . . . .	3
<b>Einführung</b> . . . . .	7
<b>1. Kapitel: Als Bildhauer bis zum 1. Weltkrieg</b> . . . . .	10
<b>2. Kapitel: Der Versuch eines Separatfriedens mit Frankreich im 1. Weltkrieg und der „Fall Rechberg“ 1914–1916</b> . . .	23
<b>3. Kapitel: Rechbergs Projekt einer deutsch-englischen Wirtschafts- verflechtung und seine politischen Bemühungen am Ausgang des 1. Weltkrieges im Banne Erzbergers und des Generals Hoffmann</b> . . . . .	40
<b>4. Kapitel: Im Kampf gegen die Entwaffnung Deutschlands und für eine militärische Intervention in Rußland 1919–1922</b> . .	53
<b>5. Kapitel: Arnold Rechberg und General Ludendorff 1919–1923</b> . .	65
<b>6. Kapitel: Politik durch Wirtschaft</b> . . . . .	73
<b>7. Kapitel: Arnold Rechbergs Unterredungen mit den Franzosen (Reynaud, Poincaré, Foch), sein Verhältnis zur Kaliindustrie und zum Jungdeutschen Orden 1923–1925</b> . . . . .	85
<b>8. Kapitel: Der Kampf für ein französisch-deutsches Militärbündnis 1925–1928</b> . . . . .	98
<b>9. Kapitel: Die Auseinandersetzungen mit Poincaré von 1929 und die Aktion Hervé 1930–1931</b> . . . . .	111
<b>10. Kapitel: Westen oder Osten?</b> . . . . .	126
<b>11. Kapitel: Die letzten Lebensjahre bis zum Ende des Deutschen Reiches in der Verfolgung alter Ziele gegenüber neuen Gewalten</b>	136

<b>Schlußbetrachtung</b>	. . . . .	<b>147</b>
<b>A n h a n g</b>		
<b>Teil I</b>	<b>Dokumente Nr. 1–38</b>	. . . . . <b>157</b>
<b>Teil II</b>	<b>Verzeichnis der in den Jahren 1919–1932 von Arnold Rechberg verfaßten bzw. veranlaßten Artikel in deutschsprachigen Zeitungen</b>	. . . . . <b>245</b>
<b>Personenregister</b>	. . . . .	<b>265</b>

Wo in der Darstellung lediglich vom „Nachlaß“ gesprochen wird, ist stets der schriftliche Nachlaß Arnold Rechbergs gemeint.



## Einführung

Als das Bundesarchiv nach seiner Errichtung im Jahre 1952 daran ging, das durch die Zerstörungen und Auswirkungen des 2. Weltkrieges schwer mitgenommene und weit zerstreute historische Quellenmaterial über die letzten schicksalsschweren und vernichtenden Jahrzehnte des Deutschen Reiches zu sammeln und zu bergen, bemühte es sich auch um die noch in Privathand erhaltenen schriftlichen Nachlässe der führenden Persönlichkeiten aus jener Epoche. Bei der Suche danach wurde namentlich auch den Papieren des im Februar 1938 von Hitler so schmähsch entlassenen Oberbefehlshabers des Heeres, Generaloberst Freiherrn von Fritsch, eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Material, das sich aus Familienbesitz noch beschaffen ließ, war äußerst gering, stellte lediglich einige wenige Splitter dar und umfaßte vorwiegend nur noch die letzte Lebenszeit nach der Entlassung bis zum Ausbruch des Krieges, bei dem der Generaloberst den Tod fand. Den Hauptbestand dieser Nachlaßstrümmen aber bildete eine Mappe mit politischen Briefen und Denkschriften eines Mannes, der der jüngeren Generation wohl völlig fremd geblieben ist und von dem nur noch die Älteren wissen mochten, daß sein Name in den Jahren der Weimarer Republik sehr häufig in der Presse genannt wurde. Dieser Mann, von dem sich hernach herausstellte, daß seiner auch in zahlreichen anderen Nachlässen namhafter Militärs und Politiker aus der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts Erwähnung getan wurde, hieß Arnold Rechberg.

Der Versuch, über seine Persönlichkeit nähere Auskünfte aus der Literatur zu erhalten, erwies sich als unzulänglich. Daß er einer der leidenschaftlichsten Verfechter einer deutsch-französischen Verständigung war, ließ sich zwar rasch feststellen. Jedoch schon seine Berufsbezeichnung schwankte, es war von ihm als „Großindustrieller“, als „Kali-Magnat“, aber auch als „Amateurpolitiker“ zu lesen.

Konnte dies alles schon ein Anlaß zur Erweckung wissenschaftlicher Neugier sein, so gingen bald auch Anfragen beim Bundesarchiv nach Unterlagen über Arnold Rechberg ein, sogar aus England und Amerika, wohin mehrere bedeutsame deutsche Nachlässe, wie zum Beispiel die von Stresemann und Seeckt, gelangt waren. Damit entstand das Bedürfnis, dem Nachlaß dieses Mannes selbst auf die Spur zu kommen, um der historischen Wissenschaft möglichst Auskunft und Aufklärung zu geben.

Die Briefe an Fritsch stammten aus Kempfenhausen bei Starnberg. Die angestellten Nachforschungen ergaben bald, daß dort, in einem Atelier-Raum der schönen, am See gelegenen Parkvilla des 1947 verstorbenen Rechberg nicht weniger als 15 große Kisten mit schriftlichem Nachlaßgut lagerten inmitten zahlreicher, oft überlebensgroßer Skulpturen, die überraschend offenbarten, daß dieser Mann auch Bildhauer gewesen war. Umsomehr bestand Grund, der Erschließung des hinterlassenen Schriftguts mit Spannung entgegenzusehen. Konnte doch die Hoffnung berechtigt erscheinen, hier einmal etwas über die wahren Hintergründe des historisch-politischen Geschehens vor dem deutschen Zusammenbruch und über mancherlei unbekannte politische Zusammenhänge aus der Zeit zwischen den beiden großen Kriegen zu erfahren. Ohnehin bleibt die Geschichtswissenschaft nach der Erfassung dieser Zusammenhänge im Großen auch an der Kenntnis der Details interessiert. Der äußere Umfang des Nachlasses schon schien die Erfüllung solcher Wünsche zu verheißen.

Die Prüfung freilich der von der Familie Rechberg für die Forschung großzügig zur Verfügung gestellten Papiere erbrachte ein gegenüber solch hochgespannten Erwartungen enttäuschendes Ergebnis. Viele der von Arnold Rechberg ausgegangenen Schreiben und Aufsätze lagen in oft mehrfachen Abschriften oder Durchschlägen vor, so daß nach deren Aussonderung der Umfang der originalen Schriftunterlagen erheblich zusammenschmolz. Zudem befand sich in dem Gesamtbestand eine größere Sammlung von Zeitungsausschnitten, die nicht als Archivalien gerechnet werden konnten. Immerhin blieb trotzdem noch die Zahl der vorhandenen Korrespondenzen beträchtlich, bloß daß diese einen überwiegend einseitigen Charakter tragen, weil die meisten der Empfänger von Schreiben Rechbergs darauf keine oder nur eine ganz kurze, vielfach belanglose und nichtssagende Antwort gaben, und dies leider umso mehr, je höher die Stellung war, die der Empfänger innehatte. Ein echter Schriftwechsel, noch dazu von historischem Rang, entwickelte sich daher nur selten. Die Gründe für die außerordentliche Zurückhaltung, die gerade die einflußreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sich Arnold Rechberg gegenüber auferlegten, mögen am Ende unserer Darstellung vielleicht deutlich werden. Jedenfalls macht der Nachlaß mehr den Eindruck der schriftlichen Hinterlassenschaft eines politischen Schriftstellers denn eines handelnden Politikers oder Wirtschaftlers.

Aber wenn sich dem Historiker durch die geschilderte Einseitigkeit des Materials auch bald offenbarte, daß die von Arnold Rechberg

ausgegangene politische Wirkung stark begrenzt war, so brauchte er deswegen noch nicht die gleiche Zurückhaltung zu üben wie die Zeitgenossen. Abgesehen davon, daß die Ursache für diese zeitgenössische Distanzierung selbst ein wesentliches historisches Problem darstellen könnte, ist der Wissenschaft zur Genüge bekannt, daß Ideen und Gedanken, die zur Zeit ihrer Verkündung verkannt oder gar verspottet wurden, ein Menschenalter später in hohem Maße bedeutsam werden können. Doch wenn selbst nicht einmal dies für Arnold Rechbergs Gedanken zutreffen sollte und er die ihn bewegenden politischen Probleme vollkommen unrichtig oder unzureichend angefaßt hätte, selbst dann bliebe für den historischen Betrachter der Umstand bestehen, daß das Hauptproblem, mit dem dieser Mann zeitlebens rang, das Problem der Verständigung Deutschlands mit Frankreich war. Dieses Problem ist und bleibt aber eines der ernstesten und inhaltschwersten der ganzen neueren und neuesten deutschen Geschichte. Mochte Rechberg daher auch am Ende seines Lebens hinsichtlich seines politischen Strebens als Gescheiterter anzusehen sein, es bleibt immer noch Aufgabe des Historikers, den Gründen dieses Scheiterns nachzugehen, aus der Einsicht, daß es Persönlichkeiten in der Geschichte gibt, die durch ihr Scheitern mehr auszusagen haben als durch ihre Erfolge.

Nicht aus der Macht und dem Rang seiner eigenen schöpferischen Persönlichkeit heraus kann freilich Arnold Rechberg eine monographische geschichtliche Betrachtung für sich beanspruchen. Es sind die Macht und der Rang des großen politischen Problems, in dessen Bann er stand, die eine solche Betrachtung rechtfertigen. Es müssen daher alle diejenigen Bezirke seiner Wirksamkeit hier außer Acht gelassen werden, die nicht unmittelbar mit jenem großen Problem zusammenhängen. Zudem ist Rechbergs äußeres Leben nach anfänglicher Besonderheit und Eigenart in seiner zweiten Hälfte weitgehend ereignislos und uninteressant. Aber dieses Leben umspannt trotzdem mehr als ein halbes Jahrhundert der schicksalhaftesten und umwälzendsten deutschen Geschichte. Der trotz mancherlei Einbußen doch in verhältnismäßig großer Vollständigkeit erhaltene schriftliche Niederschlag eines solchen Lebens, das sich ständig in der Sphäre der Politik bewegte, kann nicht nur Schlaglichter auf viele historische Ereignisse werfen, sondern auch in mancher Hinsicht grundsätzliche Erkenntnisse für unsere deutsche geschichtliche Vergangenheit vermitteln. Derartige Erkenntnisse sind uns Deutschen noch immer bitter nötig, obwohl oder vielleicht gerade weil wir im Aufbau eines neuen Staatswesens begriffen sind.



## 1. Kapitel

### Als Bildhauer bis zum 1. Weltkrieg

An der Schwelle des Zeitalters der Entwicklung Deutschlands zur Weltmacht wurde Arnold Rechberg am 9. Oktober 1879 in Hersfeld (Hessen) als Sproß der bekannten, dort alteingesessenen Tuchfabrikanten-Familie geboren. Frühzeitig verlor er seine Eltern. Die ältere Schwester Anna übernahm die Fürsorge für den Knaben, dem sie hinfort zeitlebens als Helferin und Mitarbeiterin zur Seite stehen sollte, da beide Geschwister unverheiratet blieben. Arnolds gesamte Schulausbildung vollzog sich an seinem Heimatort. Sein Gymnasialdirektor war der berühmte Rechtschreibepapst Konrad Duden, mit dem er auch nach Abschluß seiner Schulzeit in freundschaftlichem Briefwechsel stand und dessen Büste er als Bildhauer anfertigte.

Schon bei dem heranwachsenden Schüler stellte sich das Problem einer künstlerischen Begabung. Bereits im Sommer 1896 wandte sich Anna Rechberg unter Beifügung einiger Zeichnungen ihres 16 jährigen Bruders an keinen Geringeren als Adolf Menzel und fragte den großen Maler, ob er zu einer künstlerischen Laufbahn raten könne. Als Antwort schrieb der bissige Meister mit Pinsel und Tusche quer über den Brief: „Ergreife Ihr Bruder nur jeden anderen Beruf. Der der Kunst ist ernstlich zu widerrathen“.

Arnold Rechberg hat dies nicht entmutigen können. Nach anfänglicher kaufmännischer Ausbildung in den väterlichen Werken, die von seinem älteren Bruder, dem späteren Kommerzienrat Fritz Rechberg, geleitet wurden, und nach dem Studium der Handelswissenschaften an der Universität Leipzig, die er offenbar dann ohne eine Abschlußprüfung verließ, drängte es ihn um die Jahrhundertwende zur freien künstlerischen Betätigung als Bildhauer. Seine Beteiligung an den Rechbergschen Unternehmungen bot ihm die sichere materielle Grundlage für ein sorgloses und unbehindertes Dasein, wie es sich viele freischaffende Künstler als Wunschtraum vorstellen mochten.

Rechbergs Lehrer in Leipzig war Carl Seffner, der seinerzeit sehr bekannte Schöpfer des dortigen Bach-Denkmal, der ihn auch mit Max Klinger bekannt machte. Schüler Klingers ist Rechberg selbst nie gewesen, obwohl er dies in späteren Jahren gelegentlich behauptete und obwohl sein eigenes bildhauerisches Werk in manchen Kolossal-Skulpturen Spuren der monumentalen Klingerschen Gestaltung zeigte.

Schon 1903 gelang es Rechberg in Leipzig eine Ausstellung seiner Werke zu organisieren, der hernach noch eine in Berlin folgte. Auch erschien in dieser Zeit mit einer Einführung eines Dr. Paul Kühn ein Bildwerk über den jungen Künstler.

Nach den Leipziger Anfängen machte sich bald die alte deutsche Künstler-Sehnsucht nach Italien geltend. Rechberg ließ sich in Florenz nieder und tat damit den ersten Blick in die außerdeutsche Welt, in eine Welt freilich, die für ihn seiner Herkunft nach auf die Kreise der oberen Zehntausend beschränkt blieb. Er verkehrte insbesondere im Hause des wohlhabenden und kunstverständigen deutschen Architekten von Kaufmann-Asser, wo sich die Florentiner Gesellschaft traf und wo er mit der Tochter des Hausherrn, der späteren Gräfin Hetta Treuberg, eine vornehmlich auf der gemeinsamen Reitpassion beruhende Freundschaft schloß, von der viele Jahre später, als Rechberg ein bekannter Mann geworden war, die Gräfin selbst der Öffentlichkeit Kenntnis gab<sup>1)</sup>.

Arnold Rechberg seinerseits schilderte in gutgeschriebenen „Künstler-Erinnerungen“, die er, wohl in der Weltkriegszeit, für seine Freunde und Bekannte drucken ließ<sup>2)</sup>, den Reiz, den diese große internationale Gesellschaft auf ihn ausübte, ausführlich und vielleicht nicht ganz ohne einen Anflug von snobistischem Behagen, aber doch in der Sache nicht unzutreffend und auch heute noch in manchen Punkten beachtenswert. So begründete er die Anziehungskraft der Aristokratie auf den Künstler mit folgenden Bemerkungen: „Auf den Höhen der Menschheit findet sich mehr Intelligenz, mehr Leidenschaft und unbeschränkte Gewalt des Fühlens als im Bürgertum, dessen Lebensprinzip es sein muß, das Ungewöhnliche zu ersticken“. Deshalb seien auch die großen Meister zu Lebzeiten niemals vom Bürgertum, sondern immer nur von der großen Welt verstanden worden.

Aus solcher Einstellung heraus erfüllte Rechberg ein besonderer Respekt vor alten aristokratischen Familien und vor einer hochgezüchteten aristokratischen Rasse, wobei ihm die Analogie zu edelgezogenen Vollblutpferden vorschwebte. Es war nicht zufällig, daß er sich für seine Portraitbüsten mit Vorliebe die scharf profilierten „rassigen“ Gesichter von Angehörigen ältester Adelsfamilien aussuchte. Dessen ungeachtet mußte er freilich auch bekennen, daß die Menschen, die aus dem Bürgertum oder aus dem einfachen Volk heraus ihren Weg in die große Welt gefunden hätten, an sich künstlerisch begabter oder gar genialer gewesen seien.

---

<sup>1)</sup> Intimes von Arnold Rechberg „Neues Wiener Journal“ vom 11. 8. 1925.

<sup>2)</sup> Es war nicht möglich, den Druck- und Erscheinungsort festzustellen.

Eines der Hauptergebnisse der Florentiner Zeit Arnold Rechbergs war bemerkenswerter Weise die Einsicht, wie wenig in der bildenden Kunst deutsche Berühmtheit mit internationaler Berühmtheit gleichzusetzen war. So mußte er zum Beispiel zu seinem Erstaunen gewahr werden, daß Klingers Name und Kunst im Ausland weithin unbekannt geblieben waren, indessen doch die Kunst Italiens und Frankreichs überall in Europa ihre Kenner besaß. Zweifellos ist diese Erkenntnis auch für seine späteren politischen Konzeptionen von Wert gewesen, weil ihn sein Aufenthalt im Ausland gelehrt hatte, daß sich das Bild der deutschen Kultur von außen anders ansah als von innen und weil dies ihn zugleich vor einer Überschätzung der „Weltgeltung“ deutscher Kultur abhielt, die so häufig in Deutschland die Grundlage einer wenig weltaufgeschlossenen, nationalistischen Einstellung auch in der Politik werden sollte.

In Florenz von der Wirkungs- und Ausstrahlungskraft französischer Vorbilder auf die bildende Kunst beeindruckt, beschloß Rechberg 1904, nach Paris überzusiedeln. Er bildete sich dort bildhauerisch an der École Julian fort und schärfte dabei seinen Blick für die Unterschiede germanischer und romanischer Kunstauffassung. In dieser Hinsicht verdient ein Satz aus seinen „Künstler-Erinnerungen“ festgehalten zu werden: „Ich erkannte [auf der École Julian] den gemeinschaftlichen Fehler vieler Künstler germanischer Rasse, die Einzelheiten auf Kosten des Ganzen zu sehr zu betonen. Dieser Fehler ist seitdem, wie ich glaube, aus meinen Arbeiten verschwunden.“ Diese Bemerkung konnte wohl zur Nachdenklichkeit auch bei anderen deutschen Lebensbereichen anregen. Der Drang zum „Ganzen“ sollte aber auf alle Fälle hinfort ein hervorstechender Zug der Wesensart Rechbergs bilden.

Zunächst in der französischen Hauptstadt vollkommen fremd, fand er doch allmählich Anschluß an die französischen Künstlerkreise und darüber hinaus auch Anerkennung für das eigene Schaffen. Die Aufnahme einiger seiner Skulpturen in die Ausstellung des Salon de la Société Nationale des Beaux Arts und die Eröffnung einer eigenen Ausstellung seiner Werke durch den französischen Kultusminister 1906 legten davon Zeugnis ab; im Frühjahr 1907 wurde er, obwohl Ausländer, zum „associé“ dieser Gesellschaft ernannt. Die von ihm erstrebte nächsthöhere Stufe des „sociétaire“ zu erreichen, gelang ihm später infolge des Widerstandes einiger französischer Künstlerkollegen, die sein Werk dafür nicht bedeutend genug fanden, zwar nicht, immerhin wurde er aber in einer für einen Deutschen ungewöhnlichen Form von diesen Künstlern zu den Ihren gerechnet.



Doch auch eine Stellung in der Pariser Gesellschaft konnte Rechberg erringen. Seine finanziellen Mittel setzten ihn in Stand, seinerseits einen „Salon“ zu eröffnen und einen geselligen Kreis um sich zu versammeln, der die höchsten Gesellschaftsschichten umfaßte und bewußt die Verbindung zu der alten Aristokratie Frankreichs pflegte. Wie vordem schon in Florenz, so genoß Rechberg auch hier den Verkehr mit den Trägern großer Namen: die Herzöge von Rohan, Uzès, Montmorency, Gramont, die Infantin Eulalia von Spanien, die Prinzessin Murat, der Graf von Montesquiou wurden auch in den Gesellschaftsspalten der französischen Presse als Besucher der Empfänge Arnold Rechbergs genannt. Einige dieser Persönlichkeiten ließen sich von ihrem Gastgeber auch portraitieren, der hier ein reiches Betätigungsfeld für seine spezifische Neigung zur aristokratischen Rasse fand. In jedem Falle wurden dies seine besten künstlerischen Werke. Mit besonderem Stolz erfüllte es Rechberg ferner, daß ihm auch die junge Königin Wilhelmina der Niederlande für ihre Büste saß; die Königin war Chef des Regiments der Wandsbeker Husaren, dem er als Reserveoffizier angehörte.

Es ist hier nicht die Aufgabe, ein begründetes Urteil über Arnold Rechbergs künstlerische Qualifikation abzugeben. Daß sie nicht unumstritten war, steht fest. Vieles an seinen Schöpfungen blieb dem Jugendstil verhaftet, zeitgebunden und wirkt heute manieriert. Am wenigsten vermögen das freie kompositorische Schaffen und die zeichnerischen Entwürfe zu befriedigen. Eine gewisse Einseitigkeit der Vorstellungskraft und das Fehlen einer inneren Fortentwicklung in den Skizzen fallen auf, die sich überwiegend Gestalten von Helden und Pferden zum Vorwurf nehmen. Rechbergs künstlerische Begabung war offensichtlich umgrenzt und im Grunde auf den Bereich der nachschaffenden Portraitkunst beschränkt, wo ihm dafür aber überzeugende Leistungen gelangen. Die politischen Kontroversen, die Rechberg später heraufbeschwor, verleitete manche seiner Gegner auch zu spöttischen Bemerkungen über seine Kunst, hinsichtlich derer dann das Bonmot die Runde machte, daß ihn die Künstler für einen großen Politiker und die Politiker für einen großen Künstler gehalten hätten<sup>1)</sup>. Demgegenüber verdient festgehalten zu werden, daß Rechberg sich ehrlicher Anerkennung zahlreicher zeitgenössischer Künstler erfreuen durfte und daß sich schließlich bei Ausbruch des 1. Weltkrieges 8 Plastiken von ihm im Museum der Stadt Leipzig, 3 im Albertinum zu Dresden, eine im Musée du Luxembourg in Paris befanden.

---

<sup>1)</sup> vgl. K. Graf von Westarp, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches* (Berlin 1935) Bd. 2, S. 530 f.

Unter denjenigen, die Rechberg künstlerisch zustimmten, befand sich auch Auguste Rodin. Soweit die wenigen kurzen Briefe des Meisters im Nachlaß ein Bild vermitteln, mochte Rodin den jungen deutschen Bildhauer gut leiden und empfing ihn zu mehreren Unterhaltungen. Auf einer von ihnen brachte Rechberg die Sprache auf Rodins Weltruhm, der ihn schon zu seinen Lebzeiten umgebe. Daraufhin sagte nach Rechbergs Bericht in seinen „Künstler-Erinnerungen“ Rodin mit müdem Blick: „Was wollen Sie? das Alles, was gekommen ist, die Unabhängigkeit, des Goldes Fülle, die Huldigung der Welt und der Ruhm, das Alles ist viel, viel zu spät. Was soll ein Greis damit tun, der ein Leben lang mit der Not, mit der Entbehrung, mit der Verachtung und dem Zweifel hat ringen müssen? Die schönsten Werke, die meine Hand gebildet hat, sind vergangen wie die Blumen auf dem Feld, denn ich hatte, als ich jung war, nicht einmal genug, um den Former zu entlohnen, und so konnte ich sie nicht erhalten und sie sind verloren gegangen und vergessen und keines Menschen Auge wird wiedersehen, was der reinste und beste Ausdruck meiner Begeisterung gewesen ist, als sie noch die der ungebrochenen Jugend war.“

Rodin beschickte auch die von Rechberg 1910 verdienstvoller Weise organisierte und vom sächsischen König eröffnete Ausstellung französischer Kunst in Leipzig und schenkte ihm zuletzt die Abbildung eines seiner Werke mit der Widmung „Au grand sculpteur Arnold Rechberg. Auguste Rodin“. Sie sollte zeitlebens Arnold Rechbergs größten Stolz darstellen.

Es konnte jedenfalls nicht zweifelhaft sein, daß er sich in Frankreich stärker anerkannt und einen größeren Widerhall seines Schaffens fand als in Deutschland, wo er relativ unbekannt blieb, obwohl er auch von Paris aus in häufigen Reisen zur Regelung seiner wirtschaftlichen Angelegenheiten in die Heimat fuhr und dort auch die Köpfe deutscher Aristokraten portraitierte, wie insbesondere den seiner mütterlichen Freundin, der Oberhofmeisterin der Kronprinzessin, Baronin Tiele-Winckler. Er fand von hier aus auch Zugang zu anderen Persönlichkeiten des kaiserlichen und kronprinzlichen Hofes wie vor allem zu dem Generaladjutanten von Chelius und zu der Hofstaatsdame Fräulein von Gersdorff.

Von den französischen Bildhauern und Malern, mit denen Rechberg in engerem Verkehr stand, sind vor allem zu nennen Albert Bartholomé, der Schöpfer des berühmten Totendenkmals auf dem Friedhof Père Lachaise in Paris, die Impressionisten Jean Francisque Raffaelli und Alfred Roll sowie der Maler Fernand Cormon, der zeitweilig als Präsident

des Instituts de France, dem auch die Académie Française eingegliedert war, großen Einfluß besaß und der im Jahre 1913, freilich vergeblich, sogar Rechberg zum Ritter der Ehrenlegion vorgeschlagen hatte.

Sowohl Cormon als auch Roll verfügten über zahlreiche Beziehungen zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Paris, Cormon vor allem zu Briand und Delcassé, Roll zu Felix Faure, dem Präsidenten der Republik und späteren Botschafter in Petersburg, Raffaelli zu Clemenceau. Auch Rechberg kam zum Teil mit diesen Persönlichkeiten der französischen Politik dadurch in eine gesellschaftliche Berührung. Er konnte überhaupt bald bemerken und unterstrich dies häufig, daß der französische Künstler im Unterschied zum deutschen, welcher fast ausschließlich in seiner unpolitischen Welt lebte, oft unmittelbaren und tätigen Anteil an allen Geschehnissen des sozialen Lebens nahm, nicht selten selbst in die Politik einstieg und Diplomat wurde. Durch den Verkehr mit diesen politisch interessierten Künstlern also wurde Arnold Rechberg seinerseits für politische Fragen interessiert, der Umgang mit der großen Welt des Adels tat das seine dazu.

Auf diesem Wege gewann Rechberg auch Beziehungen zur französischen Presse, deren Macht in Frankreich er viel höher anzuschlagen lernte als in Deutschland. Er hatte selbst auch schon mehrfach in illustrierten Zeitungen beider Länder zu künstlerischen Fragen Stellung genommen und entwickelte dabei unzweifelhaft schriftstellerische Talente in guter und klarer, wenn auch etwas eigenwilliger Diktion, die auch zu einer weitgehenden Beherrschung der französischen Sprache gelangte. Bald sollte der Drang zur journalistischen Wirksamkeit bei Rechberg zunehmend in den Vordergrund rücken. Ebenso näherten sich seine Interessen zusehends dem Bereich der internationalen Politik und insonderheit den deutsch-französischen Beziehungen, die er im übrigen auch auf künstlerischem Gebiet durch die Organisation von Ausstellungen französischer Kunst in Deutschland (außer in Leipzig zum Beispiel in Kassel) zu fördern trachtete.

In politischer Hinsicht besonders bedeutsam scheint seine Verbindung zu dem mächtigen Direktor der Pariser Zeitung „Temps“, Hébrard, gewesen zu sein. Leider sind wir hier auf Rechbergs eigene Angaben angewiesen, da sich keinerlei Briefe oder anderweitige Schriftzeugnisse von Hébrard im Nachlaß befinden. So kann es auch nicht kritisch nachgeprüft werden, ob das, was ein Jahrzehnt später (1918) Rechberg in seiner Broschüre „Bilderfolge“<sup>4)</sup> und wieder 10 Jahre

---

<sup>4)</sup> Erinnerungen aus dem politischen Paris in der Zeit vor dem Weltkrieg, Verlag der Berliner Börsenzeitung 2. Aufl., S. 9 ff.



danach (1928) einer der engsten publizistischen Mitarbeiter Arnold Rechbergs, Adolf Viktor von Koerber, in der Zeitung „Neues Wiener Journal“ <sup>44)</sup> über Hébrards Einwirkung in der serbischen Krise von 1909 (in welcher die akute Gefahr eines österreichisch-serbischen Krieges und ein Eingreifen Rußlands zugunsten Serbiens gegeben war) tatsächlich zutreffend gewesen ist. Hébrard soll damals Rechberg zu sich gerufen und ihm folgendes wörtlich gesagt haben: „Wir sind in einer schwierigen Lage. England will den Krieg. Wir können Rußland kaum zurückhalten und wir können Rußland auch andererseits nicht ganz im Stich lassen. Je länger das Gezänk dauert, umso schlimmer wird es. Es wäre gut, wenn Ihr Reichskanzler unsere Abneigung gegen derartige Abenteuer kennte, damit er den Spuk verjagt, der Europa bedroht.“ Rechberg fuhr daraufhin sogleich nach Berlin und schrieb über die Vermittlung der Baronin Tiele-Winckler an den Reichskanzler Fürsten Bülow. Dieser dankte ihm zwar nur ganz kurz und formell für seine Mitteilung, soll ihm aber später mündlich gesagt haben, daß ihm in jener Zeit die Versicherung Hébrards, Frankreich sei nicht gewillt, in einen Krieg einzutreten, ausschlaggebend gewesen sei, so daß daraufhin der bekannte Erlaß vom 21. 3. 1909 <sup>45)</sup> an den deutschen Botschafter in Petersburg gerichtet wurde, der durch unzweideutige Darlegung des deutschen Standpunktes Rußland zum Nachgeben gegenüber Osterreich veranlaßte.

Die Akten des deutschen Auswärtigen Amts bringen nichts über Hébrards Äußerungen, ebensowenig der Nachlaß des Fürsten Bülow selbst. Es mag so gewesen sein, wie Rechberg es darstellt. Aber ein Einfluß seiner Aktion auf den großen Verlauf der Dinge und eine Verhinderung des Krieges ist umso weniger anzunehmen, als die Haltung der französischen Politik damals ohnehin eindeutig zugunsten des Friedens war, die auch durch das im Februar 1909 abgeschlossene Marokko-Abkommen mit Deutschland gefördert wurde. Immerhin zeigt sich schon hier, daß Arnold Rechberg seine Stellung als Deutscher in Paris für eine deutsch-französische Verständigung ausnutzen wollte.

---

<sup>44)</sup> Aufsätze Koerbers im „Neuen Wiener Journal“ vom Juni/Juli 1928 sind in einem Privatdruck „Aus dem politischen Archiv von Arnold Rechberg-Hersfeld“ zusammengestellt worden. Ihre Angaben sind meist nicht auf Grund des im Nachlaß vorhandenen Materials nachprüfbar und auf alle Fälle immer ungenau und ohne Belege. Es kann hier nicht auf alle darin enthaltenen Einzelheiten, z. B. auch nicht auf Rechbergs Erzählungen über seine politischen Unterhaltungen mit dem früheren russischen Minister Graf Witte in Paris 1911/12, eingegangen werden, von denen Rechberg selbst in der Broschüre „Bilderfolge“ nicht spricht.

<sup>45)</sup> Die große Politik der europäischen Kabinette (Berlin 1926/27) Bd. 26, II Nr. 693.

Wenig früher bereits hatte er in dieser Hinsicht einen anderen Plan verfolgt. Es handelt sich hierbei um das Projekt der Gründung einer deutsch-französischen Bank zum Zwecke einer Interessenverflechtung der deutschen und französischen Industrie. Die Vorgeschichte dieses Projekts ist aus den ungedruckten Zeugnissen im Nachlaß nicht klar erkennbar. Nach Rechbergs Aussagen soll die Anregung von dem Direktor des „Figaro“, dem später von der Frau des Ministerpräsidenten Caillaux erschossenen Gaston Calmette, ausgegangen sein. Danach sagte er am 16. 11. 1908 zu Rechberg: „Was wollen Sie? Wenn Deutschland den Konzern England-Frankreich und Rußland sprengen möchte, dann muß es uns Franzosen größere Vorteile bieten, als England uns verschaffen kann. Sie haben in Deutschland ein sehr kostbares Objekt, die deutsche Industrie. Daran müssen Sie uns Franzosen teilnehmen lassen. Wir haben zu viel Geld, wir stecken unseren Überschuß in zum Teil faule Überseegegeschäfte.“

Arnold Rechberg besprach diese Anregung mit dem ihm aus Hersfeld bekannten Reichstagsabgeordneten und Finanzsachverständigen des Zentrums Müller-Fulda sowie vor allem mit seinem Bruder Fritz, der danach die eigentliche Führung der Angelegenheit in die Hand nehmen sollte. Man arbeitete einen Plan aus, nach dem eine Bank in Paris errichtet werden sollte, an deren Kapital deutsche Großbanken hoch beteiligt sein sollten und die in Frankreich durch Obligationen französisches Kapital aufsaugte, das in guten deutschen Industriewerten anzulegen wäre. Dieser Vorschlag fand offenbar nicht nur die Zustimmung von Calmette, sondern auch anderer französischer Finanzmänner und namentlich der Presse, soweit diese von Rechberg sondiert wurde.

Daraufhin verfaßte Arnold um Weihnachten 1908 ein Exposé, bei dem er als Ausgangspunkt auf die verschlechterte Stimmung Frankreichs gegenüber Deutschland und die Gefahr eines englisch-französischen Zusammengehens zur Einkreisung Deutschlands hinwies. Er stützte sich auf Informationen, die ihm Raffaeli aus seinen engen Beziehungen zu Clemenceau heraus übermittelt habe. Demgegenüber erscheine es wünschenswert, daß Deutschland und Frankreich enger aufeinander angewiesen würden und ein Krieg zwischen ihnen unmöglich gemacht werde. Dies könne durch das Bankprojekt bewirkt werden, weil sich die französische Hochfinanz dann sagen würde, daß es im Kriegsfall unmöglich sein werde, das in der deutschen Industrie festgelegte Geld herauszuziehen. Sie müßte einem solchen Krieg also zusammen mit der interessierten Presse mit allen Mitteln entgegenarbeiten.

Ein derartiges politisches Endziel machte sich auch der Bruder Fritz zu eigen, der in einem undatierten und unvollendeten handschriftlichen

Entwurf feststellte, daß für Frankreich eine Entente mit Deutschland viel wichtiger sei als mit England und daß es „im Interesse des Fortschritts der menschlichen Kultur der ganzen Welt von eminenter Bedeutung wäre, wenn es sich erreichen ließe, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern aufrichtig freundschaftliche würden.“

Arnolds Exposé übersandten die Rechbergs der Oberhofmeisterin Tiele-Winckler, die noch einige Änderungen erbat, um es hernach unbedenklich ihrem kronprinzlichen Herrn vorlegen zu können. Infolge einer Erkrankung des Kronprinzen gelang dies erst Ende Januar 1909, woraufhin sich dieser anscheinend mit dem Reichskanzler Fürst Bülow in Verbindung setzte. Jedenfalls berichtete Frau von Tiele am 28. Januar ohne eigene Stellungnahme, daß ihr der Kronprinz bei einem Galaempfang bei Hofe gesagt habe, der Reichskanzler hätte gemeint, es sei jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, er sei aber bereit, Fritz Rechberg zu empfangen<sup>6)</sup>.

Der Empfang fand am 2. 2. 1909 statt, ohne daß ein Bericht im Nachlaß darüber vorläge. Bülow schickte offenbar Fritz Rechberg zum Staatssekretär von Kiderlen, der nach einer Mitteilung Rechbergs an Frau von Tiele die Idee an sich richtig fand, aber sich noch erkundigen wollte. Doch bei dem „an sich“ blieb es. Der Plan stieß im Auswärtigen Amt auf Bedenken, weil man dort befürchtete, daß das französische Kapital durch das Mittel einer plötzlichen Zurückziehung der Gelder bzw. Abstoßung der Wertpapiere an der Börse die Möglichkeit erhalten werde, jederzeit eine Wirtschaftskrise in Deutschland hervorrufen zu können<sup>7)</sup>. Diese Auffassung, von der wohl auch die Haltung des Reichskanzlers bestimmt wurde, dürfte letztlich für die Ablehnung des Rechbergschen Planes den Ausschlag gegeben haben und kaum, wie Arnold es später darstellte, der Widerstand des Direktors der Deutschen Bank von Koch<sup>8)</sup>. Das Ganze blieb im übrigen eine Episode und gelangte weder der Öffentlichkeit beider Länder noch auch später der Wissenschaft zur Kenntnis<sup>9)</sup>.

Daß dieser Versuch scheiterte, kann kaum Wunder nehmen. Es war der Versuch zweier politischer Außenseiter, die sich zudem noch für die Vermittlung zur deutschen Staatsführung nichtamtlicher Kanäle bedien-

---

<sup>6)</sup> s. Anhang Nr. 1.

<sup>7)</sup> Diese Auskunft verdanke ich dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts.

<sup>8)</sup> „Bilderfolge“ S. 17.

<sup>9)</sup> So kommt z. B. G. F. W. Hallgarten in seiner eingehenden Untersuchung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen vor 1914 (Der Imperialismus vor 1914, München 1951) nirgends auf das Rechberg-Projekt zu sprechen.

ten und dabei Frau von Tiele-Winckler überforderten. Daß es überhaupt bis zu den höchsten Stellen des Reiches gelangte, war nur der undoktrinären Aufgeschlossenheit des Kronprinzen zu verdanken, der damit bewies, daß er selbst einer deutsch-französischen Annäherung zugeneigt war. Im übrigen scheinen wirtschaftliche, nicht politische Argumente für die amtliche Ablehnung entscheidend gewesen zu sein, so daß rückschauend die Frage gestellt werden kann, ob der von den Rechbergs in den Vordergrund gespielte politische Gesichtspunkt eines deutsch-französischen Zusammengehens nicht stärker in Berlin hätte ins Gewicht fallen können, selbst wenn die antienglische Tendenz dieser Bemühungen nicht gebilligt werden konnte.

Bei dem Bankprojekt hatte Arnold den Vorteil ganz seinem Bruder Fritz überlassen, der über eine wirtschaftliche Erfahrung verfügte, die ihm selbst abging. Außerdem besaß er damals zunächst noch keine Neigung, sich unmittelbar mit politischen Fragen zu befassen. Es geschah jedoch durch die eigenartige Stellung, die er sich als deutscher Künstler in Paris geschaffen hatte, daß er nicht nur mancherlei hörte, von dem er annehmen durfte, daß es für die deutsche Politik von Wichtigkeit sein könnte, sondern daß auch die politisch interessierten französischen Künstlerkollegen von sich aus ihn für die Übermittlung von Informationen nach Berlin zu gewinnen suchten. Im Nachlaß existiert ein merkwürdiges Dokument, ein Schreiben Rechbergs vom 7. 10. 1911, das sich auf Informationen von Hébrard und Rafaelli gründet, an eine nichtgenannte Exzellenz (offenbar aus der Umgebung des Kronprinzen, dem Arnold mittlerweile durch Frau von Tiele bei einem Diner in ihrem Hause auch persönlich vorgestellt worden war). Es befaßt sich in seiner Anlage mit nichts geringerem als der Mitteilung, daß England nach der Entsendung des deutschen Kriegsschiffes nach Agadir, dem sogenannten Panthersprung, Frankreich angeboten habe, die deutsche Flotte unerwartet mit Torpedos zu überfallen und wichtige deutsche Küstenpunkte zu bombardieren. Der französische Ministerrat habe aber diesen Vorschlag abgelehnt<sup>10)</sup>.

Was immer daran richtig sein mochte, jedenfalls näherte sich Arnold sichtlich der zentralen außenpolitischen Sphäre und dies umso mehr, als kurz darauf auch M. Cormon mit ihm in eine politische Erörterung zum Zwecke einer deutsch-französischen Annäherung eintrat. Dessen Briefe vom 27. 10. 1911 und vom 6. 11. 1911<sup>11)</sup> mußten ihn in seinem bereits früher gewonnenen Eindruck bestärken, daß der

---

<sup>10)</sup> s. Anhang Nr. 2.

<sup>11)</sup> s. Anhang Nr. 3 und 4.

eigentliche Feind Deutschlands England sei, das die französische Presse durch den Einsatz großer Geldmittel beherrsche und Frankreich in das Schlepptau seiner eigenen egoistischen politischen Interessen und Ziele nehme. In allen politischen Äußerungen Arnold Rechbergs herrscht seitdem die Überzeugung vor, daß die wirtschaftlichen Interessengegensätze Englands zu Deutschland, die auf der scharfen Handelskonkurrenz beruhten, England zur Ausschaltung seines Nebenbuhlers auf den Weltmärkten und damit zur Entfesselung eines Krieges drängen müßten. Für Rechberg stand es fest, daß diese Handelskonkurrenz nicht nur der ausschlaggebende, sondern der alleinige Faktor des deutsch-englischen Gegensatzes sei.

So wurde es nun sein Ziel, nicht nur daheim auf die gefährlichen englischen Absichten einer „Einkreisung“ Deutschlands warnend hinzuweisen, sondern ihnen auch in Frankreich entgegenzuarbeiten und die „wahren“ französischen Interessen, die zu einer Verständigung mit Deutschland drängten, hervorzuheben, zumal Frankreich nach seiner Meinung auch ein wirtschaftliches Interesse an einer deutschen kolonialen Expansion habe. Hierbei ging er mit Cormon in der Auffassung einig, daß die Revanchestimmung gegen Deutschland im französischen Volk erloschen und keine französische Neigung zu einem Kriege „pour le roi d'Angleterre“ vorhanden sei.

Solchermaßen war das politische Bild, das er ohne Namensnennung in zwei größeren Zeitungsaufsätzen am 26. 10. 1911 und am 7. 12. 1912 in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht ließ<sup>13)</sup>. Das Schreckbild einer englischen Hegemonie über ein Europa, dessen Staaten sich auf englisches Anstiften in einem Kriege gegeneinander verblutet hätten, wurde hier gezeichnet, sofern nicht zuvor Deutschland und Frankreich sich zu einer Interessengemeinschaft zusammenfinden würden. Am 3. 2. 1912 hatte Arnold Rechberg ferner unter dem Namen des ihm gut bekannten ehemaligen Gouverneurs von Togo und Kamerun, Jesko von Puttkamer, des Schwagers des Generaladjutanten von Chelius, einen von ihm selbst verfaßten Aufsatz in der Berliner „Täglichen Rundschau“ erscheinen lassen, wo aus kolonialpolitischen Erfahrungen heraus ebenfalls eine politische Entente zwischen Deutschland und Frankreich als Bürgschaft des Friedens befürwortet und zugleich auch der Gedanke einer Anlage französischen Kapitals in der deutschen Industrie angedeutet wurde.

---

<sup>13)</sup> Abgedruckt auch in „Bilderfolge“ a.a.O. S. 29 ff.



Mit diesen Darlegungen hatte sich Rechberg bewußt zum Förderer der damals in Deutschland weit verbreiteten Einkreisungsfurcht vor England gemacht. Daß dabei seine Auffassung von Englands politischer Rolle einseitig war und zum Beispiel jeden Hinweis auf den deutsch-englischen Flottengegensatz vermissen ließ, an dem ja auch die deutsche Politik nicht ganz unschuldig war, braucht heute nicht näher begründet zu werden.

Rechbergs Thesen zur englischen Politik stützten sich vor allem auch auf Ausführungen, die ihm der Botschaftsrat und zeitweilige Geschäftsträger an der Pariser britischen Botschaft, George Grahame, offenbar erstaunlich offenherzig gemacht hatte. Leider gibt die im Nachlaß vorhandene Korrespondenz mit Grahame hierzu keine authentische Auskunft. Sie betrifft nur die Anfertigung einer Denkmalsbüste für Grahames Stiefvater, den Philanthropen Oberst Coulson in Newcastle on Tyne, die Rechberg tatsächlich ausführte und die kurz vor Kriegsausbruch 1914 in Newcastle eingeweiht wurde. Ob Grahame die einflußreiche Persönlichkeit war und wirklich Sir Edward Grey, dem Außenminister, nahe stand, wie es Rechberg darstellte, kann füglich bezweifelt werden, — die amtliche britische Aktenpublikation über die Vorgeschichte des 1. Weltkrieges führt nur einen einzigen von Grahame gezeichneten kürzeren Bericht auf. Doch sollte er gleichwohl auch noch während des ganzen Krieges als Kronzeuge für die Rechberg'schen Thesen vom englischen Kriegswillen aus wirtschaftlichem Konkurrenzneid sowie von der ungeheuren Macht des englischen Geldes über die französische Presse dienen.

Zur Verbreitung seiner Thesen hatte sich Arnold Rechberg noch ein anderes Organ geschaffen. Seit 1912 stand er in Beziehungen zu dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling, die anscheinend der Abgeordnete Müller-Fulda vermittelte<sup>13)</sup>. Als Graf Hertling sich zur Vertretung der bayerischen Politik die Bayerische Staatszeitung geschaffen hatte, wandte er sich jedenfalls an Arnold Rechberg, um von ihm unmittelbare Berichte aus Paris zu erhalten. Den historischen Tendenzen der Staatspolitik Bayerns hatten gute Beziehungen zu Frankreich von jeher gelegen, Rechberg durfte also gerade in Bayern auf offenes Gehör rechnen. So verfaßte er seit 1913 mehrere politische Berichte für Graf Hertling und einige Aufsätze in der „Staatszeitung“ über Pariser politische Verhältnisse und Persönlichkeiten. Dabei beschäftigte er sich

---

<sup>13)</sup> In München angestellte Nachforschungen in dem dort verwahrten Nachlaß des Grafen Hertling sowie Anfragen bei dessen Sohn erbrachten leider keine Ergebnisse bzw. keine schriftlichen Unterlagen über die Beziehungen Hertling - Rechberg.

vor allem mit der Gestalt Raymond Poincarés, der in jener Zeit gerade vom Ministerpräsidenten zum Präsidenten der Republik aufstieg. Rechberg ließ eine hohe Meinung von Poincarés diplomatischen und staatsmännischen Fähigkeiten erkennen und hielt die Stabilität der französischen Politik durch die Präsidentschaft dieses Mannes auf Jahre hinaus in wertvoller Weise gesichert<sup>14)</sup>. Er war auch überzeugt, daß Poincaré den Frieden wolle. Als dann der Krieg dennoch ausgebrochen war, stellte Rechberg in einer Betrachtung rückschauend fest, daß Poincaré die Konsequenzen der französischen Bündnisse habe vermeiden wollen, ohne sich jedoch von ihnen zu distanzieren. „Dies war eine halbe Maßregel, die wie alle halbe Maßregeln den Mißerfolg in sich trug.“

Der Betrachter gewinnt aus Rechbergs politischen Darlegungen den Eindruck einer unzweifelhaft vorhandenen selbständigen Urteilskraft und einer Betrachtungsweise, die sich mit Bezug auf Frankreich weitgehend frei von allen historischen Vorurteilen hielt, die das deutsch-französische Verhältnis herkömmlicherweise belasteten. Diese Freiheit bestand demgegenüber weit weniger in der Beurteilung Englands. Hier war kaum eine Vorstellung vorhanden, welche historischen Tendenzen denn die englische und französische Politik über alle tagespolitischen Auseinandersetzungen hinweg zueinander trieb. Rechbergs Glaube und seine Hoffnung, Frankreich von England trennen zu können, blieb nicht nur in Unkenntnis der bereits tatsächlich zwischen beiden Mächten bestehenden politischen und militärischen Zusammenarbeit, wie sie vor allem das geheime Flottenabkommen von 1912 darstellte, sondern auch der ideologischen Faktoren, die beide demokratischen Westmächte gegenüber dem als Autokratie verschrienen Preußen-Deutschland verband. Von Anfang an zeigt sich stattdessen bei Rechberg die Neigung, alles politische Geschehen auf wirtschaftliche Ursachen zurückzuführen und damit das politische Geschehen zu vereinfachen. Aus diesem Grunde überschätzte er einerseits den englischen Einkreisungswillen, unterschätzte er andererseits die latente Feindseligkeit der französischen Psyche gegenüber Deutschland.

Arnold Rechbergs politische Gedanken enthielten sicherlich manches Richtige, waren gleichwohl ziemlich grob gesponnen. Kein Wunder, denn er hatte keinen Zutritt zur amtlichen Politik und wirkte nur als Privatmann. Seine vielfachen Beziehungen in Paris, so sehr sie sich auch vorwiegend auf bestimmte aristokratische und intellektuelle Kreise beschränkten und ganz die Verbindung zur Arbeiterbewegung (zum Beispiel zu Jaurès) vermissen ließen, konnten dennoch der amtlichen

---

<sup>14)</sup> Artikel in der Bayerischen Staatszeitung vom 18. 1. 1913.

deutschen Politik immerhin nützliche Informationen vermitteln. An der Uneigennützigkeit der Rechbergschen politischen Tätigkeit zu zweifeln, lag kein Grund vor. Trotzdem gelang es Rechberg vor Ausbruch des 1. Weltkrieges nicht, irgend eine engere Verbindung mit dem Auswärtigen Amt zu bekommen, obwohl er auch mit den Angehörigen der deutschen Botschaft in Paris, vor allem im Hause des Militärattachés (und späteren Generals) Detlof von Winterfeldt verkehrte. Rechbergs etwas selbstbewußtes Auftreten, seine leicht temperamentvoll-übertreibende und daher oft einseitige Darstellungsweise konnten einen vorsichtigen Diplomaten alter Schule wohl zur Zurückhaltung veranlassen. Es bleibt trotzdem nicht ganz erklärlich, warum die Wilhelmstraße damals das politische Interesse und die unmittelbare Anschauung dieses deutschen Künstlers von französischen Verhältnissen nicht ihren Zielen stärker nutzbar machte. Es erweckt daher den Anschein, als ob das in Deutschland eingenistete Vorurteil des „Fachmannes“ gegenüber dem „Außenseiter“ an der Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes gegenüber Arnold Rechberg damals stärker beteiligt gewesen war, als dies für die deutsche Politik gut und nützlich genannt werden konnte.

Anfang Februar 1914 stürzte Rechberg mit dem Pferde und mußte zur Genesung in Deutschland bleiben. So kam es, daß er hier und nicht in Paris vom Ausbruch des Krieges überrascht wurde. Daß England auf Seiten der Gegner Deutschlands stand, hatte er richtig vorhergesehen. Ein wesentlicher Teil seiner politischen Überzeugungen schien sich damit zu bestätigen. Umsomehr mußten ihm auch alle Versuche einer deutsch-französischen Verständigung nachträglich gerechtfertigt erscheinen. Wie aber sollten solche Bemühungen nun den großen Krieg überstehen?

## 2. Kapitel

### Der Versuch eines Separatfriedens mit Frankreich im 1. Weltkrieg und der „Fall Rechberg“ 1914-1916

Der Ausbruch eines Krieges, noch dazu gegen Frankreich, hätte an sich Arnold Rechberg nicht nur als Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung, sondern vor allem als Künstler, für den nur die Werke des Friedens wirklich Geltung haben können, seelisch schwer treffen müssen. Doch dieser Bildhauer war in eigenartiger Weise zugleich aufs engste mit der Welt des preußischen Militärs verbunden und mit Leib und Seele preußischer Reserveoffizier eines der vornehmsten preußischen Kavallerieregimenter, des Husarenregiments (hannov.) Nr. 15 in

Hamburg-Wandsbek. Rechberg wußte sehr wohl, daß ihm als Bürgerlichem in Deutschland große künstlerische Befähigung oder finanzielle Macht weniger eine wirkliche gesellschaftliche Stellung verschaffen konnten, als vielmehr die Zugehörigkeit zu einem vornehmen Regiment. Doch kam dies zugleich seinen inneren soldatischen Neigungen entgegen. Obwohl eigentlich als Hesse nichtpreußischer Herkunft, fühlte er sich selbst ganz als Preuße und schaute zeitlebens mit Begeisterung und Verehrung zu den bedeutenden Herrschern der preußischen Geschichte auf, wie er denn in seinen „Künstler-Erinnerungen“ Friedrich den Großen einmal „den größten Menschen, den je ein gütiges Geschick für den Thron geboren hat“ nennt. War Arnold Rechberg infolge seiner langjährigen Aufenthalte in Italien und Frankreich über den gesellschaftlich-sozialen Gesichtskreis des normalen Deutschen der gehobenen Stände hinausgewachsen, so blieb er dennoch allen herkömmlichen Anschauungen des preußisch-deutschen Militärs vollkommen verhaftet. Eine starke und schimmernde deutsche Wehr war ebenso auch sein Stolz wie die spezifische Ehr- und Standesauffassung des preußischen Offiziers. Seine politischen Ausführungen ließen daher von Anfang an die Erkenntnis vermissen, welche negative, wenn auch teilweise verzerrte Vorstellung sich die außerdeutsche Umwelt vom „Preußentum“ und vom „preußischen“ Offizier machte. Die preußisch-deutsche Machtpolitik Bismarcks vollends war für ihn in jeder Phase gerechtfertigt und die staatsmännische Persönlichkeit Bismarcks für ihn ein absoluter Wert. In dieser Hinsicht konnte er sehr wohl als Vertreter einer lange Zeit typischen deutschen Geschichtsauffassung, die Weltgeschichte ausschließlich als Machtgeschichte verstand, angesehen werden.

Daß Arnold Rechberg nach der Mobilmachung als Oberleutnant der Reserve (er wurde später noch Rittmeister) mit Begeisterung zu den Fahnen eilte, war somit selbstverständlich. Seine sofortige Einberufung verdankte er der Tatsache, daß er als einer der ersten Anhänger des damals aufkommenden Automobilsports über ein solches motorisiertes Gefährt verfügte, mit dem er bereits in Friedenszeiten bei den Kaisermanövern als Mitglied des Kaiserlichen Automobilclubs geübt und dabei den General und späteren Feldmarschall von Eichhorn gefahren hatte, der ihm seine Gönnerschaft hernach bis zu seiner 1918 erfolgten Ermordung in Kiew bewahrte. Dem Besitz eines Automobils war es auch zuzuschreiben, daß Rechberg nun als Ordonnanzoffizier zum Feldmarschall Grafen Haeseler kommandiert wurde, der, obwohl schon recht betagt, den Feldzug bei dem der Armee des deutschen Kronprinzen unterstellten XVI. Korps des Generals von Mudra an der Westfront mitmachte.

Die Persönlichkeit des alten Heerführers, dem Rechberg jetzt für einige Wochen zugeteilt war, flößte ihm besondere Verehrung ein. Er berichtete über seine Erlebnisse im Feldzug, in dem er sich schon im September 1914 das Eiserne Kreuz verdiente, in mehreren, auch im neutralen Ausland verbreiteten Zeitungsaufsätzen und trug dadurch nach Kräften zur Popularität des Feldmarschalls bei. Nach Kriegsende faßte Rechberg diese Erlebnisse dann für die Öffentlichkeit noch einmal in seinem Buch „Reichsniedergang“<sup>15)</sup> zusammen, auf das sich auch der Biograph des Grafen Haeseler hernach stützte<sup>16)</sup>.

Das für Rechberg entscheidende Erlebnis während des Zusammenseins mit Haeseler aber war dessen Ansicht über die Folgen der Marne-schlacht und deren strategische Bedeutung für die deutsche Kriegführung. Danach soll Haeseler am 29. September folgende Worte gesprochen haben: „Ich glaube nicht, daß wir in absehbarer Zeit an der Westfront noch weitere entscheidende Erfolge erringen können, nachdem mit dem Stellungskrieg nun einmal als gegebene Tatsache gerechnet werden muß. Aber auch im Osten gegen Rußland werden wir selbst bei großen Erfolgen ins Leere stoßen. Es scheint mir daher, daß der Augenblick gekommen ist, in dem versucht werden muß, den Krieg zu beenden“<sup>17)</sup>.

Diese Skepsis hinsichtlich der Möglichkeit eines siegreichen Ausgangs des Krieges kam Rechbergs eigener Anschauung von der bedrohten Lage Deutschlands entgegen. Sie sollte fortan auch seine Auffassung von den Kriegschancen bestimmen und ihn zum eigenen Vorgehen veranlassen.

Im Anschluß an diese, ihn tief beeindruckende Äußerung Haeslers verfaßte Rechberg im Einvernehmen mit seinem Kommandierenden General von Mudra ein Exposé über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges, wie er sie sah. Grundlage seiner Ausführungen bildete wieder die Hauptthese, daß England aus wirtschaftlichen Gründen den Krieg entfesselt und mit Hilfe eines Aufkaufs der französischen Presse Frankreich in diesen Krieg hineingetrieben habe, obwohl die französische Volksmeinung nicht für einen Krieg gewesen sei. Zugleich aber erhebt jetzt Rechberg Vorwürfe gegen die amtliche deutsche Diplomatie, die nach seiner Meinung die ihr gegebenen Möglichkeiten, Frankreich von England zu trennen, nicht ausgenutzt habe. Zur Begründung für diese schlechte Meinung über das Auswärtige Amt wird hier auch das gescheiterte Bankprojekt erwähnt, dessen Ablehnung deutlich zum Ursprung

---

<sup>15)</sup> Musarion Verlag (München 1919) S. 1 ff.

<sup>16)</sup> G. Buchfinck, Generalfeldmarschall Graf von Haeseler (Berlin 1929) S. 159 ff.

<sup>17)</sup> „Reichsniedergang“ S. 21.



der in der Folgezeit ständig wachsenden Kritik Rechbergs am Auswärtigen Amt wurde. Auf alle Fälle war es Rechbergs Überzeugung, daß der Krieg mit England zwar unvermeidlich kommen mußte, daß es aber möglich gewesen wäre, Frankreich von England abzuspalten. Dieses Exposé, das Rechbergs kronprinzlichem Armeeführer vorgelegt wurde, angeblich dessen Zustimmung fand und sogar an den Kaiser selbst weitergeleitet werden sollte, war dasselbe, das am 10. Oktober die Grundlage eines Vortrages Rechbergs bei Graf Hertling bildete und daraufhin mit einigen Kürzungen am 13. Oktober in der Bayerischen Staatszeitung unter dem vielsagenden Titel „Frankreich im Schlepptau der englischen Politik“ veröffentlicht wurde.

Wohl tags darauf, am 14. Oktober, hielt Rechberg erneut Vortrag bei Graf Hertling<sup>19)</sup> und unterstrich hierbei die bedrohte Lage Deutschlands, die ernster sei, als sie sich auf Grund von Zeitungsnachrichten darstelle, da es nicht gelungen sei, die französische Verteidigungslinie zu durchbrechen. Nachdem Rechberg dann erneut auf England als den treibenden Faktor zum Kriege im Anschluß an frühere Äußerungen des Botschaftsrats Grahame hingewiesen hatte, kam er auf einen Anknüpfungsversuch zu sprechen, der kürzlich von französischer Seite über die Schweiz gemacht worden sei, ein Versuch, der vielleicht die Möglichkeit bieten würde, einen Separatfrieden mit Frankreich zu schließen und die englischen Vernichtungspläne zuschanden zu machen. Ein vollkommener Sieg über Rußland schien ihm sicher, wenn einige freigewordene Armeen aus dem Westen gegen den Osten ins Feld gestellt werden könnten. In leuchtenden Farben werden die Folgen eines solchen Separatfriedens mit Frankreich ausgemalt. Und selbst ein negativer Ausgang von Verhandlungen werde die deutsche Position nicht schwächen, da die Verantwortung für das Blutvergießen dann eindeutig bei Frankreich liege. Mindestens konnten nach Rechbergs Überzeugung Terrainerkündigungen in Paris der Reichsleitung nicht uninteressant sein, wobei er Caillaux als die geeignetste Persönlichkeit für eine Fühlungnahme ansah. Mit einem Hinweis darauf, daß die gegenwärtige Lage Deutschlands der Preußens im Siebenjährigen Kriege gleiche, schließt der Rechbergsche Vortrag mit den Worten, daß, wenn es Deutschland gelinge, den englischen Vernichtungsplan zu vereiteln, dies seine Stellung als Weltmacht endgültig bestätigt haben werde.

Jenen Anknüpfungsversuch, auf den Rechberg in seinem Vortrag anspielte, erblickte er in einem Brief des ihm von Paris her bekannten ehemaligen französischen Kriegsministers Noulens (eines Freundes

---

<sup>19)</sup> Aufzeichnung im Nachlaß.

Briands), der nach Rechbergs Angaben ihm stets besonderes Vertrauen bewiesen und ihm sogar einmal ein Exemplar eines von ihm abgeschlossenen Staatsvertrages samt geheimen Artikeln mit eigenhändiger Widmung geschenkt habe<sup>19)</sup>). Dieser Brief, der seinen Empfänger etwa Ende September 1914 erreicht haben muß, liegt seltsamerweise weder im Original noch in Abschrift im Nachlaß vor. Ob Rechberg ihn dem Grafen Hertling am 10. Oktober vorgezeigt hat, ist unklar. Hernach war er offenbar im Wortlaut nicht mehr vorhanden. Wie später in den Gerichtsakten zum „Fall Rechberg“ vermerkt wurde, soll Rechberg das Schreiben selbst vernichtet haben. Der Inhalt des Briefes von Noulens ist daher nur aus Rechbergs nachträglichen Angaben zu entnehmen, die dahin gingen, daß trotz der vorsichtigen Fassung der Zeilen besonders aus einem Passus, welcher das Blutvergießen zwischen den benachbarten Völkern Deutschland und Frankreich bedauerte, auf einen über eine private Korrespondenz hinausgehenden Anknüpfungsversuch geschlossen werden könne<sup>20)</sup>). Die Tatsache allein, daß Noulens an ihn geschrieben habe, schien ihm bei dessen großen Einfluß genügend wichtig, um sie sofort irgendeiner maßgebenden Stelle bekannt zu geben.

Graf Hertling, offenbar von Rechbergs Ausführungen beeindruckt, sandte das Exposé sowie den Aufsatz in der „Staatszeitung“ dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, der daraufhin am 27. Oktober telegraphisch Rechberg in sein Hauptquartier bat. Einen dafür notwendigen Urlaub zwecks politischer Verwendung verschaffte Hertling Rechberg bei seinen militärischen Vorgesetzten.

Da für den weiteren Ablauf der Dinge originale Unterlagen im Nachlaß nicht vorhanden sind, müssen wir uns auf Rechbergs eigene Erzählung stützen, wie er sie in einem Manuskript „Vorgeschichte“ niederlegte und später mit einigen kleineren Abweichungen im „Reichsniedergang“ öffentlich wiederholte:<sup>21)</sup>

„Ich reiste noch am Abend des 27. Oktober nach Frankfurt, um von da in das Hauptquartier zu gelangen, wo ich etwa am 30. Oktober eintraf. Ich ließ mich sogleich beim Herrn Reichskanzler melden und wurde zunächst von Exzellenz von Jagow empfangen, mit dem ich über eine Stunde konferierte; darauf wurde ich vom Herrn Reichskanzler empfangen, dem ich Vortrag hielt. Ich erhielt danach von dem Herrn Reichskanzler den Auftrag, Noulens zu antworten. Die Tendenz der

---

<sup>19)</sup> Von Noulens befindet sich nur ein Schreiben vom 9. 2. 1913 im Nachlaß, in dem er bedauert, aus Zeitmangel Rechberg nicht für seine Büste sitzen zu können.

<sup>20)</sup> „Reichsniedergang“ S. 22.

<sup>21)</sup> Manuskript „Vorgeschichte“, o. D., S. 6 ff.

ganzen Verhandlung war jedenfalls die, daß dem Herrn Reichskanzler erwünscht sei, Beziehungen mit Frankreich in manchen Richtungen anzubahnen. Auch die Frage der französischen Presse wurde behandelt. Er bezeichnete es als erwünscht, näheres über die derzeitige Situation in Paris zu erfahren, ich solle, sobald ich neues erfahren hätte, wiederkommen und bei eventuellen Verhandlungen vorher Instruktionen holen. Exzellenz von Jagow setzte dann mit mir in einer nochmaligen Besprechung einzelne Ausdrücke des Briefes fest und beauftragte mich besonders, den Brief von München aus abzusenden. Ich suchte noch am selben Abend den General Chelius auf, mit dem ich darüber sprach, inwiefern eine Beziehung inoffizieller Natur zunächst mit Frankreich anzuknüpfen sei.

Am Morgen des 31. Oktober reiste ich von Charleville, wo das Hauptquartier lag, nach München zurück. Da mein Rückweg über Stenay, das Hauptquartier des Kronprinzen führte, hielt ich mich für verpflichtet, Seine Kaiserliche Hoheit von der Angelegenheit zu unterrichten. Einmal hatte ich den Grund, daß der Kronprinz meinem später teilweise in der bayrischen Staatszeitung veröffentlichten Exposé zugestimmt hatte, zweitens war der Kronprinz als mein Armeeführer mein höchster Vorgesetzter, ohne dessen Vorwissen ich nicht gerne irgend etwas unternehmen wollte. Ich ließ mich daher bei Seiner Kaiserlichen Hoheit melden. Noch am selben Nachmittag fuhr ich auf kurze Zeit zum Generalkommando des XVI. A. K. Da die in Frage stehenden politischen Angelegenheiten noch nicht abgeschlossen waren, ließ ich gegenüber dem General Mudra keinen Zweifel, daß ich noch auf eine etwas längere Abwesenheit vom Dienst rechnen müsse. Von Urlaub war, da ich ja beurlaubt war, nicht weiter die Rede.

Nachdem ich etwa am 2. November in Frankfurt angekommen war, erhielt ich dorten telefonische Nachrichten, wenn ich mich recht erinnere von meinem Bruder, die mich bestimmten, zuerst nach Berlin zu reisen, um dort an maßgebender Stelle Erkundigungen einzuziehen, ob es richtig sei, den Brief jetzt nach Paris zu befördern.

Ich wandte mich in Berlin an den Abgeordneten Herrn Erzberger, dessen Stellung mir bekannt war. Ich wußte, daß Herr Erzberger in engster Fühlung mit dem Herrn Reichskanzler und mit Herrn von Jagow in der auswärtigen Politik mitarbeitet und daß Anweisungen von ihm mit solchen des Auswärtigen Amtes Hand in Hand gehen. Herr Erzberger ist berechtigt, den Stempel des Auswärtigen Amtes zu führen. Ich erbat von dem Herrn Abgeordneten Erzberger, mir einen Weg anzugeben, auf dem mein Antwortschreiben sicher in die Hände von Noulens gelangen würde.

Der Herr Abgeordnete Erzberger warnte mich dringend, schriftlich etwas nach Frankreich zu senden. Es könnte veröffentlicht werden und als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden, was besonders gegenüber den Neutralen damals bedenklich schien. Dagegen sagte mir Herr Erzberger, daß in nächster Zeit italienische Journalisten in Deutschland erwartet würden, unter denen sich sicher ein geeigneter Bote finden würde. Trotzdem ich ungeduldig war, mich meiner Aufträge zu entledigen, glaubte ich mich den Anweisungen des Herrn Erzberger unbedingt fügen zu müssen, da ich wußte, daß sein Vorgehen identisch mit dem der Reichsleitung sei. Um mir Gelegenheit zu geben, die italienischen Herren kennen zu lernen, erhielt ich durch den Abgeordneten Herrn Erzberger und durch Exzellenz von Mumm den Auftrag, die italienischen Herren in Italien abzuholen.”

Diese Abholung geschah in Mailand (etwa am 20. 11.), nicht ohne einige Komplikationen für den „Diplomaten“ Rechberg. Anschließend wurden die italienischen Herren, an deren Spitze Signor Scarfoglio, der Direktor der großen süditalienischen Zeitung „Mattino“ (und Gatte der bekannten Schriftstellerin Mathilde Serao) stand, in München von Graf Hertling empfangen, der ihnen ein Interview gewährte. Eine geplante Besichtigung der Zeppelin-Werft in Friedrichshafen kam nicht zustande. Stattdessen erhob sich aber die Frage eines Empfangs der Neutralen beim Kronprinzen, wozu dieser prinzipiell bereit war und wozu ihm, nach Rechbergs Angaben, vor allem Erzberger geraten hatte. Der kronprinzliche Generalstabschef Schmidt von Knobelsdorf hielt jedoch zuvor die Unterrichtung des Generals von Falkenhayn für erforderlich und sandte Rechberg zu diesem. Falkenhayn seinerseits wies Rechberg an den Chef der Nachrichtenabteilung im Großen Generalstab, der bekannten Abteilung III b, Major Nicolai. Dieser nun lehnte ungeachtet der Haltung des Kronprinzen den Empfang der Italiener ab, ohne daß Rechberg die Gründe erfuhr. Erst über eine Intervention des Oberquartiermeisters General von Bieberstein konnte der Empfang der Herren durch den deutschen Thronfolger dann doch stattfinden und schien günstig gewirkt zu haben. Insbesondere Scarfoglio setzte sich in seiner Zeitung hernach bis zum Ausbruch des Krieges mit Österreich zugunsten Deutschlands ein, was natürlich auch noch aus anderen, gewichtigen Gründen heraus geschah, wie insbesondere den traditionellen antienglischen Mittelmeerinteressen der Süditaliener <sup>21)</sup>).

---

<sup>21)</sup> Scarfoglio scheint auch Beziehungen zu F. A. Krupp gehabt zu haben. Sein moralischer Leumund dürfte fragwürdig gewesen sein (vgl. Krupp und die Hohenzollern, Aus der Korrespondenz der Familie Krupp 1850—1916, hrg. von W. Boelcke [Rütten & Loening, Ostberlin 1956] S. 100). Doch hat Scarfoglios Person offenbar in Berlin keinen Anstoß erregt.

Als Unterhändler für Paris war inzwischen ein anderer Italiener als noch geeigneter befunden worden. Es war der, nach einer späteren Darstellung Rechbergs angeblich von Fürst Bülow empfohlene Turiner Marine-Ingenieur, Marchese Lorenzo d'Adda<sup>23)</sup>, der auch schriftstellerisch tätig war und über gute Beziehungen zu Frankreich verfügte.

Aus Mangel an anderweitigen Zeugnissen muß wiederum Rechberg selbst das Wort gegeben werden:<sup>24)</sup>

„Der Marchese d'Adda, ein einflußreicher italienischer Politiker, war auf Veranlassung meines Bruders nach Berlin gekommen. Er wurde von dem Prinzen Heinrich empfangen und anderen wichtigen Persönlichkeiten. Kurz nach meiner Rückkehr nach Berlin wurde ich zusammen mit dem Marchese d'Adda und meinem Bruder von dem Fürsten Bülow empfangen, dem ich dabei in seiner Eigenschaft als Kaiserlicher Botschafter einen Bericht über die Reise der italienischen Herren übergab. Als mir Herr Erzberger sagte, daß d'Adda nach Paris reisen sollte, hatte ich mit dem Marchese d'Adda eine ganze Reihe Besprechungen über die Möglichkeiten, die in Paris sich eventuell ausnutzen ließen.

Nach längeren Verhandlungen reiste der Marchese d'Adda nach Paris ab.

Nach der Abreise des Marchese d'Adda hielt ich mich verpflichtet, dem Herrn Reichskanzler über den Stand der Angelegenheit Vortrag zu halten. Ich fuhr daher erneut nach dem Großen Hauptquartier.

Ich fuhr nach dem Großen Hauptquartier über Stenay, von wo ich, da gerade Weihnachten, mein Generalkommando aufsuchte. Von Urlaub war dabei nicht die Rede, da ich ja beurlaubt war. Das Generalkommando lag damals in Cornay.

Im Großen Hauptquartier wurde ich sogleich von Exzellenz von Jagow empfangen. Ich übergab Exzellenz von Jagow einen Vortrag für den Herrn Reichskanzler. In diesem Vortrag legte ich erstens Rechenschaft ab über die Entwicklung meines Auftrages, zweitens über die Reise der italienischen Herren und drittens über ein von meinem Bruder und dem Marchese d'Adda ausgearbeitetes Projekt, durch die in unserem Besitz befindliche belgische Kohle Italien in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland zu bringen. Der letzte Vorschlag war von dem Fürsten Bülow als sehr gut befunden worden. Exzellenz von Jagow

---

<sup>23)</sup> So Rechberg an Dr. Grautoff 24. 7. 1919. Daß d'Adda in Italien im Rufe eines „Phantasten“ stand, berichtet in einer gegen Rechberg gerichteten Zuschrift ein ungenannter Diplomat im „Kleinen Journal“ vom 21. 2. 1921.

<sup>24)</sup> „Vorgeschichte“ S. 12 ff.

sagte mir, es müsse mit Exzellenz Zimmermann weiter verhandelt werden. Endlich übergab ich Staatssekretär von Jagow einen Artikel, den ich auf seine Anregung im „Tag“ veröffentlicht hatte und der darlegte, wie sehr der deutschen Diplomatie bisher die Geldmittel gefehlt hatten. Exzellenz von Jagow war mit allem einverstanden. Er frug mich, ob ich den Herrn Reichskanzler sehen wolle, der allerdings heute sehr beschäftigt sei, worauf ich selbstredend Abstand nahm. Er sagte mir jedoch, daß ich nach Rückkehr des Marchese d'Adda mit diesem nach dem Hauptquartier kommen solle, und daß ich dann mit d'Adda den Reichskanzler sehen solle. Ebenso hatte mir der Herr Abgeordnete Erzberger gesagt, ich solle nach d'Addas Rückkehr dem Reichskanzler im Hauptquartier Bericht erstatten. Ich hatte mit d'Adda verabredet, in München zusammenzutreffen und fuhr daher nach dort, um ihn zu erwarten."

Was nun die Verhandlungen d'Addas um die Jahreswende 1914/15 in Paris betrafen, so kam er Ende Januar mit mehreren Berichten aus der französischen Hauptstadt zurück, die über Erzberger teils an das Auswärtige Amt, teils, soweit sie militärische Angelegenheiten betrafen, Falkenhayn zugeleitet wurden<sup>25)</sup>. D'Adda hatte unter anderem mit dem Außenminister Delcassé und dem Marineminister Augagneur verhandelt, dagegen bemerkenswerterweise nicht mit Noulens, wie denn dessen mysteriöser Brief an Rechberg jetzt nirgendwo mehr eine Rolle spielt.

Über die ausschlaggebende Unterredung des italienischen Unterhändlers mit Delcassé liegt Abschrift seines Berichtes im Nachlaß<sup>26)</sup>. Für den historischen Betrachter ergibt sich daraus eindeutig, daß auch hier der entscheidende Punkt die belgische Frage war, d. h. die Forderung der Wiederherstellung der Integrität Belgiens, ohne die auf Grund der Darlegungen Delcassés keine deutsch-französischen Verhandlungen möglich sein konnten. Doch gerade in dieser Hinsicht wollte die deutsche Politik keine befriedigenden Zusicherungen geben. Ein im Nachlaß vorhandener, nicht datierter und in seiner Echtheit nicht nachprüfbarer maschinenschriftlicher Antwortbrief Erzbergers an d'Adda, der negativ gehalten ist, gibt dennoch die tatsächliche Einstellung der deutschen Reichsleitung zutreffend wieder<sup>27)</sup>. Selbst wenn sich im Anschluß an diesen Vorstoß des Italieners noch deutsch-französische Ver-

---

<sup>25)</sup> Erzbergers unmittelbare Beteiligung bezeugt noch ein Übersendungsschreiben vom 4. 2. 1915 an Graf Hertling, worin Erzberger sagt, daß er d'Adda nach Paris geschickt habe.

<sup>26)</sup> s. Anhang Nr. 5.

<sup>27)</sup> s. Anhang Nr. 6.



handlungen auf offizieller Ebene angesponnen hätten, wären sie alsbald unweigerlich an dem belgischen Problem gescheitert <sup>28)</sup>).

Daß Arnold Rechberg in seiner Stellungnahme zu d'Adda's Berichten und hernach im „Reichsniedergang“ (wo er charakteristischerweise kein Wort über Belgien sagte) die Verhandlungen „aussichtsvoll“ nennen konnte <sup>29)</sup>, erscheint daher weitgehend unbegründet. Ebensowenig ist recht zu verstehen — falls Rechbergs Mitteilungen zutreffen — wie d'Adda nach mehreren Verhandlungen mit dem Staatssekretär von Jagow von diesem ersucht werden konnte, seine Bemühungen fortzusetzen und nach Paris zurückzukehren, wofür ihm vom Auswärtigen Amt eine namhafte Summe zur Verfügung gestellt worden sein soll <sup>30)</sup>.

Wirklich begab sich der Italiener Anfang Februar wieder an die Seine. Rechberg selbst war von Erzberger ausersehen worden, an den weiteren Verhandlungen mit d'Adda beteiligt zu werden. Rechberg hatte d'Addas Berichte auch dem Hauptquartier des Kronprinzen zugeleitet und war daraufhin zum kronprinzlichen Stabe kommandiert worden. Alsbald kam jedoch ein ihm unverständliches Telegramm, daß er sich bei seiner Ersatz-Eskadron in Wandsbek zu melden habe. Wenig später, am 9. 3. 1915, wurde Rechberg — für ihn wie ein Blitz aus heiterem Himmel — von den Militärbehörden verhaftet und in die Militärarrestanstalt Altona eingeliefert. Der „Fall Rechberg“ begann.

Die Klärung dessen, was dieser Verhaftung zugrunde lag, ist im Einzelnen nur noch schwer möglich und auch kaum erforderlich. Im wesentlichen ging es um den Vorwurf, Politik ohne Auftrag getrieben zu haben, gelegentlich auch mit dem leisen Verdacht der Spionage; daneben existierten einige kleinere Beschuldigungen, wie die der unerlaubten Entfernung Rechbergs von der Truppe. Daß der Urheber der Verhaftung die Abteilung III b des Generalstabes unter Major Nicolai war, steht fest, wie denn Nicolai später in seinem Buch „Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg“ <sup>31)</sup> darlegte, daß es vor allem gegolten habe, den in seiner Vergangenheit undurchsichtigen Rechberg aus der Umgebung des Kronprinzen zu entfernen. Es ist auch möglich, daß die Gegnerschaft der Militärs zu Erzberger in diese Angelegenheit hineinspielte; denn Rechberg wurde von Nicolai als politisches Organ Erzbergers bezeichnet.

---

<sup>28)</sup> In der großen Biographie Delcassés von A. Neton (Paris 1952) ist von den Unterhandlungen d'Adda's nirgends die Rede.

<sup>29)</sup> a.a.O. S. 42.

<sup>30)</sup> Leider sind die Akten des Auswärtigen Amtes aus der Zeit des 1. Weltkrieges zur Zeit noch immer in England, so daß eine Nachprüfung der ganzen Frage nicht möglich war.

<sup>31)</sup> (Berlin 1920) S. 150 f.

Fest steht weiterhin, daß die obersten politischen Instanzen des Reiches, die Rechberg zu Anfang seiner diplomatischen Bemühungen offensichtlich ermuntert hatten, ihn jetzt gegenüber den Militärbehörden in gewissem Sinne im Stich ließen. Bethmann-Hollweg ließ erklären, daß er zwar mit Rechberg konferiert, ihm aber keinen Auftrag erteilt habe. Das gleiche sagte der Staatssekretär von Jagow, freilich mit der wichtigen Einschränkung, daß es möglich sei, daß Rechberg sich selbst für beauftragt gehalten habe. Dieser selbst vertrat damals und später stets die Auffassung, daß es sich, wenn auch nicht formal, so doch dem Sinne nach um einen amtlichen Auftrag gehandelt habe. Der Historiker wird ihm mindestens den guten Glauben hierbei nicht absprechen und in der Haltung des Kanzlers und des Staatssekretärs in dieser Angelegenheit nur ein Symptom für die im 1. Weltkrieg historisch-politisch so bedeutsame Unsicherheit der zivilen Macht des Reiches gegenüber der militärischen Führung erblicken können, einer Führung, die hier auch über den Willen des Thronfolgers glatt hinweggegangen war<sup>22)</sup>. Wenn Jagow am 31. 7. 1915 an Frau von Tiele schrieb, das Verfahren gegen Rechberg sei lediglich aus militärdienstlichen Gründen eröffnet worden, seitens des Auswärtigen Amtes könne daher nicht in dasselbe eingegriffen werden, so zeigt sich darin doch sichtlich eine Furcht vor den Militärs. Die schwächliche Haltung Bethmanns und Jagows kann auch dann nicht übersehen werden, wenn ohne weiteres angenommen werden muß, daß Rechberg in seinem persönlichen Auftreten in den Verhandlungen kaum immer die erforderliche Rücksichtnahme hatte walten lassen und, wie es sogar sein langjähriger Freund, der damalige Major und Adjutant des Kronprinzen, Ehrhardt, zugab, in seinem Vorgehen unvorsichtig und ungeschickt gewesen sein mochte<sup>23)</sup>.

Es läßt sich immerhin verstehen, daß Arnold Rechberg der Überzeugung war, nur seine Verhaftung habe die angebahnten Verhandlungen mit Frankreich zum Scheitern gebracht. Jedenfalls verdienen seine

---

<sup>22)</sup> Der Kronprinz hat sich bekanntlich in seinen späteren „Erinnerungen“ als Anhänger von Sonderfriedensbemühungen alsbald nach der Marneschlacht ausgegeben (vgl. auch P. Herre, Kronprinz Wilhelm [München 1954] S. 53 f.). Wenn Herre freilich meint, daß Wilhelm bis tief in das Jahr 1915 hinein aus der Marneschlacht nicht derartige Konsequenzen habe ziehen wollen, so ist das im Hinblick auf die Rechbergschen Bemühungen, von denen ja der Kronprinz zweifellos Kenntnis hatte, nicht ganz zutreffend. Daß Kronprinz Wilhelm bald schon die Lage Deutschlands mit der Preußens im Siebenjährigen Kriege verglich, mag man vielleicht zu einem Teil Rechbergschen Einflüssen zuschreiben.

<sup>23)</sup> Schreiben an Oberst von Tettau in Kassel vom 15. 10. 1915. In den im Nachlaß teilweise abschriftlich vorhandenen Gerichtsakten wird Rechberg als „Renomist“ bezeichnet.

**Ausführungen dazu, wie er sie in einem der Entwürfe für seine Verteidigungsschriften machte, einige Beachtung:**

„Gerade als Rechberg verhaftet wurde, traf ein erneuter Bericht des Marchese d'Adda ein. Der Marchese d'Adda hatte in Cavallini und Bolo-Pascha zwei weitere Unterhändler gewonnen. Er war mit den Radikalen in Paris, insbesondere mit Malvy und mit Caillaux, entsprechend den Instruktionen Rechbergs in Verbindung getreten. Nach den Mitteilungen d'Adda's waren diese Franzosen bereit, annehmbare Friedensbedingungen zwischen Frankreich und Deutschland zu erörtern. Es war verabredet, daß Herr Erzberger und Rechberg sowie der Bruder Rechberg's die Franzosen in der Schweiz treffen sollten. Der Marchese d'Adda deponierte, daß alles mißraten werde, wenn die Rechbergs nicht kämen. Es konnte in der Tat nicht bezweifelt werden, daß eine so schwierige Verhandlung schwer gefährdet sein müsse, wenn einer der Hauptbeteiligten wie Rittmeister Rechberg auf unerklärliche Weise daraus verschwand. Das eben erst entstehende Vertrauen zwischen den verhandelnden Parteien mußte dadurch auf das schwerste erschüttert werden. Allerdings haben das Auswärtige Amt und Herr Erzberger versucht, den politischen Operationsplan Rechbergs auch nach dessen Ausscheiden fortzuführen. Soweit sich aus den Zeitungen beurteilen läßt, scheint dabei Bolo-Pascha hauptsächlich als Unterhändler fungiert zu haben. Er hat aber doch anscheinend nicht die für die Durchführung des Rechberg'schen Operationsplanes notwendige Kenntnis des politischen Terrains in Paris besessen. So hat er insbesondere in bezug auf Clemenceau und bei seinen Verhandlungen mit der französischen Presse Mißgriffe getan, vor denen ihn Rechberg dringend gewarnt haben würde, wenn er an der Verhandlung beteiligt geblieben wäre. Diese Mißgriffe sind zweifellos der Grund gewesen, daß die Aktion, an deren Spitze Caillaux getreten war, schließlich bekannt geworden ist.“

Aktenkundliche Belege und Berichte über d'Adda's zweite Pariser Reise liegen im Nachlaß nicht vor. Nach einer späteren Darstellung Rechbergs hätte der Italiener damals handschriftliche Briefe französischer Politiker mitgebracht. Wie dem auch gewesen war, an der fundamentalen Tatsache, daß das amtliche Frankreich in keiner Weise an einen Sonderfrieden und schon gar nicht ohne seinen englischen Verbündeten dachte, und daß überhaupt die deutsche Haltung in der belgischen Frage ein nicht zu überwindendes Hindernis für die Verständigung bildete, konnte auch die Verständigungsbereitschaft einzelner französischer Politiker nichts ändern. Die Verhandlungen waren im Grunde schon vor Rechbergs Verhaftung gescheitert und hätten auch bei seinem weiteren Fortwirken schwerlich zu einem politischen Ergebnis geführt.

Rechbergs These, daß noch im Winter 1914/15 eine Abspaltung Frankreichs von England möglich gewesen wäre, war schlechthin falsch und verkannte völlig die emotionalen Triebkräfte auf französischer Seite.

In historischer Sicht ist es daher weniger bemerkenswert, daß diese von Rechberg angebahnten Verhandlungen (deren Beendigung durch d'Adda, der bald ausschied, auf Grund der unzureichenden Unterlagen unklar bleibt) im Sande verliefen, als daß sie überhaupt die deutsche Reichsleitung zu solcher Anteilnahme aufriefen: ein zusätzlicher historischer Beweis für den mangelnden Kriegswillen des deutschen Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts. Sie werfen damit ihrerseits ein neues Schlaglicht auf die Tatsache, wie wenig die deutsche Reichsleitung unter Bethmann-Hollweg und Jagow auf einen umfassenden Krieg eingestellt war, geschweige ihn denn beabsichtigt hatte und wie sehr sie noch gleichsam nach jedem Strohalm griff, der Aussicht wenigstens auf eine Einengung des Kampfes zu bieten schien. Andererseits war sie nicht bereit, einen wirklichen politischen Preis dafür zu zahlen und eindeutig auf Belgien zu verzichten. Der „Fall Rechberg“, so vergänglich er in der Geschichte des 1. Weltkrieges auch erscheint, stellt sich daher historisch eher als ein Ausschnitt aus dem großen „Fall Bethmann“ dar<sup>4)</sup>.

Daß Arnold Rechberg selbst bei seinen Friedensbemühungen nicht nur guten Glaubens und Willens, sondern auch vollkommen uneigennützig war, darf ihm von der Geschichtsschreibung ohne weiteres zugestanden werden. Wie aus einem späteren Schreiben des Generals Max Hoffmann, dem Rechberg bald nähertrat, an seine Frau vom 17. 3. 1917

---

<sup>4)</sup> Von der deutschen Geschichtswissenschaft sind die Rechbergschen Bemühungen trotz Rechbergs eigener Publizistik über seinen „Fall“ weitgehend unbeachtet geblieben wie namentlich von R. Stadelmann in seinem Aufsatz „Friedensversuche im ersten Jahr des Weltkriegs“, Hist. Zeitschr. 156 (1937) S. 485 ff. Daß im übrigen 1914 hien und drüben verschiedene Möglichkeiten von Separatfriedensverhandlungen erwogen wurden, steht fest. So berichtet der russische Botschafter Iswolsky Mitte Dezember aus Paris, daß dort Gerüchte über einen Sonderfrieden hartnäckig umgingen. Vgl. Internationale Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus, hrsg. von O. Hoetzsch Band II, 6, 2 (Berlin 1934) Nr. 656.

Mathias Erzberger, der wahrlich Kenntnis von der Rechberg-Angelegenheit hatte, erwähnt in seinen Erinnerungen „Erlebnisse im Weltkrieg“ (1920) im Kapitel „Friedensbemühungen“ nur ganz kurz, daß im Frühjahr 1915 eine zeitlang einzelne Kreise Frankreichs geneigt gewesen zu sein schienen, unverbindliche Besprechungen über die Friedensmöglichkeit herbeizuführen. Doch sei man nicht über ganz unverbindliche Besprechungen hinausgekommen, die dann nach Delcassés Rücktritt wieder fortgesetzt worden seien. Im Vorwort zu seinem Buch sagt E., daß er manche Vertrauensperson noch nicht nennen wolle; hiermit wird wohl auch A. Rechberg gemeint sein.

hervorgeht<sup>65)</sup>), waren auch Erzberger und der nationalliberale Abgeordnete Freiherr von Richthofen der Meinung, daß Rechberg bitteres Unrecht zugefügt worden war. Rechberg sei aber doch etwas „Phantast, der politisch nicht verwendet werden könne“. Daß die Verhaftung für Rechberg eine schwere Kränkung bedeuten mußte, ist auf alle Fälle psychologisch durchaus verständlich. Der Schock war so groß, daß Rechberg einen Nervenzusammenbruch erlitt. Er wurde in eine Klinik für Nervenranke überführt, da bei den Militärbehörden die feste Überzeugung herrschte, daß er geisteskrank sei.

Inzwischen hatten sich seine Freunde für ihn in Bewegung gesetzt, neben der Baronin Tiele vor allem Erzberger, der Feldmarschall von Eichhorn und der Abgeordnete von Richthofen, schließlich auch der Staatssekretär von Jagow selbst, der bei der ganzen Angelegenheit sichtlich ein etwas schlechtes Gewissen bezeugte. Das Ergebnis war Ende August 1915 die Freilassung und die Einstellung des Verfahrens, da ernsthafte Verfehlungen nicht nachzuweisen waren und zudem das Militärgericht nach wie vor die Zurechnungsfähigkeit des Inhaftierten bezweifelte<sup>66)</sup>. Um die volle Rehabilitierung Rechbergs als Offizier zu erreichen, hatte Eichhorn ihn alsbald danach für seinen Stab angefordert. Dies jedoch konnte infolge Gegenwirkung der Abteilung III b nicht durchgesetzt werden. Zu seinem Leidwesen wurde Rechberg in der Folgezeit während des ganzen Krieges militärisch nicht wiederverwendet.

Der „Fall Rechberg“ sollte noch ein Nachspiel haben. Im Januar 1916 erhielt Anna Rechberg einen Brief eines im Lager Ohrdruf sitzenden französischen Kriegsgefangenen, der ein Schüler von Cormon war und sich im Auftrage seines Lehrers nach dem Befinden ihres Bruders erkundigte. Zwei frühere Briefe an diesen selbst seien offenbar verlorengegangen.

Dieses Schreiben des Franzosen ist wenigstens im Original im Nachlaß erhalten geblieben. Für die weitere Entwicklung muß jedoch wieder Rechberg selbst das Wort gegeben werden:<sup>67)</sup>

„Nach den Erfahrungen, welche hinter mir lagen, habe ich mir lange überlegt, was ich mit dem Brief tun sollte. Schließlich siegte in mir aber doch das Gefühl, daß es meine Pflicht sei, den Brief nicht für mich zu behalten. Bei der Stellung meines Freundes in Paris war es jedenfalls

---

<sup>65)</sup> Bundesarchiv Nachlaß Hoffmann Nr. 2.

<sup>66)</sup> Der Gerichtsherr General von Roehl an Eichhorn 10. 8. 1915.

<sup>67)</sup> „Reichsniedergang“ S. 587.

nicht unmöglich, daß der Brief einen erneuten französischen Anknüpfungsversuch bedeuten konnte. Ich glaubte jedenfalls nicht, daß mein französischer Freund ohne Deckung seitens politischer Stellen in Paris im Kriege an einen Deutschen schreiben werde.

Ich verkehrte damals in dem Hause der Baronin Schröder. Diese Dame hatte als geborene Amerikanerin einen guten internationalen Überblick. Sie liebte es, politische Persönlichkeiten in ihren Salons zu versammeln. Die Baronin Schröder, deren Gatte, der Rittmeister Alexander von Schröder, im Großen Hauptquartier Dienst tat, war besonders auch mit dem General von Falkenhayn befreundet. Ich übergab ihr daher den Brief mit der Bitte, ihn womöglich dem General von Falkenhayn zu geben, welcher bestimmen möge, was daraufhin geschehen solle. Ohne den eventuellen Auftrag maßgebender Stellen wollte ich das Schreiben nicht beantworten. Die Baronin Schröder hat den Brief, weil der General von Falkenhayn in Berlin nicht anwesend war, an den Major Deutmoser [den Leiter des Kriegspresseamtes] gesandt, da sie das Verhältnis, in welchem ich zu Deutmoser stand, nicht kannte.

Am 7. Februar 1916 erhielt ich daraufhin von meinem Bezirkskommando in Hersfeld den Befehl, meinen Aufenthalt in Berlin abzurechnen und mich in Hersfeld zu melden. In Hersfeld eröffnete mir der Bezirkskommandeur, Oberstleutnant von Mansard, daß ich auf Befehl des Generals von Falkenhayn Hersfeld bzw. seine nächste Umgebung nicht verlassen dürfe. Herr von Mansard, im Zivilberuf Hofchef des Landgrafen von Hessen, war ganz davon überzeugt, daß der Generalstab mir gegenüber völlig im Recht sei. Gegenüber meinen Versuchen, Aufklärung herbeizuführen, erwies er sich unzugänglich. Ich hatte das Gefühl, daß er in mir einen sehr staatsgefährlichen Menschen sähe.”

Auch hierbei wieder scheint die Nachrichtenabteilung mit Major Nicolai die treibende Kraft gewesen zu sein. Jedenfalls berichtet Rechberg, daß es nach einer Aussage Nicolais gegenüber Erzberger der Obersten Heeresleitung damals unerwünscht gewesen sei, daß der französische Brief gerade zur Zeit der Vorbereitung der deutschen Offensive gegen Verdun gekommen sei<sup>88)</sup>).

Wer den recht harmlosen Brief des Gefangenen liest, kann sich schwer vorstellen, daß die deutsche militärische Abwehr derart mit Kanonen nach Spatzen schießen mußte. Gleichwohl war Arnold Rechberg in Hersfeld interniert, und erst im Juni 1916 gelang es seinen

---

<sup>88)</sup> „Reichsniedergang“ S. 61.



Freunden, voran dem Abgeordneten von Richthofen<sup>39)</sup>, die Aufhebung der Internierung zu erreichen. Im Oktober brachte dann der Abgeordnete Dr. Stresemann im Hauptausschuß des Reichstags den Fall Rechberg zur Sprache. Der Ausschuß bekundete seine Sympathie mit Rechberg, doch blieb dessen militärische Nichtwiederverwendung unwiderrufen.

Unwiderruflich aber blieb auch der Haß und die Verbitterung, die Rechberg fortan gegen Nicolai hegte. Wie ein roter Faden zieht sich dieser Haß durch den ganzen Nachlaß. Wo er nur konnte, wird Rechberg diesen Offizier in der Zukunft publizistisch angreifen, zunächst als den Initiator einer verhängnisvollen Nachrichtenpolitik, die der militärischen und politischen Führung des Reiches durch unzutreffende Meldungen (wie zum Beispiel vor der Marneschlacht oder dem Unternehmen gegen Verdun) schweren Schaden zugefügt habe und daher für den Verlust des Krieges hauptverantwortlich sei. Nach dem Sturz der Monarchie gilt ihm Nicolai dann als der böse Geist einer bolschewistenfreundlichen deutschen Politik, die insonderheit die neue Reichswehr zersetze. Die Berechtigung dieser Vorwürfe braucht hier nicht nachgeprüft zu werden. Ohne Zweifel waren sie in vieler Hinsicht unsachlich und schossen häufig weit über das Ziel hinaus<sup>40)</sup>. Sie zeigten aber gerade dadurch, welche schweren traumatischen Wirkungen die Verhaftung und die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in Rechbergs Psyche hinterlassen hatten.

Eine nicht minder starke Abneigung herrschte hinfort bei Rechberg auch gegenüber dem Auswärtigen Amt und der offiziellen deutschen Diplomatie. Es wird seine ständige These werden, daß die deutsche Rasse und die deutsche Diplomatie politisch töricht seien und Neid und Eifersucht einen wesentlichen Charakterzug der Deutschen darstellten<sup>41)</sup>.

Trotz der Fehlschläge, die er erlitten, ließ sich Rechberg aber nicht entmutigen, für seine politischen Ziele weiterhin aktiv einzutreten. Wenn es zutreffend ist, was uns Adolf Viktor v. Koerber berichtet<sup>42)</sup>, so hat sein Freund über die Vermittlung Erzbergers Ende 1916, als das Problem eines deutschen Friedensangebots für die Reichsleitung auf-

---

<sup>39)</sup> Der Nachlaß des Abgeordneten Hartmann Frhr. von Richthofen, der für Rechberg wahrscheinlich noch hätte aufschlußreich sein können, ist anscheinend leider vernichtet.

<sup>40)</sup> Wenn Rechberg z. B. behauptete, Nicolai sei auch der Urheber der Leninischen Reise durch Deutschland nach Rußland im April 1917 gewesen, so wissen wir heute bündig, daß die Abteilung IIIb lediglich an der technischen Durchführung des Transports beteiligt, aber keineswegs der Initiator war (vgl. W. Hahlweg in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 5. Jg. [München 1957] S. 307 ff.).

<sup>41)</sup> vgl. z. B. „Reichsniedergang“ S. 27.

<sup>42)</sup> a.a.O. S. 12 ff. „Bethmann-Hollwegs Friedensangebot“.

kam, erneut eine Aussprache mit dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg gehabt. Dabei will er diesen in unmißverständlicher Form auf die Notwendigkeit einer klaren Friedenserklärung zugunsten des status quo ante hingewiesen haben zugleich mit der Bemerkung, daß nach dem Muster des Siebenjährigen Krieges diese Selbstbehauptung ein deutscher Sieg sei. Zu seiner Erbitterung erklärte ihm aber der Kanzler, daß er mit der Verfechtung des status quo am nächsten Tage gestürzt sein würde und daher nur ein „allgemein gehaltenes“ Friedensangebot machen könne. Rechberg erklärte dies für einen Mangel an Verantwortungsgefühl eines Staatsmannes und schied in Unfrieden, um gleichzeitig fortan in den Chor derer einzustimmen, die Bethmann, freilich oft aus anderen Beweggründen, Schwäche und Verantwortungsscheu, namentlich aber Halbheiten vorwarfen“<sup>40</sup>).

Belege für diese Unterredung sind nirgends vorhanden. Es kann so gewesen sein, wie Koerber es darstellt, wenngleich es auffällig erscheinen muß, daß in der Folgezeit Rechberg über seine Besprechungen mit wichtigsten Persönlichkeiten so häufig nachträglich und oft erst viel später berichtet. Das hindert nicht, daß er der Zustimmung des Historikers gewiß sein darf, wenn er so nachdrücklich einen deutschen Eroberungsfrieden verwarf. Daß seine politischen Darlegungen jedes nationalen Chauvinismus ermangelten, kann schon hier in positivem Sinne festgehalten werden. Andererseits muß freilich gefragt werden, ob Rechberg nicht bereits seinerseits zu optimistisch war, wenn er glaubte, die deutsche Armee könne einen Frieden auf der Grundlage des bestehenden deutschen Machtzustandes von 1914 noch erkämpfen. Das unerschütterliche Vertrauen in diese Armee und in die militärische Unbesiegbarkeit war bei ihm noch vorhanden. Aus diesem Glauben heraus hat er, wie es scheint, auch zur Unterstützung der Bemühungen Erzbergers um einen Sturz des Generalstabschefs Falkenhayn nach dem Mißerfolg von Verdun mit seinem Gönner Eichhorn korrespondiert und auf Grund der zustimmenden Einstellung des Feldmarschalls ein Exposé verfaßt, das Erzberger als Unterlage zugeleitet wurde. Wenig später soll ihm Erzberger dann die Ersetzung Falkenhayns durch Hindenburg mit den Worten mitgeteilt haben: „Es gibt noch eine Gerechtigkeit“<sup>41</sup>).

Die Briefe Eichhorns sowie das Exposé für Erzberger sind nicht im Nachlaß. Da Eichhorn ein entschiedener Gegner Erzbergers war, freilich wohl mehr aus persönlicher denn aus politischer Abneigung heraus,

---

<sup>40</sup>) z. B. Aufsatz in der „Vossischen Zeitung“ Nr. 323 vom 10. 7. 1926 „Was Bethmann nicht wagte“.

<sup>41</sup>) Koerber a.a.O. S. 14 f. „Der Sturz Falkenhayns“.

erscheint es seltsam, daß er auf diese Weise mit dem von ihm abgelehnten Manne zusammengearbeitet haben soll. Immerhin kann auch dies möglich gewesen sein, so daß Arnold Rechberg hier zu seinem Teile an einer historischen Entscheidung mitgewirkt hätte. Vielleicht war es gerade dieser Erfolg, der Erzberger dann auch bewog, jene Unterredung Rechbergs mit dem Reichskanzler Ende 1916 zu vermitteln.

Auf alle Fälle war Rechberg entschlossen, der Politik nicht mehr zu entsagen. Schon die Bemühungen, seine Rehabilitierung für das ihm angetane Unrecht in anderer Form zu erreichen, nachdem ihm die Genugtuung einer militärischen Wiederverwendung verweigert worden war, drückte ihm die Feder in die Hand. Der politische Schriftsteller und Journalist trat auf diese Weise immer stärker hervor, obgleich er auch weiterhin an seinen Wohnsitzen Berlin und Hersfeld bildhauerisch tätig war und in den letzten Jahren des Krieges zum Beispiel noch die Büsten des Generalobersten von Kluck und von Frau Margarete Ludendorff, der ersten Frau des Generals, schuf.

### 3. Kapitel

#### **Rechbergs Projekt einer deutsch-englischen Wirtschaftsverflechtung und seine politischen Bemühungen am Ausgang des 1. Weltkrieges im Banne Erzbergers und des Generals Hoffmann**

Am 16. 5. 1917 schrieb Arnold Rechberg an einen ungenannten Oberstleutnant, er habe den Eindruck, daß es kaum möglich sein werde, noch während des Krieges das Kapital auszunutzen, das er sich an Beziehungen und persönlichem Vertrauen in Paris schon aus dem Grunde erworben habe, weil er niemals in der Lage gewesen sei, dort von irgend jemand etwas verlangen zu müssen. Die Resignation, die in diesen Worten zum Ausdruck kommt, wird aufgewogen durch ein verstärktes Vertrauen in die eigene unabhängige Position, mit der Rechberg insbesondere immer nachdrücklicher gegen die dienstlichen Abhängigkeiten und Vorurteile sowie die fachliche Enge der Berufsdiplomaten des Auswärtigen Amtes aufzutrupfen suchte. Neben anderen publizistischen Arbeiten verfaßte er in den letzten Kriegszeiten, nachdem er inzwischen die Hauptstadt Berlin zu seinem ständigen Wohnsitz erkoren hatte, auch zwei Schriften mit Vorschlägen zur Reform des Auswärtigen Amtes<sup>45</sup>). In ihnen wird unter starker Hervorhebung des Versagens der

---

<sup>45</sup>) Geschäftsführung (Eine Studie über äußere Politik) Neu-Orientierung (Ein Beitrag zur Reform des auswärtigen Dienstes). Verlag der Berliner Börsen-Zeitung 1918.

deutschen Vorkriegsdiplomatie die Forderung erhoben, daß der enge Kreis, aus dem bisher die Beamten des auswärtigen Dienstes des Reiches ausgewählt wurden, erweitert und daß dem Amt durch Heranziehung von Außenseitern, vor allem von Männern, die im freien Wettbewerb des Lebens, sei es in der Wirtschaft, sei es in der Pressearbeit, geschult waren, frisches Blut zugeführt werde. In diesem Sinne wurde England als Vorbild hingestellt, das Land, das durch die Anwendung kaufmännischer Grundsätze auf die Führung des Staates einen Vorsprung vor vielen anderen Nationen gewonnen habe. Denn — diese Überzeugung sprach Rechberg hierbei aus — es schein nicht unrichtig, den Staat „mit einem großen wirtschaftlichen Unternehmen“ zu vergleichen“<sup>46)</sup>.

Solcher Kritik an dem Zustand der Diplomatie des kaiserlichen Deutschlands kann eine gewisse historische Berechtigung sicherlich nicht abgesprochen werden, sie kam damals auch noch von anderen Seiten. Bei Rechberg tritt freilich das Moment der persönlichen Enttäuschung über die negative Haltung des Amtes seinen eigenen Bestrebungen gegenüber hinzu. Aussicht auf Verwirklichung hatten seine Vorschläge zum Zeitpunkt ihres Erscheinens inmitten einer sich ständig zuspitzenden innen- und außenpolitischen Lage schwerlich. Doch machten sie seinen Namen in den politischen Kreisen Berlins bekannt und brachten ihm neue Verbindungen, vornehmlich zu Persönlichkeiten der national-liberalen Partei mit deren spezifischen wirtschaftlichen Interessen. In dieser Zeit beginnen auch Rechbergs Beziehungen zu Dr. Stresemann, dessen Schwager, der lippesche Kammerpräsident von Kleefeld, sich jetzt und später besonders für die Rechbergischen Ideen einsetzte.<sup>47)</sup>

In der Hauptsache freilich waren es zwei Persönlichkeiten, in deren Bann Rechberg politisch geraten sollte.

Die eine von ihnen ist Matthias Erzberger, der selbst in seiner politischen Betätigung ein Außenseiter war und der daher seinerseits Arnold Rechberg und dessen politischen Bemühungen von vornherein unbefangener und positiver gegenüberstand, als es die Fachdiplomaten des Amtes zu tun vermochten. In dieser Hinsicht hatte Erzbergers Unvoreingenommenheit sicherlich erkannt, daß man die in Paris gewonnenen politischen Erfahrungen und Einsichten des deutschen Bildhauers nicht ganz ungenutzt lassen dürfe. Tatsächlich hatte er sie auch weitgehend nutzen wollen, wie er es denn im Grunde eigentlich gewesen war, der letztlich die Ursache für den „Fall Rechberg“ gebildet hatte. Trotzdem blieben seine guten Beziehungen zu Rechberg auch weiterhin

---

<sup>46)</sup> „Geschäftsführung“ S. 10.

<sup>47)</sup> Über die Anfänge der Verbindung zu Stresemann liegen keine Unterlagen vor.

erhalten, zumal dieser den in den höchsten politischen Sphären wirkenden Erzberger suchte, um durch ihn seinen erwachten starken politischen Ehrgeiz befriedigen zu können und zugleich möglichst über alle wichtigen Geschehnisse der großen Politik auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Leider sind die zahlreichen Schreiben Erzbergers an Rechberg und seine Schwester sämtlich überaus kurz und wenig inhaltsreich. Es wird deutlich sichtbar, daß Rechberg nur einer der Helfer des vielgeschäftigen Schwaben war. Beide Männer einte dabei die kritische Einstellung zur amtlichen deutschen Diplomatie — Erzberger hatte hier den Rechbergischen Reformideen lebhaft zugestimmt<sup>46)</sup> sowie die Überzeugung, daß die Kriegslage ernst und daß auch durch den einsetzenden unbeschränkten U-Boot-Krieg England nicht zu schlagen sei. Daß gleichwohl Erzberger Rechbergs Persönlichkeit mit Kritik betrachtete, zeigt die schon erwähnte Äußerung des Generals Hoffmann im Brief an seine Gattin.

Dieser einflußreiche und scharfsichtige Generalstabsoffizier aus der Umgebung Hindenburgs und Ludendorffs, dem ein nicht unbeträchtliches Verdienst am Ausgang der Schlacht von Tannenberg zuzuschreiben ist, stellte die andere Persönlichkeit dar, von der Arnold Rechberg sich tief beeindruckt ließ. Er war über Erzberger mit Hoffmann in Verbindung gekommen und hatte diesen in seinem Hauptquartier Oberost besucht. Bald sollten sich dann auch Beziehungen der Rechbergs zu Frau Hoffmann anbahnen und bis zu deren traurigem Ende im 2. Weltkrieg bestehen bleiben<sup>47)</sup>. Wie Erzberger im Bereich des Politischen jeder Schablone ermangelte, so Hoffmann in dem des Militärischen. Auch er hielt sich frei von Chauvinismus und Überschätzung der deutschen Kraft, namentlich vom Starrsinn seines Chefs Ludendorff, und erkannte, daß ein Siegfrieden für Deutschland nicht mehr möglich sei und daß dieses, wenn überhaupt, nur noch durch einen Kompromiß zu einem ehrenvollen Abschluß des Kampfes gelangen könne. Ebenso mochte er, wie Erzberger, in der in mancher Hinsicht undoktrinären Anschauung des Außenseiters Rechberg ein gewisses politisches Aktivum sehen.

Auch hier allerdings war es Rechberg, der sich anbot. Wenn Hoffmann in seiner kritischen Einschätzung der politischen Lage bitter das Vorhandensein eines positiven Operationsplanes zur Erreichung eines

---

<sup>46)</sup> Brief vom 9. 8. 1918.

<sup>47)</sup> Frau Hoffmann war „nichtarisch“. Beide Rechbergs haben ihr gegenüber allen nazistischen Verfolgungen treu beigestanden.

Friedens bei der Reichsleitung vermißte, so machte sich Rechberg anheischig, einen solchen Plan zu liefern<sup>50)</sup>).

Dies war der Ausgangspunkt für die zweite großangelegte Aktion, die Rechbergs politischer Betätigungstrieb im 1. Weltkrieg startete. Hatte er vor dem Kriege versucht, durch eine wirtschaftliche Interessenverflechtung deutschen und französischen Kapitals eine deutsch-französische Verständigung und damit gleichzeitig auch eine politische Trennung Frankreichs von England herbeizuführen, so wünschte er nun, nach dem Scheitern dieses Versuchs, von dessen Vergeblichkeit er sich niemals hatte überzeugen lassen, die gleichen politischen Grundgedanken auf eine Verständigung mit England zu übertragen. Denn daß jetzt, nachdem sich Frankreich und Deutschland auf den Schlachtfeldern völlig ineinander verbissen hatten, der politische Hebel bei einem anderen Lande als Frankreich anzusetzen war, konnte kaum bestritten werden. Während viele deutsche Politiker damals nur noch im zerbrechenden Rußland einen möglichen Partner für einen Sonderfrieden erblickten, richtete Rechberg, sicherlich nicht ohne Zustimmung Erzbergers und Hoffmanns, seine Augen auf England.

Entsprechend seiner Grundüberzeugung, daß nur der wirtschaftliche Gegensatz es gewesen sei, der die deutsch-englischen Beziehungen belastet und die beiden Länder zum Kampf geführt habe, hielt Arnold Rechberg die bisher erfolgten deutschen Friedensangebote um deswillen für erfolglos, weil sie niemals auf die eigentlichen Ursachen des Krieges, eben auf den wirtschaftlichen Interessengegensatz zwischen England und Deutschland, eingegangen seien<sup>51)</sup>. Es müsse daher dieser wirtschaftliche Gegensatz aus der Welt geschafft werden, um alsbald zu einer politischen Verständigung zu gelangen.

In einem längeren Bericht vom 26. 4. 1917<sup>52)</sup> für Hoffmann, der sich damals noch im Oberstenrang befand, hatte Rechberg die Idee einer deutsch-englischen wirtschaftlichen Interessenverflechtung als Alternative zu dem inzwischen gescheiterten Versuch eines Separatfriedens mit einem der Verbündeten Englands herausgestellt, wobei er sich, wie bei Kriegsausbruch in seinem Exposé für Graf Hertling, auf Darlegungen des Botschaftsrats Grahame bezog und im Grunde keine neuen, sondern nur alte Gedanken vortrug.

Diese Gedankengänge wurden im Sommer 1917 auch mit Erzberger durchgesprochen, der gerade die Friedensresolution des Reichstages

---

<sup>50)</sup> s. Anhang Nr. 7.

<sup>51)</sup> So noch am 11. 10. 1918 an den Kronprinzen Wilhelm.

<sup>52)</sup> s. auszugsweise Anhang Nr. 8.



durchzusetzen bemüht und ständig auf der Suche nach Möglichkeiten für einen Frieden des Ausgleichs begriffen war. Erzberger stimmte im Grundsatz Rechbergs Ausführungen zu, freilich sogleich mit der Frage, auf welche Weise man denn an die praktische Verwirklichung der Pläne herangehen solle. Rechberg empfahl, zunächst Fühlung mit den Führern der deutschen Industrie besonders hinsichtlich der technischen Fragen zu nehmen, danach die Parlamentarier anzugehen, um schließlich das Auswärtige Amt und die Oberste Heeresleitung zu gewinnen. Alsdann sei die Zeit gekommen, Fühler nach England auszustrecken.

Kurz danach reiste Erzberger in die Schweiz und gab dort sein vielbesprochenes Interview vom August, in dem er die optimistische Meinung aussprach, daß es ihm in wenigen Stunden möglich sein werde, zum Frieden zu gelangen, wenn ihm nur eine Aussprache mit Lloyd George oder einem anderen englischen Staatsmann ermöglicht werde. Rechberg hielt dieses Interview für verfrüht, glaubte allerdings, daß Erzberger seine hoffnungsfreudigen Worte nur auf Grund der Kenntnis von seinen, Rechbergs, Vorschlägen getan habe. Tatsächlich besitzen wir in dieser Hinsicht auch das Zeugnis eines zeitgenössischen Politikers wie Graf Westarp, der der Ansicht war, daß dieses von ihm heftig abgelehnte Interview Erzbergers nicht, wie dieser es in seinen Erinnerungen vorgab, im Zusammenhang mit der Friedensaktion des Papstes gestanden habe, sondern daß Erzberger bei seinem „Geschwätz“ der Gedanke einer Vertrustung der deutschen und englischen Industrie vorgeschwebt habe, dessen Urheber Arnold Rechberg gewesen sei<sup>63)</sup>.

Fest steht auf alle Fälle, daß Erzberger an dem Rechbergschen Projekt lebhaften Anteil genommen und im Dezember 1917 mit an den Entwürfen zu einer vertraulichen Denkschrift gearbeitet hatte, die Rechberg nach Fertigstellung an maßgebende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland übersandte und Erzberger selbst den Führern aller Parteien zuleitete<sup>64)</sup>.

Der Inhalt dieser Denkschrift braucht nicht im Einzelnen geschildert zu werden. In den Mittelpunkt wurde wieder der angebliche Gedanke von Grahame gestellt, daß nicht politische, sondern wirtschaftliche Gegensätze das Einvernehmen Englands mit Deutschland verhinderten und daß daher eine Einigung zwischen beiden Ländern auch nicht durch politische, sondern nur durch eine wirtschaftliche Verständigung bewirkt werden könne. Diese wurde darin erblickt, daß Deutschland englische

---

<sup>63)</sup> Westarp a.a.O. Bd. 2, S. 530 f.

<sup>64)</sup> Davon zeugen auch zwei kurze Schreiben Erzbergers vom 4. und 6. 12. 1917. S. ferner Rechbergs Brief an Hoffmann vom 27. 12. 1917 Anhang Nr. 9.

Kapitalien bis zu einem Drittel oder zur Hälfte aller in der deutschen Industrie arbeitenden deutschen Kapitalien in seiner Industrie investieren lasse, wogegen sinngemäß deutsche Kapitalien in englischen Unternehmungen anzulegen seien. Zu diesem Zweck wurde die Gründung einer deutsch-englischen Trust-Gesellschaft mit einer deutschen und einer englischen Gruppe vorgeschlagen. Rechberg war der Meinung, daß eine Realisierung dieser Vorschläge einen politisch sehr günstigen Friedensschluß nach sich ziehen würde, weil England dann das größte Interesse haben müßte, daß die deutsche Industrie nicht nur das Erzgebiet Lothringens und die Kaliwerke des Elsaß behielte, sondern auch die Ölquellen Rumäniens und die Industrie- und Absatzmöglichkeiten in den besetzten Gebieten Rußlands. Daß England auf die gemachten Anregungen auch eingehen würde, glaubte er deswegen, weil das englische Volk in seiner Geschichte bewiesen habe, daß es Politik ohne Liebe und Haß mache und sich nur von den „objektiven Berechnungen seiner Interessen“ leiten lasse.

An dieser optimistischen Einschätzung der Reaktion der englischen Politik auf seine Vorschläge mochten Rechberg allerdings bald Zweifel gekommen sein. Denn solche hoffnungsvollen Ausblicke auf den Friedensschluß finden sich nicht mehr in der Broschüre „Weltfragen“, in der er ein halbes Jahr später, im Sommer 1918, seine Gedanken zu einer deutsch-englischen Industrieverflechtung auch für die Öffentlichkeit niederlegte. Hier wird schon deutlich davon gesprochen, daß in England politische Leidenschaften die sachlichen Erwägungen unmöglich machen könnten, so daß nur noch die Möglichkeit eines Kampfes bis zum letzten Mann bliebe. Aber die These, daß es für England günstiger sei, sich an der deutschen Wirtschaftsentwicklung zu beteiligen als sie zu bekämpfen, und daß eine deutsch-englische wirtschaftliche Interessengemeinschaft auch politische Konsequenzen haben werde, blieb gleichwohl voll bestehen.

Um seinen politischen Gedanken auf Grund seiner in Paris gemachten Erfahrungen Nachdruck zu verleihen, legte er außerdem noch in einer weiteren Broschüre, jener „Bilderfolge“, von der bereits gesprochen wurde, seine Erinnerungen aus dem politischen Paris vor, worin er den Gegensatz zwischen England und Deutschland als die Grundfrage der Weltpolitik darstellte und erklärte, daß er infolge seiner persönlichen Beteiligung an deutschen industriellen Unternehmungen und mit deren Geschäftsführung befaßt begreifen konnte, daß die Hauptursache der Spannung zwischen England und Deutschland die sich entgegelaufenden wirtschaftlichen Lebensinteressen beider Völker wären. Auch

diese beiden Broschüren wurden an zahlreiche Prominente der deutschen Staats- und Wirtschaftsführung mit der Bitte um Kenntnis- und Stellungnahme verschickt. In verschiedenen Begleitschreiben dazu hob Rechberg noch die im Anschluß an das schweizerische Interview Erzbergers erfolgte Zustimmung eines zweiten englischen Zeugen zu dem Gedanken eines wirtschaftlichen Interessenausgleichs hervor — des Lord Weardale, eines Mitglieds des Oberhauses, der schon vor dem Kriege pazifistischen Ideen gehuldigt und von dem der französische Botschafter in London, Paul Cambon, berichtet hatte, daß er eine „personnage excellente, mais peu d'autorité“<sup>55)</sup> sei.

Die daraufhin eingegangenen mehr oder minder ausführlichen Antworten stellen in ihrer Gesamtheit einen recht aufschlußreichen Querschnitt durch den politischen Seelenzustand der führenden Männer Deutschlands am Ausgang des 1. Weltkrieges dar und bilden in dieser Hinsicht eine interessantere historische Quelle als die Darlegungen Rechbergs selbst. Die Reaktion ist hier für den Historiker bedeutsamer als die Aktion!

Daß sich Kritik an Rechbergs Ausführungen erhob, kann an sich nicht wundernehmen, erstaunlich wirkt vielmehr die Richtung dieser Kritik. Am einleuchtendsten wirkt noch die Stellungnahme von Albert Ballin, dem großen Reeder und Generaldirektor der Hapag. Dieser lehnte den Plan ab und meinte, daß er 5 Jahre vor dem Kriege hätte kommen müssen<sup>56)</sup>; er befand sich damit in Übereinstimmung mit Walther Rathenau, der den Plan im Frieden für beachtenswert, jetzt aber kaum für durchführbar hielt. Ähnlich äußerte sich auch der Großindustrielle Fritz Thyssen. Ballins Kollege vom Norddeutschen Lloyd, der Generaldirektor Heineken, meinte dagegen, daß der Vorschlag von England ausgehen müsse. Noch einen Schritt weiter ging der Großindustrielle Hugo Stinnes, dem fortan Rechbergs besondere Abneigung gelten sollte. Stinnes erklärte unumwunden, daß er es für verhängnisvoll halte, wenn solchen Vorschlägen Folge gegeben würde. Denn die Alliierten würden diesen Plan als „unangenehme Aufdringlichkeit“ ansehen, außerdem lasse dieser Plan den Respekt vor dem industriellen Privateigentum vermissen.

Noch grundsätzlicher ablehnend als diese Wirtschaftsführer waren die Politiker der Rechten. Der alldutsche und völkische Graf Ernst Reventlow hielt den Gedanken der industriellen Interessenverflechtung

---

<sup>55)</sup> Documents Diplomatiques Français, Série III, 1, Nr. 629.

<sup>56)</sup> Brief vom 17. 10. 1918.

nicht nur für rein theoretisch, sondern auch Friedenserörterungen überhaupt für schädlich. Das damalige Organ der Alldeutschen, die „Tägliche Rundschau“, die noch einen Machtfrieden verfocht, griff Rechberg in scharfer Form an wegen schwächerer Friedensabsichten<sup>87)</sup>. Der Geheimrat Hugenberg gar, damals noch dem Krupp-Direktorium angehörend, erblickte in den Rechbergschen Vorschlägen eine „nationale Mischlingspolitik“, von der er nur schwere Nachteile für Deutschland erwartete<sup>88)</sup>. Schon einige Monate zuvor hatte Hugenberg mit Bezug auf das Rechbergsche Projekt zu dem Kommerzienrat Guggenheimer geäußert, daß auf derartigen Wegen doch nichts als die deutsche „Knechtschaft“ gegenüber England herauskommen würde, und daß England erst einmal „zum Bewußtsein unserer Ebenbürtigkeit“ kommen müßte. Wahrlich instruktive Zeugnisse für den politischen Geisteszustand des späteren Führers der Deutschnationalen Partei in den letzten Monaten eines immer hoffnungsloseren Krieges für Deutschland! Deutlich tritt daneben zutage, wie die Führer der rechtsgerichteten Kreise eine nachgiebige Versöhnung mit dem Feind schon aus weltanschaulichen Gründen nicht wünschten. Selbst ein immerhin maßvoller Mann wie Graf Westarp hielt Rechbergs Gedanken weder für durchführbar noch zweckmäßig und spricht noch in seinem Erinnerungsbuch von einer „schwächlichen Anbiederung“ der Rechberg-Erzberger.

Demgegenüber war auf Seiten der politischen Mitte und Linken eine weit größere Bereitschaft zur Zustimmung festzustellen. Verschiedene nationalliberale und sozialdemokratische Blätter brachten freundliche Kommentare. Nach Rechbergs Angaben hatte ferner der Vizekanzler von Payer lebhaftes Interesse bekundet, während die SPD-Führer Ebert und Scheidemann nach der Darstellung Rechbergs den Grahameschen Gedanken für die beste Lösung des Krieges hielten und nur das einzige Bedenken gegen die Vorschläge geltend machten, daß durch den Zusammenschluß der deutschen und englischen Industrie deren Macht gegenüber den Arbeitern zu sehr steigen würde<sup>89)</sup>. Auch einige politisch gemäßigte Wirtschaftsführer wie Geheimrat Wilhelm von Opel, der Geheimrat Witting von der Nationalbank sowie der Rechberg durch gemeinsame Interessen verbundene Generaldirektor der Wintershall-Kaliwerke, August Rosterg, äußerten sich positiv.

Von den hohen Militärs antwortete der Kriegsminister General von Stein ausweichend, daß er sich in seiner Stellung nicht mit Politik zu

---

<sup>87)</sup> Rechberg erwiderte in der „Berliner Börsen-Zeitung“, dem Organ seines Freundes Richthofen.

<sup>88)</sup> s. Anhang Nr. 10.

<sup>89)</sup> So Rechberg an Erzberger vom 22. 12. 1917.

befassen habe. Rechbergs Gönner, General Hoffmann, scheint sich merkwürdigerweise einer Stellungnahme enthalten zu haben, wohingegen nach Rechbergs Aussage der Großadmiral von Tirpitz sich einverstanden bezeigt hätte — was wenig glaubhaft klingt. Dafür ist das Zeugnis eines Mannes vorhanden, der, ohne ein Urteil über die technische Durchführbarkeit des Projekts abgeben zu wollen, doch sein grundsätzliches Einverständnis erklärte. Es ist der General von Seeckt. Dessen Brief aus Konstantinopel vom 3. 10. 1918 bildet eines der wertvollsten Stücke im Nachlaß und gibt weit mehr als eine bloße Stellungnahme zu Rechbergs Anregungen<sup>60)</sup>. Seeckt enthüllt gleichzeitig seine allgemeine Auffassung von der politischen Lage. Indem er insbesondere des Glaubens war, daß England sich nach einem Partner umsehen müsse, der es im Konkurrenzkampf gegen die Vereinigten Staaten unterstütze, so daß England aus diesem Grunde Deutschland brauche, offenbarte er eine Begrenztheit seiner politischen Urteilsfähigkeit und ein so geringes Wissen von den Umweltfaktoren, unter deren Einwirkung Deutschland kurz vor seiner Kapitulation stand, daß es auch diejenigen erstaunen muß, die sich von einer Überschätzung dieses Generals freihielten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Seeckt von der türkischen Hauptstadt aus die deutsche Lage besser hätte überschauen können als von irgend einem anderen strategischen Punkt der deutschen Verteidigungslinie.

Die positive Einstellung dieses Mannes konnte freilich praktisch wenig bedeuten. Vor allem verhielt sich das Auswärtige Amt mit dem Staatssekretär von Kühlmann an der Spitze ablehnend. Hier dürften namentlich Kühlmanns eigene geheime Friedensbemühungen über Holland, von denen Rechberg etwas zu ahnen schien<sup>61)</sup>, von Einfluß gewesen sein<sup>62)</sup>. Nach Kühlmanns Rücktritt im Juli 1918 ließ der nachfolgende Staatssekretär von Hintze Rechberg an den Ministerialdirektor Johannes verweisen, mit dem Rechberg dann mehrere Unterredungen hatte. Man beschäftigte sich in der amtlichen Diplomatie also immerhin mit seinen Vorschlägen.

Doch wie immer die befragten maßgebenden Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens sich zu Rechbergs Projekt der deutsch-englischen Wirtschaftsverflechtung verhielten, dem rückschauenden Betrachter fällt doch als durchgehender Zug bei allen Stellungnahmen

---

<sup>60)</sup> s. Anhang Nr. 11. Dieser Brief ist auch zitiert bei: Th. Schieder, Die Probleme des Rapallo-Vertrages, Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922-26 (Köln und Opladen 1956) S. 22, wo der Mikofilm des Seeckt-Nachlasses benutzt wurde.

<sup>61)</sup> vgl. Rechbergs Brief an Hoffmann vom 27. 12. 1917, Anhang Nr. 9.

<sup>62)</sup> vgl. R. von Kühlmann, Erinnerungen (Heidelberg 1948) S. 569 ff.

auf, daß keine einzige von ihnen die Lage Deutschlands, so wie sie zu jener Zeit wirklich war, nämlich umringt von immer übermächtiger werdenden Feinden, erkannte. Konnte man denn tatsächlich annehmen, daß England unter der ständig wirksamen Mithilfe der Vereinigten Staaten es nötig haben werde, sich mit dem fallenden Deutschland auf gleichberechtigter Basis zu unterhalten? Ging es denn nicht überhaupt im Kampf der Alliierten um viel tiefere und breitere Gegensätzlichkeiten als um wirtschaftliche Konkurrenzen? Der Friedensschluß sollte diese Frage sehr bald schon in eindeutigem Sinne beantworten.

Angesichts dieser Sachlage verriet von allen jenen Meinungsäußerungen, die Rechberg erhielt, doch wohl diejenige des sozialdemokratischen Redakteurs vom „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, den größten Scharf- und Weitblick. Stampfer versprach sich nichts von dem Projekt und sah nur höhnische Ablehnung auf der Gegenseite voraus<sup>63)</sup>. Er sprach sodann von der „Naivetät, die glaubt, den größten Kampf der Welt, der um die höchsten Ideale geführt wird, als ein Handelskompagnongeschäft abschließen zu können“. Diese Kritik allein näherte sich dem Kern der historisch-politischen Problematik der wirklichen deutschen Situation der Zeit. Wie wenig war diese doch im Grunde auch von all den anderen prominenten Gesprächspartnern Rechbergs erfaßt worden! Wie naiv erscheint rückblickend die Auffassung des Generaldirektors Heineken, daß England den ersten Schritt tun müsse, wie verblendet wirkt der nationalistische Hochmut des Geheimrats Hugenberg! Und selbst ein Ebert und ein Scheidemann, besaßen sie tatsächlich einen größeren weltpolitischen Weitblick, wenn sie lediglich die Rückwirkung der Rechbergschen Vorschläge auf die Arbeiterklasse erwogen?

Arnold Rechbergs eigene Haltung hob sich dadurch heraus, daß seinen politischen Argumentationen jeder Haß gegen die Feindmächte abging und daß sie sich auch von der illusionistischen Hoffnung auf einen deutschen Siegfrieden freihielt. Hatte doch selbst sein früherer Gönner, der inzwischen zum Reichskanzler aufgestiegene Graf Hertling, bis zum Ende seiner Kanzlerschaft nicht den Glauben an einen solchen Frieden verloren<sup>64)</sup>, so daß Rechberg die Lage hierin richtiger eingeschätzt hatte und es verständlich wird, warum in der letzten Kriegszeit keinerlei Verbindung der beiden Männer mehr festzustellen ist. So sehr sich in mancher Hinsicht Rechbergs politische Einschätzung der Verhältnisse also vorteilhaft von derjenigen auch vieler anderer Zeitgenossen aus den höchsten politischen, militärischen und akademischen Schichten

---

<sup>63)</sup> s. Anhang Nr. 12.

<sup>64)</sup> s. B. Schwertfeger, Das Weltkriegsende (Potsdam 1940) z. B. S. 141, 156, 167.



abhob, so war er selbst doch in hohem Maße illusionistisch, wenn er meinte, daß sich das blutige Völkerringen mit all seinen tiefgehenden, ideologischen und gefühlsmäßigen Gegensätzen und Hintergründen durch ein einfaches wirtschaftliches Übereinkommen beenden ließe. Über das Maß an Haß und Abneigung, das sich bei Deutschlands Gegnern aufgespeichert hatte, ist Rechberg sich anscheinend vollständig im Unklaren geblieben. Jedenfalls wird in keiner seiner Darlegungen je eine Beachtung der großen Wirksamkeit der demokratischen Weltanschauung des Westens spürbar, die gegen den preußisch-deutschen „Militarismus“ den Kreuzzug predigte, dadurch den Kampfgeist der Alliierten befeuerte und deren Gemeinschaftsgefühl festigte. Für seine optimistische Annahme, daß der große Krieg von der wirtschaftlichen Seite her zu beenden war, fehlten auf der Gegenseite die elementarsten psychologischen Voraussetzungen.

Es muß überhaupt sehr fraglich sein, ob Rechberg den Tiefgang der Stampferschen Kritik überhaupt begriffen hat, auf die er keine Antwort zu geben wußte. Er ließ sich ohnehin durch alle ihm zuteil gewordenen Einwände in keiner Weise beirren und setzte sich mit einer schwer verständlichen inneren Sicherheit über sämtliche negativen Stimmen hinweg, um sich desto stärker auf die ihm gegebene Zustimmung zu stützen, so verklausuliert diese auch oft erfolgt war. Er konnte sich freilich mit Recht sagen, daß in dieser ernsten Zeit niemand einen anderen positiven Vorschlag zur Aussöhnung mit den Feinden bereitzuhalten schien. Darüber hinaus hatte sich Erzberger, der in den letzten Kriegswochen das Amt eines Staatssekretärs übernahm, seinem Einfluß offen gezeigt und diesen in dem von ihm im Herbst 1918 veröffentlichten Buch „Der Völkerbund“ dadurch öffentlich bezeugt, daß er die Idee eines Aktienaustausches zwischen Angehörigen und ganzen Erwerbsgruppen verschiedener Staaten nach dem Friedensschluß im Sinne Rechbergs befürwortete<sup>65)</sup>. Und nun sollte Erzberger auch noch Anstalten treffen, Arnold Rechberg zu einer aktiven politischen Rolle zu verhelfen, nach der dieser sich schon längst glühend gesehnt hatte.

Am 18. 10. 1918 schrieb Rechberg an Erzberger, nachdem er reichlich übertreibend von der seinen Vorschlägen zuteil gewordenen Zustimmung berichtet hatte: „Wenn Sie Herrn von Stockhammern<sup>66)</sup> und mich morgen nach Kopenhagen schicken, glaube ich Ihnen garantieren

---

<sup>65)</sup> Am 23. 9. 1918 schrieb Erzberger, daß er in seinem Buche eine „Vertiefung“ von Rechbergs Idee gegeben habe.

<sup>66)</sup> Es ist der Geh. Legationsrat Franz von Stockhammern, der bekannte Mitarbeiter Erzbergers und des Fürsten Bülow.

zu können, daß wir Ihnen einen Frieden zurückbringen werden, der Sie zum größten Staatsmann aller Zeiten machen wird.“

Tatsächlich scheint von Erzberger, sicherlich auf Rechbergs Initiative hin, der Gedanke erwogen zu sein, Rechberg nach Kopenhagen zu entsenden, damit er auf neutralem Boden seine Vorschläge englischen Diplomaten übermitteln könne.

Die Entstehungsgeschichte dieser Episode ist aus dem Nachlaß nur soweit erkennbar, daß Erzberger Rechberg ein Empfehlungsschreiben an den Staatssekretär Solf ausstellte, Rechberg am 21. Oktober für seine Bemühungen vollen Erfolg wünschte und eine Woche später wegen der Ausstellung eines Reisepasses an den Unterstaatssekretär David verwies. Auf alle Fälle also war Erzberger über Rechbergs Absichten vollkommen informiert. Wie aus den Akten des Auswärtigen Amtes hervorgeht, hatte er diesem am 19. Oktober über die Pläne Rechbergs berichtet <sup>67)</sup>. Außerdem hatte bereits der Generaldirektor Rosterg, den das Auswärtige Amt um eine Begutachtung der Broschüre „Weltfragen“ gebeten hatte, am gleichen Tage empfohlen, daß Rechberg sich zwecks Lösung des deutsch-englischen Gegensatzes mit englischen Stellen in Verbindung setzen solle.

Daraufhin reiste Rechberg in den letzten Oktobertagen in die dänische Hauptstadt, doch telegraphierte der Unterstaatssekretär David am 28. Oktober an den deutschen Vertreter Graf Brockdorff-Rantzau, daß die Angelegenheit Rechbergs eine rein private sei <sup>68)</sup>. Rechberg selbst schien keinesfalls dieser Meinung zu sein. Jedenfalls äußerte am 3. November Graf Brockdorff-Rantzau nach Berlin Bedenken dagegen, daß Rechberg mit der britischen Gesandtschaft Fühlung nehme <sup>69)</sup>, und meldete in einem weiteren Telegramm vom selben Tage, daß Rechberg angeblich die Instruktion von Erzberger habe, mit den Engländern Verbindung herzustellen <sup>70)</sup>. Die Reaktion der Wilhelmstraße bestand in der Weisung nach Kopenhagen, der Gesandte solle Rechberg auf den privaten Charakter seiner Reise aufmerksam machen. Auch Erzberger leugnete kurz danach jegliche von ihm ausgegangene Instruktion an Rechberg <sup>71)</sup>.

---

<sup>67)</sup> Akten: AS 5705 = Fr. II 2396. Diese und die nachfolgenden Informationen verdanke ich den Nachforschungen, die das Auswärtige Amt in den noch in England lagernden einschlägigen Akten anstellen ließ.

<sup>68)</sup> Telegramm in Ziffern Nr. 709, AS 5945, England 78.

<sup>69)</sup> Telegramm in Ziffern Nr. 806, AS 6149, England 78.

<sup>70)</sup> AS 6193, England 78.

<sup>71)</sup> Telegramm in Ziffern Nr. 806 vom 7. 11. 1918.

Rechbergs eigener Bericht vom 4. 12. 1918 an Unterstaatssekretär David <sup>71)</sup> spricht davon, daß er in Gegenwart seiner Schwester unmißverständlich von Erzberger die Instruktion erhalten habe, „privat“ mit der englischen Gesandtschaft Verbindung zu suchen. Diese Angabe verdient einigen Glauben. Denn welch anderes Motiv könnte Erzberger bewogen haben, Rechbergs Reise nach Kopenhagen zu fördern, als eben die noch so geringe Hoffnung, daß angesichts der verzweifelten Lage Deutschlands jeder Versuch zur Herstellung einer Verständigung mit den Feinden gerechtfertigt sei. Die Tatsache, daß er keine schriftliche Instruktion gegeben hatte, konnte er als Deckung gegenüber dem mißtrauischen Auswärtigen Amt wohl benutzen, doch enthebt sie ihn nicht von einer Mitverantwortung. Ob er freilich geglaubt hatte, durch einen Erfolg der Mission Rechberg zum „größten Staatsmann aller Zeiten“ zu werden, mag füglich bezweifelt werden! Im übrigen ging die historische Entwicklung sehr rasch über dieses kurze Zwischenspiel hinweg. Rechbergs Bericht ist lediglich deswegen interessant, weil er die Zerfahrenheit der deutschen Lage und das Gegeneinander der politischen Instanzen bei Kriegsende gut widerspiegelt.

Die Enttäuschung Rechbergs, der auch hier wieder in bester patriotischer Absicht gehandelt hatte, versteht sich leicht. Daß bei einer anderen Haltung der amtlichen deutschen Stellen ihm gegenüber ein positives Ergebnis seiner Reise zustandegekommen wäre, ist natürlich umsomehr zu verneinen, als auch die Friedensversuche Kühlmanns und des Obersten von Haefthen fruchtlos geblieben waren. Die Friedenspläne kamen jetzt nicht mehr von deutscher Seite! Rechberg hegte wohl auch bereits vor solchen Plänen der Gegner Deutschlands seine Befürchtungen. Denn schon in Kopenhagen ventilerte er die Frage, ob nicht die von ihm vorgeschlagenen Industriebeteiligungen an die Stelle von Kriegsschädigungen treten könnten. Damit beginnt ein neuer Abschnitt seiner Wirksamkeit.

---

<sup>71)</sup> s. Anhang Nr. 13.

## 4. Kapitel

### Im Kampf gegen die Entwaffnung Deutschlands und für eine militärische Intervention in Rußland 1919—1922

Im äußeren Leben Arnold Rechbergs wie auch in seinen nachgelassenen Papieren bildete die große innere Umwälzung in Deutschland, der Übergang von der Monarchie zur Republik, nicht den geringsten spürbaren Einschnitt. Es mutet nicht ohne tieferen Sinn an, daß dieser Mann die Zeit der Novemberrevolution im Ausland verbrachte, beschäftigt mit Plänen, die er teilweise schon in Friedenszeiten verfolgt hatte und die er nach dem Kriege ohne jede Unterbrechung weiterbetreiben sollte. Es waren Pläne der Außenpolitik, und sie entsprangen sämtlich seiner Überzeugung, daß die auswärtige Politik allein über das Leben eines Staates entscheide und sich daher alle anderen Bereiche des staatlichen Lebens unterzuordnen habe. Dementsprechend hatte sich Rechberg auch für Fragen der inneren Politik kaum je ernsthaft interessiert, ja bewußt von ihnen ferngehalten. Wenn dies im Kaiserreich und im Kriege bisher nicht so aufgefallen war, so sollte es doch nun in der Republik und einer parlamentarischen Demokratie deutlich zutage treten. Es war hinfort so, wie Rechberg dies später einmal in einem Zeitungsaufsatz schilderte, daß er sich von der Parteienpolitik grundsätzlich ferngehalten und die Fragen der inneren Politik lediglich von der Erwägung aus angesehen habe, inwiefern sie zugunsten oder zuungunsten Deutschlands auf die außenpolitische Entwicklung einwirken könnten. „Eine sachliche Außenpolitik aber verträgt sich kaum mit irgendwelchem Parteiprogramm.“<sup>79)</sup> So hatte sich auch der in national-liberalen Kreisen aufgekommene Gedanke, Rechberg im Herbst 1919 für die als Nachfolgepartei der Nationalliberalen gebildete Deutsche Volkspartei ein Reichstagsmandat (für den Wahlkreis Westpreußen-Danzig) anzubieten, wovon entsprechende Schreiben im Nachlaß Zeugnis ablegen, alsbald zerschlagen und ist von keiner Seite je wieder erwogen worden.

Rechberg konnte freilich nicht verhindern, daß seine außenpolitischen Tendenzen auch gewisse Folgen innerpolitischer Art haben mußten, dies vor allem auch infolge seiner Zusammenarbeit mit Erzberger. Nicht umsonst lehnten ihn am schärfsten die rechtsradikalen und konservativen Kreise ab, und nicht zufällig fand er bei den Nationalliberalen noch am

---

<sup>79)</sup> „Außenpolitik und Parteienkämpfe“, Berliner Börsen-Kurier Nr. 91 vom 24. 2. 1925.

meisten Verständnis, obwohl diese Partei mit Dr. Stresemann an der Spitze lange Zeit noch gegen einen Verzicht auf Annexionen eingestellt geblieben war. Ebenso konnte Rechberg bei der Verfechtung eines Friedens auf der Grundlage des status quo auch auf einige Zustimmung bei den Sozialdemokraten rechnen, zu denen er sonst schon seiner Herkunft nach und seines Reichtums wegen keinerlei innere Zugehörigkeit beanspruchen konnte. Im Gegenteil wiesen ihn seine kapitalistisch-antisozialistische Wirtschaftseinstellung, sein Eintreten für eine privatwirtschaftliche Initiative und sein publizistischer Kampf gegen die marxistisch-sozialistischen Lehren<sup>74)</sup> eigentlich eindeutig zu den Rechtsparteien. Doch trotzdem hielt er sich von diesen fern.

Interessant ist, daß Rechbergs Gleichgültigkeit gegenüber inneren Verfassungszuständen selbst hinsichtlich der Hauptfrage „Monarchie oder Republik“ spürbar bleibt. An sich hätte es nur zu nahe gelegen, in ihm einen überzeugten Monarchisten zu vermuten. Nicht nur sein Verkehr mit den höchsten Kreisen der Aristokratie und seine bis zum Kronprinzen reichenden Beziehungen könnten darauf hindeuten, vor allem auch seine große Verehrung für die bedeutenden Herrscher der preußischen Geschichte legten dies nahe. Tatsächlich schrieb er auch im November 1919 an einen Journalisten, daß er es für zweifelhaft halte, ob Deutschland dauernd Republik bleiben könne. Von der Wiedererrichtung der Monarchie, wie sie gewesen war, könne natürlich keine Rede sein, sondern gegebenenfalls nur von einer Monarchie nach englischem Muster.

In dieser Hinsicht hatte ihn seine persönliche Verbundenheit mit dem verbannten deutschen Thronfolger, der sich seinen politischen Bemühungen besonders aufgeschlossen gezeigt hatte, im monarchistischen Sinne vorangetrieben. Den gleichen Gefühlen entsprang ein Brief, den er angesichts des Auslieferungsbegehrens der Entente an den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau schrieb, worin die von dem Kronprinzen stets verfolgten friedlichen politischen Ziele bezeugt werden sollten. Auch öffentlich trat er für seinen Gönner ein, so daß dieser ihm im August 1919 aus Wieringen ein warmes Dankschreiben sandte, das auch eine gewisse politische Zustimmung zu den einstigen Rechbergischen Bemühungen um einen Sonderfrieden enthielt<sup>75)</sup>. Zugleich gab der Kronprinz sein Einverständnis, daß Rechberg diesen Brief mit einigen kleineren Änderungen in der Presse veröffentlichte. In diesen Monaten

---

<sup>74)</sup> Besonders publizistisch wirksam für eine „organische“ Wirtschaftsstruktur war sein Artikel in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 18. und 23. 8. 1919 „Das Märchen des Menenius Agrippa“.

<sup>75)</sup> s. Anhang Nr. 14.

verfocht Rechberg auch den monarchischen Gedanken mit einer Intensität, daß ihn der bekannte Publizist Paul Rohrbach am 15. 10. 1919 in einem Brief warnend fragte, ob es die richtige Methode sei, das, was sehr langsam reifen müsse, so gewaltsam voranzutreiben.

Bald danach überließ der Kronprinz Arnold Rechberg das von ihm verfaßte Manuskript einer vergleichenden Studie über „Die Soldaten des Weltkrieges“ zur Prüfung. Rechberg drängte nach der Lektüre auf eine schnelle Veröffentlichung, um die Volksmeinung im In- und Ausland zugunsten des hohenzollernschen Thronerben einzunehmen. Inzwischen waren jedoch dem Verfasser selbst sachliche Bedenken gekommen; er wollte dem Werk eine umfassendere Form geben und die Publizierung deshalb noch etwas zurückstellen. Rechberg aber war über diese Verzögerung so unwillig, daß er sogar daran dachte, die Arbeit eigenmächtig zu veröffentlichen. Glücklicherweise ließ er von diesem seltsamen Gedanken wieder ab, so daß das kronprinzliche Werk dann erst 1923 unter dem Titel „Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf“ veröffentlicht wurde. Eine gewisse Abkühlung des beiderseitigen Verhältnisses war die Folge, der Kronprinz bewahrte fortan gegenüber Rechbergschen Denkschriften und Anregungen eine vorsichtige Zurückhaltung, die ja auch von seiner eigenen Lage und Stellung her geboten erschien.

Im Herbst 1923 maß sich Rechberg dann auch einiges Verdienst an der dem Verbannten von Wieringen erteilten Erlaubnis zur Rückkehr in die Heimat zu. Ob dies nun zutreffend war oder nicht, jedenfalls hatte er das Gefühl, hinsichtlich seiner Bemühungen um den Kronprinzen von diesem nicht genügend gewürdigt worden zu sein. Diese Verstimmung wirkte so nachhaltig in ihm, daß er am 24. 10. 1923 an den sozialdemokratischen Schwiegersohn des Reichspräsidenten Ebert, Dr. Jaenecke, schreiben konnte, er betrachte die Frage Monarchie - Republik als eine reine Frage der Zweckmäßigkeit.

Die Enttäuschung über den Kronprinzen hätte freilich kaum so tief gehen können, wenn sie nur persönliche Gründe gehabt und nicht gleichzeitig aufs engste mit Rechbergs politischen Absichten verknüpft gewesen wäre, in denen auch dem Kronprinzen ursprünglich eine wesentliche Rolle zudedacht war. Als dieser nämlich mit der Herausgabe seines erwähnten Werkes zögerte, hatte ihm Rechberg dargelegt, daß die Entente voraussichtlich bald einsehen werde, daß man Preußens Hilfe zur Lösung der russischen Frage benötigen werde, so daß es gelte, dem Volke die Person des preußischen Thronerben wieder nahe zu bringen<sup>76)</sup>.

---

<sup>76)</sup> Brief vom 24. 11. 1919.



Damit ist das eigentliche Thema der künftighin von Rechberg verfolgten politischen Ziele angeschlagen. Denn diese Lösung der russischen Frage war für ihn mit seinem Hauptziel, dem der Verständigung mit den Westmächten, untrennbar verknüpft. Wenn Rechberg von nun an seine Bestrebungen in dieser Richtung in einer, von keiner politischen Wandlung berührten Geradlinigkeit fortsetzte, wenn er ungeachtet des Kriegsausganges die Gelegenheit gekommen wähnte, seine Gedanken über eine wirtschaftliche Interessenverflechtung zwischen Deutschland und seinem bisherigen Feind England zu verwirklichen, ja sogar, als ob kein großer Krieg dazwischen läge, auch wieder die Blicke auf Frankreich zu richten und es ebenfalls in die wirtschaftliche Verständigung einzubeziehen, so trat schon hier deutlich zutage, daß die Wirtschaft eine besondere Rolle in seinem politischen Weltbild spielte. Darüber wird noch einiges zu sagen sein. Aber noch war der Versailler Friede nicht geschlossen, da legte Rechberg in einem Schreiben an Erzberger vom 13. 5. 1919 nahe, eine sofortige Zusammenarbeit mit der Entente einzuleiten.

Er selbst wäre nur zu sehr bereit gewesen und scheint in dieser Richtung auch auf Erzberger, der nun Vorsitzender der Waffenstillstandskommission geworden war, eingewirkt zu haben, an den Friedensverhandlungen als wirtschaftlicher Sachverständiger beteiligt zu werden. In diesem Zusammenhang schrieb er auch an den neuen Außenminister Brockdorff-Rantzau, den er ja aus Kopenhagen kannte, und an dessen Bruder Ernst, der ebenfalls zu seinem großen Berliner Bekanntenkreis gehörte. Gleichzeitig warf er die Frage einer internationalen Beteiligung an der deutschen Industrie auch gegenüber Vertretern des Auswärtigen Amtes und der englischen Presse in Berlin auf. Namens der Wirtschaftskommission der deutschen Friedensdelegation antwortete ihm Botschafter Wiedfeldt, daß sich einstweilen noch nicht übersehen ließe, in welcher Weise die Frage der Beteiligung des Auslandes an der deutschen Industrie zur Erörterung gelangen würde, so daß seine Anwesenheit in Versailles vorerst noch keinen Wert hätte. Tatsächlich ist eine Berufung Rechbergs zu den Friedensverhandlungen auch niemals erfolgt<sup>77)</sup>. Immerhin mochte er mit einigem Recht glauben, daß es wesentlich auf seine Einwirkungen

---

<sup>77)</sup> Seeckts Mitteilung an seine Gattin über die angeblich den deutschen Interessen abträgliche Haltung von „Rechberg“ bei der Waffenstillstandskommission (s. Seeckt, Aus seinem Leben 1918-36, hrsg. von F. von Rabenau [1940] S. 149) ist ein Lese- oder Druckfehler. Ein im Bundesverteidigungsministerium dankenswerterweise angestellter Vergleich mit dem Original im Nachlaß Seeckt ergab, daß Seeckt eindeutig „Rechenberg“ geschrieben hatte. Es handelt sich um den früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Freiherrn von Rechenberg.

zurückzuführen gewesen sei, wenn Brockdorff-Rantzau in die deutschen Gegenvorschläge an die Alliierten vom 28./29. Mai 1919 zur Erfüllung der deutschen Reparationspflicht die Anregung der Überlassung industrieller Beteiligungen insbesondere an den deutschen Kohlengruben aufgenommen hatte <sup>78)</sup>).

Aus seiner Auffassung heraus, daß die Wirtschaft die Politik bestimme, hatte Rechberg auch zu dem Versailler Friedensvertrag, den er bemerkenswerterweise niemals ein „Diktat“ nannte, eine gelassenere Einstellung. Er berichtete später einmal, wie er dem nach der Lektüre der Friedensbedingungen ganz zerschmetterten Erzberger gesagt habe, daß der Versuch, diesen Vertrag zu verwirklichen, Frankreich finanziell und England industriell zugrunde richten werde <sup>79)</sup>). Für Deutschland seien nur die Entwaffnungsbestimmungen böse, sonst aber sei der Vertrag für die Gegner noch viel ungünstiger als für Deutschland. Es waren dieselben Thesen, die er einige Jahre danach auch öffentlich vertrat in seiner Schrift „Was kostet der Friedensvertrag die Entente?“ <sup>80)</sup>), die den Gedanken einer wirtschaftlichen Interessengemeinschaft mit den Westmächten erneut propagierte. Hier sprach er den sicherlich schwer zu widerlegenden Satz, daß Macht und Wohlfahrt eines Volkes keineswegs durch die Ohnmacht und Not eines Nachbarvolkes gesteigert werde. Das sei eine überholte Maxime aus dem 18. und 19. Jahrhundert, im Zeitalter der Auseinandersetzung zwischen Agrarstaaten. Jetzt dagegen erfordere das Zeitalter einer industriellen Entwicklung neue Wege zu einer politischen Gemeinschaft.

So begann nach dem Friedensschluß die eigentliche publizistische Tätigkeit Rechbergs, die die ganze Dauer der Weimarer Republik über anhalten und sich fast über alle größeren Berliner Presseorgane, mit Ausnahme der extremen Rechten und Linken, sowie bald auch über zahlreiche französische und englische Zeitungen erstrecken sollte. Von ihrer quantitativen Ausdehnung gibt die im Nachlaß vorgefundene Aufstellung von fast 500 Aufsätzen in den Jahren 1919 bis 1932 ein eindrucksvolles Bild <sup>81)</sup>).

Ein neues Ziel in Rechbergs wirtschaftspolitischen Gedankengängen nach Kriegsende war darin gegeben, daß er mit der industriellen Verflechtung zugleich eine Lösung der Reparationsfrage zu erreichen hoffte, bei welcher die deutschen Reparationsleistungen in eine Beteiligung der

---

<sup>78)</sup> vgl. Schulthess Geschichtskalender 1919, Bd. 2, S. 557.

<sup>79)</sup> „Neues Wiener Journal“ vom 1. 1. 1926 „Erzberger in Verzweiflung“.

<sup>80)</sup> Verlag für Kulturpolitik (München 1922).

<sup>81)</sup> s. Anhang Teil II.

Franzosen an der deutschen Industrie umzuwandeln waren<sup>82)</sup>). Er berief sich ferner bei seinen Argumentationen jetzt nicht mehr auf den Botschaftsrat Grahame, von dem er wohl eingesehen hatte, daß sein Name keinerlei Zugkraft bei der deutschen Öffentlichkeit und wohl auch bei der der Entente besaß. Stattdessen erhob er keinen geringeren als den berühmten englischen Imperialisten Cecil Rhodes als Kronzeugen für seine Ideen auf den Schild und glaubte ihn als Vater des industriellen Beteiligungsgedankens zugunsten einer Beseitigung der deutsch-englischen Handelskonkurrenz ausgeben zu können, der zugleich ein politisches Bündnis zwischen Deutschland und England hätte anbahnen wollen. Tatsächlich habe dann auch Rhodes' Freund, der britische Kolonialminister Joe Chamberlain, Deutschland ein politisches Bündnisangebot gemacht, wie dies der Londoner Geschäftsträger Freiherr von Eckardstein bezeugte. Die deutsche Führung aber habe in Verkennung der politischen Lage damals das Angebot bedauerlicherweise abgelehnt.

Diese Behauptung von dem abgelehnten englischen Bündnisangebot der Jahrhundertwende wird in Rechbergs Publizistik ständig wiederkehren und eines seiner Hauptargumente für die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie der Vorkriegszeit bilden. Er machte sich dabei die einseitige und schiefe Darstellung des Freiherrn von Eckardstein, zu der die deutsche Geschichtswissenschaft längst ihre großen kritischen Bedenken angemeldet hat, umso nachdrücklicher zueigen, als sie sich nicht nur für seine Beweisführung gut gebrauchen ließ, sondern er auch mit Eckardstein selbst seit dem Kriege in näheren persönlichen Beziehungen stand<sup>83)</sup>). Da dieser bekanntlich selbst eng mit der wirtschaftlichen Sphäre verknüpft und mit einer wohlhabenden englischen Industriellentochter verheiratet war, besaßen beide Männer auch von hier aus mancherlei Gemeinsamkeiten in ihrer politischen Weltauffassung.

Rechbergs Überzeugung, daß von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten her ein unmittelbares Zusammengehen mit der Entente erforderlich sei, erhielt freilich noch aus einer ganz anderen Quelle ihre Nahrung, einer Quelle, die jener Seite seines Wesens entspringen sollte, der mehr noch als die Wirtschaft das Militärische und in diesem Sinne das „Preußische“ den höchsten Wert bedeutete. In der schweren Sorge vor einer Entwaffnung Deutschlands durch den Friedensvertrag klang diese Seite hörbar an. Sichtbarer Ausdruck der starken militärischen Neigungen Arnold Rechbergs wurde die Tatsache, daß er sich alsbald nach

---

<sup>82)</sup> vgl. „Was kostet der Friedensvertrag die Entente?“ S. 119.

<sup>83)</sup> Der im Nachlaß erhaltene Briefwechsel mit Eckardstein ist geringfügig und ohne historisches Interesse.

Kriegsende für eine neue militärische Verwendung zur Verfügung stellte und als Rittmeister in der Garde-Kavallerie-Schützendivision im Korps des Generals von Oven für die Erhaltung der Wehrbereitschaft und die Abwehr der linksradikalen Elemente wirkte. Diese Tätigkeit brachte ihm die Bekanntschaft mit den wichtigsten Führern der Freikorps- und Heimwehrorganisationen, wie insbesondere mit dem Kapitän Ehrhardt, dem Major Pabst, dem Forstrat Escherich sowie dem General von Lüttwitz. Auch zu dem Generallandschaftsdirektor Kapp, der sich für seine wirtschaftspolitischen Pläne interessierte, trat er in Beziehung, die freilich kaum sehr tief gewesen sein kann.

Soweit die Geschichtschreibung von Arnold Rechberg Notiz nahm, hat sie ihn häufig für einen der Hauptakteure des Kapp-Putsches gehalten<sup>84)</sup>. Sie stützte sich dabei vornehmlich auf das Zeugnis des Generals von Lüttwitz, der in seinem Erinnerungsbuch Rechberg einen der prominentesten Teilnehmer des Putsches in Berlin genannt hat, ohne Näheres über dessen aktive Mitwirkung zu verraten<sup>85)</sup>. Zeugnisse darüber liegen im Nachlaß nicht vor. Aber es geht aus den weiteren Ausführungen des Generals hervor, daß Rechberg ihn ursprünglich für seine Pläne eines wirtschaftlichen Zusammengehens mit Frankreich und England gewinnen wollte und zugleich für eine Beendigung der Revolution in Rußland. Die innenpolitischen Ziele der Kapp-Anhänger standen für Rechberg ganz gewiß bestenfalls in zweiter Linie, auch wenn er sich wirklich, wie Lüttwitz berichtet, als einer der „unerbittlichsten Gegner der sozialistischen Regierung“ in den Kapptagen gezeigt haben sollte. Rechberg selbst hat zwar damals nach einem späteren Zeugnis eine diktatorische Regierungsform für notwendig gehalten<sup>86)</sup>, aber niemals von seiner unmittelbaren Beteiligung am Putsch gesprochen, die auch schon darum nicht recht glaubhaft ist, weil sonst die republikanische Regierung gewiß mindestens zu finanziellen Strafmaßnahmen gegen ihn vorgegangen wäre. Er blieb jedoch in seiner politischen Wirksamkeit nach wie vor völlig unbehelligt. Im übrigen schrieb er am 30. 8. 1921 an Ludendorff, daß er schon im Februar 1920, also kurz vor dem Putsch, zu Kapp gesagt habe, Moskau wolle offenbar zu einem Putsch im Innern locken, er habe deshalb vor Verhandlungen mit der linksradikalen Arbeiterschaft gewarnt, doch hätten Kapp und Oberst Bauer nicht auf ihn gehört.

---

<sup>84)</sup> vgl. O. E. Schüddekopf, *Das Heer und die Republik, Quellen zur Politik der Reichswehrführung* (Hannover-Frankfurt 1955) S. 147 und neuerdings H. J. Gordon, *The Reichswehr and the German Republic 1919-26* (Princeton N. Y. 1957) S. 92.

<sup>85)</sup> W. Frhr. von Lüttwitz, *Im Kampf gegen die November-Revolution* (1934), S. 76 f.

<sup>86)</sup> An Ludendorff 5. 11. 1923.

Es waren also mindestens von Anfang an Differenzen mit den Hauptakteuren vorhanden. Auf alle Fälle erweist diese Darlegung, daß Rechbergs Grundgedanke nicht innerpolitischen (Sturz der republikanischen Regierung), sondern militärisch-außenpolitischen Problemen, nämlich der Abwehr der Einflüsse des bolschewistischen Rußland und damit der Verhinderung der Entwaffnung Deutschlands galt. Nicht Berlin hatte er im Sinne sondern Moskau, und nicht die Monarchie sondern die Aufrüstung.

Was Rechberg mit dieser Aufrüstung erstrebte und wie wenig es ihm dabei um innerpolitische Fragen ging, offenbart gerade ein Brief vom 27. Mai 1919 des Obersten Bauer an ihn<sup>87)</sup>. Es ist der einzige Brief, der von diesem Manne im Nachlaß erhalten ist, und obwohl er schon mehrere Monate vor dem Putsch geschrieben wurde, zeigt er doch in der Förmlichkeit der Fassung, daß zwischen Rechberg und Bauer unmöglich nähere Beziehungen bestanden haben können, dies umsomehr, als auch der eigene, weitgehend erhaltene Nachlaß des Obersten sonst keinerlei Spuren von Arnold Rechberg aufweist. Hier nun gibt jener seine Antwort auf die von Rechberg aufgeworfene Frage, ob wohl die Entente in der Lage sei, den Bolschewismus ohne Hilfe Deutschlands niederzuwerfen. Seine Auffassung der Dinge ist im historischen Rückblick interessant genug und in der Gesamteinstellung etwas skeptischer als die des gleichfalls befragten Generals Hoffmann, der Rechberg am 29. Mai antwortete<sup>88)</sup>. Doch kann an dieser Stelle eine vergleichende Analyse der Schreiben dieser beiden deutschen Offiziere nicht gegeben werden. Wesentlich ist vielmehr die Feststellung, daß Rechberg die Lösung der russischen Frage in einer großangelegten militärischen Intervention des Westens zur Beseitigung der bolschewistischen Machthaber suchte. Ob er dabei den Kampf gegen die Sowjets als Mittel zur Aufhebung der deutschen Entwaffnung oder umgekehrt die Wiederaufrüstung Deutschlands wirklich zum Sturz des Bolschewismus anstrebte, ist nicht so wichtig, jedenfalls war er der Überzeugung, daß die Gefahr des Bolschewismus die Entente zum Einlenken gegenüber Deutschland bewegen müsse und daß die Westmächte eine neue deutsche Armee gegen die Sowjets einfach brauchten. Er stand in dieser Annahme nicht allein, auch manche Generale der alten deutschen Armee glaubten in den Monaten nach der Revolution, daß sie England und Frankreich für eine Bekämpfung des Bolschewismus unentbehrlich werden würden<sup>89)</sup>. Es ist

---

<sup>87)</sup> s. Anhang Nr. 15.

<sup>88)</sup> s. Anhang Nr. 16.

<sup>89)</sup> vgl. auch G. Hilger, Wir und der Kreml (Frankfurt-Berlin 1955) S. 188.

leicht, hier den Wunsch als Vater des Gedankens zu entlarven, aber es sollte nicht vergessen werden, daß die gleiche Selbsttäuschung auch nach dem 2. Weltkrieg in vielen deutschen militärischen und auch politischen Köpfen wiederkehrte.

Die antibolschewistische Konzeption Rechbergs ist nicht mehr aus seiner Zusammenarbeit mit Erzberger erwachsen. Dieser distanzierte sich im Gegenteil von dem neuen Programmpunkt seines Freundes, so daß die Verbindung beider Männer in den letzten Zeiten vor Erzbergers Ermordung sichtlich lockerer wird. Nunmehr waren es die Persönlichkeit des Generals Hoffmann und dessen politische Ideen allein, die Rechberg beeinflussten und zu eigenem Vorgehen antrieben. Daß Hoffmann gegen Rechbergs phantasievoll-übertreibende Art skeptisch eingestellt war, wurde bereits erwähnt. Auch sein Brief vom 29. 5. 1919 distanziert sich deutlich von einigen Übertreibungen Rechbergs. In der Grundüberzeugung jedoch war er sich mit diesem einig und stellte ihm dafür auch ein antibolschewistisches Interview — ebenso wie übrigens auch ein anderer von Rechbergs hohen militärischen Gönnern, der Generaloberst von Kluck — über die militärische Lage gegenüber Rußland zur Verfügung, das die große englische Zeitung „Daily Telegraph“ abdruckte.

Mittlerweile hatte nämlich Arnold Rechberg erstaunlich unbekümmert, aber — wie man zugeben muß — auch mit einigem Mut die Fäden nicht nur zur Presse der Feindmächte, sondern auch zu deren Vertretern in Berlin geknüpft. Hier waren es in erster Linie der Vorsitzende der britischen Militärmission und erste britische Geschäftsträger nach dem Kriege, General Malcolm, und sein französischer diplomatischer Kollege M. Haguenin sowie das Mitglied der französischen Mission, M. Hesnard, zu denen Rechberg Beziehungen anknüpfte. Zu ihnen gesellten sich etwas später der nachfolgende britische Geschäftsträger Lord Kilmarnock (seit 1921 britischer Oberkommissar der Interalliierten Rheinlandkommission) sowie seit dem Sommer 1920 namentlich der französische General Nollet, der neue Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission, schließlich auch noch der amerikanische Geschäftsträger Dresel hinzu. Als dann die ersten Botschafter der Alliierten eintrafen, war es selbstverständlich, daß Rechberg auch zu ihnen, den Herren Laurent, Lord d'Abernon und Houghton, Verbindung suchte. Alle diese Persönlichkeiten, denen in erster Linie die Überwachung der Innehaltung der Bestimmungen des Friedensvertrages und damit auch der Entwaffnung Deutschlands oblag, waren sicherlich erstaunt und erfreut, in Arnold Rechberg einen deutschen Mann zu finden, der sich von den üblichen deutschen Haßgefühlen gegen die Entente ganz freihielt und nicht



an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft dachte und für sie plante. Zugleich wußten sie es zu schätzen, daß sie durch Rechberg mancherlei wertvolle Informationen über die deutschen Verhältnisse erhielten. Auf diese Weise gelang es Rechberg, sein Berliner Heim zu einem Treffpunkt von alliierten und deutschen Vertretern zu machen und den englischen und französischen Generalen und Diplomaten seine Ideen von einer wirtschaftlichen Interessenverflechtung ihrer Länder mit Deutschland sowie eines gemeinsamen Kampfes mit einer neuen deutschen Armee gegen den Bolschewismus auseinanderzusetzen<sup>90)</sup>.

Es kam Rechberg zustatten, daß die fremden Generale ihrerseits bereits an der Vernünftigkeit des Versailler Friedens, insbesondere im Hinblick auf die bolschewistische Gefahr, mehr oder minder Zweifel hegten. Bis zu einem gewissen Grade vermochten daher seine intensiven und eindringlichen Darlegungen Eindruck zu machen. Wir haben in dieser Hinsicht das Zeugnis des Generals Nollet, der in seinem Erinnerungsbuch über seine Berliner Zeit auch ausführlich „le comte Arnold Rechberg“ erwähnt und dessen wirtschaftliche Ideen als seiner Meinung nach „la seule manifestation alors possible de l'idée de rapprochement entre les deux nations“ und geeignet „de préparer les esprits à la conciliation“<sup>91)</sup> nennt. Später wird auch der britische Botschafter Lord d'Abernon in seinem Memoirenwerk bezeugen, daß er Rechbergs Plan einer Verflechtung der englischen und deutschen Industrie noch nicht an sich für schlecht halten könne, auch wenn die von Rechberg gegebenen Zahlen hinsichtlich des deutschen Industriepotentials stark angefochten würden<sup>92)</sup>.

Das aufmerksame Zuhören und die in mancher Hinsicht verständnisvolle Reaktion der Ententevertreter weckten freilich in Rechberg einen Optimismus, der sowohl hinsichtlich seines eigenen wie auch des Einflusses dieser Militärs und Diplomaten auf ihre Regierung kaum gerechtfertigt war. Wohl war es Rechberg gelungen, in seinem Hause die Bekanntschaft des Generals Malcolm mit dem Reichswehrminister Noske zu vermitteln, wobei sich beide Herren offenbar gut verstanden, auch existiert im Nachlaß ein, freilich erst 1922 von Rechberg angefertigtes, Protokoll über seine Verhandlungen mit Malcolm, wonach mit diesem vereinbart wurde, daß Deutschland gegen Abschluß einer Militärkonvention mit England und Frankreich eine erhebliche Armee belassen

---

<sup>90)</sup> vgl. hierzu seinen charakteristischen Brief vom 15. 9. 1919 an Dr. Grautoff von den „Leipziger Neuesten Nachrichten“; s. Anhang Nr. 17.

<sup>91)</sup> Général Nollet, Une expérience de désarmement (Paris 1932) S. 107.

<sup>92)</sup> Viscount d'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende (Leipzig 1929) Bd. 1, S. 168 f.

bleiben und die englisch-französische Industrie zusammen mit 30% am deutschen Industriekapital beteiligt werden sollte. Doch der Nachweis, daß Malcolm diese „Vereinbarung“ an seine Regierung weiterleitete, steht aus. Noske selbst urteilte in seinen Erinnerungen erheblich nüchterner über den englischen General, bei dem mancher seiner deutschen Besucher geglaubt habe, „das von ihm angedeutet zu hören, was er wünschte hören zu dürfen“<sup>91)</sup>. Auch spricht er von deutschen Herren, die sich in größter Weise über die Absichten der fremden Militärkommission und der feindlichen Regierungen getäuscht haben. Andererseits berichtet der damalige Reichsjustizminister Schiffer, den Rechberg auch mit den Ententevertretern zusammengebracht hatte, daß der englische Geschäftsträger Lord Kilmarnock ihm nach einem Abendessen bei Rechberg nahegelegt habe, die Deutschen sollten mit den Engländern gegen die Bolschewisten marschieren<sup>92)</sup>.

Wenn Rechberg deutschen Gesprächspartnern damals erklärte, er stehe über die englische Mission mit Winston Churchill in Verbindung, den er schon als baldigen Nachfolger des Premierministers Lloyd George sah, so war dies eine für ihn typische Übertreibung. Daß Winston Churchill nach dem ersten Weltkrieg zum schärfsten Wortfechter gegen die bolschewistische Tyrannei wurde, ist bekannt genug. Auch mochte der englische Staatsmann vermutlich von Rechbergs in mancher Hinsicht den seinen gleichgerichteten antibolschewistischen Tendenzen erfahren haben und eine Einigung Europas gegen den Osten dringend befürworten. Aber z. B. Churchills Denkschrift an Lloyd George vom März 1920 bezweckte doch mehr eine friedliche denn eine kriegerische Lösung des sowjet-russischen Problems<sup>93)</sup>. Arnold Rechberg aber wollte im Zuge seines Kampfes für eine deutsche Wiederbewaffnung und Gleichberechtigung ganz und gar eine kriegerische Lösung.

Das Ziel einer gewaltsamen Intervention von außen in Rußland und einer Einigung Deutschlands mit den Westmächten zu dieser Aufgabe hatte Rechberg nicht nur unermüdlich den Ententevertretern vorgetragen. Er nahm sogar keinen Anstand, es in seiner Schrift „Was kostet der Friedensvertrag die Entente?“ 1922 auch für die Öffentlichkeit festzulegen, nachdem in zahlreichen durch ihn veranlaßten Presseinterviews der Gedanke bereits verbreitet worden war. Im Kern befand er sich dabei in Übereinstimmung mit dem General Hoffmann, der Weihnachten 1922 eine Denkschrift gegen den Bolschewismus verfaßte, die starke

---

<sup>91)</sup> Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie (Offenbach 1946) S. 158 f.

<sup>92)</sup> E. Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus (Berlin 1951) S. 245.

<sup>93)</sup> s. z. B. Lewis Broad, Winston Churchill (Zürich-New York 1944) Bd. 1, S. 270.

Spuren von Rechbergschem Gedankengut zeigt, vielleicht sogar in ihren Grundzügen von Rechberg selbst entworfen wurde. Sie forderte den Sturz der Sowjets durch ein Eingreifen der vereinigten europäischen Mächte und beurteilte die Chancen einer solchen militärischen Expedition bei sorgfältiger Vorbereitung als aussichtsreich. Diese Denkschrift wurde zwar erst 1925 unter aktiver Mitwirkung Rechbergs durch den Berliner Verlag für Kulturpolitik veröffentlicht und nach dem Tode Hoffmanns von Karl Friedrich Nowak in den 2. Band der von ihm 1929 herausgegebenen „Aufzeichnungen des Generals Max Hoffmann“ aufgenommen, konnte aber zu dieser Zeit eigentlich nur noch historisches Interesse beanspruchen. Für Rechberg sollte sie jedoch Zeit seines Lebens uneingeschränkte Gültigkeit genießen, die sogar noch den 2. Weltkrieg überdauerte, in welchem, freilich unter völlig anderen Voraussetzungen, die kriegerischen Pläne gegen die Sowjets plötzlich verwirklicht wurden.

Der General Nollet kommt in seinem Buch auch auf den Hoffmann-Plan zu sprechen, dessen „ampleur“ er anerkennt<sup>95)</sup>, selbst wenn ihm darin die bolschewistische Gefahr für den Westen übertrieben zu sein schien. Da jedoch die unmittelbare Folge dieses Projektes die Aufrüstung Deutschlands auf 6-700 000 Mann gewesen wäre, sei es vom Standpunkt der deutsch-französischen Beziehungen unannehmbar gewesen. Er habe mit Marschall Foch davon gesprochen, der nur gelächelt hätte, ohne zu antworten.

Damit wurde jedenfalls deutlich, daß es auch für die Militärs der Westmächte, von deren Politikern ganz zu schweigen, zweierlei bedeutete, nämlich einerseits eine militärische Niederschlagung des Bolschewismus zu wünschen, andererseits eine deutsche Aufrüstung für dieses Ziel zu billigen. Das Problem erwies sich in der politischen Wirklichkeit als weitaus komplizierter als in der Sicht Arnold Rechbergs. So rasch konnte in Frankreich und England die Vergangenheit des Krieges und die Gegnerschaft der deutschen Armeen gewiß nicht vergessen werden. Was immer die Vertreter der Westmächte in Berlin für ihre Person in positivem Sinne über Rechbergs Pläne denken mochten, auf ihre Regierungen hatte dies keinerlei nennenswerten Einfluß.

Aber Rechberg glaubte, noch mehr Eisen im Feuer zu haben. Er richtete seine Blicke auf eine Persönlichkeit in Deutschland, deren Name zwar in der ganzen Welt bekannt war, von der in jener Zeit aber wohl kaum irgend jemand inner- und außerhalb der deutschen Grenzen annehmen konnte, daß sie für eine neue einflußreiche politische Rolle in

---

<sup>95)</sup> a.a.O. S. 107 f.

Frage kommen würde: es war der General Ludendorff. Damit entspann sich eine der seltsamsten Episoden in der Geschichte der deutschen Republik von Weimar.

## 5. Kapitel

### Arnold Rechberg und General Ludendorff 1919—1923

Die Beziehungen Arnold Rechbergs zu General Ludendorff waren über das Ehepaar Hoffmann angebahnt worden, doch hatte sich die persönliche Bekanntschaft zunächst offenbar nur auf die erste Gattin, Frau Margarete Ludendorff, beschränkt, deren Büste Rechberg formte. Als dieser Ende 1917 seine Denkschrift über die deutsch-englische Industrieallianz versandte, hatte er sie auch dem General Ludendorff zugeleitet, ohne begreiflicherweise von diesem eine Antwort darauf erhalten zu haben, und ohne daß hernach sein Bemühen geglückt wäre, in dieser Frage eine Aussprache zwischen Ludendorff und Erzberger herbeizuführen. Als aber Rechberg nach dem Zusammenbruch 1918 begann, gegen die Entwaffnung und für die Erhaltung eines deutschen Heeres zum Kampf gegen den Bolschewismus zu streiten, war es verständlich, daß er die Zustimmung und Unterstützung vor allem desjenigen deutschen Heerführers suchte, dessen militärische Autorität trotz der deutschen Niederlage sowohl in Deutschland als selbst bei den Feinden, die ihn auf die Auslieferungsliste gesetzt hatten, noch immer die größte war.

Ludendorff hatte inzwischen in München seinen Wohnsitz bezogen, Arnold Rechberg seinerseits weilte in dieser Zeit häufig in den oberbayerischen Bergen, auf dem Waldbesitz seines Bruders, wohin ihn der Weg ständig über die Hauptstadt Bayerns führen sollte. Noch aus einem anderen Grunde blickte zudem Rechberg nach München und auf die bayerische Regierung mit dem Ministerpräsidenten v. Kahr an der Spitze. Schon vor dem Kriege war ihm ja die bayerische Politik unter Graf Hertling durch ihre traditionelle Hinneigung zu Frankreich als wertvolle Hilfe in seinem Eintreten für die deutsch-französische Verständigung erschienen. Jetzt kam hinzu, daß von Bayern aus der Kampf gegen eine deutsche Entwaffnung am eifrigsten geführt wurde. Galt es doch nach dem Sturz der bolschewistenfreundlichen Regierung Eisner in Bayern vor allem, eine Wiederkehr des Kommunismus zu verhindern. Aus diesem Grunde waren vornehmlich in Bayern die Einwohnerwehren als Selbsthilfeorganisationen geschaffen worden, deren Auflösung nunmehr von der Entente, namentlich aber von der französischen Regierung, gefor-

dert wurde. Rechberg entwickelte sich damit zum Vorkämpfer gegen die beabsichtigte Auflösung der Einwohnerwehren, obwohl ihn dies mit seinen Bemühungen um einen deutsch-französischen Ausgleich, wie die Verhältnisse lagen, in Widerspruch bringen mußte. Er konnte dabei freilich auf eine gewisse Unterstützung von englischer Seite rechnen, insbesondere bei den britischen militärischen Vertretern in Berlin, die nicht nur die bolschewistische Gefahr sahen, sondern auch das Übergewicht Frankreichs in Mitteleuropa mit Unbehagen betrachteten.

Während des Jahres 1920 und in der ersten Hälfte des Jahres 1921 bemühte sich deshalb Arnold Rechberg in zahlreichen Schreiben an den Ministerpräsidenten Kahr — die zumeist nur eine ganz kurze Dankesbestätigung erhielten — sowie auch in persönlichen Unterhaltungen, den bayerischen Regierungschef zu ermuntern, in seinem Kampfe für die Erhaltung der Einwohnerwehren keinesfalls nachzugeben. Hierbei suchte er auch die französischen Vertreter in Berlin zur Aufgabe der französischen Haltung in dieser Frage im Hinblick auf den Bolschewismus zu veranlassen. Gleichzeitig führte er in der Presse einen Feldzug gegen die Entwaffnung, wobei er diesmal naturgemäß auf die Zustimmung auch der extremen Rechten zählen konnte, während die Sozialdemokratie aus innerpolitischen Gründen die Auflösung der rechtsgerichteten Einwohnerwehren befürwortete.

Mit seiner bekannten Hartnäckigkeit gab Rechberg diesen Kampf für die Erhaltung der Einwohnerwehren selbst dann noch nicht auf, als die Reichsregierung bereits die Erfüllung der Ententeforderungen beschlossen hatte. So legte er zum Beispiel dem Ministerialdirektor Meissner vom Büro des Reichspräsidenten (dem späteren Staatssekretär und Staatsminister) nahe, die Reichsregierung möge auf der Londoner Konferenz einfach erklären, daß sie nicht die Machtmittel besitze, Bayern zur Entwaffnung zu zwingen, so daß die Entente in dieser Frage unmittelbar mit der bayerischen Regierung verhandeln solle<sup>97)</sup>. Zwar kämpfte Bayern nach der am 19. 3. 1921 gesetzlich verfügten Auflösung der Wehren durch das Reich noch weiter. Aber auch Kahr mußte schließlich den höheren politischen Geboten im Juni weichen. Die Einwohnerwehren wurden nunmehr tatsächlich aufgelöst.

Dieser Feldzug Rechbergs war damit gescheitert. Doch sein Kampf im Großen gegen den Bolschewismus wurde davon nicht berührt. Umso

---

<sup>97)</sup> Rechberg an Meissner 10. 2. 1921. Die Korrespondenz mit dem Staatssekretär scheint nur bis zum Jahr 1923 gedauert zu haben. Meissner legte mehrere Schreiben Rechbergs auch dem Reichspräsidenten vor, der seinerseits Rechberg an den außenpolitischen Berater der SPD, Erwin Barth, verwies.

wichtiger war für ihn nunmehr die Hilfe des Generals Ludendorff. Denn daß Ludendorff sein Eintreten für die Erhaltung der deutschen Wehrkraft und für die Vernichtung des Bolschewismus an sich nur bejahen konnte, verstand sich von selbst.

Schon im Herbst 1919 hatte Rechberg Ludendorff dargelegt, daß seiner Überzeugung nach die Entscheidung der großen Frage Zivilisation oder Bolschewismus doch noch einmal „mit Gewalt“ geregelt werden müsse und daß die Lösung der europäischen Frage daher nicht unwesentlich in den Händen Noskes und seiner Generale liegen werde. Es gelang ihm daraufhin auch, eine Verbindung Ludendorffs mit General Malcolm zustandezubringen, bei der die gemeinsame Gegnerschaft zum Bolschewismus die Grundlage bildete, ohne daß freilich Ludendorff eine starke innere Reserve gegenüber den Vertretern und der Politik der Entente verbergen konnte. Als dann Rechberg gar im Dezember ein Interview für die englischen „Times“ von ihm erbat, worin zum Kampf gegen die Sowjets im Verein mit der Entente aufgerufen werden sollte, lehnte Ludendorff dies ab, da einen solchen Vorschlag zu machen, ihm wegen der „empörenden Behandlung“ durch die Entente nicht möglich sei <sup>99)</sup>).

Doch Rechberg ließ nicht locker und rang um die Seele des Generals. Er beschwor vor ihm die Europa drohenden Gefahren und schrieb pathetisch, daß es vielleicht zu spät sein würde, Deutschland und Europa noch zu retten <sup>99)</sup>).

Mochte aber Ludendorff mit Rechberg noch so sehr in der Beurteilung des aggressiven Charakters der sowjetischen Politik übereinstimmen, so konnte er sich doch nicht dazu verstehen, daraus die Folgerungen zu ziehen, daß Deutschland mit der Entente militärisch zusammengehen müsse. Sein Haß auf die Franzosen, in denen er nach wie vor den „Erbfeind“ sah, war viel zu groß, und die wirtschaftlichen Argumentationen Rechbergs lagen seinem Denken ziemlich fern. Nur mühsam ließ er sich im Dezember 1920 die Zustimmung zu einer von Rechberg verfaßten Denkschrift <sup>100)</sup> abringen, die dem General Malcolm sowie dem französischen Gesandten in München, Dard, zugestellt wurde. Hierin wurde erneut eine militärische Intervention zum Sturz Moskaus mit einer Armee von mindestens anderthalb Millionen Mann unter Mitwirkung

---

<sup>99)</sup> 8. 12. 1919.

<sup>99)</sup> 15. 8. 1920.

<sup>100)</sup> Das Schreiben vom 8. 12. 1920, in dem Ludendorff seine „volle Zustimmung“ zu Rechbergs Ausführungen über die militärische Lage in Europa ausdrückt, befindet sich merkwürdigerweise nur in Abschrift im Nachlaß.



deutscher Truppen befürwortet und die Nützlichkeit eines Abkommens der Entente mit Deutschland zu diesem Zwecke wenigstens angedeutet. Doch als nun diese Denkschrift tatsächlich in englische Zeitungen gelangte und Ludendorff für ihren Verfasser gehalten wurde, und als Rechberg die Verbreitung auch über die beiden Entente-Vertreter hinaus bewirkte (z. B. an den Nuntius Pacelli, den bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr) gab es ärgerliche Auseinandersetzungen mit dem General, der dagegen protestierte, daß er als Verfasser angesehen würde, und der es Rechberg schließlich untersagte, mit seinem Namen zu arbeiten. Einer von Rechberg geplanten Veröffentlichung der Denkschrift in der „München-Augsburger Abendzeitung“ widersprach Ludendorff heftig, ohne dies jedoch verhindern zu können. Denn Rechberg ging eigenmächtig vor mit Berufung auf sein Verfügungsrecht als Verfasser und auf das „erhebliche vaterländische Interesse“ an einer Veröffentlichung, weil die Entente-Vertreter in Deutschland für ihre Regierungen gutachtliche Äußerungen hervorragender deutscher Militärs brauchten. Doch Ludendorff fühlte sich nicht zu Unrecht übergangen und schrieb Rechberg, daß er nicht „Schachfigur in seinem Spiel“ sein könne<sup>101)</sup>.

Eine längere Verstimmung beider Männer war die Folge. Immerhin gewann sich im August 1921 Arnold Rechberg das Wohlwollen Ludendorffs teilweise dadurch wieder, daß er in einer politisch-persönlichen Kontroverse zwischen Ludendorff und General Hoffmann, die auch in die Öffentlichkeit drang, vermittelte und in einem ausgleichenden Aufsatz in der Bayerischen Staatszeitung „Ludendorff und Hoffmann“ die militärischen Leistungen beider Männer würdigte. Doch dem Plan einer Zusammenarbeit mit der Entente versagte sich Ludendorff weiterhin und ließ seiner Erbitterung gegen Frankreich freien Lauf. Eine scharfe Rede von ihm in Königsberg gegen Polen, die auch auf Frankreich zielte, rief Rechbergs Kritik hervor. Es war daher schon viel, wenn er erreichen konnte, daß Ludendorff dem bekannten Journalisten der französischen Zeitung „Matin“, Jules Sauerwein, der zu Rechbergs intensivsten französischen Gesprächspartnern gehörte, ein Interview gab, das am 22. 9. 1921 veröffentlicht wurde, in Frankreich offenbar Aufsehen erregte und Rechberg anscheinend die Zustimmung des französischen Gesandten in München, Dard, einbrachte<sup>102)</sup>. Ludendorff verneinte hier schon aus technischen Gründen die Möglichkeit eines deutschen Revanchekrieges gegen die Alliierten und befürwortete in allgemeiner Form eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Völker.

---

<sup>101)</sup> 21. 1. 1921.

<sup>102)</sup> An Ludendorff 26. 9. 1921.

Doch zu präziseren Formulierungen im Sinne der Bündnisabsichten Rechbergs ließ er sich nicht herbei<sup>103)</sup>.

Ungeachtet aller ihm zuteil gewordenen Zurückweisungen hatte sich gleichwohl in dieser Zeit in Arnold Rechberg der Gedanke festgesetzt, dem General Ludendorff nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Rolle zuzuspielen, „eine gewaltige Rolle zum Heile des deutschen Volkes“, wie er am 26. 9. 1921 an Hugo Stinnes schrieb. Er hatte nichts geringeres im Sinne, als Ludendorff zum Führer des deutschen Volkes zu machen, ihn über alle Parteien zu erheben auf Grund des unerschütterten Vertrauens, das ihm noch weite Kreise entgegenbrachten, um dann — ob in bewußter oder unbewußter Spekulation auf die menschliche Eitelkeit des Generals, sei dahingestellt — ihn doch noch zum Kampf gegen den Bolschewismus im Verein mit der Entente zu bringen.

Auf dem Hintergrund dieses merkwürdigen Planes erwuchs auch das Bemühen Rechbergs, die katholische Kirche zum Kampf gegen den Bolschewismus für sich zu gewinnen, ihr die Persönlichkeit seines „Schützlings“ annehmbar und eine Führerstellung Ludendorffs schmackhaft zu machen, wobei vor allem die katholischen Befürchtungen hinsichtlich des preußisch-protestantischen Militaristen auszuräumen waren. Als Rechberg daher im Herbst 1921 tatsächlich erreichte, vom Nuntius Pacelli in München empfangen zu werden, dem er auch die bewußte Denkschrift zugesandt hatte, dürfte er sicherlich Ludendorff warm empfohlen haben. Das gleiche war bei einem Besuch bei Kardinal Faulhaber der Fall. Rechbergs langatmige, aber nicht uninteressante Darlegungen vom 4. 10. 1921<sup>104)</sup> zeigen seine Pläne und seine Ausführungen gegenüber den Vertretern der Kirche. Ludendorffs knappe Antwort vom darauffolgenden Tage<sup>105)</sup>, in der er behauptete, der katholischen Kirche „unparteiisch“ gegenüberzustehen, ist ein wertvolles Quellenzeugnis im Hinblick auf seine spätere, stark kirchenfeindliche Einstellung unter dem Einfluß seiner zweiten Gemahlin.

Nicht lange danach versuchte Rechberg, Ludendorff mit der Mitteilung aufzurütteln, daß sich der französische Marschall Foch, wie der

---

<sup>103)</sup> Das von Rechberg in seiner Schrift „Was kostet . . .“ (S. 146 f.) wiedergegebene und von ihm vermittelte Interview Ludendorffs mit dem Vertreter des „New York Herald“ fordert, daß Deutschland von der Entente als Bundesgenosse behandelt werde, spricht aber nur verklausuliert von einer Expedition der europäischen Großmächte gegen Rußland.

<sup>104)</sup> s. Anhang Nr. 18.

<sup>105)</sup> s. Anhang Nr. 19.

Journalist Sauerwein berichtet habe, sehr positiv über Ludendorffs Feldherrngabe ausgesprochen hätte<sup>106</sup>). Auch habe Foch die in der Denkschrift vorgeschlagene Lösung der russischen Frage für die vielleicht einzige Möglichkeit zur Rettung Europas gehalten. Dabei kam Rechberg auf das damals gerade von Ludendorff veröffentlichte Buch „Kriegführung und Politik“ zu sprechen. Er beanstandete darin vor allem die Ausführungen über das Judentum<sup>107</sup>). Der Grund für seine Kritik lag in der Befürchtung, daß durch derartige antisemitische Äußerungen Ludendorffs Anhängerschaft im Innern und bei der Entente sich vermindern könnte, während es doch gerade sein Bestreben war, diese Gefolgschaft ständig zu vergrößern, damit des Generals militärisches Genie das deutsche Volk wieder emporführen möge. Daher durfte sich dieser keinesfalls mit dem deutschen und internationalen Judentum verfeinden. Aus dem gleichen Grundgedanken heraus bemühte sich Rechberg auch wenig später, durch Vermittlung eine Klage beizulegen, die der jüdische Orden B'nai Brith gegen Ludendorff wegen der bewußten Stellen in dessen neuen Buch angestrengt hatte. Ludendorff ließ sich dieses zwar gefallen, im Ganzen aber war er nicht geneigt, sich Rechberg zu fügen, so daß dieser ihm am 3. 12. 1921 erbittert schrieb: „Meine Arbeit für Ew. Exzellenz hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Gewebe der Penelope. Ist es mir gelungen, Ew. Exzellenz Stellung zu verstärken, so gefährden Sie häufig die errungenen Vorteile durch unzweckmäßige Äußerungen.“

Trotzdem gab er den Kampf nicht auf und warb weiter um die Gefolgschaft des Generals. Er versuchte, Ludendorff auch mit den Berliner Ententevertretern zusammenzubringen, was ihm teilweise glückte, ohne jedoch von großer Wirkung in dem von ihm erhofften Sinne zu sein. Im April 1922 weilte der englische Generalquartiermeister im 1. Weltkrieg, General Sir John Hamilton, zu antibolschewistischen Besprechungen mit Ludendorff in München, bei denen Rechberg beteiligt war. Doch schon im Mai mußte dieser Ludendorff wieder vor antisemitischen Regungen und vor der Vorstellung warnen, daß Bolschewismus und Judentum eins seien. Im Gegenteil habe er, Rechberg, sich in seinem Kampf gegen den Bolschewismus vornehmlich auf die deutsche Sozialdemokratie und die jüdische Presse stützen müssen. „Die Sache Deutschlands“, so fuhr er wörtlich fort, „ist dieses Mal, so bitter die Erkenntnis ist, ganz sicher nicht im Lager der Rechtsparteien gewesen.“<sup>108</sup>)

---

<sup>106</sup>) 21. 11. 1921.

<sup>107</sup>) s. auszugsweise Anhang Nr. 20.

<sup>108</sup>) 22. 5. 1922.

Aber Ludendorff ließ sich nun einmal nicht vor Rechbergs Wagen spannen. Vergebens, daß ihn dieser weiterhin vor antifranzösischen Kundgebungen warnte, vergebens, daß er im August 1922 erneut zwischen ihm und Hoffmann vermittelte, als Ludendorff Frau Hoffmann wegen ihrer Haltung im Kriege angegriffen hatte. Stattdessen erhob sich Ende Oktober eine neue Auseinandersetzung zwischen ihm und dem General über das Judentum. Ludendorffs Brief vom 24. Oktober<sup>109)</sup> wirft ein bemerkenswertes Licht auf seine Einstellung und ist für seinen Biographen wesentlich. Denn es zeigt sich auch hier, wie vordem bei seiner Stellungnahme zur katholischen Kirche, daß seine antisemitische Einstellung im Vergleich zu seiner späteren Entwicklung noch durchaus gemäßigt war.

Die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Judentums wurden bald noch vertieft und verschärft durch diejenigen über Hitler und den Nationalsozialismus. Die Sorgen Rechbergs vor Ludendorffs Zusammenarbeit mit Hitler sind in seinem Schreiben vom 10. November deutlich zum Ausdruck gebracht<sup>110)</sup>, es wurde sogar die Möglichkeit einer völligen Trennung von Ludendorff angedeutet, wenn der General weiterhin mit Hitler gehen würde. Der Brief bedeutet zweifellos ein ehrenvolles Zeugnis für Rechbergs damalige politische Einsicht, die noch unterstrichen wurde, als Rechberg wenige Tage darauf auf die verhängnisvolle Wirkung Hitlers auf Italien und Frankreich hinwies und Ludendorff bat, eindeutig von Hitler abzurücken. Ludendorff antwortete nur ganz kurz, betonte, daß auch er in gewissem Gegensatz zu Hitler stehe, aber keinen Grund habe, sich von diesem zu distanzieren, da dieser sich nie auf ihn berufen habe. Wenn Rechberg daraufhin die weitere politische Zusammenarbeit kündigte, so war dies freilich nicht so ernst gemeint, denn schon am 20. Dezember warnte er den General erneut vor Hitler und dessen unklugem Antikatholizismus. Ende des Jahres gelang sogar offenbar eine neue Annäherung, denn Rechberg setzte 1923 seine Bemühungen fort, Ludendorff für seine Pläne zu gewinnen. Dieser aber war nicht mehr von der Verbindung mit dem Nationalsozialismus abzubringen, so daß am 15. 6. 1923 Rechberg folgendes an Ludendorff schrieb: „Vor Weihnachten war es soweit, daß alles bis weit in die Reihen der Linksparteien einverstanden gewesen wäre, wenn die politische Führung in Deutschland Ew. Exzellenz zufiel. Seit der Zeit haben Ew. Exzellenz die nicht ohne Mühe aufgebaute Position Stein für Stein wieder abgetragen und sind auf die Stufe des Parteigängers einer ver-

---

<sup>109)</sup> s. Anhang Nr. 21.

<sup>110)</sup> s. Anhang Nr. 22.

worrenen und ganz aussichtslosen Bewegung herabgestiegen.“ Im Verfolg seiner ständig zunehmenden „völkischen“ Gebundenheit verhärtete sich Ludendorff außerdem sichtlich gegenüber der Entente — inzwischen war die Zeit der Ruhrbesetzung gekommen — und lehnte auch eine von Rechberg empfohlene Zusammenkunft mit dem englischen General Morgan ab. Derartige Zusammenkünfte seien ihm in höchstem Maße peinlich.

Rechberg mußte einsehen, daß der General die ihm zugedachte große politische Führerrolle einfach nicht spielen wollte! Auch sein Ende 1922 unternommener Versuch, für Ludendorff eine Broschüre über die europäische wirtschaftliche Interessengemeinschaft zu schreiben, war inzwischen gescheitert. Der Entwurf zu dieser Schrift wurde zwar von Ludendorff durchgesehen und vielfach korrigiert; doch bat er schließlich, die ganze Angelegenheit fallen zu lassen. Das Manuskript blieb im Nachlaß liegen und kam nicht mehr an die Oberfläche.

Der wirkliche Bruch zwischen General Ludendorff und Arnold Rechberg trat allerdings erst ein, als der General sich im November am Hitler-Putsch beteiligte. Der Brief, den Rechberg am 28. 11. 1923 „als Ausdruck der bitteren Enttäuschung“ an Ludendorff richtete, ist für seinen Schreiber auch in den Übertreibungen und Besonderheiten so charakteristisch, gibt zugleich dessen politische Pläne, Hoffnungen und Bemühungen, ebenso auch die Vielfalt seiner politischen Beziehungen so deutlich wieder, daß er trotz seiner Länge im Anhang im vollen Wortlaut angefügt wird<sup>111)</sup>).

Mit diesem Schreiben endet der eigentliche Briefwechsel Ludendorff - Rechberg, obwohl letzterer bis zum Jahre 1927 noch gelegentlich politische Mitteilungen an den General gelangen ließ. Danach sind keine Beziehungen zwischen beiden Persönlichkeiten mehr nachweisbar. Rechberg hat später darauf hingewiesen, daß Ludendorffs feindliche Einstellung zum Christentum unter dem Einfluß seiner zweiten Gattin Mathilde zum endgültigen Bruch geführt hätte.

Ludendorff seinerseits hat in seinen erst nach seinem Tode 1941 erschienenen Lebenserinnerungen Arnold Rechbergs nur beiläufig Erwähnung getan und dabei bezeugt, daß auch er selbst damals für die Bildung eines europäischen Blocks gegen Rußland gewesen sei<sup>112)</sup>. Über die Durchführbarkeit dieser Absicht ließ er sich nicht aus, und noch viel weniger ging er auf die Inkonsequenz seines eigenen Verhaltens ein,

---

<sup>111)</sup> s. Anhang Nr. 23.

<sup>112)</sup> Bd. 1, S. 177.

einen europäischen Block zwar für wünschenswert gehalten, dennoch aber keinerlei Neigung zu dem Versuch einer Aussöhnung mit den Westmächten bezeigt zu haben.

Hier aber lag tatsächlich das entscheidende Moment. Was immer Ludendorff über die Person Rechbergs dachte, wie weit er dessen Pläne, ihm selbst eine „gewaltige Rolle“ zu verschaffen, ernst nehmen oder sich gar von ihnen gefangen nehmen lassen mochte, es war letztlich nicht ein irgendwie geartetes Mißtrauen oder Abneigung gegen Rechberg persönlich, die seine Haltung bestimmte, sondern sein Mißtrauen und seine Abneigung gegen die Entente. Was schon in dem Brief von seinem Mitarbeiter Oberst Bauer an Rechberg anklang, daß nämlich Deutschland nicht die Aufgabe habe, durch eine Bekämpfung des Bolschewismus für die Westmächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen, das kam auch in der Einstellung Ludendorffs eindeutig zum Ausdruck. Er und mit ihm viele andere deutsche Generale wollten zwar gegen den Osten, aber kaum mit dem Westen gehen.

Rechbergs Bestrebungen gerieten damit unter die große politisch-historische Problematik des Deutschen Reiches nach 1918. Wie kam es, daß er selbst dies nicht sah, daß er es sogar in einer Zeit nicht bemerkte, da die Erbitterung in Deutschland über Frankreich nach dem Ruhreintruch ihren Höhepunkt erreichte? Zur Beantwortung dieser Frage wird es nötig sein, Rechbergs politische Vorstellungswelt noch etwas eingehender zu betrachten.

## 6. Kapitel

### Politik durch Wirtschaft

Um das Ausmaß der inneren Standfestigkeit Arnold Rechbergs zu ermessen, erscheint zunächst ein Blick auf die politischen Realitäten, denen er sich gegenüber befand, angezeigt. Als Rechberg nach dem Hitler-Putsch vom November 1923 endgültig einsehen mußte, daß mit dem General Ludendorff die von ihm erstrebte Politik nicht durchzuführen war, konnte diese Politik auch ohne Zutun Ludendorffs, mindestens vorläufig, bereits als gescheitert angesehen werden. Was die wirtschaftliche Interessenverflechtung anging, so hatte schon am 23. 7. 1921 der Handelsattaché Thelwall von der britischen Botschaft in Berlin nach einem Besuch in der britischen Hauptstadt Rechberg mit dürren Worten mitgeteilt, daß in industriellen Kreisen Londons keinerlei Interesse an seinem Plan einer alliierten Beteiligung an der deutschen Industrie vor-



handen sei. Noch ein Vierteljahr früher, am 26. 4. 1921, war Rechbergs Projekt obendrein vom deutschen Außenminister Simons im Reichstag öffentlich abgelehnt und als „vollkommen phantastisch“ bezeichnet worden, da Rechberg mit Ziffern arbeite, die weit über alle Wirklichkeit hinausgingen <sup>113)</sup>). Auch Gründe der „wirtschaftlichen Selbständigkeit der deutschen Produktion“ sprachen nach Simons Ansicht gegen die industrielle Verflechtung. Selbst der britische Botschafter d’Abernon, der sich für Rechbergs Bemühungen stets besonders aufgeschlossen gezeigt hatte, bemerkte in jener Zeit, daß der Plan der Beteiligung der Alliierten an der deutschen Industrie eine etwas nebensächliche Frage gegenüber dem Problem der Gesamtannuitäten (also der Höhe der jährlichen deutschen Reparationszahlungen) sei <sup>114)</sup>). Was aber die französische Haltung angeht, so besitzen wir das Zeugnis Stresemanns vom August 1923 <sup>115)</sup>, daß der französische General Denvignes, der wirtschaftliche Berater des Generals Degoutte, des französischen Oberbefehlshabers in den besetzten deutschen Rheinlanden, erklärt habe, der Ministerpräsident Poincaré sei der Meinung, daß ein direkter Besitz Frankreichs an deutschen Sachwerten nicht in Frage komme. Denvignes habe betont, solche Ideen wie die von Rechberg fänden in Frankreich kein Interesse und seien als abgetan zu betrachten. Worauf es den Franzosen ankomme, sei die Lieferung der Ruhrkohle und des Koks. Es war die gleiche Auffassung, die nach der Ruhrbesetzung ein Schwede hatte, der Rat im Kultusministerium Graf Ehrensvärd, dem Rechbergs Ideen unbegreiflich schienen nach der französischen Ruhrbesetzung und der nicht verstand, wie Rechberg davon ausgehen könne, daß Frankreich keine Annexionen und Deutschland nicht zu zertrümmern wünsche. Ein Volk denke nicht aus wirtschaftlichen Gründen und erst recht nicht logisch. Frankreich wolle herrschen und die stärkste Macht Europas sein <sup>116)</sup>).

Den wirtschaftlichen Plänen Rechbergs zur Einigung mit den Westmächten war tatsächlich schon vor dem französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet aller Boden entzogen worden. Seine antibolschewistischen Ziele aber hatten ebenfalls vor der Ruhrbesetzung eine viel schwerwiegendere Schlappe erlitten als durch das „Versagen“ Ludendorffs. Mit dem Abschluß des Vertrages von Rapallo im April 1922 mit der Sowjetunion, über den hier nichts Näheres gesagt zu werden braucht, waren

---

<sup>113)</sup> Reichstagsprotokolle Bd. 349, S. 3420.

<sup>114)</sup> a.a.O. Bd. 1, S. 170.

<sup>115)</sup> G. Stresemann, Vermächtnis (Berlin 1932/33) Bd. 1, S. 95.

<sup>116)</sup> Mitteilung Wilhelm von Grolmans an Rechberg vom 21. 8. 1923.

alle publizistischen Kämpfe Rechbergs gegen jede diplomatische Zusammenarbeit mit den Moskauer Machthabern vergeblich gewesen. Dabei durfte er sich in diesem Falle sogar gewisser Sympathien bei dem Reichspräsidenten Ebert erfreuen, der den Rapallo-Vertrag vor allem wegen des Mißtrauens, das er bei den Westmächten erwecken mußte, mißbilligte. Deshalb war damals mit Dr. Meissner vereinbart worden, daß Rechberg in einem Aufsatz im „8-Uhr-Abendblatt“ befürwortete, daß die Ratifikation des Vertrages einstweilen aufgeschoben werden sollte<sup>117)</sup>. Dennoch trat der Vertrag in Kraft, die Reichsregierung hatte sich für eine Politik der Mitte zwischen Ost und West entschieden.

Diese entscheidende historische Tatsache mußte auch Arnold Rechbergs Wirkungsmöglichkeiten zutiefst beeinflussen. Umso bemerkenswerter mutet es an, daß er nach so viel Fehlschlägen den Mut fand, nicht nur seine Politik unbekümmert fortzusetzen, sondern von ihrer Richtigkeit weiterhin felsenfest überzeugt zu sein, ohne sich von einer Kritik beirren zu lassen.

Die Suche nach den Grundlagen dieser Überzeugungen findet ihre Richtung durch das bereits zitierte Wort Rechbergs, daß der Staat mit einem großen wirtschaftlichen Unternehmen verglichen werden könne. Es war dieselbe Auffassung von der vorherrschenden Bedeutung des Wirtschaftlichen im staatlich-politischen Leben, die er einmal dem General Ludendorff in folgendem Satz darlegte: „Gegenüber den Naturgesetzen der industriellen Produktion und der Wirtschaft überhaupt ist die menschliche Weisheit und die menschliche Gewalt gerade so machtlos wie gegen Naturgesetze überhaupt.“<sup>118)</sup>. Arnold Rechberg war also offensichtlich des Glaubens, daß solche „Naturgesetze“ in der Wirtschaft alle entgegengestrebenden Kräfte der Politik in ihren Bann ziehen und letztlich überwinden würden. Nur so konnte er auch die Meinung vertreten, die er ständig bei seinen Argumentationen zugunsten einer deutsch-französischen Wirtschaftsverflechtung verfocht, daß nämlich der Zusammenschluß der französischen und deutschen Schwerindustrie die „Aussöhnung der Völker“ zur Folge haben werde<sup>119)</sup>. Aus der gleichen Grundeinstellung eben hatte er den Versailler Vertrag nicht als ein Politikum angesehen, sondern allein als einen Wirtschaftsfaktor, den er für die Sieger als noch ungünstiger bewertete als für den Besiegten, der diesen Vertrag zu erfüllen hatte.

---

<sup>117)</sup> Unter dem Titel „Das Ende der Konferenz“ am 19. 5. 1922 (Nr. 117) erschienen.

<sup>118)</sup> 5. 11. 1923.

<sup>119)</sup> z. B. an Ludendorff 17. 1. 1923.

Die These von der ausschlaggebenden Macht der Wirtschaft im Leben der Völker war natürlich keineswegs eine Rechbergsche Erfindung. Sie lag im „Zeitalter des Imperialismus“ vor dem 1. Weltkrieg inmitten aller politischen Diskussionen, und ihre Wurzeln reichten zurück bis zu dem Aufkommen der industriellen Gesellschaft und der Lehren von Marx. Auch Rechberg selbst hatte ja die Methoden der Politik einer industrialisierten Gesellschaft denen der früheren Agrarstruktur im 19. Jahrhundert gegenübergestellt. Nach dem 1. Weltkrieg lag es dann nur zu nahe, Haß und Leidenschaften der aufgewühlten europäischen Völkerwelt durch nüchterne wirtschaftliche Überlegungen zu beschwichtigen. Rathenaus bekanntes Wort „Die Wirtschaft ist das Schicksal“ ist zwar von Arnold Rechberg nie zitiert worden — wie es ihm auch nicht gelungen war, zu Rathenau in nähere Beziehungen zu kommen —, dem Sinne nach meinte er aber das gleiche. Schon Rechbergs Herkunft aus der wirtschaftlichen Sphäre erklärt rein psychologisch zudem leicht, wie es zu dieser hohen Einschätzung der Wirtschaft hatte kommen können, obwohl die frühere künstlerische Betätigung Rechbergs dazu scheinbar in Widerspruch stand.

Daß Rechberg diese Überzeugung von der Wirksamkeit wirtschaftlicher Naturgesetze im staatlich-gesellschaftlichen Leben mit einer ganz außergewöhnlichen, extremen Einseitigkeit vertrat, war nun freilich auch nicht völlig ohne psychologische Hintergründe. Seiner Natur — und hierin mag man so etwas wie ein künstlerisches Moment bei ihm sehen — lag nicht das bedachtsam Abwägende und Ausgleichende, das nüchtern Beobachtende und Kalkulierende. In ihr war ein starker subjektiver Zug, der nicht nur von einer Kraft der Phantasie bestärkt wurde, sondern auch oft das Phantastische streifte. Daher waren Rechbergs Urteile wohl stets scharf und eindeutig, aber häufig viel zu scharf und viel zu eindeutig. Er verstand es zwar gut, in wenigen Strichen verwickelte politische Vorgänge zu skizzieren, doch beruhte dies kaum je auf sorgsam empirischer Beobachtung des politischen Lebens, das ja fast nie Eindeutigkeit kennt. Rechbergs große Linien der politischen Anschauung suchten stets das Ganze in einem Wurf zu umspannen, stets aufs Ganze zu gehen und das Ganze zu verlangen, wie dies auch die Haupttendenz seines künstlerischen Strebens geworden war, seine Überlegungen blieben dafür aller Kritik von Einzeltatsachen her unzugänglich. Daher mochten selbst ihm Wohlgesinnte nicht ganz zu Unrecht von dem „monomanischen“ Charakter seiner Gedankengänge reden.

Tatsächlich ist die ganze umfangreiche politische Korrespondenz und Publizistik Arnold Rechbergs beinahe nur von einem einzigen

Grundgedanken beherrscht und daher in ihrem Kerngehalt fast monoton zu nennen, wie denn auch die Skulpturen und Zeichnungen Rechbergs in der ständigen Wiederkehr weniger Grundmotive einen monotonen Grundcharakter zeigen.

Dieser Grundgedanke aber war die Ansicht, daß politische Gegensätze zwischen Staaten am zweckmäßigsten durch eine wirtschaftliche Interessenverflechtung bereinigt werden könnten und daß eine wirtschaftliche Einigung zwangsläufig auch zu einer politischen führen müsse. So erblickte er in einer solchen Interessenverflechtung geradezu ein politisches Generalrezept, das gleichsam universal zu verwenden war, wie er denn zum Beispiel 1921 auch bei den an Polen gefallenen ober-schlesischen Kohlengruben zur Beilegung der daraus herrührenden politischen Gegensätze eine deutsch-polnisch-französische Interessengemeinschaft unter Beteiligung französischen Kapitals an den Gruben herbeiführen wollte. Auch hierbei sollte die deutsch-französische politische Verständigung ebenso das Hauptziel bleiben wie eine Bekämpfung der Sowjetpolitik, die an deutsch-französischen Reibungen in Oberschlesien ein Interesse hatte.

Eine solche Einseitigkeit des politischen Denkens und der politischen Methodik bedeutete Stärke und Schwäche zugleich. Sie gab ihm einerseits einen festen und unverrückbaren Glauben an die Richtigkeit und an die Verwirklichung seiner Absichten, woraus sich vor allem das staunenswerte zähe Beharrungsvermögen erklärt. Sie hielt ihn außerdem fern von allen nationalistischen Haßgefühlen gegenüber den früheren Feinden und damit auch von vielem unfruchtbaren Grübeln über die Vergangenheit, so daß zum Beispiel die Kriegsschuldfrage ihn niemals sonderlich beschäftigte und er auch dann und gerade dann zuversichtlich in die Zukunft schaute, als die meisten deutschen Patrioten daran verzweifelten. Daß Arnold Rechberg inmitten der deutschen Empörung über die französische Ruhrbesetzung ständig empfahl, die Beziehungen und die Verhandlungen mit Frankreich nicht abubrechen, den Widerstand nicht zu überspannen, muß als ein eindrucksvolles Beispiel für die Echtheit und Aufrichtigkeit der ihm innewohnenden politischen Überzeugung gewertet werden.

Die andere Auswirkung dieser einseitigen politischen Auffassung bildete ein schweres Hemmnis für eine unbefangene und nüchterne Erkenntnis der wirklichen Lage, für eine Erkenntnis, die nicht nur die verschlungenen zwischenstaatlichen Beziehungen in ihrem ganzen Umfang beachtete, sondern auch einsah, welche mächtigen, ganz außerhalb

wirtschaftlicher Interessen wirkenden Mächte des Gefühls und der Leidenschaften die Beziehungen der Völker zueinander bestimmten. Die „Wirtschaft“ engte Rechbergs politisches Weltbild in gefährlicher Weise ein. In vermeintlicher Anlehnung an Bismarck sprach er zwar ständig davon, daß es sich in der Politik nicht um Recht oder Unrecht, sondern um Macht und Zweckmäßigkeit handele, doch für die Macht der Ideen und der großen geistigen Leitbilder im Dasein der Völker, jener Ideen, die sowohl einend als trennend in der internationalen Staatenpolitik wirkten und denen gegenüber alle Interessenargumente stumpf blieben, fand er niemals ein Wort. Kein Zweifel, daß er diese emotionalen politischen Kräfte nicht erkannte. Wie er in seinen Pariser Jahren ernstlich geglaubt hatte, Frankreich von England politisch lösen zu können, weil ihm die Bindekraft der gemeinsamen demokratischen Staatsideale zwischen beiden Nationen völlig verborgen geblieben war, wie er nach dem Kriege abermals die Möglichkeit eines ernststen Konflikts zwischen Frankreich und England und hernach am Ende der zwanziger Jahre auch zwischen England und den Vereinigten Staaten niemals ausschloß, so offenbarte dies zur Genüge, daß in seinem Geschichtsbild die Französische Revolution mit ihren Nachwirkungen keine Rolle spielte. Denn dieses Geschichtsbild war seinem Wesen nach durch und durch von preußischer Staatsanschauung geprägt, nicht nur hinsichtlich der Überbewertung des Militärischen, sondern auch in der ideellen Leere der politischen Sphäre, in der außer Macht und Interessen keine anderen Werte lebten. Weil dies in vieler Hinsicht zugleich typisch deutsch war, kann es das Interesse des Historikers erregen. Darüber wird zum Schluß noch etwas zu sagen sein. Auf alle Fälle zeigten die Pläne, die Rechberg mit der Person des Generals Ludendorff hegte, wie völlig er im Grunde die Mentalität jener Mächte verkannte, mit denen er politisch zusammenarbeiten wollte.

Der Mangel an jeder „ideologischen“ Fundierung der politischen Ziele zeigte sich auch in seiner Einstellung zum Bolschewismus und zu Rußland. Zwar wünschte er in seiner Schrift „Was kostet der Friedensvertrag die Entente?“, daß der Kampf gegen den Bolschewismus auch von der „Gewalt großer ethischer Gedanken“ getragen werde<sup>120)</sup>, auch schrieb er gelegentlich, wie zum Beispiel an Ludendorff, vom Kampf des „Christentums“, „Europas“ und der „Zivilisation“, ebenso erregten die von den Bolschewisten begangenen Greuelthaten seinen ehrlichen Abscheu, dennoch lagen die zentralen Impulse seiner antibolschewistischen Bestrebungen keineswegs in ideellen Beweggründen. An keiner einzigen

---

<sup>120)</sup> S. 130.

Stelle des Nachlasses ist jemals die Rede von der „Freiheit“, die der Bolschewismus unterdrückte, oder von einem geistigen Kampf gegen die bolschewistische Gefahr, wovon selbst ein Militarist wie der Oberst Bauer gesprochen hatte.

Arnold Rechbergs politische Auffassung war es vielmehr, daß durch das Aufkommen des Bolschewismus in Rußland und den dadurch bewirkten Ausfall des russischen Wirtschaftsgebietes für Europa dessen Wirtschaft unheilbar gestört werde. Das russische Millionenvolk gehe der Weltwirtschaft als Konsument und Produzent verloren, das russische Wirtschaftsgebiet müsse deshalb wieder in den Kreislauf der Weltwirtschaft eingefügt werden<sup>121)</sup>. Dafür müßten sich die europäischen Mächte zusammenschließen. Der Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeit gegenüber Rußland zwingt zu einem solchen Zusammenschluß<sup>122)</sup>. Die systematische Erschließung eines von der Sowjetherrschaft befreiten Rußland würde den Industrien von Deutschland, Frankreich und Rußland große Betätigungsmöglichkeiten schaffen und die Arbeitslosigkeit zum Schwinden bringen. Gerade die erhoffte wirtschaftliche Interessenverflechtung zwischen Deutschland und den Westmächten sollte „die gewaltige Aufgabe des Wiederaufbaus Rußlands“ lösen und durch die Gewalt einer militärischen Intervention von außen die Grundlage für die Wiederherstellung der russischen Wirtschaftsleistung gelegt werden. Es war fürwahr eine rein materialistische Philosophie, der er mit dieser wirtschaftlichen Perspektive huldigte, wengleich er sicherlich der ehrlichen Meinung war, daß auch das russische Volk von der Eroberung seiner Märkte durch Europa profitieren würde.

Wenn Rechberg in diesem Sinne die Befreiung der Russen durch und für die europäisch-deutsche Wirtschaft erstrebte, so war es freilich konsequent, daß er jedwede wirtschaftliche Zusammenarbeit des Westens mit dem Bolschewismus ablehnte. Am 26. 9. 1921 hatte er an Hugo Stinnes geschrieben, er habe nur ein Interesse, daß Deutschland nicht durch weitere verkehrte politische Maßnahmen — und dafür halte er jede Handelsverbindung mit der Sowjetregierung — vollends zugrunde gerichtet werde. Auch diese extreme Auffassung entsprang derselben Grundthese, daß die Wirtschaft die Politik — und das hieß für ihn die Außenpolitik — entscheide und daß wirtschaftliche Abmachungen ausschlaggebende politische Bindungen darstellten. Er hielt daher Handelsabsprachen mit den Bolschewisten nicht nur für trügerisch und

---

<sup>121)</sup> s. die Hoffmann-Denkschrift von 1922, vgl. Die Aufzeichnungen des Generals Max Hoffmann, hrsg. von K. F. Nowak (Berlin 1929) Bd. 2, S. 344.

<sup>122)</sup> a.a.O. S. 359.



deren Absichten von vornherein für betrügerisch — wobei er sich vornehmlich auf das Zeugnis des Generals Hoffmann berufen konnte —, sondern auch in höchstem Maße schädlich für Europa und eine Hilfe für die Bolschewisierungspläne der Moskauer Herrscher in der Welt. Daher kämpfte er auch gegen jeden „Kommerzial-Bolschewismus“<sup>123)</sup>, gegen jede wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Moskau.

Es war diese wirtschaftspolitische Überzeugung, die er in jenen und in späteren Jahren in einer unendlichen Fülle von Schreiben und publizistischen Verlautbarungen aller Art verkündete, kompromißlos und radikal zum Abbruch aller Beziehungen zu Moskau auffordernd und den Versuch unternehmend, die Politik von Rapallo mit allen ihren Folgeerscheinungen, wozu auch die allzeit von ihm heftig bekämpfte geheime Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee gehörte, rückgängig zu machen. Er bürdete dem Vertrag von Rapallo sogar die Schuld an dem französischen Ruhreinmarsch auf, da die Franzosen in dieser Abmachung die Vorbereitung eines Krieges gegen Frankreich und Polen gesehen hätten<sup>124)</sup>. Im übrigen gab es keinen politischen Unruheherd in Deutschland, hinter dem er nicht die Hand Moskaus vermutete.

Es fällt leicht, hier die Übertreibungen zu sehen. Im Ganzen kann ebensowenig darüber Zweifel herrschen, daß Rechbergs „künstlerische“ Phantasie über die akute Gefahr des Bolschewismus oft erheblich ausschweifte, wie darüber, daß in allen seinen Darlegungen ein bisweilen recht großes Korn Wahrheit enthalten war. Was gleichwohl auffällt, ist die ständig wachsende Radikalität seiner Thesen. War es wirklich die tiefe Einsicht in das Wesen des Wirtschaftlichen, die ihn zu immer massiveren Behauptungen drängte, oder gaben andere psychologische Faktoren die Impulse?

Wie stand es zunächst mit Arnold Rechbergs praktischer wirtschaftlicher Erfahrung? War er tatsächlich der „Großindustrielle“, als den er sich selbst häufig bezeichnete oder gar „one of the leading German industrialists“, wie ihn die in- und ausländische Presse und die Literatur gemeinhin hinstellte? Hatte man über seine publizistische Tätigkeit nicht mittlerweile seine Anfänge als Bildhauer fast ganz vergessen?

---

<sup>123)</sup> vgl. seinen Aufsatz unter diesem Schlagwort in der „Täglichen Rundschau“ vom 20. 9. 1921.

<sup>124)</sup> An Stresemann 6. 4. 1923; gleichartig auch im 12-Uhr-Blatt vom 24. 5. 1923 „Rapallo, Ruhrbesetzung und Krupp-Prozeß“. Vgl. ferner ein ähnliches Schreiben an Stresemann vom Januar 1923, das G. Freund in seinem kürzlich erschienenen Buch (Unholy Alliance, Russo-German Relations from the Treaty of Brest-Litovsk to the Treaty of Berlin, London 1957, S. 151) aus dem Nachlaß Stresemanns erwähnt.

In seinen Künstlerjahren vor dem Kriege hatte Arnold Rechberg selbst zugegeben, daß er wirtschaftlichen Belangen fern stehe. Zwar nahm er teil am wirtschaftlichen Ergehen der Rechbergschen Werke, aber doch nur als Zuhörer, als Familienmitglied und keineswegs in irgendeiner leitenden Funktion, die ganz bei seinem Bruder Fritz lag. Zudem schrieb er noch 1912 an seine Schwester Anna, daß ihn Verstimmung und Verbitterung unweigerlich nach industrieller Tätigkeit befall. Mindestens bis zum Kriege konnte Arnold Rechberg praktische wirtschaftliche Erfahrung eigentlich nicht gewonnen haben. Schon der Umstand, daß er am Ende des Krieges mit seiner Schwester seinen Hauptwohnsitz in Berlin nahm, zeigte sichtbar an, daß seine Tätigkeit weiterhin nicht in der industriellen sondern in der politischen Sphäre lag. Bezeichnenderweise enthält auch der umfangreiche Nachlaß fast keine Spuren unmittelbarer wirtschaftlicher Betätigung seines Urhebers. Es entsprach daher sicherlich der Wirklichkeit, wenn 1930 Richard Lewinsohn (Morus), ein früherer Redakteur der „Vossischen Zeitung“, feststellte, daß Arnold Rechberg niemals eine maßgebende Stellung in der deutschen Industrie innegehabt habe <sup>125</sup>).

Daß diese Meinung zutreffend war, wird sich auch bei der Behandlung von Arnold Rechbergs „Kali-Politik“ zeigen. In jedem Falle kann das Fehlen wirtschaftlicher Praxis und Verantwortlichkeit bei Arnold Rechberg eine gewisse psychologische Erklärung für die sich steigernde Heftigkeit seiner politischen Meinungsäußerungen abgeben. Arnold Rechberg fühlte sich im Grunde nicht nur von seiten des Auswärtigen Amtes, sondern auch von den Wirtschaftlern zurückgewiesen und nicht gewürdigt. Aus der — wahrscheinlich unbewußten — Reaktion auf den Widerstand und die Skepsis der Praktiker erklärt sich die zunehmende Leidenschaftlichkeit seines Vorgehens, die zu immer größeren Übertreibungen neigte, weil sie keine Korrektur in dem abschleifenden Zwang einer verantwortlichen Tätigkeit fand, die Anpassung und Einordnung erforderte.

Das Verhältnis Rechbergs zu dem echten Wirtschaftsführer Hugo Stinnes leuchtet gut in diese psychologischen Hintergründe hinein <sup>126</sup>). Beide Männer hatten im Grunde mancherlei gemeinsame Auffassungen. Auch Stinnes hielt eine deutsch-französische Verständigung für notwendig, auch er sah in wirtschaftlichen Vereinbarungen ein Mittel, wenn

---

<sup>125</sup>) In seinem Buch „Das Geld in der Politik“ (Berlin 1930) S. 145 f.

<sup>126</sup>) Leider ist der vollständige Briefwechsel zwischen Rechberg und Stinnes nach der Ruhrbesetzung im Nachlaß nicht erhalten und findet sich auch nicht im Nachlaß Stinnes, wie mir freundlicherweise von dessen Bearbeiter mitgeteilt wurde.

nicht zur politischen Aussöhnung, so doch zur politischen Verständigung. In der Frage der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft stand er zu Rechberg mehr hinsichtlich des einzuschlagenden Weges als im Grundsätzlichen im Gegensatz<sup>127)</sup>. Er sah vor allem stärker die außerwirtschaftlichen Faktoren, wie er denn nach der französischen Ruhrbesetzung weitere Verhandlungen mit den Franzosen einstellen wollte. Auf der anderen Seite konnte er auch eine so kompromißlose Haltung gegenüber den Sowjets nicht billigen, wenn ihm politische Zweckmäßigkeit wesentlicher zu sein schien als wirtschaftliche Argumentationen. Für ihn mußte Arnold Rechberg tatsächlich ein reiner Theoretiker sein. Gerade dieses aber kränkte Rechberg, zugleich erregte es aus menschlich verständlichen Gründen seine Eifersucht, wenn er insgeheim die tatsächliche politische Macht Stinnes' mit der eigenen verglich. Er stand deshalb Stinnes immer gehässiger gegenüber und griff vor allem dessen proso-wjetische Tendenzen mit starker Übertreibung — ähnlich wie im Falle des Obersten Nicolai — an. Gleichzeitig versuchte er, seinen Widersacher auch als Annexionspolitiker des 1. Weltkrieges in Verruf zu bringen, der Hugo Stinnes gewiß gewesen war<sup>128)</sup>. Mochte auch in sachlicher Hinsicht mancherlei gegen dessen politisches Verhalten zu sagen gewesen sein, Rechbergs Angriffe trugen allzu sichtbar subjektive Züge.

Eben hierdurch trat zutage, daß er sich insgeheim auch nach einer ähnlichen Machtstellung sehnte. Seine Reformvorschläge für das Auswärtige Amt hatten seinen eigenen Wunsch, selbst in die Reihe der aktiven Diplomaten aufgenommen zu werden, durchblicken lassen. Nach der Ruhrbesetzung scheint er, wie aus Andeutungen in einzelnen Briefen hervorgeht, sich sogar Hoffnungen gemacht zu haben, die offizielle Führung der auswärtigen Politik Deutschlands selbst übernehmen zu können.

Es sollte damals und später niemals der Fall sein! Stattdessen ist zu beobachten, wie Rechberg als psychische Komplementärserscheinung jetzt die Unabhängigkeit seiner Stellung, durch die er niemandem verpflichtet sei und deretwegen er uneigennützig handeln könne, aufs stärkste gegenüber seinen Gesprächspartnern herauszustreichen sucht. In jener

---

<sup>127)</sup> Auch Stinnes befürwortete eine Interessengemeinschaft der französisch-belgischen und deutschen Industrie. Vgl. G. Raphael, Hugo Stinnes (Berlin 1925) S. 195.

<sup>128)</sup> „Berliner Börsen-Courier“ vom 27. 6. 1923 „Hugo Stinnes und sein Einfluß“. Im Nachlaß findet sich das Original einer annexionistischen und scharfmacherischen Denkschrift vom 19. 7. 1915, die Stinnes an das Oberkommando der deutschen Ostfront richtete. Nach Rechbergs Angaben war sie durch Zufall in seine Hände gelangt. Vgl. hierzu Rechbergs Aufsatz im „8-Uhr-Abendblatt“ vom 14. 6. 1922 „Offener Brief an Hugo Stinnes“.

Zeit zum Beispiel schrieb er dem Staatssekretär von Rheinbaben einmal, daß seine große Unabhängigkeit ihm erlaube, einen großen Teil seiner Zeit „selbstlos vaterländischen Interessen zu widmen“<sup>129)</sup>. An den Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Maltzan hatte er schon am 15. 1. 1923 geschrieben: „Da ich gar keine offizielle Stellung habe, ist meine Bewegungsfreiheit naturgemäß erheblich größer als die von Herren mit amtlicher Eigenschaft. Ich kann daher manches sagen und vermitteln, und es ist mir infolgedessen schon einige Male gelungen, in Zusammenarbeit mit Herren der Reichsleitung Vorteile für Deutschland zu erreichen. Gerade dieser Handlungsfreiheit wegen habe ich offizielle Stellungen, wie sie mir gelegentlich von Erzberger angeboten worden sind, abgelehnt und werde sie auch in Zukunft ablehnen.“

Daß er hier aus der Not eine Tugend machte, wird umso augenscheinlicher, als er sich gerade in jenen Jahren der größten deutsch-französischen Spannung nicht verhehlen konnte, daß er so gut wie überhaupt keine stärkere Gefolgschaft besaß, ja, daß auch diejenigen, die anfänglich für ihn waren, sich von ihm abwandten. In erster Linie ist hier Stresemann zu nennen, dessen Partei Rechberg seit dem Kriege noch am nächsten gestanden hatte. In seinem Projekt des Kampfes gegen den Bolschewismus im Verein mit den Westmächten hatte Rechberg zunächst auch die Unterstützung Stresemanns gefunden. Anfang 1920 erschien ein von Rechberg veranlaßtes Interview Stresemanns mit dem amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand, in welchem Stresemann auf die aus dem Osten drohende Gefahr nach einem möglichen Sieg der Sowjettruppen über Polen hinwies und die Reichsregierung aufforderte, bei den Ententeregierungen anzufragen, ob sie die Verteidigung des Reiches garantierten. Ebenso wurde Stresemann von Rechberg in seine Verhandlungen mit den Ententevertretern in Berlin eingeweiht, auch die sogenannte Ludendorff-Denkschrift vom Dezember 1920 war ihm natürlich zugeleitet worden. Jedoch hatte sich Stresemann von der radikalen antibolschewistischen Einstellung aus außenpolitischen Gründen allmählich distanziert und zu den Befürwortern des Rapallo-Vertrages gehört. Er hielt es für ein „geschichtliches Unglück“, daß Rußland und Deutschland auseinandergeführt worden seien und wandte sich gegen Pläne für eine wirtschaftliche Ausbeutung Rußlands<sup>130)</sup>. Damit war eine Zusammenarbeit mit Arnold Rechberg unmöglich geworden. Stresemann galt fortan für Rechberg als Politiker der halben Maßnahmen. Wie der

---

<sup>129)</sup> 11. 9. 1923.

<sup>130)</sup> vgl. H. W. Gatzke, Von Rapallo nach Berlin, Stresemann und die deutsche Rußlandpolitik in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (4. Jg. 1956) S. 2.

praktische Wirtschaftsführer Stinnes andere Wege einschlug, als sie der Theoretiker Rechberg wünschte, so jetzt der praktische Politiker und Staatsführer Stresemann. Ihr Verhältnis kühlte sich völlig ab, Pressefehden zwischen ihnen kamen auf. Denn selbst mit Bezug auf die Haltung gegenüber den Westmächten erklärte sich Rechberg nicht einverstanden und tadelte, daß Stresemann allzusehr alles auf die englische Karte setze <sup>121</sup>).

Aber auch den übrigen Politikern der Rechten aller Schattierungen waren Rechbergs Bestrebungen mindestens nach Rapallo, das ja gerade von den Rechtsparteien begrüßt wurde, verdächtig. Konnte ihnen überhaupt ein Mann, der mit dem verhaßten Erzberger zusammengearbeitet hatte, Vertrauen erwecken? Zudem war seine Gegnerschaft zu Hugenberg längst offenkundig. Seine engen Beziehungen zu General Hoffmann, dessen Kritik an Ludendorff bekannt war, schadeten Rechberg in den Augen der Rechten ebenfalls.

Wenn auf der anderen Seite Rechberg infolge seiner Gegnerschaft zu Rapallo auf Seiten der Linken Anhänger gewinnen konnte, wenn er das von ihm für seine Artikel bevorzugte rechtsgerichtete Organ „Tägliche Rundschau“ (das bald in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aufgehen sollte) zu meiden begann und sich nun weitgehend auf die Blätter der Mitte und Linken, wie insbesondere das „8-Uhr-Abendblatt“, das „12-Uhr-Blatt“ und die „Vossische Zeitung“ stützte, wenn ihm ferner Leopold Schwarzschild die Spalten seines von der Rechten so gehaßten linksliberalen „Tagebuches“ eröffnete, so hatte auch dies nur begrenzten Wert. Denn auf Seiten der Linken wußte man sehr wohl, daß der Verherrlicher Ludendorffs und der preußisch-deutschen Militärs, Arnold Rechberg, weder als verläßlicher Republikaner noch gar Demokrat und schon gar nicht als Sozialist anzusprechen war. Auch hier trat nur umso stärker hervor, daß Rechberg ein Einzelgänger war, dessen Vorstellungen in kein einziges Parteiprogramm wirklich hineinpaßten und dessen Ziele keine echte Gefolgschaft finden konnten, zumal er, je länger, je weniger Neigung zeigte, sich in irgend eine Gemeinschaft von sich aus einzuordnen.

Wie sehr aber auch demgegenüber Arnold Rechberg den Wert seiner politischen und finanziellen Unabhängigkeit betonte, wie sehr er sich auch über die Grenzen seines Einflusses im Unklaren blieb — daß er stärkere Hilfskräfte, als sie ihm bisher zur Verfügung standen, zur Durch-

---

<sup>121</sup>) vgl. den Aufsatz Rechbergs in der Zeitschrift „Roland“ vom Januar 1924 „Stresemann und ich“.

setzung seiner Pläne brauchte, sah er schließlich doch. Gerade die Periode der Ruhrbesetzung konnte ihn darüber nicht im Unklaren lassen. Daß solche Hilfskräfte im Inneren schwer zu finden sein würden, hatte sich zur Genüge gezeigt. Es war daher folgerichtig, wenn Rechberg sie vor allem im Ausland, bei den Partnern der von ihm erhofften Bündnisse suchte. Was die von ihm angespornten Vertreter der Westmächte in Berlin mit mehr oder minder ehrlichem Bemühen bisher vergeblich bei ihren Regierungen versucht hatten, das wollte jetzt Arnold Rechberg selbst in die Hand nehmen — im unbegrenzten Vertrauen auf die einende Macht der Wirtschaft, die ihm eben gerade jenes Problem zu lösen berufen schien, das jetzt zum Kernproblem der gesamten deutschen Politik aufrückte: das Problem der Westorientierung Deutschlands.

## 7. Kapitel

### **Arnold Rechbergs Unterredungen mit den Franzosen (Reynaud, Poincaré, Foch), sein Verhältnis zur Kaliindustrie und zum Jungdeutschen Orden 1923—1925**

Nach Arnold Rechbergs Überzeugung wäre der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet nicht erfolgt, wenn die von ihm vorgeschlagene wirtschaftliche deutsch - französische Interessenverflechtung bereits Wirklichkeit geworden wäre. Ebenso überzeugt verfocht er die These, daß nach der Ruhrbesetzung die Interessenverflechtung das einzige erkennbare Mittel zur Lösung der Reparationsfrage und damit zur Beendigung der Besetzung darstelle <sup>122)</sup>.

Diese Unerschütterlichkeit der Auffassung erhielt in jener dunklen Zeit auch aus dem Umstand Nahrung, daß in Frankreich selbst ein Bundesgenosse erwuchs. Es war der junge Abgeordnete der Rechten, Paul Reynaud, der durch verwandtschaftliche Beziehungen zur Familie Schneider-Creusot — dem französischen Krupp — besondere industrielle Interessen und auch Beziehungen zum Staatspräsidenten Millerand besaß und der daher einer ähnlichen Regelung der Reparationsfrage zuneigte wie Arnold Rechberg. Zudem hatte Reynaud auch eine gewisse unmittelbare Anschauung vom Bolschewismus gewonnen, als er mit dem General Janin und der tschechischen Legion 1919 den Rückzug aus Sibirien mitmachte. Jedenfalls bezog er sich in seiner Kammerrede vom

---

<sup>122)</sup> vgl. z. B. seinen Aufsatz „England und die Kontinentalmächte“ in der Zeitschrift „Roland“, 6. Juli 1923, Heft 27.



20. 10. 1922 öffentlich in positivem Sinne auf den Plan Rechbergs. Dieser setzte sich daraufhin sofort mit dem Franzosen in Verbindung, und im Januar 1923 fand ein persönliches Zusammentreffen beider Männer in Berlin statt, bei dem sie einen Entwurf für einen deutsch-französischen „Vertrag“ ausarbeiteten, der eine 30% ige Beteiligung der französischen industriellen Werke an den deutschen vorsah.

Ungeachtet des inzwischen nach der Ruhrbesetzung erfolgten Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich bemühte sich Rechberg mit Feuereifer, die amtliche deutsche Politik für diese Vereinbarung zu gewinnen. Dafür erhoffte er einen Empfang Reynauds durch die höchsten Instanzen des Reiches, denen gegenüber er behauptete, daß auch der französische Ministerpräsident Poincaré mit den Bestrebungen Reynauds einverstanden sei.

Am 24. 1. 1923 übersandte Rechberg dem Reichskanzler Cuno die Denkschrift mit den Vorschlägen Reynauds und regte alsbaldige Verhandlungen mit Frankreich auf dem Wege über Reynaud an. Gleichzeitig warnte er vor einer Überspannung des Widerstandes gegen Frankreich, weil dies nur der sowjetischen Politik nützen würde, die die deutsch-französischen Spannungen schon gehörig für sich ausbeute. Eine Antwort Cunos liegt nicht vor, ein Empfang fand nicht statt. Auch der Reichsaußenminister von Rosenberg ließ Rechberg durch den Staatssekretär von Maltzan nur an den Leiter der französischen Abteilung, Gesandten von Mutius, verweisen. Reynaud selbst hatte anlässlich seines Berliner Besuches bereits von sich aus auf dem Auswärtigen Amt vorgesprochen, ohne daß man sich dort zu seinen Ausführungen mehr als zuhörend verhalten hätte. Das gleiche tat der Gesandte von Mutius gegenüber den Darlegungen Rechbergs, obwohl dieser auch von der Zustimmung des französischen Botschafters de Margerie zur Einschaltung Reynauds zu berichten wußte. Ebenso wenig nützte die Einbeziehung Stresemanns, der eine Fühlungnahme mit Reynaud, dessen Einfluß nicht überschätzt werden dürfe, nicht für opportun hielt<sup>189)</sup>. Als dann schließlich am 9. Mai Reynaud an Rechberg schrieb und eine Vervielfachung der privaten Unterhaltungen über ihren Plan anregte — freilich mit dem bedauernden Zusatz, daß die herrschenden Umstände und die Haltung der Regierungen nicht günstig seien —, schlug Rechberg dem Ministerialdirektor Köpke vom Auswärtigen Amt Verhandlungen mit Reynaud auf „neutralem“ Boden bei sich selbst vor.

---

<sup>189)</sup> Stresemann an Rechberg 26. 4. 1923.

Doch auch jetzt unterblieb jede positive Reaktion der amtlichen deutschen Stellen. Betrübt schrieb Rechberg Ende Juli an Maltzan, daß es ihm nicht gelungen sei, rechtzeitig Verhandlungen mit Frankreich herbeizuführen, solange der passive Widerstand noch fest sei. Er hielt es für wahrscheinlich, daß Paul Reynaud in Paris mit seiner Politik durchgedrungen wäre. Die Reichsregierung habe zwei grundlegende Fehler der auswärtigen Politik begangen, erstens auf die Sowjetregierung zu setzen, zweitens sich auf England gegen Frankreich zu verlassen. Man müsse auf das französische Pferd umsteigen.

Auch Rechbergs weiteren Bemühungen um einen neuen Empfang Reynauds in Berlin war kein Erfolg beschieden. Der Staatssekretär von Rheinbaben teilte am 10. September nur mit, daß man Herrn Reynaud auf dessen Wunsch hin empfangen werde, daß seitens der Reichsregierung aber keine eigene Initiative in dieser Richtung entfaltet werden würde. Voll tiefer Erbitterung antwortete daraufhin am folgenden Tage Rechberg Rheinbaben, daß seine Behandlung der Frage Reynaud „den elementarsten Grundsätzen der Diplomatie“ widerspreche. Aber auch der inzwischen zum Reichskanzler und Reichsaußenminister aufgestiegene Stresemann ließ keine Neigung erkennen, Rechbergs Wünschen zu entsprechen.

Die Reserviertheit des Auswärtigen Amts mußte Rechberg in seiner Abneigung gegen die Fachdiplomatie nur bestärken. Andererseits konnte es den Anschein haben, als ob ihn alle erlittenen Mißerfolge nur zu noch größerer Aktivität anspornten. Jetzt beschloß er, da die Zustimmung der deutschen Regierung zu seinen Projekten einstweilen nicht zu erlangen war, den Hebel in Frankreich selbst anzusetzen. Bereits im Januar 1922 hatte er einmal Jules Sauerwein gefragt, ohne eine Antwort darauf zu erhalten, ob er nicht selbst eine Unterredung mit Poincaré haben könne. Jetzt, in den letzten Tagen des Jahres 1923, reiste er tatsächlich nach Paris zwecks Verhandlungen zur „Lösung der Reparationsfrage“.

Nach Rechbergs Darstellung hatte das Auswärtige Amt diese Reise gefördert, über die der deutsche Geschäftsträger in Paris von Hoesch auf dem Laufenden gehalten worden sei. Daß das Amt von dieser Reise wußte, steht schon deswegen fest, weil die deutsche Rechtspresse scharfe Angriffe gegen Rechberg richtete und ihn teilweise hochverräterischer Umtriebe bezichtigte. Noch im Jahre 1932 sollte der deutsche Historiker des Ruhrkampfes es als „über das Maß des nationalen Taktes hinaus“ bezeichnen, daß Arnold Rechberg sich damals zu einer unmittelbaren Aussprache mit Poincaré und den Führern der französisch-belgischen

Großwirtschaft „gedrängt“ habe<sup>144</sup>). Im übrigen fehlen im Nachlaß sämtliche Originalunterlagen, die es erlaubten, die Berichte, die Rechberg hernach selbst gab, kritisch nachzuprüfen. Anscheinend hat er protokollarische Aufzeichnungen in unmittelbarem Anschluß an die von ihm geführten Unterredungen nicht angefertigt. So sind wir, da französische Quellen nicht zur Verfügung stehen, allein auf seine eigenen Aussagen angewiesen. Als er nach seiner Rückkehr den Reichskanzler Marx um Empfang zu einem Vortrag über seine Reise bat, sprach er von „stundenlangen Unterredungen“ mit Poincaré, hohen Beamten des Quai d’Orsay, Reynaud und namentlich mit dem Marschall Foch. Der Reichskanzler traf jedoch keine Anstalten, Rechbergs Berichterstattung selbst entgegenzunehmen, und verwies ihn an den Ministerialdirektor Köpke<sup>145</sup>). Diesem schrieb Rechberg, daß er nicht wisse, wie er es den Franzosen verständlich machen solle, daß er für die Interessen einer Regierung eintrete, die sich derartig in Gegensatz zu ihm gestellt habe. Köpke antwortete, nachdem inzwischen noch weitere Schreiben von Rechberg eingegangen waren, schließlich am 10. April zurückhaltend, daß wegen großer Inanspruchnahme die Beschäftigung mit den „gewiß höchst wertvollen Anregungen anderer Art“ ein wenig zurückstehen müsse. Er spielte dabei auf das soeben erschienene Gutachten der Sachverständigen über die deutsche Leistungsfähigkeit an, das die Grundlage des Dawes-Plans bildete und von Rechberg alsbald in der Presse als gegensätzlich zu seinen eigenen Reparationsplänen, eben dem Projekt der industriellen Interessenverflechtung, heftig angegriffen wurde. Kein Zweifel, daß die Reichsregierung diesem Projekt nach wie vor keine Bedeutung zumäß. Es nützte auch nichts, daß Rechberg am 24. 6. 1924 an Köpke schrieb, daß die Franzosen zu ihm selbst grundsätzlich anders als zu jedem Deutschen stünden. Seiner Überzeugung nach sei die Quelle vieler Mißverständnisse auf deutscher Seite darin zu suchen, daß seine Pariser Beziehungen in Deutschland nicht genügend bekannt seien. Er sei von der französischen Gesellschaft ganz als einer der ihren angesehen worden und diese habe deshalb ganz besonderes Vertrauen zu ihm.

Das Auswärtige Amt kann demnach die Pariser Reise Rechbergs schwerlich gefördert haben. Wenn freilich das, was Arnold Rechberg nach seiner Rückkehr aus der französischen Hauptstadt über das Ergebnis seiner Reise erzählte, auch nur annähernd zutraf, so muß die Haltung der amtlichen deutschen Politik tatsächlich ziemlich unverständlich er-

---

<sup>144</sup>) P. Wentzcke, Ruhrkampf (Berlin 1932) S. 71.

<sup>145</sup>) Dieses Schreiben veröffentlichte Rechberg am 19. 1. 1924 im „12-Uhr-Blatt“, um zu beweisen, daß der Reichskanzler seine Bestrebungen an sich nicht abgelehnt habe.

scheinen. Rechberg gab zunächst in der Presse bekannt, daß Poincaré ihm am Ende einer eingehenden Unterhaltung gesagt habe, er wünsche, selbstverständlich unter bestimmten Voraussetzungen, nicht nur normale, sondern freundschaftliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland<sup>186</sup>). Erst einige Monate später konkretisierte Rechberg diese Angaben in einem Brief an den deutschnationalen Abgeordneten Geheimrat Quaatz vom 5. 5. 1924 dahin, daß die Franzosen sich bereit gezeigt hätten, gegen eine 23% ige Beteiligung an der deutschen Industrie auf weitere deutsche Reparationsleistungen zu verzichten und die Räumung des Ruhrgebiets binnen Jahresfrist, diejenige des Rheinlandes 2—3 Jahre später vorzunehmen. Über ein Jahr nach dieser Mitteilung schrieb Rechberg an den Grafen Westarp<sup>187</sup>) noch von einem „deutsch-französischen Bündnis“, das in jenen Besprechungen von ihm in Paris vereinbart worden sei, ohne jedoch näher darauf einzugehen. Etwas früher schon, am 15. 4. 1925, hatte er dem Generaldirektor Rosterg mitgeteilt, daß „nach dem weit über Erwarten glänzenden“ Ergebnis seiner damaligen Verhandlungen der Friede von Versailles „gesprengt“ war! Kein Zweifel, daß mit dem Fortschreiten der Zeit ihm seine Pariser Besprechungen in immer hellerem Licht erschienen, wobei er sie ständig von der in seinen Augen dunklen Wirklichkeit der tatsächlich bestehenden deutsch-französischen Beziehungen auf Grund der Politik der Reichsregierung und des von ihm gleichfalls stark kritisierten Dawes-Planes abhob.

Ein weiteres Jahr ging ins Land, als am 5. 8. 1926 Rechberg gegenüber dem Kronprinzen die Tatsache, daß der französische Staatspräsident Millerand sich in seiner Neujahrsansprache 1924 für eine deutsch-französische Verständigung ausgesprochen habe, als Frucht seiner eigenen Bemühungen in jener Zeit deutete. Es sollte aber immer noch fast drei weitere Jahre dauern, bis er etwas Näheres über seine Unterredung mit Marschall Foch aussagte, über die er offenbar bisher nur zu Vertrauten wie dem General Hoffmann gesprochen hatte, der seinerseits dem englischen Botschafter d'Abernon kurz davon erzählte<sup>188</sup>).

Foch war am 20. 3. 1929 gestorben. Kaum hatte seine Beisetzung stattgefunden, als am 7. 4. 1929 im „Neuen Wiener Journal“ ein Artikel Rechbergs „Fochs politisches Testament“ erschien, der von der Unter-

---

<sup>186</sup>) „12-Uhr-Blatt“ vom 18. 1. 1924 „Lex Rechberg“.

<sup>187</sup>) 28. 6. 1925.

<sup>188</sup>) D'Abernon a.a.O. Bd. 3, S. 67. Am 7. 2. 1925 schrieb Rechberg an Ministerialdirektor Köpke, daß ein französischer Oberst ihm wichtige Mitteilungen von Marschall Foch gemacht habe. Näheres darüber ist nicht ersichtlich.

redung mit dem Marschall an der Jahreswende 1923/24 Kenntnis gab und die späte Berichterstattung damit begründete, daß zu Lebzeiten Fochs „Rücksichten der Tagespolitik“ eine gewisse freiwillige Zurückhaltung nach außen verlangt hätten<sup>109</sup>). Auf Grund der Darstellung dieses Artikels will Rechberg zunächst das Gespräch auf die wirtschaftliche Unsinnigkeit der von Frankreich geförderten Abspaltung der Rheinlande und des Ruhrgebiets von Deutschland gebracht haben. Der Marschall habe aufmerksam in tiefem Nachsinnen zugehört. „Von diesem Tage an“, so fährt Rechberg wörtlich fort, „sind alle französischen Versuche, die Rheinlande und das Ruhrgebiet aus dem Verbande des Deutschen Reiches zu lösen, eingestellt worden.“ Danach sei die Lösung der deutsch-französischen Frage erörtert worden. Nachdem er seine Gedanken hinsichtlich eines auf der Verflechtung der deutschen und französischen industriellen Lebensinteressen beruhenden „nahen und unauflöselichen“ Bündnisses zwischen beiden Ländern entwickelt habe, hätte Foch erwidert, daß Deutschland noch immer 20 Millionen Menschen zu viel habe. Frankreich sei daher gezwungen, entweder seinen gefährlichen Nachbarn zu überwachen, oder aber es müsse eine so enge und untrennbare Verflechtung der Lebensinteressen zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen werden, daß jeder Krieg zwischen beiden Mächten materiell unmöglich werde. Diese Verflechtung dürfe nicht auf die Industrien beschränkt bleiben, sondern müsse auch die militärischen Verhältnisse umfassen. Die militärische Interessengemeinschaft sei nach Foch nur „die logische Folge“ der wirtschaftlichen.

Auch auf die technischen Möglichkeiten dieser militärischen Verflechtung sei die Sprache gekommen. Der Artikel bringt darüber nichts Näheres. Doch wenig später schrieb Rechberg an die Deutsche Bergwerkszeitung, daß ein militärisches Stärkeverhältnis von 5 zu 3 zwischen der französischen und deutschen Armee vorgesehen worden sei<sup>140</sup>).

Es fällt schwer, dieser Darstellung Glauben zu schenken, zumal es nicht das erste Mal war, daß Arnold Rechberg erst nach dem Tode seines Gesprächspartners über eine mündliche Unterhaltung berichtete. Marschall Foch war gewiß der Überzeugung, daß Frankreich Deutschland biologisch unterlegen sei, daß aber beide Nationen gleichwohl nebeneinander leben müßten. Er war auch von der Gefahr des Bolschewismus durchdrungen. Schließlich blieb er ein strikter Gegner jeder Abrüstung Frankreichs, so daß ihm Rechbergs Vorschläge, die gleichfalls eine solche

---

<sup>109</sup>) s. Anhang Nr. 24.

<sup>140</sup>) 8. 5. 1929, vgl. zu diesem Stärkeverhältnis auch die „Abmachung“ mit General Walch im nachfolgenden Kapitel.

Abrüstung nicht vorsahen, insofern vielleicht gelegen kamen. Aber es muß als ausgeschlossen gelten, daß er die Nichtabrüstung seines Landes mit der Wiederaufrüstung Deutschlands bezahlen wollte. Die Biographen des Marschalls wissen nichts davon zu berichten. Zudem spricht das in anderem Zusammenhang angeführte Zeugnis des Generals Nollet eindeutig dagegen. Im übrigen aber, wenn Foch zu Rechberg von der Notwendigkeit gesprochen hatte, daß Frankreich Deutschland überwachen müsse, so wissen wir, daß er nur einen einzigen Weg für diese Überwachung sah, nämlich die enge Verbindung zu den Alliierten Frankreichs, die entschlossen seien, um jeden Preis und mit voller Sicherheit den Friedensvertrag zur Ausführung zu bringen<sup>141</sup>). Es steht außerdem fest, daß Fochs europäische Ordnungsvorstellung noch weitgehend alten Leitbildern der französischen Diplomatie aus dem 18. und 19. Jahrhundert verhaftet war<sup>142</sup>). Er am allerwenigsten konnte daher geneigt sein, zu solchen unerprobten und risikoreichen Wagnissen wie dem einer Militärallianz mit Deutschland im Sinne Rechbergs zu schreiten. Es wäre allenfalls denkbar, daß der Marschall sich gesagt hat, daß es gegenüber einem Privatmann, der ja Rechberg zweifellos war, mit politischen Erwägungen nicht so darauf ankomme, da alle Äußerungen ohne diplomatische Verbindlichkeit waren.

Hier lag tatsächlich ein Problem beschlossen, auf das gerade in der Rechberg unfreundlich eingestellten deutschen Presse immer wieder hingewiesen wurde. Wie konnte es zugehen, daß ein Privatmann neben oder gegen die amtliche Politik eine Politik auf eigene Faust betrieb? Daß diese Frage jetzt so feindselig gestellt wurde, lag vor allem auch in den Zeitumständen nach der Ruhrbesetzung begründet. Die deutsche Stimmung war leidenschaftslosen Verständigungsversuchen mit Frankreich derart abgeneigt, daß Rechbergs Bemühungen auf einen denkbar ungünstigen Zeitpunkt fielen. Auch die amtliche deutsche Politik mußte dieser Stimmung bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen, selbst wenn sie mehr Vertrauen zur Person des Unterhändlers gehabt hätte. Trotz allem aber, was die historische Betrachtung an berechtigter Kritik an den Methoden und Übertreibungen Rechbergs geltend machen kann, muß sie doch zugeben, daß in seiner Haltung ein gewisser Heroismus lag, der Anerkennung verdient. Wie mutig er gegen den Strom schwamm, wie sehr er gegen aufgepeitschte Leidenschaften zu kämpfen hatte, wird auch daraus deutlich, daß die Opposition gegen ihn bis in seine private

---

<sup>141</sup>) Äußerung vom November 1927. Vgl. Erinnerungen, hrsg. von R. Recouly, dt. von G. Gugitz (Dresden 1929) S. 242.

<sup>142</sup>) vgl. hierzu G. Beyerhaus, Die Europa-Politik des Marschalls Foch (1942), insbes. S. 64 ff.



Sphäre reichte. Anfang 1924 mußte er „wegen seiner politischen Betätigung“ aus dem Herren-Club ausscheiden (in den er freilich einige Jahre später wieder eintreten konnte). Auch in den Kreisen seiner alten Regimentskameraden machte sich Gegnerschaft spürbar, die so weit ging, daß einige von diesen sich lediglich wegen seiner profranzösischen Politik mit ihm nicht mehr an einen Tisch setzen wollten. Diese Reaktion auf Rechbergs Tätigkeit ruft rückschauend noch einmal die ungeheuerliche politische Verhetzung und Radikalisierung aller Gegensätze in Erinnerung, an der die Weimarer Republik krankte und an der sie schließlich zugrunde ging.

Was immer auch Arnold Rechberg aus Paris glaubte nach Hause gebracht zu haben, irgendwelche Rückwirkungen auf die Regierungen Frankreichs oder Deutschlands zeigten sich nicht im geringsten. Er mußte einsehen, daß ihm auf beiden Seiten nicht von der Staatsführung her Hilfe zuteil wurde. Wenn die amtliche Politik sich ihm versagte, hoffte er daher Gefolgschaft aus den nichtstaatlichen Bereichen, insbesondere bei der Wirtschaft, zu finden.

Es war verständlich, wenn er hierfür zunächst die ihm nahestehende Kaliindustrie ins Auge faßte. Bereits Anfang 1921 hatte er mit den französischen Vertretern in Berlin, insbesondere dem aus der französischen Wirtschaft stammenden Botschafter Laurent, über den Zusammenschluß der deutschen und französischen Kaliindustrie gesprochen. *Dieser Gedanke stellte keineswegs Arnold Rechbergs alleiniges Geistesgut dar.* Schon bald nach dem Friedensvertrag hatte das Deutsche Kalisyndikat mit der französischen Kaliindustrie Verhandlungen begonnen mit dem Ziel, die durch die Abtretung der elsässischen Kaligruben an Frankreich heraufbeschworene scharfe Konkurrenz beider Länder im Exportabsatz für Kali zu beseitigen und zu einer vernünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in jenem Bereich zu gelangen. Diese Verhandlungen scheiterten zwar zunächst am französischen Widerstand, jedoch erfolgten seit August 1922 neue Besprechungen zwischen Vertretern des Deutschen Kalisyndikats (darunter Kommerzienrat Fritz Rechberg und Generaldirektor August Rosterg) und denen elsässischer Kaliwerke zwecks Herstellung einer deutsch-französischen Verständigung in der Kali-Wirtschaft, die allmählich zum Erfolge führten und die ersten Vereinbarungen über eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet erbrachten. Die im März 1925 in Luzern (ebenfalls unter Teilnahme von Fritz Rechberg und Rosterg) geführten Verhandlungen mündeten zunächst in einen in Paris abgeschlossenen provisorischen Vertrag, der im April des nächsten Jahres in Lugano

von einem dauerhaften Abkommen abgelöst wurde, dem eigentlichen deutsch-französischen Kaliabkommen, das am 29. 12. 1926 in Paris eine endgültige vertragliche Festlegung erhielt.

Bei allen diesen Vereinbarungen taucht der Name Arnold Rechbergs niemals auf. Hinsichtlich dessen Wirksamkeit in der deutschen Kaliindustrie unterlag vielmehr die deutsche Öffentlichkeit einem weitverbreiteten Irrtum. Arnold Rechberg war zwar infolge seiner Familienzugehörigkeit Teilhaber der von seinem Vater gegründeten Tuchfabrik A. Rechberg, Hersfeld, doch besaß er an der deutschen Kaliindustrie, insonderheit an den Kuxen der Gewerkschaft Wintershall, deren Grubenvorstand sein Bruder Fritz angehörte, nur einen prozentual ganz unbedeutenden Anteil. Ein Anteil von ihm an den deutsch-französischen Kaliverhandlungen aber war überhaupt nicht vorhanden. Was Arnold Rechberg in Wirklichkeit leistete, bestand darin, daß er sich in der Presse beider Länder zum enthusiastischen Propagandisten der deutsch-französischen Kaliabmachungen aufschwang, wobei er nach seiner Weise in manchen Verlautbarungen (sowie in zahlreichen Schreiben) den „Kalipakt“ als Ergebnis seiner eigenen „Politik“ hinstellte. Er konnte dafür immerhin geltend machen, daß sowohl dieser Pakt wie auch der 1927 abgeschlossene Pakt der deutsch-französischen Eisenindustrie (dem noch ein ähnlich garteter „Chemiepakt“ folgen sollte) seinen bekannten Ideen einer wirtschaftlichen Interessenverflechtung zwischen Deutschland und Frankreich durchaus entsprach. So hatte Arnold Rechberg z. B. im Januar 1925 in der französischen Zeitung „Eclair“ Richtlinien für den Zusammenschluß der deutschen und französischen Schwerindustrie entworfen, zu einem Zeitpunkt freilich, wo die tatsächlichen deutsch-französischen industriellen Verhandlungen bereits längst im Gange waren. In seinem späteren Aufsatz in der „Vossischen Zeitung“ vom 18. Januar 1927 „Kalipakt und große Politik“, wo er die Kaliabmachungen als für Deutschland politisch bedeutungsvollstes Ereignis seit Kriegsende hinstellte, hob er zutreffend das Verdienst seines Bruders Fritz an dem Zustandekommen des deutsch-französischen Kalivertrages hervor. Trotzdem stifteten seine zahlreichen Artikel über den Nutzen der deutsch-französischen Industriebündnisse Verwirrung in der Öffentlichkeit, weil diese nunmehr ständig die beiden Brüder Fritz und Arnold Rechberg verwechselte.

Schon am 27. 3. 1925 hatte letzterer geglaubt, dem Generaldirektor Diehn des Deutschen Kalisyndikats dafür danken zu können, daß dieser seine, Arnold Rechbergs, Politik des industriellen Zusammenschlusses mit Frankreich so klug und energisch für die Kaliindustrie durchsetze.

Am 20. 7. 1925 schrieb er dann an Dieln: „Gehen wir beide Hand in Hand, so würde sich eine Machtposition aufbauen lassen, welche in kurzer Zeit die innere und äußere Politik Deutschlands vollkommen beherrschen würde. Sie würden in das Bündnis einige Millionen Kaligeld einbringen. Damit wäre eine Pressemacht aufzuziehen, und ein großer Dispositionsfonds wäre bereitzustellen. Ich meinerseits bringe ein:

- 1) meine nahen Beziehungen zu den französischen, englischen und amerikanischen Staatsmännern
- 2) meinen Einfluß in der deutschen und vor allem in der ausländischen Presse
- 3) den Jungdeutschen Orden. Er zählt mit den ihm angeschlossenen vaterländischen Verbänden über zwei Millionen junger deutscher Männer.“

Damit kündigte sich schon das an, was nunmehr zum Hauptziel aller Bemühungen Arnold Rechbergs werden sollte: Die Politisierung der Kali-Abmachungen.

Die ersten Maßnahmen in dieser Richtung galten der Schaffung eines eigenen Presseorgans, wobei Arnold zunächst auch die Unterstützung seines Bruders Fritz sowie des Generaldirektors Rosterg gewinnen konnte. Denn hier bot sich kein geringeres Blatt als die bekannte hochkonservative „Kreuz-Zeitung“ dar, die gerade in finanzielle Schwierigkeiten geraten war und einer inneren Reorganisation bedurfte. Als Blatt der großen ostelbischen Landwirtschaft war sie von der wirtschaftlichen Seite her wie geschaffen, die Interessen der Kaliindustrie zu vertreten. Der Wintershall-Konzern ließ daher die Hälfte des Aktien-Kapitals einer reorganisierten „Kreuz-Zeitung“ zeichnen, wobei nach außen hin die Brüder Werner und Bodo von Alvensleben<sup>149)</sup> als Zeichner genannt wurden.

Sofort trat freilich zu Tage, wie wenig es Arnold Rechberg bei diesem Zeitungsunternehmen um die Verfolgung der eigentlichen wirtschaftlichen Kaliinteressen und wie sehr um die seiner politischen Ziele zu tun war. Dagegen erhob sich alsbald nicht nur die Abneigung seines Bruders Fritz, der über die Art und Weise der politisch-publizistischen Tätigkeit Arnolds immer unglücklicher wurde, sondern auch die heftige

---

<sup>149)</sup> Werner von Alvensleben war im 1. Weltkrieg Adjutant Eichhorns als Oberbefehlshabers der Ukraine gewesen und blieb dort auch nach der Ermordung des Feldmarschalls. Er wurde Gesandter beim Hetman Skoropadski. Für sein Ziel der Selbständigkeit der Ukraine suchte A. auch Arnold Rechberg zu gewinnen, im übrigen vor allem auch den General von Schleicher. Aber Rechberg hielt eine Verselbständigung der Ukraine nur für eine „Teillösung“ des bolschewistischen Problems, wie er z. B. am 17. 3. 1925 an General Hoffmann schrieb.

Gegnerschaft des politischen Hauptinteressenten der „Kreuzzeitung“, des Grafen Westarp. Dieser war nicht geneigt, die von Arnold Rechberg aus dem deutsch-französischen Kaliabkommen erstrebte „Nutzanwendung auf die Politik“<sup>144)</sup> mitzumachen und wollte das alte Organ der Deutschnationalen Partei umso weniger zu einem Vorkämpfer für die deutsch-französische Verständigung ausgestalten, als, wie er am 20. 6. 1925 in der Zeitung selbst schrieb, die gegen Deutschland gerichtete Politik Frankreichs weiterhin auf den alten Beweggründen des französischen Hasses und Vernichtungswillens sowie des Strebens der Herrschaft über den Rhein beruhe. Vergebens suchte ihm Rechberg diese Meinung auszureden und darauf hinzuweisen, daß eine deutsch-französische Verständigung die Voraussetzung dafür sei, daß Frankreich Deutschland freie Hand gegen den Osten lasse, wenn es zum Kampfe Europas gegen den Bolschewismus komme. Nur ein einziger gangbarer Weg sei daher vorhanden, nämlich der, „den Egoismus der Franzosen an die Prosperität der deutschen Wirtschaft und damit Deutschlands überhaupt“ zu fesseln<sup>145)</sup>. Es war dies ein Gedanke, den Rechberg fortan in immer neuen Variationen vertrat, wobei an seiner Formulierung erneut zu erkennen war, daß er in der Wirtschaft gleichsam das Ganze des staatlichen und politischen Lebens erblickte.

Eine Einigung mit Graf Westarp kam natürlich nicht zustande. Da sich mittlerweile auch die antikonervative deutsche Presse mit recht unfreundlichen Kommentaren der Kreuzzeitungsangelegenheit bemächtigte, wurde diese Kommerzienrat Fritz Rechberg und Generaldirektor Rosterg umsomehr verleidet und deshalb die ganze Transaktion rückgängig gemacht.

Für Arnold Rechberg hatte dies nicht nur zur Folge, daß er weiterhin ohne einen stabilen Rückhalt bei der deutschen Presse blieb, sondern daß sich auch die Kluft zwischen ihm und den Deutschnationalen abermals vertiefte. Das Schwergewicht seiner Publizistik verlagerte sich daher immer mehr auf die Zeitungen der Mitte. Wie er ein Jahr später, im August 1926, einmal erbittert an die „Vossische Zeitung“ schrieb, sei es ihm unmöglich geworden, seit die Blätter der rechtsstehenden Parteien immer ausschließlicher von dem Geheimrat Hugenberg beherrscht würden, in diesen Zeitungen auch nur rein praktische Fragen der äußeren Politik abweichend von den jeweiligen Wünschen des Geheimrats Hugenberg zu erörtern.

---

<sup>144)</sup> An Rechberg 23. 6. 1925.

<sup>145)</sup> An Westarp 4. 7. 1925.

Doch Rechberg glaubte ja nun noch, wie er an Generaldirektor Diehn geschrieben hatte, den Jungdeutschen Orden hinter sich zu haben, jene 1920 von Arthur Mahraun nach dem Vorbild des alten Deutschen Ritterordens gegründete (1933 von Hitler aufgelöste) Organisation, die ursprünglich mit ihrem Ideal eines christlichen Ständestaates und entsprechender antibolschewistischer Einstellung ganz rechts gerichtet war, allmählich aber ein positives Verhältnis zum republikanischen Staat fand und nach Abbruch des Ruhrkampfes sich die deutsch-französische Verständigung zum Ziel setzte.

Über die Geschichte der Beziehungen Arnold Rechbergs zum Orden geben die im Nachlaß vorhandenen spärlichen Papiere im Grunde weniger Auskunft als die Darstellung, die Arthur Mahraun selbst in seinem 1928 erschienenen Buch „Gegen getarnte Gewalten, Weg und Kampf einer Volksbewegung“ gab<sup>146)</sup>. Danach hatte er Rechberg durch den Erbprinzen Josias zu Waldeck-Pyrmont kennengelernt, der später diese seine politische Vergangenheit völlig verleugnete und im „Dritten Reich“ SS-Obergruppenführer sowie Kommandant des Konzentrationslagers Buchenwald werden sollte. Mahraun traf sich mit Rechberg nicht nur in dem Gedanken der Versöhnung mit Frankreich, sondern auch in gemeinsamer wirtschaftspolitischer Auffassung. In dieser Hinsicht scheint er tatsächlich ganz in den Bann Rechbergscher Ideen geraten zu sein, wie er denn in seiner Schrift hervorhob, daß er Rechberg in erster Linie „das Verständnis für die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Erkenntnis, wie tief diese Zusammenhänge in das Leben der Völker eingreifen“, verdanke. Schon zuvor hatte Mahraun in einer 1926 veröffentlichten Broschüre „Der nationale Friede am Rhein“ spezifische Gedanken Rechbergs wiedergegeben, wenn er sich gegen die deutsch-französische Verständigungspolitik nach dem Muster der Stresemann und Briand mit der Begründung wandte, daß diese Politik sich letztlich auf reine Gefühlsmomente beschränke, ohne zu den Realitäten vorzustoßen. Wenn Mahraun stattdessen ein deutsch-französisches Wirtschafts- und Militärbündnis zur gegenseitigen Garantie Europas und zu seiner Verteidigung vorschlug, befand er sich besonders deutlich auf den Spuren seines Meisters Rechberg, der für ihn kein Phantast sein konnte, weil die von ihm propagierte wirtschaftliche Verflechtung bereits prak-

---

<sup>146)</sup> (Berlin 1928) S. 196 ff. Wenn Mahraun hier auch behauptete, Rechberg sei für einen „Volksstaat“ gewesen und habe bestritten, daß die Wirtschaft den Staat regieren dürfe, so finden sich Belege hierfür im Nachlaß nirgends. Richtig ist dagegen Mahrauns Meinung, daß Rechberg „mit zweifellosem Idealismus“ seine Kraft in den Dienst der Politik gestellt habe.

tisch durchgeführt worden sei, jene Verflechtung, die nun „mit den großen nationalen Problemen verbunden werden mußte“.

So sehr sich Mahraun damit auch dem Einfluß Rechbergs und seinen Kerngedanken von der Politisierung wirtschaftlicher Abmachungen mit Frankreich öffnete — er war zweifellos die weitaus weichere Natur —, so sehr er sich auch Rechbergs Thesen über dessen „Fall“ im 1. Weltkrieg sowie über die unheilvolle Rolle des Obersten Nicolai und dessen Sowjetfreundlichkeit zueigen machte, gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Männern bleiben erkennbar. Gegenüber den Bestrebungen Rechbergs auf einen offenen Interventionskrieg in Rußland zum Sturz des Bolschewismus verhielt sich Mahraun reserviert. Er war ganz wesentlich mehr Ideologe und besaß weit stärkere Beziehungen zu den geistigen Werten im staatlichen Leben als jener, der nur in wirtschaftlicher und militärischer Macht dachte. Mahraun erhoffte eine innere Überwindung des Bolschewismus und versprach sich von einem Kriege gegen ihn wenig. Zugleich aber wünschte er, die deutsch-französische Verständigung nicht im Sinne einer einseitig westlichen Orientierung Deutschlands zu benutzen, sondern im Sinne einer dritten Kraft zwischen Ost und West, wobei ihm besonders eine Distanzierung vom amerikanischen Kapitalismus der „Wallstreet“ vorschwebte. Von einer solchen dritten Kraft aber wußte Rechberg nichts. Für eine „weltpolitische Sendung“ des Ausgleichs zwischen Amerika und Asien, die Mahraun für Deutschland und Mitteleuropa erblickte, besaß er keinerlei Organ. Wie wenig er sich den Ideen des Jungdeutschen Ordens und seines Führers innerlich verpflichtet fühlte, bewies er schon dadurch, daß er nicht einmal Mitglied des Ordens wurde — auch hier wieder sein Einzelgängertum und seine Beziehungslosigkeit zu einer geistigen Ausrichtung in der Politik unterstreichend. Daß er der Masse der Ordensanhänger bei solcher Einstellung weder Vorbild noch auch nur ein Begriff werden konnte, bedarf keiner Erläuterung.

Mochte er auch als Geldgeber des Ordens fungieren, er tat es lediglich für seine eigenen politischen Ziele und brachte den Orden sogar in Mißkredit dadurch <sup>147)</sup>. Besonders dessen scheinbare Bindung an die „Kaliindustrie“ wurde von den Kommunisten propagandistisch weidlich ausgenutzt <sup>148)</sup>.

---

<sup>147)</sup> vgl. K. Hornung, Geschichte des Jungdeutschen Ordens (erscheint demnächst). Vorabdruck in der Schriftenreihe „Nachbarschaft“ begr. v. A. Mahraun (Gütersloh 1955 ff.) Heft 2, 1956, S. 49.

<sup>148)</sup> So behauptete z. B. das Zentralkomitee der KPD, der Jungdeutsche Orden sei „Agent des deutsch-französischen Kali-Kapitals“.



Rechbergs Behauptung, daß zwei Millionen Ordensmitglieder hinter seiner Politik stünden, war also reichlich kühn und traf im Grunde nicht einmal in vollem Umfange hinsichtlich der Ordensführung selbst zu. Zum Zeitpunkt der Bildung des „Kalipaktes“ mit Frankreich trat dies freilich noch nicht sichtbar in Erscheinung; denn auch Mahraun wollte den wirtschaftlichen Pakt ergänzt sehen durch einen militärischen mit der Bildung eines gemeinsamen Generalstabes.

Es war jenes Militärbündnis, für das 1929 rückwirkend der tote Marschall Foch von Arnold Rechberg als Eideshelfer ausgegeben wurde. Was immer um die Jahreswende 1923/24 in Paris besprochen worden war, erst das Kali-Abkommen gab Rechberg gemäß seiner Wirtschaftsphilosophie die Überzeugung, daß die Bahn für ein umfassendes politisches und militärisches Bündnis zwischen den beiden so lange verfeindeten Nationen frei sei und daß nunmehr diese Bahn mit aller Kraft beschritten werden müsse. Mit verhängten Zügeln sprengte er los ungeachtet einiger Warnzeichen, die bereits aufleuchteten, wie zum Beispiel der Widerstand des Grafen Westarp.

## 8. Kapitel

### Der Kampf für ein französisch-deutsches Militärbündnis 1925—1928

Am 3. 8. 1925 veröffentlichte die rechtsgerichtete und den hohen Militärs nahestehende Zeitung „Eclair“, mit deren Herausgeber Maurice Schwob Rechberg seit geraumer Zeit in Verbindung stand und in deren Spalten er schon mehrfach für eine deutsch-französische Industriallianz eingetreten war, einen Brief Rechbergs, in dem zunächst die alte These verfochten wurde, daß England um wirtschaftlicher Ziele willen Deutschland im 1. Weltkrieg habe vernichten und Frankreich dafür kämpfen lassen wollen. Durch den Vertrag von Versailles hätte für England die dauernde Lahmlegung der deutschen Industrie erfolgen sollen. Nunmehr schädige dieser Vertrag aber England selbst und befriedige auch nicht die französischen Wünsche, zumal er sich in finanzieller Hinsicht sehr ungünstig für Frankreich auswirke. Er müsse daher in französischem Interesse selbst ersetzt werden. Deshalb schlug Rechberg folgendes vor: Aufhebung des Versailler Vertrages, Abschluß einer deutsch-französischen Industriallianz, verstärkt durch Interessengemeinschaften verschiedener deutscher und französischer Wirtschafts-

**zweige, schließlich ein Militärbündnis. Dafür könne der Dawes-Plan hingenommen werden, jedoch müsse Frankreich die Räumung der besetzten deutschen Gebiete binnen zwei Jahren zugestehen. Natürlich bedürfe es zur Durchsetzung dieser politischen Maßnahmen auf französischer Seite eines Staatsmannes und nicht eines Parteipolitikers.**

Die Zeitung brachte zu diesen Ausführungen einen längeren ironischen Kommentar ihres Chefredakteurs Emile Buré, der darauf hinwies, daß Rechberg brutal die Aufhebung des Versailler Vertrags fordere, daß aber seine Politik dessen ungeachtet gar nicht die der deutschen Regierung sei und daher an Interesse verliere. Ein französischer Staatsmann jedenfalls würde in große Verlegenheit kommen, wenn er „assez naïf“ wäre, diese Forderungen anzunehmen und damit zugleich auch einen Verrat an seinen englischen Freunden zu begehen. Frankreich würde sich danach bald isoliert finden.

Solche Bemerkungen konnten kaum zu großen Hoffnungen berechtigen, zumal auch die deutsche Presse von den „Phantasien eines Dilettanten“ sprach. Arnold Rechberg ließ sich jedoch, wie stets, in keiner Weise verdrießen oder beirren. Ein längerer Briefwechsel zwischen ihm und der Zeitung entspann sich, bis Rechberg am 2. Oktober in einem neuen Schreiben sogar noch einen Schritt weiterging und außer dem Industrie- und Militärbündnis auch noch die Rückgabe des Korridors und Danzigs unter freundschaftlichem Druck Frankreichs auf Polen sowie die Zulassung des Anschlusses Österreichs an das Reich empfahl.

Zu fast allen diesen Punkten meldete der Herausgeber, Maurice Schwob, sogleich Bedenken an. Doch Rechbergs Zuversicht blieb ungebrochen. Wenige Tage später schrieb er an die Schriftleitung der Zeitschrift „Der Jungdeutsche“, des Blattes Mahrauns, er halte den verzwifelten Gedanken, daß Deutschland mit dem Bolschewismus zusammengehen solle, für umsomehr überholt, als die Fesseln, mit welchen der Westen Deutschland umspannt hätte, immer mehr von selbst zerrissen. Wörtlich fuhr er fort: „Je deutlicher es sich allmählich zeigt, daß sowohl die Wirtschaft Englands wie Frankreichs eines kaufkräftigen, also blühenden Deutschlands nicht entbehren kann, in umso greifbarere Nähe rückt der Tag, an dem der Versailler Friedensvertrag von selbst fallen wird.“ Wie er weiterhin mitteilte, sei er in der Lage zu erklären, daß maßgebende französische Staatsmänner mit dem von ihm im „Eclair“ veröffentlichten Vorschlägen durchaus übereinstimmten. Konkrete Belege für diese Behauptung wurden indessen von ihm nicht gebracht.

Wie immer es auch mit dieser Übereinstimmung stand, Rechberg bedurfte ihrer im Grunde nicht einmal, denn sein Vertrauen auf die

eherne Wirksamkeit der wirtschaftlichen „Naturgesetze“ veranlaßte ihn, gleichsam an eine automatische Lösung aller Gegensätzlichkeiten zu glauben. Seine Argumentationen blieben ohne jeden Bezug auf die tatsächlichen deutsch-französischen Beziehungen, die sich soeben, im Oktober 1925, im Abkommen von Locarno zum ersten Mal auf ganz anderen Wegen positiv zu gestalten begonnen hatten. Daneben war Rechberg felsenfest davon überzeugt, daß „wie alle großen Spannungen der Weltgeschichte auch die Spannung zwischen den europäischen Industriestaaten und dem Bolschewismus mit Blut und Eisen ausgetragen werde“<sup>149</sup>). Sein Glaube an die Wirtschaftsgesetze und an die Staatskunst Bismarcks ließ ihn die Franzosen im „Eclair“ auch darauf aufmerksam machen, daß Bismarck stets alles getan habe, sich mit dem früheren Gegner so schnell wie möglich zu versöhnen. Es war klar, daß er weder eine Vorstellung von dem Bilde hatte, das sich der Durchschnittsfranzose vom „Eisernen Kanzler“ machte, noch auch von der „terrible simplification“, mit der er selbst die behutsamen Methoden der Bismarckschen Diplomatie auslegte.

So setzte er mit einer zähen Beharrlichkeit, die an sich Bewunderung erwecken könnte, seine Bemühungen fort. Am 22. 4. 1926 veröffentlichte der französische „Matin“ seines Freundes Sauerwein unter der Überschrift „Une suggestion hardie“, aber doch mit einem wohlwollenden Kommentar die schon im „Eclair“ gemachten Vorschläge Rechbergs für eine Industrie- und Militärallianz, für die Räumung der besetzten Gebiete binnen zwei Jahren, die Rückgabe Danzigs und des Korridors sowie den Anschluß Österreichs und schließlich die Liquidierung der Kriegsschuldfrage. In einer Erläuterung hierzu hob Arnold Rechberg hervor, daß für Frankreich durch diese Vorschläge die absolute Sicherheit gegen einen neuen deutschen Krieg gegeben sei; auch Polen erhalte durch die von ihm vorgeschlagene Garantie auf Grund der deutsch-französischen Allianz eine starke internationale Position.

Offensichtlich war es das Bestreben Rechbergs, mit diesen Erklärungen dem französischen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen. Daß er gleichwohl die Bedeutung des Problems der *securité* im französischen politischen Denken und Empfinden nicht zureichend erfaßt hatte, bedarf keines Hinweises. Seine Militärpläne verkannten gänzlich, was allen unvoreingenommenen Betrachtern der französischen Politik deutlich werden mußte, daß politische Erleichterungen wie die Räumung der Rheinlande für die Franzosen gerade nicht von einer Bewaffnung

---

<sup>149</sup>) So z. B. an die Bergisch-Märkische Zeitung 16. 1. 1926.

Deutschlands, sondern von dessen Entwaffnung abhingen. In dieser Richtung sahen sie vor allem die Sicherheit, wie denn der britische Botschafter d'Abernon in dieser Zeit seinen Aufzeichnungen anvertraute, daß ohne ein vorhergehendes Sicherheitsabkommen eine Reparationsregelung unmöglich wäre. Bisher hatte Rechberg geglaubt, seine industriellen Beteiligungspläne würden dem Sicherheitsbedürfnis der Franzosen genügen. Nunmehr hielt er einen Militärpakt mit einer weitgehenden deutschen Aufrüstung für eine noch größere Garantie in dieser Hinsicht.

Als der „Matin“ Rechbergs Vorschläge veröffentlichte, weilte dieser selbst abermals in Paris. Nach seinen Angaben konferierte er damals mit Briand, Millerand, Caillaux und (in Abwesenheit des Marschalls Foch) mit dem General Weygand. Auch über diesen Unterredungen liegt, wie eine Zeitung damals schrieb, ein geheimnisvolles Dunkel, das nie gelichtet wurde. Außer je einem kurzen Schreiben von Weygand und Caillaux mit der darin zum Ausdruck gebrachten Bereitwilligkeit, Rechberg zu empfangen, finden sich keinerlei weitere Unterlagen über die geführten Besprechungen im Nachlaß. Die Möglichkeit, aus der von Rechberg erhofften Berichterstattung bei den amtlichen Stellen in Berlin etwas Näheres zu erfahren, ist nicht gegeben. Denn überall wurde ihm, vielleicht noch stärker als im Januar 1924, die kalte Schulter gezeigt. Als er zum Beispiel am 4. 5. 1926 den General Wetzell im Reichswehrministerium um einen Empfang zwecks Berichterstattung über seine Unterhaltungen mit General Weygand bat, lehnte Wetzell eine derartige Aussprache ab, da die Angelegenheit rein politisch sei, und verwies dafür an die zuständigen Stellen des Reiches. Eine Stellungnahme dieser Instanzen, insonderheit des Auswärtigen Amtes, liegt aber überhaupt nicht vor.

Was die deutsche Presse anbelangte, so wurden die Rechbergschen Verhandlungen zumeist mit Stillschweigen übergangen. Nur der „Jungdeutsche“ verhielt sich grundsätzlich zustimmend. Mahraun selbst erklärte dem „Matin“ sein Einverständnis mit den Rechbergschen Vorschlägen, die seiner Meinung nach eine bessere Grundlage bildeten als die Verträge von Locarno. Hinsichtlich der Reaktion der französischen Presse behauptete Rechberg, daß mit Ausnahme des linksgerichteten „Gaulois“ alle französischen Zeitungen positiv zu seinen Vorschlägen Stellung genommen hätten. Jedoch Sauerwein, dem Rechberg am 2. 11. 1926 einen dringenden, für seine Wesensart wiederum überaus bezeichnenden Brief mit der Bitte um nochmalige Veröffentlichung seines Bündnisvorschlages geschrieben hatte<sup>160</sup>), warnte ihn am 8. 11. 1926 vor

---

<sup>160</sup>) s. Anhang Nr. 25.

einer Überstürzung in der Frage der Militärallianz, die alles kompromittieren könne. Man müsse vor allem die Zeit ihre Arbeit tun lassen<sup>151)</sup>. Als aber die Kreuzzeitung mit einigem Recht angesichts der französischen Unnachgiebigkeit in der Abrüstungsfrage sich erkundigte, welche französischen Staatsmänner und Militärs denn ein deutsch-französisches Militärbündnis unterstützten, wußte Rechberg nur Maurice Schwob zu nennen.

Geduldhaben und Wartenkönnen schienen nicht Arnold Rechbergs Stärke zu sein! Auf jeden Fall glaubte er, daß die Wirkung der deutsch-französischen Industriebündnisse sich sofort politisch auswirken müsse und daß, wie er am 12. 2. 1927 der „Vossischen Zeitung“ schrieb, diese Wirkung nachhaltiger sein werde als jedes diplomatische Abkommen. Wörtlich führte er aus: „In der Tat kennt die Geschichte keinen Staatsvertrag, der über eine beschränkte Zeit hinaus gedauert hätte. Ganz anders ist es dagegen, wenn die industriellen Lebensinteressen so miteinander verflochten werden, daß eine Trennung der beiden Vertragspartner tatsächlich unmöglich wird.“ Auf die Bedenken Sauerweins aber replizierte er am 25. 1. 1927: „Tant que la question militaire franco-allemande ne sera pas réglée à la satisfaction de nos militaires — et la proposition faite par moi les satisfera — tant ils ne vont jamais adhérer à une alliance franco-allemande.“

Es war in dieser Zeit, daß Rechbergs Schreiben an den Oberst, späteren General von Schleicher im Reichswehrministerium einsetzten. Offenbar in dem Gefühl, von seiten des Auswärtigen Amtes und namentlich des Außenministers Stresemann auf jede Förderung verzichten zu müssen, wandte sich Rechberg jetzt der Schlüsselfigur der Reichswehrpolitik zu, mit der er in den kommenden Jahren in ständigem mündlichen Verkehr bleiben sollte, auch wenn Schleicher sich nur ein einziges Mal herbeigelassen zu haben scheint, Rechbergs Briefe kurz schriftlich zu beantworten. Schleicher hatte infolge seiner mütterlichen Abstammung aus einer Reederfamilie eine engere Beziehung zur Welt der Wirtschaft und ihren Problemen als die meisten seiner Kameraden<sup>152)</sup>. Er besaß schon aus diesem Grunde ein besonderes Verständnis für wirtschaftliche Argumentationen. Außerdem scheint er mit Rechberg auch in der Abneigung gegen die Berufsdiplomatie mit ihren vielfach festgefahrenen Methoden und ihrer amtlichen Enge einig gewesen zu sein. Im übrigen konnte auch er grundsätzlich als ein Anhänger der Verstän-

---

<sup>151)</sup> s. Anhang Nr. 26.

<sup>152)</sup> vgl. Schüddekopf a.a.O. S. 196 und 353.

digung mit Frankreich betrachtet werden. Die Unterschiede zu der Einstellung Rechbergs lagen nicht hier, sondern in dessen radikal antibolschewistischer Haltung. Kein Zweifel, daß diese Schleicher viel zu weit ging, auch wenn er selbst den Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee distanziert gegenüberstand<sup>143</sup>). Er wünschte eher ein Gleichgewicht zwischen West und Ost und erweckte daher häufig den Zorn Rechbergs wegen seiner angeblich prosovjatischen Politik. So kam es, daß er zwar unbefangen genug war, Rechberg ständig anzuhören<sup>144</sup>) und seine mannigfachen Informationen anzunehmen, es aber peinlich vermied, sich ihm gegenüber irgendwie politisch festzulegen, zumal er natürlich die Übertreibungen seines Gesprächspartners deutlich erkannte. Wie wenig Rechberg Schleicher vor den Wagen seiner Politik spannen konnte, zeigte sich schon in der ersten Zeit ihrer Verbindung.

Zwei Tage nach seinem vorerwähnten Schreiben an die „Vossische Zeitung“, am 14. 2. 1927, hatte Arnold Rechberg, — um einem von ihm und seinem Freunde, dem Oberst a. D. Ehrhardt, nachträglich angefertigten Protokoll vom 7. 12. 1927 Glauben zu schenken, — eine Unterredung mit dem französischen General Walch, dem Nachfolger des Generals Nollet als Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission in Berlin, mit dem Verhandlungsthema „ob und zu welchen Bedingungen die deutsch-französische industrielle Interessengemeinschaft, wie sie durch den deutsch-französischen Kalipakt und den deutsch-französischen Eisenpakt von 1926 getätigt worden ist, in eine deutsch-französische Militärallianz auszubauen sei“. Hierbei seien folgende Bedingungen umrissen worden, wobei General Walch versichert habe, daß er mit Vorwissen und Zustimmung des Marschalls Foch, des Ministerpräsidenten Poincaré und des Außenministers Briand verhandle: Gemeinsame deutsch-französische Grenzgarantie, Stärkeverhältnis der Armeen 5:3 für Frankreich, gemeinsames deutsch-französisches Oberkommando, Anschluß der belgischen Armee, Rückgabe des Korridors durch Polen, das Danzig als Freihafen erhalte, Anschluß der polnischen Armee an das deutsch-französische Militärbündnis.

Wie aus dem „Protokoll“ hervorgeht und durch den im Nachlaß vorliegenden Schriftwechsel bestätigt wird, brachte Oberst Ehrhardt die vorstehenden „Bedingungen“ dem Oberst von Schleicher zur Kenntnis, woraufhin in einem nachfolgenden Gespräch zwischen Schleicher und Rechberg eine Unterredung zwischen General Walch und dem Reichs-

---

<sup>143</sup>) Schüddekopf a.a.O. S. 196.

<sup>144</sup>) Nach mündlicher Mitteilung A. V. von Koebers an den Verfasser hätte Rechberg Schleicher in den Jahren 1927-32 fast täglich morgens aufgesucht.



wehrminister Gessler in Aussicht genommen wurde. Am 21. Februar teilte jedoch Schleicher Rechberg telefonisch mit, daß sich Dr. Gessler zu einer solchen Unterredung doch nicht habe entschließen können. Auf den daraufhin an Schleicher gerichteten Beschwerdebrief Rechbergs vom darauffolgenden Tage antwortete Schleicher namens seines Ministers und führte dabei fast die gleichen Argumente ins Feld wie vordem aus anderen Anlaß der General Wetzell: Reichswehr und Wehrminister müßten sich aus der Politik heraushalten.

Rechbergs Bemühungen waren damit abermals gescheitert. Sein Brief an Schleicher vom 24. 2. 1927<sup>189)</sup> spiegelt seine ganze Enttäuschung und zugleich seine historisch-politische Betrachtungsweise wider. Ebenso erfolglos blieben mündlich geführte Unterhandlungen mit dem Ministerialdirektor Köpke vom Auswärtigen Amt sowie eine Intervention des Abgeordneten Hartmann von Richthofen bei Gessler, von der auch das „Protokoll“ spricht.

Was es mit diesen Verhandlungen Rechberg-Walch historisch auf sich hat, kann wiederum kritisch-schlüssig mangels aller authentischen Unterlagen im Nachlaß nicht ermittelt werden. Auch die Haltung des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amts wird nicht auf den ersten Blick verständlich. Selbst wenn sie sowohl die Person wie die Methoden Rechbergs ablehnten oder sie gar für närrisch hielten, konnten sie doch nicht übersehen, daß französische Politiker und Militärs sich mit ihm in Gespräche einließen, obwohl diese wissen mußten, daß Rechberg keinerlei amtliche diplomatische Funktionen besaß. Schließlich verfügte Rechberg über mancherlei Beziehungen nach Paris, die sich vielleicht auch für die Reichsregierung nutzbringend verwerten lassen konnten. War es wirklich nur „krankhafte Eifersucht“ Stresemanns, wie Arnold Rechberg häufig behauptete, daß er ihm, dem Außenseiter, keinen politischen Erfolg gönnen wollte? Die Antwort wird bald zu geben sein, doch scheint es zuvor gut, den Fortgang der politischen Bemühungen Rechbergs noch bis zum Ende der Weimarer Republik zu verfolgen.

Im unmittelbaren Anschluß an die fruchtlosen Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt meldete Rechberg am 27. 2. 1927 dem Ministerialdirektor Köpke, daß er von englischer Seite dringend aufgefordert sei, mit einigen Herren in London über die bolschewistische Frage zu sprechen und daß er darüber nach seiner Rückkehr Bericht erstatten würde. Offensichtlich beabsichtigte er jetzt, den Hebel statt in Paris in London

---

<sup>189)</sup> s. Anhang Nr. 27.

anzusetzen. Bei seinem Aufenthalt in England, der von Ende März bis Anfang April 1927 dauerte, galt es ihm zunächst festzustellen, wie weit sich die großen englischen Industrien dem deutsch-französischen Industriebündnis anschließen würden<sup>166</sup>). Dahinter stand jedoch deutlich das größere Ziel, die englische Macht zum Kampf gegen den Bolschewismus zu mobilisieren. Ständig hatte Rechberg in englischen Zeitungen die Wührarbeit des Bolschewismus gegen die imperialen Positionen Großbritanniens in Asien in den schwärzesten Farben gemalt und daraus die Folgerung gezogen, daß eine Zusammenarbeit mit Deutschland für England das Gebot der Stunde sei. Eine Spaltung der westlichen Welt sei in dieser Lage überaus gefährlich. Mit besonderer Intensität verfocht er bei allen Darlegungen wieder die These, daß derart „gewaltige“ Industriebündnisse, wie sie zwischen Frankreich und Deutschland geschlossen seien „zwangsläufig und in sehr absehbarer Zeit“ auch zum politischen Bündnis zwischen Ländern, deren wirtschaftliche Lebensinteressen derart eng miteinander verflochten seien, führen müßten.

Daß der Boden für seine antibolschewistischen Bestrebungen in England weit günstiger vorbereitet war als in Deutschland oder Frankreich, hatte Rechberg richtig beobachtet, wengleich seine in dem Brief vom 24. 2. 1927 an Schleicher ausgesprochene Erwartung eines baldigen bewaffneten Konflikts zwischen England und Rußland sich nicht bewahrheiten sollte. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren aber wegen der Spannungen in Asien immerhin auf einen solchen Tiefstand gelangt, daß die britische Regierung im Frühjahr 1927 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ernstlich erwog. So fanden Rechbergs Darlegungen auch eine bereitwillige Aufnahme in antibolschewistischen Blättern wie der „Morning Post“ oder dem „Daily Mail“.

Was freilich die vorgeschlagene deutsch-englische wirtschaftliche Interessengemeinschaft anlangte, so mußte sogar die „Morning Post“ zahlreiche ablehnende Stimmen verzeichnen. Sie selbst hielt diese Vorschläge für „unthinkable“, vor allem mit Rücksicht auf Englands imperiale Interessen. Selbst eine den Gedanken Rechbergs im großen und ganzen zugeneigte Persönlichkeit wie Sir Alfred Mond äußerte dazu, daß Großbritannien nicht wie Deutschland und Frankreich eine europäische Nation sei. Arnold Rechberg erhielt zwar Gelegenheit, sich mit dem Labourführer und zeitweiligen Ministerpräsidenten MacDonald, dem Innenminister Sir William Joynson Hicks und mit verschiedenen

---

<sup>166</sup>) So formulierte Rechberg es selbst in einem Schreiben an den „Berliner Börsen-Courier“ vom 7. 4. 1927.

Wirtschaftsführern zu unterhalten, er gab sich auch den Anschein, mit den Ergebnissen der Besprechungen sehr zufrieden zu sein, und schrieb am 11. April an Ministerialdirektor Köpke, daß seine Erwartungen nicht enttäuscht worden seien, aber ein konkretes Ergebnis seiner Verhandlungen konnte um so weniger erwartet werden, als auch die „Morning Post“ erklärt hatte, Arnold Rechberg sei zwar ein reicher Mann, er verhandle jedoch „only in his individual capacity“.

Der tatsächliche Abbruch der englisch-russischen Beziehungen, der wenig später nach Rechbergs Reise erfolgte, spornte jedoch diesen im Juni zu einem neuen Besuch auf der Insel an. Diesmal unterhielt er sich mit den ausgesprochenen Moskaugegnern, wie dem Staatssekretär für Indien Lord Birkenhead, dem Chef des britischen Nachrichtendienstes General Sir Wildham Childs, und dem Führer der Konservativen im Unterhaus Locker-Lampson, namentlich aber auch mit dem permanenten Unterstaatssekretär des Foreign Office, Sir William Tyrrell, der bald als Botschafter nach Paris gehen sollte.

Dabei umriß Rechberg vier Bedingungen: Rückgabe des Korridors und Danzigs an Deutschland, Umwandlung des Friedensvertrages von Versailles in einen Allianzvertrag zwischen England, Frankreich und Deutschland auf der Grundlage einer industriellen, militärischen und politischen Interessenverflechtung, ein Zahlungsbereinkommen zwischen den drei Ländern sowie endlich eine Beteiligung Deutschlands zu einem Drittel an allen in einem vom Bolschewismus befreiten Rußland zu realisierenden Großunternehmungen.

Wie Arnold Rechberg am 17. 6. 1927 seinem Bekannten, dem Industriellen und deutschnationalen Abgeordneten Dr. Moritz Kloenne berichtete, hätten sich seine Gesprächspartner mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt, insbesondere habe Sir Alfred Mond sogleich die Rückgabe des Korridors und die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht in Aussicht gestellt. Rechberg erklärte ferner, nunmehr den Versuch machen zu wollen, den Außenminister Stresemann zur Unterstützung seiner politischen Bemühungen zu gewinnen.

Über derartige Versuche gibt der Nachlaß keine Auskunft. Stattdessen kamen alsbald deutsche Proteste auf. Der Londoner Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ übte scharfe Kritik an dem Unsinn der Politik eines Privatmannes, der auf eigene Faust vorgehe und versuche, im Gegensatz zur amtlichen deutschen Politik eine Antisowjetfront aufzurichten. Auf keinen Fall erhielt Rechberg irgend eine amtliche deutsche Legitimation für seine politischen Bemühungen in England, so

daß er in psychologischer Reaktion dagegen einer französischen Zeitung am 23. 8. 1927 mitteilte, er glaube seine Politik nur durchsetzen zu können, wenn er völlig unabhängig sei, gerade auch vom Auswärtigen Amt.

Aus dieser Einstellung heraus fand Rechberg denn auch den Mut, nach seiner abermaligen Rückkehr aus England seinen antibolschewistischen Feldzug fortzuführen. Am 21. 7. 1927 brachte die französische Zeitung „Avenir“, in der der alte „Eclair“ aufgegangen war, einen Brief Rechbergs, worin er ausführte, daß der Tag nicht fern sei, wo England die Wiederherstellung einer deutschen Armee mit aller Kraft anstreben werde, nachdem eine deutsch-englische Entente unterzeichnet worden sei, weil England eines Kontinentaldegens gegen den Bolschewismus bedürfe, den die französische Armee wegen ihrer Entfernung von Rußland nicht darstellen könne. Der preußische Militarismus sei ja — so führte er wortwörtlich aus — „conforme à l'esprit du peuple allemand tout entier“, und der kriegerische Geist des deutschen Volkes würde „weder in zwei Generationen noch in zwei Jahrhunderten“ verschwinden. Unter Hinweis auf seine alten Allianzvorschläge an Frankreich und darauf, daß bei Fortdauer des Versailler Vertrages der Geist der Revanche in Deutschland wachsen werde, so daß dann selbst die deutschen Sozialisten geschlossen gegen Frankreich marschieren würden, forderte Arnold Rechberg dann erneut die deutsch-französische Allianz, der sich auch England anschließen würde, wonach man sich gemeinsam gegen die alles bedrohende bolschewistische Gefahr wenden könnte.

Dieser Artikel mit seinen gerade für französische Ohren äußerst mißtönenden Formulierungen, die wiederum die tiefe Verhaftung Rechbergs in „preußischen“ Vorurteilen zeigte, entfesselte eine heftige Pressepolemik in Frankreich, in die sich auch eine polnische Stimme einmischte, welche unter Anspielung auf die Rechbergschen Vorschläge jeden gültigen Anspruch Deutschlands auf den polnischen Korridor verneinte und im übrigen festes Vertrauen auf Frankreichs Loyalität gegenüber Polen zum Ausdruck brachte.

Doch was tat alles dies gegenüber den durch keinerlei Kritik zu erschütternden Meinungen Arnold Rechbergs, die er nach wie vor in unermüdlicher Schreibearbeit zu verbreiten trachtete!

Es würde zu weit führen, die in der Folgezeit bis zum Frühjahr 1929 in ihrer Methodik und Zielsetzung ständig gleichbleibenden Bemühungen Rechbergs um Ausweitung der bestehenden wirtschaftlichen Interessensvereinbarungen zu politischen und um Bildung eines „europäischen Dreibunds gegen Moskau“ (wie er es am 18. 10. 1928 im „Neuen Wiener

Journal" formulierte) im Einzelnen zu schildern. Rechbergs Zuversicht blieb jedenfalls ungebrochen. Auf die skeptische Frage einer französischen Zeitung zum Beispiel, ob denn wohl auch der Reichspräsident von Hindenburg mit einer deutsch-französischen Militärallianz einverstanden sein werde, erwiderte Rechberg, daß er gute Gründe zu dem Glauben habe, daß jeder gute Deutsche seinen Vorschlag gutheißen würde, wenn die französische Regierung ihn offiziell annehmen würde. Er schob also die erste Leistung der Gegenseite zu. Im übrigen zeichnete er zur Gewinnung Englands jetzt immer stärker nicht nur eine bolschewistische, sondern auch eine amerikanische (wirtschaftliche) Gefahr für Europa an die Wand und sprach sogar offen, aber in gänzlicher Verkennung tieferer angelsächsischer Gemeinsamkeiten von der bevorstehenden Möglichkeit eines amerikanisch-englischen Krieges wegen der konkurrierenden Ziele der Beherrschung der Weltmeere.

Dennoch fanden seine antibolschewistischen Thesen, die schon bloße Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion als „Selbstmord für Europa" ausgaben<sup>157)</sup>, in damaliger Zeit in England noch immer den meisten Anklang. In dieser Hinsicht verdient eine englische Persönlichkeit Erwähnung, mit der Arnold Rechberg Verbindung aufgenommen hatte. Es war der Olmagnat Sir Henry Deterding.

Nach der Verstaatlichung der Erdölindustrie im Kaukasus durch die sowjetische Regierung hatten die ausländischen Petroleuminteressenten dort ihre Besitzungen eingebüßt. Kein Wunder, daß sie nach dem Sturz des Sowjetregimes trachteten. So wurde das internationale Olkapital, an ihrer Spitze Deterding, zum Vorkämpfer gegen Moskau. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Englands zu den Sowjets war denn auch wesentlich Deterdings Einfluß zuzuschreiben gewesen<sup>158)</sup>. Er erhoffte darüber hinaus ganz im Sinne Arnold Rechbergs eine Einheitsfront der kapitalistischen Mächte gegen Rußland zustandezubringen. Ein offener Krieg gegen die Sowjetunion freilich erschien ihm zu riskant — er dachte darüber nicht nur vorsichtiger als Rechberg, sondern auch als der General Hoffmann, mit dem er vor dessen Tode noch korrespondiert hatte — aber er wünschte eine totale Blockade der Sowjets. Jene Hoffnung jedoch trog. Die verschiedenartigen Wirtschaftsinteressen der westlichen Staaten ließen sich nicht unter einen Hut bringen. Namentlich die Amerikaner nutzten die englisch-russische Spannung für sich aus, die Rockefeller-Trust-Firmen schlossen langfristige Lieferverträge auf Öl mit Rußland

---

<sup>157)</sup> s. „Neues Wiener Journal" vom 28. 12. 1928.

<sup>158)</sup> vgl. hierfür auch R. Levinsohn (Morus) a.a.O. S. 353 ff.

ab, die schließlich Sir Henry selbst dazu zwangen, mit den Sowjets zu paktieren. Im Frühjahr 1929 beteiligte er sich indirekt am Russengeschäft, im Mai desselben Jahres nahm England dann die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wieder auf. Die Bolschewisten hatten gesiegt!

So sehr Arnold Rechberg daher bei Deterding auf Verständnis für seine Ziele hoffen konnte, so sehr jener mit ihm die Kurzsichtigkeit einer probolschewistischen Wirtschaftspolitik beklagte, der wirtschaftliche Praktiker vermochte sich auf die Dauer nicht im Sinne der Unbedingtheit der Rechbergschen Theorien zu verhalten. Die Zusammenarbeit beider Männer mußte daher schließlich enden. Doch ein Ausschnitt aus dem zwischen ihnen geführten Briefwechsel beleuchtet mit besonderer Klarheit Wesensart und Zielsetzung Arnold Rechbergs<sup>159)</sup>.

Auch hierin zeigte sich wiederum, wie wenig Rechberg den tatsächlichen Verhältnissen der weltpolitischen Lage Deutschlands im allgemeinen und den politischen Absichten Frankreichs im besonderen Rechnung trug. Gerade in diesem Jahre 1928 ging ja die Haupttendenz des französischen Sicherheitsstrebens immer deutlicher auf die Abrüstung Deutschlands hin. Wenn daher Rechberg am 1. 12. 1928 an Franz Ullstein von dem „von vornherein völlig aussichtslosen Versuch“ Dr. Stresemanns, die allgemeine Abrüstung durchzusetzen, schreiben konnte, so blieb ihm ganz verborgen, daß ja mit dem Drängen auf solche allgemeine Entwaffnung Stresemann nicht nur das französische Verlangen auf eine einseitige deutsche Abrüstung parieren, sondern auf diese Weise auch eine Annäherung an den französischen Standpunkt zu erreichen versuchte.

Daß Stresemanns Politik gänzlich andere Wege einschlug, als Arnold Rechberg sie befürwortete, hatte sich in der vergangenen Zeit immer offener gezeigt. Doch nur Rechbergs Temperament konnte dies auf unsachliche, persönliche Motive bei seinem Gegner zurückführen. Was immer dieser über seinen Widersacher denken mochte, es bestand ein echter sachlicher Gegensatz.

Stresemann selbst hat die Unterschiede seiner Auffassung zu den Gedanken Rechbergs, ohne dessen Namen zu nennen, in einer Aufzeichnung vom 7. 10. 1926 ganz klar erkennen lassen<sup>160)</sup>. Er bezeichnete darin

---

<sup>159)</sup> s. Anhang Nr. 28 und 29.

<sup>160)</sup> Vermächtnis Bd. 3, S. 37. Stresemanns Distanzierung von Rechberg geht auch daraus hervor, daß er ihn betont nur als „Bekannten“, nicht als „Freund“ etikettierte (vgl. H. W. Gatzke, The Stresemann-Papers, in: Journal of Modern History, Bd. 26, [1954] S. 54).



die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als die Kernfrage der europäischen Verständigung, „Aber diese Frage kann man nicht mit irgend einer Aggression gegenüber anderen Mächten lösen. Ich habe infolgedessen auch bei der großen wirtschaftlichen Abmachung, die jetzt zustande gekommen ist (Eisenpakt 30. 9. 1926), immer betont, daß es falsch wäre, wirtschaftliche Truste zu schaffen, die ihre Spitze hätten, sei es gegen ein anderes europäisches Land, sei es gegen die Vereinigten Staaten von Amerika“. Diese Einstellung des deutschen Außenministers war im Grunde nicht nur die des Generals von Schleicher, sondern auch die der Regierungen der westlichen Länder, was immer sie gegen den Bolschewismus zu sagen hatten.

Aber mochte Arnold Rechberg diese offizielle Politik leidenschaftlich tadeln, er konnte sich nicht verhehlen, daß für ihn ohne Zustimmung der Reichsregierung kaum etwas zu erreichen sein würde. Tatsächlich finden sich im Nachlaß Zeugnisse, daß Rechberg um die Wende des Jahres über den früheren Sekretär Stresemanns, Dr. Rauch, vielleicht sogar auf dessen Initiative, bemüht war, zu einer Verständigung mit dem Minister zu gelangen. Er glaubte dabei, einen Trumpf gegenüber dem Auswärtigen Amt darin zu haben, daß Ende Dezember 1928 zwischen ihm und dem Generaldirektor der Internationalen Rohstahlgemeinschaft in Luxemburg, Alois Meyer, geführte Unterredungen — nach Rechbergs Zeugnis — zu einer vollständigen Übereinkunft führten. Dabei sollte nach den Rechbergschen Plänen die Rohstahlgemeinschaft mit einer teilweisen Kapitalverschmelzung zu einem Produktions- und Verkaufskartell der beteiligten Schwerindustrien zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg entwickelt werden. In Verfolg dieser Besprechungen legte Rechberg dann im Januar 1929 dem Reichsinnenminister Severing ein Exposé über die Unterredung mit Generaldirektor Meyer vor, das zugleich den Ausbau der bereits verwirklichten Industriebündnisse zu einer deutsch-französisch-(englischen) Militärallianz zusammen mit einer damit verbundenen Räumung der Rheinlande und der Lösung des Reparationsproblems vorsah und gleichzeitig verkündete, daß die großen Fragen der Politik nicht Rechts-, sondern Machtfragen seien.

Indessen weder von Severing noch von Stresemann war eine Zustimmung zu solchen Plänen zu erreichen<sup>161</sup>). Die von Rauch durchgeführte Vermittlung blieb ergebnislos, ohne daß darüber Näheres aus den Unter-

---

<sup>161</sup>) Severing nennt in seinen Erinnerungen „Mein Lebensweg“ (Köln 1950) Bd. 2. S. 82 f., Rechberg einen „Wirrkopf und Wichtigtuier“.

lagen im Nachlaß zu erfahren wäre, wenngleich die sachlichen Gründe offenkundig sind.

Es hat freilich den Anschein, als ob es die psychologische Eigenart Rechbergs darstellte, gerade nach erlittenen Fehlschlägen nur umso heftiger seine Ziele zu verfolgen. Das Jahr 1929, das ganz im Zeichen des Problems der Lösung der Reparationsfrage stand, die im Young-Plan endete und innerpolitisch in Deutschland zu erbitterten Auseinandersetzungen führte, sah Arnold Rechberg zu einer neuen großen Kraftanstrengung ausholen.

## 9. Kapitel

### Die Auseinandersetzungen mit Poincaré von 1929 und die Aktion Hervé 1930—31

Das Jahr der Verhandlungen um den Young-Plan zeigte in Deutschland eine tiefe Verbitterung gegen Frankreich, die fast an die Zeiten des Ruhreinmarsches erinnerte. Naturgemäß waren es die deutschen Rechtskreise, die am stärksten gegen Frankreich eingestellt waren, zugleich aber auch sich bemühten, aus der deutschen Erbitterung innerpolitisches Kapital zu schlagen. War es nun die Befürchtung, daß die Stimmung für eine Verständigung mit Frankreich sich ständig verschlechtern werde, oder glaubte Arnold Rechberg aus persönlichem Ehrgeiz, endlich zum Zuge kommen und seinen Gegner Stresemann überspielen zu müssen, jedenfalls beschloß er, nunmehr aufs Ganze zu gehen und wiederum durch unmittelbare Verhandlungen in Paris für sein Bündnisziel zu wirken und dadurch die Verträge von Locarno zu erweitern und zu überhöhen.

Zu diesem Zwecke bemühte er sich um eine möglichst zahlreiche Gefolgschaft. Der Führung des Jungdeutschen Ordens war er im wesentlichen sicher. Ebenso konnte er jetzt auch auf Zustimmung aus den Reihen der Linken<sup>162)</sup>, insbesondere des linksgerichteten Frontkämpferbundes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ rechnen, der im Rahmen der erstrebten deutsch-französischen Verständigung auf eine Zusammenarbeit mit den französischen Frontkämpferorganisationen bedacht war. Am 26. 1. 1929 hatte ihm aus München der Reichsbannerführer Major a. D. Mayr geschrieben<sup>163)</sup> und über eine Unterredung mit dem sozial-

---

<sup>162)</sup> Am 22. 11. 1928 schreibt Rechberg an Franz Ullstein auch von einer Unterredung mit Scheidemann, der seine Politik gebilligt habe.

<sup>163)</sup> s. Anhang Nr. 30.

demokratischen bayerischen Minister und Vizepräsidenten des Landtags, Ernst Auer, berichtet, wonach dieser die Rechbergschen Gedankengänge voll bejaht und gemeint habe, die gesamten europäischen Verhältnisse könnten zum Vorteil Deutschlands und der deutschen Arbeiterschaft ein völlig anderes Gesicht erhalten, wenn das Programm der politischen Westorientierung positiv in Angriff genommen werden würde. Voraussetzung dafür sei allerdings nach Auer die unerläßliche Erledigung der Korridorfrage und der oberschlesischen Frage. Zwei Tage vorher hatte Mayr an Rechbergs Freund und Mitarbeiter von Koerber geschrieben, daß es gut wäre, wenn Arnold Rechberg möglichst bald nach Paris führe.

Offensichtlich gab diese Anregung einen wesentlichen Impuls zu dem neuen Reiseplan. Aber der Versuch, wenigstens die Führung der rechtsgerichteten Frontkämpferorganisation „Stahlhelm“ zur Gefolgschaft zu veranlassen, scheiterte, zumal der „Stahlhelm“ mittlerweile auch zum Jungdeutschen Orden in immer schärferen Gegensatz geraten war. Soweit aus einem nachträglich angefertigten kurzen „Protokoll“ des als Vermittler zwischen Rechberg und den Führern des „Stahlhelm“ fungierenden Freiherrn Albrecht von Lamezan zu entnehmen ist, waren Seldte und Düsterberg insoweit mit Rechbergs Verständigungsbestrebungen einverstanden, als sie zustimmten, daß er nach Paris gehen solle, um dort zu sondieren. Die Stahlhelmführer hätten nach den Angaben Lamezans in den von Rechberg umrissenen Bedingungen eine Verhandlungsbasis erblickt. Rechberg glaubte also mindestens mit einer wohlwollenden Duldung des „Stahlhelm“ für seine Sondierungen in Frankreich rechnen zu können.

Um sich einer weiteren Unterstützung durch national-konservative Rechtskreise zu versichern, nahm Rechberg den Generalleutnant a. D. Georg von der Lippe als Begleiter mit. Dieser war ebenfalls Mitglied des „Stahlhelm“ und als Vorsitzender des Ostmarkenvereins ein überzeugter Gegner des Bolschewismus und daher einer Verständigung mit Frankreich zugeneigt. Gleichzeitig verfügte Lippe über (von Arnold Rechberg freilich erheblich aufgebauschte) Beziehungen zum Chef der Heeresleitung, Generaloberst Heye, mit dem er anscheinend vor der Reise nach Paris ebenso konferiert hatte wie mit dem französischen Militärattaché in Berlin, General Tournès; Lippe wollte dadurch vor allem eine Audienz bei dem französischen Kriegsminister Painlevé erwirken.

Dieser Besuch Rechbergs und Lippes bei Painlevé fand hernach in Paris zwar statt, es gelang jedoch nicht, den deutschen General auch bei

dem Ministerpräsidenten Poincaré einzuführen, da der deutsche Botschafter von Hoesch, offenbar auf Weisung Stresemanns, sich weigerte, Lippe eine Empfehlung für den französischen Staatsmann auszustellen. So sprach Arnold Rechberg am 27. 2. 1929 allein bei Poincaré vor.

Über den Inhalt dieser Unterredung (wozu noch je eine mit dem britischen Botschafter Tyrrell und natürlich mit Reynaud kam) liegen wiederum authentische Protokolle nicht vor. Nach seiner bekannten Weise bezeichnete Rechberg in einem Schreiben an den abwesenden Außenminister Briand vom 13. März das Ergebnis seiner Verhandlungen insbesondere hinsichtlich der Frage der deutsch-französischen Militärallianz als positiv. Eine Antwort Briands ist offenbar ausgeblieben. Trotzdem ist es hier zum ersten und einzigen Male möglich, die Rechbergschen Behauptungen, wenigstens teilweise, auf Grund der im Nachlaß selbst vorhandenen Unterlagen nachzuprüfen. Ein halbes Jahr später nämlich erfolgte zwischen Rechberg und Poincaré eine briefliche Auseinandersetzung über den Inhalt ihrer damaligen Unterredung. Die Ursache lag in den inzwischen in die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten über Rechbergs Besuch in Paris.

Seine Reise hatte diesmal in der Öffentlichkeit weit mehr Aufsehen erregt als zu Weihnachten 1923, freilich nicht in unmittelbarem Anschluß an den Pariser Aufenthalt selbst, sondern erst etwas später, da Rechberg zunächst Stillschweigen bewahrte, bis er am 4. April in einer französischen Zeitung mit Bezugnahme auf seine Pariser Verhandlungen erneut die Idee der politischen Allianz vortrug. Dadurch wurde eine Pressediskussion in Gang gebracht, die immer weitere Kreise zog, da in der gleichen Zeit das Problem eines neuen Reparationsplanes die Gemüter hüben und drüben erhitzte. Rechberg selbst schrieb am 23. Mai an den Redakteur Elbau von der „Vossischen Zeitung“ unter scharfer Kritik der Pariser Reparationsverhandlungen, daß ein deutsch-französisches Militärbündnis infolge des danach eintretenden Steigens aller deutschen und französischen Wertpapiere auch für die französische Großfinanz „das beste Geschäft“ sein würde, was sie je gemacht habe<sup>164)</sup>. Nunmehr wurden vor allem die deutschen Kommunisten aufmerksam und behaupteten, Rechberg sei von dem Außenminister Stresemann selbst nach Paris entsandt worden, um dort einen Angriffsplan gegen die Sowjetunion auszuarbeiten. Daraufhin erklärte Stresemann am 27. Mai offiziell vor Pressevertretern, daß er mit der Reise Rechbergs nichts zu tun gehabt habe. Arnold Rechberg seinerseits, so sehr er nun durch die aber-

---

<sup>164)</sup> s. Anhang Nr. 31 und Anmerkung Nr. 167.

malige Distanzierung des Ministers und die „Obstruktion der Wilhelmstraße“ enttäuscht war, erklärte, daß er keineswegs auf Veranlassung des Auswärtigen Amts in Paris verhandelt, sondern vollständig aus eigener Initiative sich um ein Bündnis mit Frankreich bemüht habe.

Daß ihm die kommunistische Presse dies nicht glauben wollte, daß sie weiterhin von einer Kriegsvorbereitung der Kapitalisten und Generale in Paris sprach und deswegen im Reichstag sogar den Abgeordneten Stöcker vorschickte, war verständlich. War es doch tatsächlich kaum erklärlich, daß Rechberg ernstlich glaubte, ohne die geringste Rücken- deckung durch die Reichsregierung seine politischen Ziele erreichen zu können. Ebenso erstaunlich war es im gewissen Sinne, daß Poincaré einem Privatmann wie Rechberg in dieser hochpolitischen Materie Rede und Antwort gestanden hatte. Auch Poincaré, der inzwischen am 26. Juli aus gesundheitlichen Gründen wegen einer bevorstehenden Operation von seinem Posten zurückgetreten war, wurde daher von seinen Lands- leuten gefragt, was denn mit Arnold Rechberg verhandelt worden sei. Er schrieb daraufhin am 23. September dem Journalisten Hutin vom „Echo de Paris“, was die Zeitung veröffentlichte, daß Rechberg ihm einige „généralités“ hinsichtlich der deutsch-französischen Verständi- gung vorgetragen und er darauf lediglich erwidert habe, daß derartige Fragen nur zwischen offiziellen Regierungsvertretern und nicht zwi- schen Privatleuten erörtert werden könnten.

Hier nun setzte die Diskussion mit Rechberg selbst ein; denn es war klar, daß dieser, wollte er sich nicht lächerlich machen, eine solche, beinahe wegwerfende Behandlung seiner Besprechung mit Poincaré nicht unwidersprochen lassen konnte. Er schrieb daher am 12. 10. 1929 seinem französischen Gesprächspartner einen Brief und legte unter Berufung auf seine früheren Bemühungen um eine „alliance étroite et indissoluble“ zwischen Frankreich und Deutschland dar, was Poincaré ihm seiner Meinung nach bei jener persönlichen Unterredung gesagt habe, nämlich, daß er, Poincaré, keinerlei Einwand gegen der von ihm, Rechberg, ent- worfenen „accord politique franco-allemand“ geltend gemacht und hin- sichtlich der deutsch-polnischen Korridorfrage zum Ausdruck gebracht habe, Frankreich würde sicherlich sehr zufrieden sein, wenn in dieser Angelegenheit eine Lösung durch freundschaftliche deutsch-polnische Verhandlungen stattfände. Er bat Poincaré, in diesem Sinne von seinen Worten Gebrauch machen zu dürfen.

Daraufhin entspann sich ein Briefwechsel, bei welchem Poincaré bis Anfang November vier handschriftliche Briefe an Rechberg sandte,

was umso bemerkenswerter ist, als er in dieser Zeit sich einer zweiten Operation unterziehen mußte.

Das erste Schreiben des französischen Staatsmannes vom 14. Oktober<sup>100)</sup> gab zur Antwort, daß er Rechberg seinerzeit ausschließlich in privater Eigenschaft empfangen habe, da die angeschnittenen Fragen nur auf diplomatischem Wege und nach Anhörung der französischen Regierung zu behandeln gewesen seien. Hinsichtlich der von Rechberg projektierten französisch-deutschen Militärallianz erklärte Poincaré in bündiger Deutlichkeit, daß er niemals, weder direkt noch indirekt, auf diese Möglichkeit angespielt habe. Er habe freilich keine Einwendungen gegen eine politische Absprache zwischen den beiden Ländern und sei, wie jeder wisse, ein Anhänger einer deutsch-französischen Annäherung. Frankreich könne jedoch keinen Druck auf Polen ausüben und sei verpflichtet, sich vor jedem politischen Abkommen mit seinen Verbündeten zu beraten. Niemals habe er diese private Unterhaltung als Beginn von offiziellen Verhandlungen aufgefaßt. Er sähe sich daher genötigt, Rechbergs Bericht über die stattgefundene Unterhaltung zu berichtigen, wenn Rechberg diese in seiner Version wiedergäbe.

Rechberg erwiderte am 16. Oktober, er erinnere sich doch, daß Poincaré damals keine Einwendungen gegen das vorgeschlagene Militärbündnis gehabt habe. Gleichzeitig bat er um nochmalige Fixierung des französischen Standpunktes. Er erhielt nunmehr ein neues Schreiben Poincarés vom 18. Oktober<sup>101)</sup>, in dem dieser mit Sicherheit behauptete, niemals eine Meinung über einen Militärpakt geäußert zu haben. Er sei, wie jeden bekannt, „partisan d'une politique de rapprochement entre nos deux pays“, habe aber, um es noch einmal zu betonen, in jener Unterredung niemals den Beginn von offiziellen Verhandlungen erblickt. Die französische Regierung werde auch nicht abseits der deutschen Reichsregierung verhandeln.

Die weitere Auseinandersetzung über das von Rechberg für die Presse vorgeschlagene Communiqué, die noch zu zwei neuen Briefen Poincarés vom 30. Oktober und 5. November ähnlichen Inhalts führte, berührt den deutschen Leser fast peinlich. Die verbissene Hartnäckigkeit, mit der Arnold Rechberg um seine Ziele rang, kann zwar Bewunderung erwecken, jedoch wird es nur zu deutlich, daß er im Grunde den Äußerungen Poincarés mit Gewalt einen Sinn unterlegen wollte, den sie nicht gehabt hatten. Rechbergs merkwürdig autosuggestive Methodik

---

<sup>100)</sup> s. Anhang Nr. 32.

<sup>101)</sup> s. Anhang Nr. 33.



kam außerdem in einem Schreiben an Reynaud in dieser Zeit zum Ausdruck, worin er ausführte, daß Poincaré seiner genauen Erinnerung nach damals keine Einwendungen gegen einen Militärpakt gemacht habe, daß dies im übrigen aber nicht so wesentlich sei; denn Poincaré habe sich auf alle Fälle für einen politischen Pakt ausgesprochen, und ein solcher müsse nach seiner, Rechbergs, Meinung außer den bereits abgeschlossenen Industrieallianzen auch einen Militärpakt einschließen. Aber, wie man sieht, fand Rechberg doch nicht den Mut, einem Franzosen gegenüber auf die angebliche Befürwortung des Paktes durch Marschall Foch oder auf die Verhandlungen mit General Walch von 1927 hinzuweisen.

Das Ergebnis dieser Kontroverse um eine Mitteilung für die Presse zwischen Rechberg und Poincaré war die wenig belangvolle Feststellung vom 8. 11. 1929, daß der frühere Ministerpräsident Poincaré sich am 27. Februar als „partisan d'un rapprochement sincère entre la France et l'Allemagne“ erklärt habe, sich aber Frankreich über deren Bedingungen selbstverständlich zuvor mit denjenigen Staaten einigen müsse, mit denen es durch Verträge gebunden sei. Über die Korridorfrage fiel kein Wort. Es war gewiß nicht das, was sich Rechberg erhofft hatte. Und nun sollte er auch noch von Reynaud eine Abfuhr erhalten, den er doch als weiteren Kronzeugen für seine Militärallianz glaubte benennen zu können und der noch Ende April 1929 wieder in Berlin zu Gesprächen über die deutsch-französische Verständigung unter Rechbergs Patronat gewillt hatte. Reynaud schrieb am 23. November, es sei irrig, daß die von Rechberg vorgeschlagene Militärallianz ein Gegenstand seiner letzten Berliner Besprechungen gewesen sei, Rechberg habe diese Militärallianz doch schon 1926 im „Matin“ umrissen. Damit gab er deutlich den Wunsch zu erkennen, sich selbst nicht mit diesem Projekt in Verbindung bringen zu lassen, und distanzierte sich zugleich von Rechbergs früheren Behauptungen gegenüber Schleicher, wonach er, Reynaud, eine Militärallianz und eine Lösung der Korridorfrage befürwortet habe<sup>167</sup>). Vor der

---

<sup>167</sup>) Angesichts dieser Sachlage dürfte sich wohl ein Eingehen auf jenen Brief Rechbergs vom 24. 7. 1929 an seinen politischen Gefolgsmann, den Industriellen Moritz Klönne, erübrigen, dem er folgendes mitgeteilt hatte: „Es ist ja bedauerlich, wie hilflos Stresemann, Schacht, Vögler, Kastl und Hugenberg alle zusammen das Reparationsproblem verschustert haben, während wir doch nach den Vorschlägen, die Poincaré mir gemacht und welche sein Vertrauensmann Paul Reynaud Ihnen und mir gegenüber wiederholt hat, mit 7 bzw. höchstens mit 13 Milliarden die Reparationen los sein konnten.“ Rechberg berichtigte darin in gewisser Weise die von ihm in seinem Brief an Elbau vom 23. 5. (s. Anhang Nr. 31) angegebene Zahl. Poincaré hatte es im übrigen dem Journalisten Hutin gegenüber im September 1929 als „reine Erfindung“ bezeichnet, daß er Reynaud gebeten habe, als sein Vertrauensmann bei Rechberg zu fungieren.

französischen Presse hatte Reynaud zuvor schon die Idee von zwischenstaatlichen Militärallianzen überhaupt als veraltet und als eine Bismarcksche Formel bezeichnet, die moderne Lösung verlange dagegen eine Vereinigung von Streitkräften unter dem Völkerbund<sup>166</sup>). Vom Völkerbund, von irgend einer kollektiven Sicherheit, wie sie gerade der französischen Psyche so am Herzen lag, hatte Arnold Rechberg jedoch niemals gesprochen.

Es scheint, daß diese Distanzierung Reynauds von den Kerngedanken Rechbergs zugleich das Ende ihrer persönlichen Beziehungen gebracht hat. Rechberg bestätigte zwar Reynaud auf dessen Brief noch im Dezember 1929, daß er den Gedanken einer Militärallianz tatsächlich seit 1926 verfolgt und in der französischen Presse vertreten habe, aber damit hört seine Korrespondenz mit diesem Manne auf, der hernach in der französischen Geschichte noch eine bedeutende Rolle spielen sollte. Der französische Politiker war später in der nationalsozialistischen Zeit 1937 noch einmal in Berlin, wobei es zu einer letzten Begegnung mit seinem alten Kontrahenten kam, doch irgendwelche Folgen hatte dies nicht mehr. Reynaud, der mehrfach heftige Angriffe wegen seiner vermeintlichen Deutschfreundlichkeit über sich ergehen lassen mußte, ist in der ferneren Zeit aus verständlichen Gründen auch nicht mehr auf seine Beziehungen zu Arnold Rechberg zu sprechen gekommen<sup>167</sup>).

Die Abkühlung Reynauds hing zweifellos auch mit der feindseligen Reaktion zusammen, welche die deutsche Rechte gegenüber allen Verständigungsversuchen mit Frankreich und dem Reparationsproblem in jenem Jahr des Young-Planes einnahm. Insbesondere bereitete Reynaud die Haltung des „Stahlhelm“ eine Enttäuschung, der Ende April in einer Entschließung seines Bundesvorstandes die amtliche Aufrollung der Kriegsschuldfrage und die Verweigerung weiterer Reparationszahlungen forderte. Diese Haltung, so schrieb Reynaud nach seiner Rückkehr aus Berlin an Rechberg, sei „directement contraire à tout essai de reconstruction de l'Europe“.

Bei dieser Einstellung des „Stahlhelm“ konnte es nicht wundernehmen, wenn seine Führung im September 1929 die Unterstellung

---

<sup>166</sup>) Im „Avenir“ vom 9. 10. 1929.

<sup>167</sup>) In Reynauds Buch „La France a sauvé l'Europe“ (Paris 1947) werden nur die Angriffe auf die angebliche Deutschfreundlichkeit des Verfassers, die sich auch auf die „tractations bien connues avec Arnold Rechberg“ von 1922 gründeten, angeführt. Im späteren Buch „Au coeur de la mêlée“ (Paris 1951) fehlt jede Erwähnung Rechbergs. Die „Affaire Rechberg-Reynaud“ ist im übrigen unter dem bezeichnenden Titel „La réaction internationale“ zusammenfassend behandelt in der französischen Zeitschrift „Les Documents Politiques“ vom Okt./Dez. 1929, 10. Jg. Nr. 10/12.

zurückwies, daß mit Rechberg vor seiner Pariser Reise vom Februar Verhandlungen geführt worden wären, die ihn ermächtigt hätten, sich als Beauftragten des „Stahlhelm“ zu bezeichnen. Tatsächlich mußte Arnold Rechberg auch diesmal wieder gewahr werden, daß er von den Rechtskreisen so gut wie niemanden hinter sich hatte. Hatte sich doch auch Graf Westarp im April geweigert, mit Reynaud zusammenzutreffen, da dies im Sinne einer unerwünschten politischen Festlegung wirken könnte<sup>170</sup>). Selbst sein Freund und Reisebegleiter, der General von der Lippe, hielt in einem offenbar an General Heye gerichteten Schreiben auf dessen an ihn gerichtete Frage vom 30. April nicht Stand und betonte (sicherlich nicht ganz wahrheitsgetreu), daß weder Arnold Rechberg noch er selbst je gesagt hätten, daß sich eine militärische Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gegen Rußland richten müsse<sup>171</sup>). Bei den Verhandlungen in Paris und bei denen mit Reynaud sei immer wieder unterstrichen worden, daß ein deutsch-französisches Militärabkommen lediglich den defensiven Zweck haben solle, den Frieden und die Ordnung in Europa zu garantieren. Dessen ungeachtet sollte für Lippe, der Rechberg im übrigen grundsätzlich treu blieb, die ganze Angelegenheit noch insofern unangenehme Folgen haben, als er Ende August vom Vorstand des Ostmarkenvereins aufgefordert wurde, den Vorsitz niederzulegen. Ebenso geriet er in Differenzen mit der Stahlhelmführung.

Die Schuld an der mangelnden Ausnutzung der von Arnold Rechberg angeblich erzielten Verhandlungsergebnisse gab Lippe in einem anscheinend von Rechberg selbst entworfenen Schreiben vom 10. November an General Heye, für das der Empfänger nur kurz und zurückhaltend dankte, dem vor wenigen Wochen verstorbenen Reichsaußenminister Stresemann, von dessen „jalousie maladive“ Rechberg auch zu Poincaré gesprochen hatte.

Nach diesem letzten gescheiterten Versuch einer politischen Allianz mit Frankreich mußte Arnold Rechberg sich eigentlich gestehen, daß jetzt seine Beziehungen zur amtlichen Politik und Diplomatie Frankreichs und Deutschlands im Grunde endgültig unterbrochen waren, dies umso mehr, als er auch bei dem Nachfolger Stresemanns, dem neuen Reichsaußenminister Curtius, schwerlich auf ein besseres Verständnis hoffen konnte. Wohl hatte sich Curtius einige Jahre zuvor für Rechbergs Bestrebungen interessiert, ihm aber auch schon damals, es war im Jahre

---

<sup>170</sup>) An General v. d. Lippe 22. 4. 1929.

<sup>171</sup>) Das Stück ist undatiert und maschinenschriftlich.

1925, zu verstehen gegeben, daß weite Kreise „aus rein deutschen Motiven“ die Bindungen mit dem Westen ablehnten und eine Vertiefung der Beziehungen zu Rußland befürworteten, obgleich dort noch die Sowjets herrschten<sup>173)</sup>). Curtius wollte sich selbst nicht als Anhänger dieser politischen Linie betrachten, versuchte sie aber Rechberg gegenüber doch in ihren historischen Ursachen darzustellen und gab damals Rechberg offen zu verstehen, daß dessen angestellte Erwägungen nicht den Kern der Sache trafen. Inzwischen hatte Curtius sich mit einer Politik von Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion immer mehr angefreundet, wie er denn in seinen Erinnerungen ausdrücklich die vorteilhafte Tradition enger deutsch-russischer Beziehungen pries<sup>174)</sup>). Rechberg jedenfalls hatte von seiner Einstellung aus zahlreiche Gründe, auch mit diesem deutschen Außenminister äußerst unzufrieden zu sein.

Es mußte wohl damit zusammenhängen, wenn Rechberg nunmehr sein Verständigungsziel weit außerhalb der amtlichen Sphäre zu erreichen versuchte. Der Weg, den er dabei einschlug, führte zu einer der seltsamsten politischen Aktionen in der Epoche der Weimarer Republik. Diese Aktion verband sich mit dem Namen des französischen Journalisten Gustave Hervé.

Gustave Hervé, vor dem 1. Weltkrieg Mitglied des linken, pazifistischen Flügels der französischen Sozialisten, in jener Zeit mehrfach in französischen Gefängnissen, begann schon damals allmählich von der marxistischen Lehre abzurücken und zur Verhinderung eines Krieges die deutsch-französische Verständigung zu propagieren<sup>174)</sup>). Als der Kampf zwischen den beiden Nationen dennoch ausgebrochen war, und obwohl er sich inzwischen zum Antimarxisten und Nationalisten gewandelt hatte, hielt Hervé auch über den Krieg hinweg den Gedanken einer Aussöhnung zwischen den beiden feindlichen Nationen lebendig und konnte daher den Versailler Vertrag als seinen Zielen nur hinderlich empfinden. Sein Streben galt fortan der friedlichen Revision dieses

---

<sup>173)</sup> Brief vom 17. 11. 1925.

<sup>174)</sup> J. Curtius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik (Heidelberg 1947) S. 28.

<sup>174)</sup> vgl. hier und im folgenden die Darstellung, die Hervé selbst in der Vorrede zu seinem Buch „La réconciliation ou la guerre“ (Paris 1931, deutsch Stuttgart 1931) gegeben hat. Hervé, von dessen Absichten Arnold Rechberg in seinen Pariser Jahren offenbar keinerlei Kenntnis besaß, hatte 1912 den ziemlich grotesken Vorschlag gemacht, die deutsch-französische Versöhnung auf der Grundlage einer deutschen Rückgabe Elsaß-Lothringens gegen eine französische Abtretung der Insel Madagaskar herzustellen.

Vertrages, wobei er freilich hinsichtlich der Kriegsschuldfrage der Überzeugung blieb, daß die deutsche Regierung für die Katastrophe von 1914 die Hauptverantwortung trüge.

Hervé glaubte nun nicht, daß die Mittel einer Verständigungspolitik nach dem Muster Briands und der Abmachungen von Locarno bei den krankhaft überreizten Völkern wirksam sein würden. Auch die vorzeitige Rheinlandräumung durch die Franzosen hielt er nur für ein Pflaster. Ihm schienen kühnere Maßnahmen erforderlich, um zugleich der Ausbreitung des Bolschewismus Einhalt zu gebieten. Die Zugeständnisse an Deutschland, die von französischer Seite zu machen waren, durften seiner Meinung nach nicht zögernd und schleppend, sondern mußten auf einmal gemacht werden, um zu einer wirklichen Entspannung zu führen.

So veröffentlichte er in seinem Blatt „La Victoire“ im Juli 1928 zuerst folgende Vorschläge, die in Deutschland zunächst ganz unbeachtet blieben: Herabsetzung oder Streichung der Reparationen, sobald die Vereinigten Staaten ihrerseits in eine Streichung der alliierten Schulden an sie einwilligten, französischer Verzicht auf eine Volksabstimmung im Saargebiet, Erlaubnis des Anschlusses Österreichs an das Reich, Rückgabe von Togo und Kamerun an Deutschland, Revision der Militärklauseln des Versailler Vertrages unter grundsätzlicher Stärkegleichheit der deutschen und französischen Armee, freundschaftliche Verwendung Frankreichs bei Polen für eine Rückgabe des Korridors an Deutschland, dafür endgültiger deutscher Verzicht auf Elsaß-Lothringen, Eupen, Schleswig, Posen, Oberschlesien und gegenseitige Garantie des europäischen status quo.

Ohne Arnold Rechberg wären diese Vorschläge vermutlich niemals an das politische Tageslicht gelangt. Jetzt, Ende des Jahres 1929, lenkte er die Aufmerksamkeit auf sie.

Seine Bekanntschaft mit Hervé scheint erst ein paar Monate früher, in jenen Wintertagen zustande gekommen zu sein, als er in Paris auch mit Poincaré verhandelte. Er hatte also sicherlich keinen Einfluß auf die ursprüngliche Gestaltung der Hervéschen Vorschläge besessen. Wohl aber muß ihm in einer längeren Unterhaltung mit Hervé am 21. 3. 1929 die weitgehende Gemeinsamkeit ihrer Ziele bewußt geworden sein. Jedenfalls begann Rechberg vom Herbst an in zahllosen, von Hervé in seiner Zeitung „Victoire“ wohlwollend kommentierten Briefen einer französischen Leserschaft seine politischen Gedanken zugunsten der Verständigung und des Kampfes gegen den Bolschewismus vorzutragen.

Soweit dabei Differenzen zu den Plänen Hervés selbst erkennbar wurden, betrafen sie eigentlich nur die von Rechberg erstrebte Militärallianz, von der Hervé nicht glaubte, daß sie wegen des französischen Mißtrauens gegen den deutschen Generalstab durchsetzbar sein würde. Statt einer „alliance militaire“ hätte Hervé lieber eine „mariage“ zwischen Deutschland und Frankreich gesehen<sup>176)</sup>. Man sieht, daß die Hervéschen Vorstellungen teilweise sogar noch umfassender waren als die Rechberg-schen, wie denn Hervés Vorschlag einer völligen militärischen Kräftegleichheit zwischen beiden Ländern das von Rechberg vorgesehene Kräfteverhältnis von 5 : 3 für Frankreich noch zugunsten Deutschlands übertraf. Rechberg hatte also Grund, den Hervéschen Gedanken seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihre Verbreitung in Deutschland anzustreben.

Durch Rechbergs Zuspruch befeuert, veröffentlichte Hervé seine Revisionsbedingungen von 1928 am 16. 10. 1930 nochmals in seiner Zeitung und bat daraufhin Rechberg, auf Grund der in Deutschland mittlerweile eingetretenen innerpolitischen Entwicklung (Wahlsieg der Nationalsozialisten vom 14. September) die Führer der immer mächtiger werdenden Rechten, also vor allem die Leiter des „Stahlhelm“ und Hitler, zu befragen, ob sie eine deutsch-französische Verständigung auf der Grundlage der von ihm umrissenen Bedingungen bejahten. Rechberg war dazu sofort bereit und beschloß, eine große Aktion zu starten, obgleich es völlig undurchsichtig war, welche Kräfte denn in Frankreich selbst hinter Hervés Vorschlägen standen. Im Gegenteil hatten die von Hervé besonders angesprochenen französischen Frontkämpferverbände, insbesondere die „Feuerkreuzler“, alsbald heftigen Protest gegen derartige Vorschläge angemeldet und Änderungen am Versailler Vertrag als einen Frevel an Frankreichs Verbündeten, der Frankreichs eigenes Leben in Gefahr bringen werde, hingestellt. Darüber hinaus wirkte sich auch die politische Situation in Deutschland auf das Vorhaben Hervés bei seinen Landsleuten sehr ungünstig aus. Die ständige rechtsgerichtete Radikalisierung der öffentlichen deutschen Meinung nach dem großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten mußte die Franzosen, was auch Hervé selbst hervorhob, zutiefst beunruhigen. Schon ein so gutwilliger Mann wie Jules Sauerwein hatte Arnold Rechberg im Sommer 1930 auf die Gefahren der wachsenden profaschistischen Bewegung hingewiesen. Unmittelbar nach Hervés Artikel vom 16. Oktober trat dann der neue französische Ministerpräsident Tardieu, dessen These „Erst Sicherheit, dann Abrüstung“ in diametralem Gegensatz zu den Rechberg-schen Ideen

---

<sup>176)</sup> „La Victoire“ 12. 4. 1930.

stand, in einer Rede vom 19. Oktober dafür ein, daß Frankreich jetzt eigene Mittel anwenden müsse, um die bestehenden Verträge zu schützen.

Ungeachtet aller dieser für ihn nachteiligen Umstände startete Rechberg dennoch jetzt in zahlreichen langen Telegrammen, zuvörderst an die Stahlhelmführer und an Hitler, seine Befragungsaktion.

Das Ergebnis war fast noch merkwürdiger als die Aktion selbst. Obwohl nämlich vom deutschen Gesichtspunkt aus die Hervéschen Vorschläge äußerst reizvoll hätten sein können, erfolgte von seiten des „Stahlhelm“ eine glatte Ablehnung. In der negativen Antwort, die das Blatt der Stahlhelmführung am 2. 11. 1930 gab, wurde in Hervés Anregungen die Gefahr einer einseitigen politischen Bindung Deutschlands erblickt. In einem Telegramm des „Bundeskanzlers“ Wagner an Hervé wurde außerdem betont, daß für den „Stahlhelm“ keine geeignete Verhandlungsgrundlage gegeben sei, solange nicht die Kriegsschuldfrage beseitigt sei.

Im Gegensatz zu dieser Stellungnahme war die lange Antwort, die Adolf Hitler am 25. Oktober im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichte, trotz mancherlei Vorbehalten im Grundton eher positiv. Hitler erkannte die „erfreulichen Anregungen“ von Hervé dankbar an, glaubte indessen erst das Wort der französischen Regierung selbst hören zu müssen. Wenn er daraufhin die Frage eines deutsch-französischen Militärbündnisses erwog und dieses ablehnte, so bleibt unklar, worauf er sich bezog, denn Hervé hatte ein solches Bündnis gerade nicht vorgeschlagen.

War dies alles schon verwunderlich, so muß den rückschauenden Betrachter besonders die Tatsache in Erstaunen setzen, daß weder Hitler noch die Stahlhelmführer auf die von Hervé befürwortete militärische Gleichberechtigung zwischen Deutschland und Frankreich eingegangen waren. Stattdessen gab sich Hitler damals, natürlich nur aus taktischen Gründen, als Anhänger einer deutschen Abrüstung aus, die er selbstverständlich auch von französischer Seite forderte<sup>176)</sup>. Damit nahm er eine Haltung ein, die insbesondere von Rechbergs Ansichten abwich.

Dieser wandte sich denn auch in einem weiteren, nicht veröffentlichten Telegramm an Hitler vom 26. Oktober gegen dessen Abrüstungsvorschlag, weil auch Frankreich wegen der Bedrohung durch den Bolschewismus „keinen Mann und keine Kanone“ abrüsten könne. Ein

---

<sup>176)</sup> vgl. hierzu Schulthess' Europ. Geschichtskalender 1930, S. 217 ff.



drittes Telegramm Rechbergs vom 27. Oktober beschwor den nationalsozialistischen Parteiführer, Hervés Vorschläge anzunehmen, da deren Verwirklichung die Befreiung von den Versailler Ketten bedeute. Hervé selbst entgegnete Hitler öffentlich in der „Victoire“ am 29. Oktober und präziserte vor allem seine militärischen Vorschläge, die von Hitler offensichtlich mißverstanden waren. Eine Annäherung der Standpunkte erfolgte jedoch nicht. Die Initiative Hervés muß gleichwohl Eindruck auf Hitler gemacht haben, denn Hervé war der einzige französische Journalist, den Hitler nach seiner Ernennung zum Reichskanzler gern empfangen hatte<sup>177</sup>).

Mochte Hervé nun auch noch einige Zustimmung von etlichen deutschen Militärs, wie zum Beispiel dem Kapitän Ehrhardt<sup>178</sup>), erhalten und daneben ein in ganz anderem Zusammenhang gegebenes Einverständnis für eine deutsch-französische Verständigung des neuen Chefs der Heeresleitung, des Generals von Hammerstein, für sich buchen zu können glauben (was ihm besonders von Rechberg suggeriert worden war), an der Tatsache, daß seine Aktion an der unverbindlichen, wenn nicht gar ablehnenden Haltung der deutschen Rechten gescheitert war, konnte kein Zweifel bestehen. Auch die von Arnold Rechberg betriebene deutsche Übersetzung des Anfang 1931 erschienenen Buches von Hervé „La reconciliation ou la guerre“, in welchem Hervé seine Vorschläge und die darauf eingegangenen Antworten nochmals für ein größeres Leserpublikum darlegte, erwies sich als völliger Fehlschlag. Das Werk fand in Deutschland kaum Abnehmer, und das Interesse der Presse blieb minimal. Auch die Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens, denen Hervé auf Rechbergs Empfehlung ein Exemplar seines Werkes dedizierte (u. a. Hindenburg, Hammerstein, Hitler, Seldte), verhielten sich völlig zurückhaltend. Der Absatz war in Frankreich, wo Hervé 6000 Exemplare auf eigene Kosten gedruckt hatte, nicht minder

---

<sup>177</sup>) vgl. A. François-Poncet, Als Botschafter in Berlin 1931-38 (Mainz 1947) S. 145.

<sup>178</sup>) Der General von Schleicher hatte, wie aus einem Schreiben Rechbergs an ihn vom 24. 10. 1930 hervorgeht, auf die Annahme der Hervéschen Vorschläge beim „Stahlhelm“ hinwirken wollen und anscheinend auch tatsächlich mit dem Stahlhelmführer von Morozowicz in der Angelegenheit gesprochen. Ein Ergebnis dieser Besprechung wurde nicht sichtbar. Schleichers eigentliche Einstellung zu Rechbergs Militärplänen kam jedoch zum Ausdruck, als ihm am 4. 12. 1931 der Freiherr von Lersner einen Bericht über eine Unterredung mit dem deutschnationalen Abgeordneten Oberfohren, der auch mit Rechberg bekannt war, und dem Botschafter François-Poncet übermittelte. Danach habe Oberfohren, vom Botschafter nicht widersprochen, eine deutsche Aufrüstung im Verhältnis 3 : 5 mit der französischen Armee nach Rechbergschem Muster vorgeschlagen. Schleicher schrieb daraufhin an den Rand des Berichtes nur: „Um Gottes willen“. (Bundesarchiv, Nachlaß Schleicher Nr. 27/II).

unbefriedigend. Die Regierung, die sich in Deutschland unter dem Reichskanzler Brüning ebenfalls um einen deutsch-französischen Ausgleich bemühte und im Herbst 1931 die Minister Laval und Briand zu einem Besuch in Berlin empfangen konnte, nahm in beiden Ländern von der Aktion Hervé nach außen hin so gut wie keine Notiz<sup>179)</sup>.

Den Gründen für diese Erfolglosigkeit Hervés braucht keine eindringende Untersuchung gewidmet zu werden. Sie ergaben sich einfach durch die unmögliche Radikalität seiner Vorschläge und zugleich durch die nicht minder unmögliche Wahl seiner Gesprächspartner<sup>180)</sup>. Wenn Hervé offensichtlich geglaubt hatte, in Arnold Rechberg eine besonders einflußreiche politische Persönlichkeit Deutschlands vor sich zu haben, so muß eben berücksichtigt werden, daß sich Rechberg in den vergangenen Jahren durch seine zahlreichen Artikel und Verlautbarungen in der französischen Presse, die selbst bis in die französischen Kolonien hineingelangten, der französischen Öffentlichkeit ständig in Erinnerung gebracht und gehalten hatte. So falsch seine französische Betitelung als „un des plus grands industriels allemands“ aber auch war, tatsächlich besaß er in Frankreich eine „publicity“ wie kaum eine andere Persönlichkeit des deutschen öffentlichen Lebens. Dies wiederum legt nochmals die Frage nahe, ob sich die amtliche deutsche Politik, was immer sie mit einiger Begründung gegen die Person und die Methoden Rechbergs einzuwenden hatte, nicht doch dieses Kapital von Vertrauen, das die Franzosen in seine ehrlichen Absichten setzten, in irgend einer Form hätte zunutze machen können, anstatt jede ernsthafte Zusammenarbeit mit Rechberg abzulehnen. Gerade im historischen Vergleich mit der völlig sterilen Haltung des „Stahlhelm“, der lediglich wegen der umstrittenen Kriegsschuldfrage jede politische Verbindung mit Frankreich ablehnte, schneidet Rechberg auch hier wieder vorteilhaft ab mit seinen ständigen Bemühungen, dem alten Gegner die Hand zu reichen. Schließlich kann auch gefragt werden, warum die Anregungen Hervés bei der Reichsregierung überhaupt kein irgendwie geartetes positives Echo fanden. Warum hätte zum Beispiel der Reichskanzler Brüning, als er in einem Interview vom 7. 11. 1931 sich in der Zeitung „Petit Parisien“

---

<sup>179)</sup> Als angesichts des bevorstehenden Besuches von Laval und Briand in Berlin der General von der Lippe, sicherlich auf Betreiben Rechbergs, den Versuch machte, den Reichswehrminister Groener nachträglich über seine Gespräche in Paris vom Frühjahr 1929 ins Bild zu setzen, lehnte Groener einen Empfang Lippes strikt ab, da er solcher Informationen nicht bedürfe (Bundesarchiv, Nachlaß Schleicher Nr. 27/II).

<sup>180)</sup> vgl. hierzu auch das voraussichtlich demnächst in der Reihe „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ erscheinende Werk von Th. Vogelsang, Wehrmacht, Staat und NSDAP 1929 bis 1935.

für eine deutsch-französische Verständigung einsetzte, nicht die Bemühungen Hervés mit einem Worte streifen können? Auch stand inzwischen, nachdem der neue, lange Zeit in der Wirtschaft tätig gewesene französische Botschafter François-Poncet sein Amt in Berlin angetreten hatte, die Gründung einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission zur Debatte, ohne daß von Rechberg irgendeine Notiz genommen wurde.

Die Erklärung für die Haltung der deutschen politischen amtlichen und nichtamtlichen Kreise fällt freilich leicht. Es läßt sich nun einmal nicht leugnen, daß es Arnold Rechberg an psychologischem Einfühlungsvermögen in die wechselnden politischen Verhältnisse weitgehend mangelte. Gerade in dieser Zeit hatte er auch auf anderem Gebiete von sich reden gemacht. Angesichts der ständig wachsenden Wirtschaftskrise, die im Sommer 1931 zu dem großen Bankenkrach führen sollte, war sein erfinderischer Geist nämlich auf die Idee gekommen, die bestehende Arbeitslosigkeit und die damit verbundene deflatorische Verknappung des zur Verfügung stehenden Geldes durch eine begrenzte, künstliche Inflation, d. h. durch eine Verdoppelung des Notenumlaufs, zu bekämpfen und dadurch zu einer Ankurbelung des Arbeitsmarktes zu gelangen. Er vertrat diesen Gedanken in Vorträgen und Zeitungsartikeln und verschaffte ihm dadurch eine weitgespannte Diskussion, bei der er sich zum Beispiel der zustimmenden Meinung des ehemaligen Reichsfinanzministers Reinhold erfreuen konnte. Aber obwohl Rechbergs Vorschläge finanztheoretisch sicherlich ernsthafter Erörterung wert waren, mußte er sich doch von Louis Ullstein am 25. 9. 1931 sagen lassen, daß er die vorgeschlagenen Maßnahmen für verfehlt halte, da allein der Gedanke einer Inflation, mochte eine solche objektiv auch durchaus nicht gegeben sein, bei der großen Masse eine Panik hervorrufen müsse und werde. Auch bei dieser Gelegenheit also trat das Unvermögen Arnold Rechbergs zutage, die von ihm vorgetragenen politischen Gedanken hinsichtlich ihrer psychologischen Wirkung und Ausführbarkeit zu wägen.

Aber das eigentliche und tiefste Hemmnis für alle politischen Bestrebungen Rechbergs lag mittlerweile kaum noch in den von ihm begangenen psychologischen Fehlern und in seiner eigenen Person begründet. Schon längst hatte es sich gezeigt, daß eines seiner Hauptziele, die völlige Auflösung jeder Verbindung und Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee, nicht mehr zu erreichen war. So sehr der „Geist von Rapallo“ auch in der deutschen öffentlichen Meinung und in der amtlichen deutschen Politik Schwankungen unterworfen war, er hatte sich nicht mehr auslöschten lassen und war noch 1926 durch den Berliner Vertrag bekräftigt worden. Die deutsche Politik hatte sich für

eine Politik der Mitte entschieden, einer Mitte zwischen West und Ost. Hier war eine Entwicklung eingetreten, die Arnold Rechberg als Privatmann auch dann nicht hätte verhindern können, wenn seine Argumente besser und seine Methoden verfeinerter gewesen wären. Die politische Richtkraft der Wirtschaft war offensichtlich nicht stark genug gewesen, jene Westorientierung herbeizuführen, die Rechberg wünschte. Die wirtschaftlichen Abmachungen mit Frankreich hatten keine politischen nach sich ziehen können.

Um dieses historische Problem in seinem ganzen Umfang erfassen zu können, stellt sich freilich die Frage, wie es denn im Kern mit Rechbergs eigener Vorstellung einer Orientierung Deutschlands nach Westen stand. Wie tief ging seine Konzeption? Stellte sie eine echte politische Alternative zu jener amtlichen Politik der Mitte dar? Wurde hier ein zukunftssträchtiger Ansatz verhängnisvollerweise verschüttet?

## 10. Kapitel

### Westen oder Osten?

Im November 1925 hatte Arnold Rechberg in mehreren deutschen Zeitungen einen Artikel „Westen oder Osten?“ veröffentlicht<sup>101)</sup>. Seine Gedankenführung war auf den Satz von Machiavelli gegründet: „Wer im Kampf zweier großer Mächte neutral bleibt, wird, wenn der Kampf vorbei ist, vom Sieger verachtet, vom Besiegten gehaßt“. Der Kampf, den Rechberg hier im Sinne hatte und voraussagte, war ein Kampf um Sein oder Nicht-Sein Englands und Frankreichs gegen Sowjetrußland. Deutschland könne dabei nicht neutral bleiben; denn Voraussetzung einer Neutralität sei ein starkes Heer, sonst gehe es wie mit Belgien, das im Kriege zum Schlachtfeld der Großen geworden sei. Deutschland müsse also entweder für den Westen oder den Osten optieren. Der kürzlich abgeschlossene Locarno-Vertrag stelle eine solche Option nicht dar. Die Entscheidung der Wahl könne nicht zweifelhaft sein, vor allem da Deutschland an der Seite der Sowjetunion auf eine wirksame Hilfe der minderwertigen Roten Armee niemals zu rechnen habe. Der Sieg der Westmächte in diesem Kampfe stünde in jedem Falle fest, nur würde dieser Sieg mit deutscher Hilfe sehr viel leichter sein. „Wir können also unsere Hilfe teuer verkaufen“. Die Rückgabe verlorener Grenzgebiete, insbesondere des polnischen Korridors, schien Rechberg der deutscherseits zu fordernde Preis zu sein.

---

<sup>101)</sup> z. B. im „12-Uhr-Blatt“ vom 19. 11. 1925.

Diese Beweisführung, die auch in dem Brief an Schleicher vom 24. 2. 1927 anklingt, wo Rechberg empfahl, sich rechtzeitig auf die Seite des Siegers im Weltkampf (England) zu schlagen, mochte vom Blickpunkt einer machiavellistischen deutschen Staatsraison in manchen Punkten stichhaltig sein. Doch welcher Politiker des Westens, der sich mit Deutschland verbünden wollte, konnte bei der Lektüre dieses Artikels wohl irgendwelches Vertrauen in die von Rechberg befürwortete deutsche Politik gewinnen? Waren hier die eigensüchtigen Ziele Deutschlands nicht allzu kraß bloßgelegt? Und was konnte Deutschlands Mitwirkung den Westmächten denn Entscheidendes bieten, wenn deren Sieg nach Rechbergs Meinung ohnehin feststand? Forderte er nicht nur, ohne etwas zu geben?

Im Grunde war Arnold Rechberg freilich gar nicht der Auffassung, daß es so sehr Deutschlands militärische Kraft sein werde, die die Westmächte benötigten. Seine eigentlichen Gedanken zeigen sich viel deutlicher in jenem Satz, den er kurz zuvor, am 12. 10. 1925, dem Geheimrat Quatz von der Deutschnationalen Partei geschrieben hatte: Deutschland müsse sich nach Westen orientieren, Frankreich und England brauchten den deutschen Markt. Wirtschaftlich gedacht war auch sein schon erwähntes Argument gegenüber dem Redakteur Elbau vom 23. 5. 1929, wonach die deutsch-französische Allianz für die französische Großfinanz „das beste Geschäft“ darstelle. Wie sehr von ihm auch die bolschewistische Gefahr für „Europa“ wirtschaftlich begriffen wurde, wissen wir bereits. Am klarsten enthüllte in dieser Hinsicht Rechberg seine grundsätzliche Auffassung wohl in einem Schreiben an den Herausgeber der französischen Zeitung „La France Militaire“ vom 29. 11. 1931, in dem er darlegte, daß der Bolschewismus vernichtet werden müsse, weil er durch die Zerstörung der Kaufkraft Rußlands und Asiens eine „détresse économique des grands états industrialisés“ in Europa verursacht habe<sup>182)</sup>.

Stets blieb das wirtschaftliche Motiv ausschlaggebend, das Deutschland an den Westen und diesen an Deutschland binden sollte, jenes Motiv, aus dem heraus sogar der vereinigte Westen mit einem politisch rehabilitierten Deutschland zum Schwert greifen sollte. Eine echte, d. h. überstaatliche und übernationale Europa-Idee kann daher bei Arnold Rechberg nicht erblickt werden. Hatte dieser auch dem General Ludendorff gegenüber von Verpflichtungen Europas und der Zivilisation gesprochen, so konnte er doch demselben Ludendorff am 17. 1. 1923 schreiben, daß die zusammengeschlossene deutsch-französische Schwerindustrie alsbald das Bedürfnis nach der Erschließung neuer Märkte

---

<sup>182)</sup> s. Anhang Nr. 34.

fühlen werde, die nur in Rußland gefunden werden könnten. Es werde zum Kampfe des vereinigten französisch-deutschen Großkapitals gegen die Sowjetregierung kommen. „Dabei wird das nationale Deutschland als Großmacht wiedererstehen, und dabei wird auch das russische Volk gerettet und Zeiten neuer Wohlfahrt entgegengeführt werden.“ Selbst dort, wo hernach Rechberg die Bildung eines gemeinsamen deutsch-französischen Generalstabes befürwortete, ließ er die nationalstaatlichen deutschen Ziele keinen Augenblick außer Acht, auch betonte er, daß er uneingeschränkt hinter dem nationalen Gedanken stehe, und suchte daher bewußt gerade mit französischen Nationalisten insonderheit unter den Militärs ins Gespräch zu kommen. Das kann aus der Situation der Zeit heraus historisch verstanden werden, doch fehlte eben bei Rechberg ein echtes Gefühl tieferer, geistiger oder ideeller Solidarität zwischen Deutschland und der westlichen Welt.

Es war daher ein arges Mißverständnis, wenn der Graf Richard Coudenhove-Kalergi, der Schöpfer der antibolschewistischen Pan-Europa-Bewegung, im Jahre 1926 glaubte, mit Rechberg als dem Wortführer einer Verständigung mit Frankreich eng zusammenarbeiten zu können. Seine Einladungsschreiben zu seinen Pan-Europa-Kongressen scheinen von Rechberg nicht einmal beantwortet worden zu sein. Auf jeden Fall zeigte dieser nicht das geringste Entgegenkommen und erklärte stattdessen nur immer wieder, daß er kein Pazifist sei<sup>183)</sup>. Vollends fremd blieb ihm eine Europa-Politik mit dem Ziel, „daß die Kultur errettet werde“, wie sie ihm vertrauensvoll von dem bekannten Dichter und Kulturphilosophen aus dem George-Kreis, Rudolf Pannwitz, dargelegt wurde, dessen — anscheinend ebenfalls nicht beantworteter — Brief vom 20. 5. 1931<sup>184)</sup> in diesem Zusammenhang interessant ist.

Ebensowenig fand Rechberg Verbindung zu einem jener Kreise in Deutschland, die sich aus anderen als wirtschaftlichen Beweggründen die deutsch-französische Annäherung zum Ziele setzten. Hierher gehörte vornehmlich auch das deutsch-französische Studienkomitee des Luxemburger Industriellen Emil Mayrisch, dem Rechberg zwar auch seine wirtschaftspolitischen Pläne vorgetragen hatte, ohne sich dabei aber in irgendeiner Weise für die geistigen, christlich-abendländischen Bestrebungen des Komitees zu interessieren, das doch so hervorragende

---

<sup>183)</sup> Im Nachlaß befindet sich ein vom 14. 6. 1923 datiertes Zustimmungsschreiben zu Rechbergs Politik des Generals Frhrn. von Schoenaich, des Führers der deutschen Friedensbewegung, der der letzte Friedenskommandeur des Wandsbeker Husarenregiments gewesen war.

<sup>184)</sup> s. Anhang Nr. 35.

Vertreter des französischen Geisteslebens wie den Duc de Broglie, Henri Lichtenberger, Jean Schlumberger und André Siegfried in seinen Reihen zählte<sup>185</sup>). Solche Persönlichkeiten gehörten nicht zu Rechbergs Korrespondenten. Er stand deshalb auch nicht in Beziehung zu einem der aktivsten Mitglieder des Komitees, dem Grafen Wladimir d'Ormesson, der 1928 sein Buch „Confiance en Allemagne“ veröffentlicht hatte, in dem er zwar für die Erhaltung des Versailler Vertrages eintrat, aber die christlich-konservative Gemeinsamkeit der europäischen Völker hervorhob und Konzessionen an Deutschland in der Reparationsfrage befürwortete. Das Komitee sollte infolge seiner behutsamen und vorsichtigen Einschätzung der tatsächlichen politischen Lage unter der Regierung Brüning in weitaus engere und wirklichkeitsnähere Beziehungen zur amtlichen französischen Politik gelangen, als Arnold Rechberg dies je vermocht hatte.

Dieser blieb nach wie vor für geistig-ideelle Ziele nicht ansprechbar. Daran änderte auch nichts, daß sich ihm der „Deutsche Bund zum Schutze der abendländischen Kultur“, der den geistigen Kampf gegen den Bolschewismus auf seine Fahnen geschrieben hatte und unter Hauptmitwirkung von Werner von Alvensleben im Juni 1930 gegründet worden war, zur Hilfestellung anbot. Wohl bestand die gemeinsame Abwehrfront gegen den Bolschewismus. Aber den von dem neuen Bund gleichzeitig verfolgten Bestrebungen zur Sammlung aller konservativen Kräfte in einer umfassenden konservativen Partei mit dem Plan grundlegender „ständischer“ Reformen in Staat und Wirtschaft vermochte Rechberg ebensowenig Interesse abzugewinnen wie früher schon beim Jungdeutschen Orden, zu dem seine Beziehungen mittlerweile immer lockerer geworden waren. Alvensleben seinerseits, wohl wissend um die Rechbergschen Eigentümlichkeiten und Begrenzungen, hatte offensichtlich nur den durchaus nicht uneigennütigen Zweck, Rechbergs Geldquelle für sich fließen zu lassen, stand doch dieser begabte, aber innerlich wenig gefestigte Mann oft zur Erfüllung von mancherlei privaten Bedürfnissen als Bittsteller vor Rechbergs Tür. Auch für seinen Bund konnte er finanzielle Zuwendungen von seinem Gönner erlangen. Trotzdem war Arnold Rechberg nicht im Vorstand des Bundes, was sicherlich beiderseitigen Wünschen entsprach.

Auch die Mitarbeit, die Rechberg durch zahlreiche Aufsätze der Alvensleben und dem Herrenclub nahestehenden jungkonservativen Zeitschrift „Der Ring“ des Freiherrn Heinrich von Gleichen widmete,

---

<sup>185</sup>) vgl. F. von Papen, Der Wahrheit eine Gasse (München 1952) S. 154 f.



war zum guten Teil für die Herausgeber in seiner Zahlungskräftigkeit begründet, da er zur Unterstützung der antibolschewistischen Tendenz des „Ringes“ seit 1930 ständig größere Summen spendete. Denn seine politische Einstellung war Gleichen zweifellos viel zu radikal. Irgend-eine „ideologische“ Gemeinsamkeit mit den jungkonservativen Kreisen ist auch hier nicht zu beobachten. Man beschränkte sich, Rechbergs wirtschaftspolitische und antibolschewistische Aufsätze (zum Beispiel über den russischen Fünfjahresplan, dessen Verwirklichung Rechberg von vornherein für aussichtslos hielt) aufzunehmen, und unterstützte mit ihm eine Verständigung mit Frankreich. Doch sonst wußte man auch hier mit dem Außenseiter und Einzelgänger Arnold Rechberg nichts anzufangen.

Wie hätte aber ein Mann, der jede Ein- und Unterordnung in eine Gemeinschaft ablehnte, der von der Kraft ideeller Werte im politischen Leben eine so geringe Meinung hatte, den Weg zu einer echten innen- oder außenpolitischen Neuorientierung weisen sollen? <sup>166)</sup> Lag hier wirklich die Konzeption einer echten Westorientierung Deutschlands vor? Rechberg hatte die industrielle Interessenverflechtung Deutschlands und Frankreichs gewünscht, um damit auch das Reparationsproblem zu lösen. Der Locarno-Vertrag war ihm „lediglich ein diplomatischer Vertrag ohne tatsächliche Realitäten“, wie er im April 1929 in einem Aufsatz „Warum nicht West-Orientierung?“ schreiben ließ <sup>167)</sup>. Dabei war gerade dieser Vertrag von seiten der amtlichen deutschen Politik Stresemanns zwar ein Versuch des Ausgleichs zwischen West und Ost zur Erhaltung der deutschen Mitte, aber doch ein Bemühen um Friedenssicherung in Europa mit dem letzten Ziel einer „europäischen Gemeinschaftsarbeit“ <sup>168)</sup> und damit immerhin einer geistigen Westorientierung Deutschlands gewesen. Arnold Rechberg hatte dies nicht verstanden und konnte es von seinem einseitig wirtschaftlichen Denken her auch nicht

---

<sup>166)</sup> Sein Geld und seine gesellschaftlichen Verbindungen ließen ihn zwar mit seiner Schwester in Berlin ein gastfreies Haus machen (auch manche finanziellen Nöte privater Bittsteller wurden dort gelindert), aber Rechbergs zahlreiche, meist wirtschaftlich und militärisch einflußreiche Besucher entstammten fast niemals den Kreisen des deutschen Kultur- und Geisteslebens und hatten, ebenso wie der Gastgeber selbst, auch wenig Berührung mit der Welt der parlamentarischen Volksvertreter und der Arbeiter. Vgl. auch K. Frhr. von Reibnitz, *Im Dreieck Schleicher, Hitler, Hindenburg* (Dresden 1933) S. 202.

<sup>167)</sup> „12-Uhr-Blatt“ vom 25. 4. 1929; der Aufsatz ist ohne Verfasserangabe, aber mindestens von Rechberg angeregt.

<sup>168)</sup> vgl. auch M. Göhring, Stresemann, Vortrag des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Nr. 17 (Wiesbaden 1956) S. 24.

verstehen. Die wirtschaftlichen Realitäten, die er als Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich suchte, waren nicht als Mittel zu einem höheren Zweck ständiger deutsch-französischer Gemeinsamkeit gedacht, sondern gleichsam als Selbstzweck, eingebettet lediglich in eine dürre Macht- und Interessenbestimmung, die sich bei einer veränderten internationalen Lage mit anderer Macht- und Interessenverteilung eigentlich ebenso mechanisch wieder auflösen mußte, wie sie zuvor mechanisch geschlossen worden war.

Die Problematik der politischen Sicht Arnold Rechbergs, die er im Grunde mit gar nicht so wenigen seiner Zeitgenossen in Deutschland gemeinsam hatte, wird durch nichts stärker und eindringlicher beleuchtet als durch einen Briefwechsel, den Rechberg im Frühjahr 1930 mit Georg Bernhard, dem bekannten Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ und überzeugten deutschen Demokraten, führte. Diese Korrespondenz erwuchs aus Unstimmigkeiten über das leidige Problem der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee und sollte von Rechbergs Seite dazu dienen, die Mißverständnisse mit dem von ihm angesichts der feindseligen Haltung der Rechten jetzt bevorzugten Presseorgan auszuräumen.

Diese Briefe gehören zu den wirklich interessanten und aufschlußreichen Dokumenten des Nachlasses, weshalb sie trotz ihrer Länge im vollen Wortlaut wiedergegeben werden<sup>100)</sup>. Hier seien nur die wichtigsten Punkte hervorgehoben: Bei der Polemik gegen die angeblich prosovjetiche Politik des Reichswehrministeriums in seinem ersten Brief an Bernhard vom 13. März verglich Rechberg das Deutsche Reich mit einem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen großen Unternehmen, das sich nicht mit allen seinen Gläubigern zugleich auseinandersetzen dürfe, sondern durch Verhandlungen mit einzelnen der wichtigsten Gläubiger zu einer Besserung seiner Lage gelangen müsse — was für ihn in vorliegendem Falle politische Verhandlungen mit der stärksten Militärmacht Frankreich bedeute. In seinem 2. Brief vom 26. März führte er diese wirtschaftliche Analogie im Bereich der Außenpolitik fort und stellte die Zusammenfassung von europäischen Staaten mit der Bildung eines „Konzerns“ von mehreren großen Industrie-Unternehmungen gleich. Stärker konnte seine einseitig wirtschaftliche Ausdeutung aller politischen Vorgänge nicht dokumentiert werden. Seine Meinung, der Zusammenbruch des Reiches würde bereits Tatsache geworden sein, wenn die von ihm betriebenen deutsch-französischen Industriebündnisse nicht

---

<sup>100)</sup> s. Anhang Nr. 36-38.

schon vorher verwirklicht worden wären, versteht sich aus seiner Sicht heraus von selbst. Daß die französischen Staatsmänner ihm angeblich gesagt hätten, die Rheinlandräumung finde nicht wegen eines „Fetzen Papiers“, wie des Locarno-Vertrages, sondern eben wegen dieser industriellen Interessenverflechtung zwischen Deutschland und Frankreich statt, klingt völlig ungläubhaft und unterstreicht den Mangel an Verständnis, das er wichtigsten Bezirken des französischen politischen Denkens entgegenbrachte. Bernhard hielt ihm denn auch gerade hier die richtige Bemerkung entgegen, daß nach ihrer ganzen psychologischen Veranlagung die Franzosen nur schwer Verträge schlossen, weil sie gewohnt seien, Verträge zu achten.

Die Zuverlässigkeit vieler Angaben Rechbergs erscheint überhaupt durch diesen Briefwechsel erneut in ziemlich bedenklichem Licht. Als Bernhard beispielsweise jene Angaben Rechbergs in Zweifel zog, daß ihm ein autorisierter französischer Politiker (nämlich Reynaud) vorgeschlagen habe, gegen ein deutsch-französisches Bündnis die Reparationen auf siebeneinhalb Milliarden zu ermäßigen, wußte Rechberg auf Bernhards Gegenargumente nichts zu erwidern. In innerpolitischer Beziehung zeigte sich außerdem Rechbergs Inkonsequenz darin, daß er einerseits auf die Gefahren von rechts hinwies, andererseits aber von den „veralteten und überholten demokratischen Doktrinen“ sprach. Daß das von ihm beklagte Fehlen einer positiven Außenpolitik in Deutschland wesentlich durch das Fehlen einer positiven Innenpolitik bedingt war, blieb ihm offensichtlich völlig verborgen.

In seinem Antwortbrief vom 22. März bekundete Georg Bernhard zunächst seine Achtung vor der Unermüdlichkeit der Bemühungen Rechbergs um eine deutsch-französische Verständigung schon zu einer Zeit, da ein solches Unterfangen für „tollhäslerisch oder verbrecherisch“ gegolten habe. Aber er kritisierte Rechbergs Aufrüstungspläne, da Rüstungen, wie die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigten, noch nie einen Krieg verhindert hätten, — was ihm Rechberg zu bestreiten versuchte. Es folgte die Kritik an Rechbergs schon erwähnten Behauptungen zur Haltung französischer Staatsmänner in der Reparationsfrage und zu dem Locarno-Vertrage. Alsdann kam Bernhard auf das Kernproblem der Auseinandersetzung zu sprechen: auf die deutschen Verhandlungen mit Rußland. Auch er selbst sei Gegner solcher Verhandlungen, nehme aber den Standpunkt ein, daß die „historische Mission“ Deutschlands darin liege, „eine Brücke vom Osten nach dem Westen“ zu bilden. Deshalb begrüße er sowohl den Vertrag von Rapallo wie den von Locarno. Im übrigen bestritt Bernhard — historisch gewiß zu Recht — das Vorhan-

densein einer einheitlichen Ostpolitik des Auswärtigen Amtes, gestand ferner einer begrenzten militärischen Zusammenarbeit mit Rußland ein gewisses sachliches Recht zu. Schließlich spielte er auf den von Arnold Rechberg immer noch verfolgten Plan des Generals Hoffmann für eine militärische Intervention in Rußland an und bekannte sich als Gegner eines solchen Angriffskrieges, in dem er kein Heil sehen könne, weil Deutschland dadurch „zum Schauplatz des blutigsten aller Bürgerkriege“ werden würde. Zudem könne der Ausfall des russischen Marktes durch Schaffung eines innereuropäischen Marktes ausgeglichen werden.

Rechbergs Entgegnung vom 26. März, die Bernhards Einstellung gegen eine Option zwischen West und Ost heftig anfocht, bediente sich dabei wieder vorwiegend des historischen Arguments der verhängnisvollen deutschen Entschlußlosigkeit bei dem englischen Bündnisangebot der Jahrhundertwende im Sinne der bekannten These seines Freundes Eckardstein. Auch hier wieder stellte Rechberg einen wirtschaftlichen Vergleich an und erblickte in dem damaligen Deutschland eine „Firma“, die dauernd verhandele, ohne zu einem positiven Abschluß zu gelangen, wodurch sie im kaufmännischen Leben in kurzer Zeit jedes Ansehen verliere. Die Brückentheorie Bernhards aber lehnte er charakteristischerweise deswegen ab, weil Rußland wirtschaftlich zugrunde gerichtet sei und auch aus militärischen Gründen als machtpolitischer Faktor nur sehr niedrig eingeschätzt werden könne.

Was diese Auseinandersetzung eindeutig erkennen ließ, war dies, daß derartige machtpolitische und wirtschaftliche Erwägungen das eigentliche Ost-West-Problem, unter dem die deutsche Politik seit 1918 stand, auch nicht entfernt erfassen konnten. Fehlte doch schon in Rechbergs politischem Weltbild jede Vorstellung von den geistig-ideologischen Kampfzielen des Bolschewismus und von einer geistigen Kampfmethodik des Marxismus-Leninismus. Abgesehen von den Widersprüchen, denen er anheimfiel, wenn er einerseits von der militärischen Schwäche der Sowjets, andererseits aber von der Gefahr einer militärischen Aggression durch sie redete, vermochte er niemals zu scheiden zwischen einer ideologischen Aggressivität des Bolschewismus, die die europäische Welt innerlich zu zersetzen strebte, und einer realpolitischen Taktik, die vorsichtig-zurückhaltend agierte, wegen der prekären innerpolitischen Lage in der Sowjetunion ein militärisches Risiko scheute und deshalb auch an der Entfesselung eines europäischen Krieges nicht ein zweifelsfreies Interesse besaß. Ebenso wenig konnte er unterscheiden zwischen einer lediglich wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die sich in bestimmten Grenzen hielt, und einer trotzdem

oder gerade deswegen strikt antibolschewistischen Einstellung dem Geiste und den innerpolitischen Maßnahmen nach.

Hier hatte Georg Bernhard unbefangener gesehen. Gleichwohl kann auch seine Einschätzung der deutschen Situation und seine Theorie von Deutschland als Brücke zwischen Ost und West im historischen Rückblick nicht befriedigen. Auch Bernhard erfaßte nicht, daß Deutschland allmählich zwischen zwei Ideologien, die demokratische und die bolschewistische, geriet und zu einem politischen Niemandsland zu werden drohte. Es ist ganz offensichtlich, daß er die Problematik der deutschen Mitte nicht in ihren ganzen Konsequenzen durchdachte, und sein politischer Optimismus, der die Dinge leichter nahm, als sie waren, zeigte sich besonders in seiner hoffnungsreichen Auffassung von einer stetigen Fortentwicklung und Stabilisierung der Demokratie in Deutschland, einer Auffassung, die schon sehr bald darauf durch den steilen Aufstieg des Nationalsozialismus völlig widerlegt werden sollte.

Für die Nachlebenden ist es freilich leicht, auf Grund der Kenntnis der eingetretenen Entwicklung klüger zu sein als die Zeitgenossen. Dennoch zeigt der Nachlaß Rechberg in überraschender Weise, wie das eigentlich zukunftsbestimmende politische Problem Deutschlands fast noch von keinem einzigen Zeitgenossen gesehen wurde. Wie immer auch die innenpolitischen Schattierungen waren, ob es sich um die Konservativen Hugenberg und Graf Westarp, die Führer des „Stahlhelm“, den Volksparteiler Curtius oder die Demokraten Bernhard und Mahraun, schließlich gar den Militärpolitiker Schleicher handelte, sie alle wünschten im Grunde eine Politik der Mitte, frei von echten Bindungen an den Osten oder den Westen. Sie alle fragten dabei nicht, ob eine solche Politik für unabsehbare Zeit weiterverfolgt werden konnte — eine Frage, die sich in ihrem vollen Ernst allenfalls ein Stresemann zuletzt immer wieder vorgelegt haben dürfte.

Doch so stark blieb diese außenpolitische Tendenz zur Mitte, die nur die Erneuerung Deutschlands, nicht Europas, im Auge hatte, daß man sie nach der Niederlage des ersten Weltkrieges, dem Verhalten der Ententemächte gegen den Besiegten und der dadurch hervorgerufenen Seelenverfassung des deutschen Volkes fast als schicksalhaft bedingt anerkennen muß. Arnold Rechberg jedenfalls wäre mit den Mitteln, über die er verfügte, niemals imstande gewesen, diese Tendenz zu ändern oder aufzuhalten. Daß er zu kriegerischen Mitteln gegen den Bolschewismus greifen wollte, war vielleicht nicht einmal das Entscheidende, so sehr es auch die Politiker diesseits und jenseits des Rheines

schreckte. Entscheidend blieb, daß das deutsche Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit infolge seiner historischen Erlebnisse seit 1914 den politischen Weg zum Westen einfach nicht fand. Die Reichsregierung hätte angesichts einer derart verbreiteten antidemokratischen und daher auch antiwestlichen Stimmung kaum die Macht gehabt, eine einseitige Bindung Deutschlands an die Westmächte durchzusetzen, selbst wenn sie dies, wie namentlich Stresemann, im Grunde ihres Herzens vielleicht einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost vorgezogen haben würde.

Dabei war es aber vollkommen klar, daß eine echte Ausrichtung nach Westen niemals von der Wirtschaft her kommen konnte. Denn die Wirtschaft vermochte auch genau die umgekehrte Orientierung zu raten, wie sie es denn tatsächlich gewesen war, die den Antrieb zu Rapallo gegeben, wie sie ferner auch schließlich im Olkonflikt zwischen den Westmächten und Rußland dem Westen (und Sir Henry Deterding) zu einem „Umfall“ geraten hatte. Die Wirtschaft beugte sich keinen nichtmateriellen, metaphysischen Werten. Wenn Arnold Rechberg daher seinerseits niemals solche Werte und Ideale in die Politik einzuführen gewillt war, mußte er außerstande sein, der deutschen Politik den wirklichen und dauerhaften Weg nach Westen zu weisen, selbst wenn er von der Machtpolitik her die Gefahren einer neutralen Haltung Deutschlands zwischen Ost und West richtig erkannte. Dies zeigte sich auch schließlich in der Haltung der Franzosen gegenüber seinen Bestrebungen. In der Schlußbilanz, die der Herausgeber der „France Militaire“ nach der Veröffentlichung einer Reihe von Zuschriften Rechbergs über ein deutsch-französisches Militärbündnis am 18. 11. 1929 zog, stellte er der von Rechberg vorgeschlagenen Allianz „édifiée sur la force et créant une hégémonie simple ou double“ — deren Stunde seit 1914 vorbei sei infolge der Schuld des kaiserlichen Deutschlands „obnubilée par son égoïsme militariste et mercantile“ — gegenüber eine „entente réalisée sur le respect des traités, les besoins des peuples, leurs communes aspirations vers le mieux-être et la paix“, zu der er sich mit Stresemann und Briand bekenne. So ergibt sich ohne weiteres, daß Rechberg mit seinem „preußischen“ Macht- und Militärdenken weiter vom Westen entfernt war als Dr. Stresemann, obwohl dieser nicht gegen die Sowjetunion kämpfen wollte.

Daher konnte es denn auch nicht Arnold Rechberg sein, der trotz allen publizistischen Bemühungen dem deutschen Volk die wirkliche Problematik einer Politik der Mitte zu Bewußtsein brachte. Die Geschichte hatte brutalere Lehrmittel für Deutschland bereit.

Es ist eigenartig und mutet in historischer Sicht besonders tragisch an, daß beinahe der einzige Punkt, in dem der Nichtjude Arnold Rech-

berg dem Juden Georg Bernhard gegenüber scharfsichtiger urteilte, die Einschätzung der dem Judentum von dem heraufkommenden Nationalsozialismus drohenden Gefahren war. Die politische Entwicklung aber, die bald danach ihren Anfang nahm, sollte nicht nur über seinen Gesprächspartner, sondern auch über ihn selbst hinweggehen.

## 11. Kapitel

### Die letzten Lebensjahre bis zum Ende des Deutschen Reiches in der Verfolgung alter Ziele gegenüber neuen Gewalten

Mit dem Ablauf des Jahres 1931 wird der Strom der im Nachlaß Rechberg erhaltenen schriftlichen Überlieferung plötzlich merklich schmaler, um mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus fast völlig zu versickern. Vermutlich war dies die Folge des „Interesses“ der Geheimen Staatspolizei Himmlers, über das noch etwas zu sagen sein wird. Auch für das letzte Jahr der Weimarer Republik vor der nationalsozialistischen Ära liegen nur noch geringe Schriftzeugnisse vor, ob ebenfalls wegen der Wirksamkeit der Gestapo oder wegen einer größeren politischen Zurückhaltung Rechbergs wird nicht deutlich. Auf alle Fälle mutet es erstaunlich an, daß unter der Regierung des Reichskanzlers von Papen keine größere Aktivität Arnold Rechbergs festzustellen ist. Dieser hatte Papens Vorgänger Brüning und dessen (schon früher zurückgetretenen) Außenminister Curtius, häufig befehlet. Das „Kabinett der Barone“, das auch über besondere Beziehungen zum Herrenclub, dem Rechberg ebenfalls angehörte, verfügte, hätte Rechbergs politischen Vorstellungen besser entsprechen müssen als alle parlamentarisch-demokratischen Regierungen in Deutschland zuvor. Überdies war Papen seit langem gleichfalls ein Vorkämpfer deutsch-französischer Verständigung. Trotzdem ist keinerlei Schriftwechsel zwischen diesen beiden Männern vorhanden.

Daß Arnold Rechberg gleichwohl im Hintergrund noch tätig war, läßt sich nur indirekt erschließen. Wie Papen in seinem Erinnerungsbuch mitteilt, hat er bei der Konferenz von Lausanne, die das Reparationsproblem endgültig lösen sollte, gewünscht, daß auch das gesamte deutsch-französische Problem „jetzt und hier ein für allemal“ geregelt werde<sup>100</sup>). Er hatte sich selbst zu diesem Zweck erheblich weit vorgewagt,

---

<sup>100</sup>) Papen a.a.O. S. 203 f.



als er dem Journalisten Lauzanne vom „Matin“ (dem Blatt des Rechberg-Freundes Sauerwein) zu erkennen gab, daß eine militärische Allianz mit Frankreich das „Endziel einer europäisch gedachten Politik“ sein könne. Ob Papen dabei auch ein Stärkeverhältnis der beiden Armeen von 5:3 zugunsten Frankreichs nach dem Rechbergschen Muster angeboten hat, ist nicht ersichtlich, aber denkbar<sup>191)</sup>. Tatsächlich brachte eine nationalsozialistische Berliner Zeitung am 3. 11. 1932 diese Nachricht als Mitteilung Rechbergs an eine französische Zeitung zugleich mit der Enthüllung des Papenschen Angebots der Militärallianz, wobei auf eine längere Konferenz Rechbergs mit Papen hingewiesen wurde. Es folgten daraufhin hinsichtlich dieser Konferenz freilich Dementis von beiden Seiten sowie eine Pressefehde mit dem nationalsozialistischen „Völkischen Beobachter“. Offensichtlich war eine Besprechung Papen - Rechberg nicht erfolgt und letzterer wieder eigenmächtig vorgegangen. Dennoch besaß Rechberg augenscheinlich so gute Informationsquellen, daß ihm die geheime Papensche Initiative bekannt war.

Noch im Oktober 1932 veröffentlichten drei größere französische Zeitungen einen Brief Rechbergs zu den Abrüstungsverhandlungen, in welchem eine selbständige deutsche Aufrüstung für den Fall in Aussicht gestellt wurde, daß die Abrüstungsgespräche ergebnislos bleiben würden. Wie aus dem letzten im Nachlaß erhaltenen Schreiben an den nunmehr zum Reichswehrminister aufgestiegenen Schleicher vom 14. Oktober hervorgeht, hatte Rechberg sich selbst zu einer derartigen Erklärung ermächtigt, weil er glaubte, daß Franzosen und Engländer eher geneigt sein würden, Deutschland hinreichende Zugeständnisse zu machen, wenn sie überzeugt wären, daß die Reichsregierung zum Äußersten entschlossen sei. Irgendwelche Wirkungen scheinen trotzdem von diesem seltsamen und gewaltsam-eigenwilligen Schritt nicht ausgegangen zu sein.

Es war die letzte Eigenmächtigkeit, die das politische Leben in Deutschland Arnold Rechberg noch vergönnte. Denn bald darauf machte die innerdeutsche Entwicklung nicht nur die Reichskanzlerschaft Schleichers, die möglicherweise bei längerer Dauer Rechberg einen erneuten Auftrieb hätte geben können, sondern auch Rechbergs weitere Bemühungen radikal zunichte. Für die politische Wirksamkeit eines noch so begüterten Privatmannes bestand unter der allumfassenden Diktatur kein Raum mehr, zumal auch jetzt den Franzosen klar werden mußte, daß gegenüber dem nationalsozialistischen Einheitsstaat ein Einzelgänger wie Rechberg politisch überhaupt nichts mehr bedeuten konnte. Wenn jemals, dann bestimmte jetzt nicht mehr die Wirtschaft, sondern die

---

<sup>191)</sup> vgl. auch Schüddekopf a.a.O. S. 346.

Politik allein. So kann es nicht wundernehmen, daß es zunächst völlig still um Rechberg wurde.

Die scharfe Kritik, die Arnold Rechberg einst zur Zeit des Ludendorff-Hitler-Putsches an den Nationalsozialisten geübt hatte, war wesentlich von der Erkenntnis der Unzulänglichkeit ihres wirtschaftlichen Programms getragen gewesen und hatte weltanschauliche Fragen niemals berührt. Rechbergs extremer Individualismus, seine Auffassung von dem Vorrang der Macht vor dem Recht und seine innere Beziehungslosigkeit zur Weimarer Republik und zur demokratischen Staatsverfassung wiesen vielleicht einige Verbindungslinien zum nationalsozialistischen Gedankengut auf<sup>193</sup>). Trotzdem konnte der Nationalsozialismus mit einem so abseits aller Gemeinschaftsbindungen stehenden Manne nichts anfangen. Eine Periode der Mutlosigkeit und Niedergeschlagenheit erfaßte denn auch Rechberg. Er zog sich nach Bayern zurück und versuchte, in der Wiederaufnahme seiner bildhauerischen Arbeit Trost zu finden.

Es gelang ihm offenbar nur unzulänglich: Denn schon im April 1934 fragte er beim Auslandspresseamt der NSDAP an, ob nicht die Wiederaufnahme seines Eintretens für die deutschen Interessen in der französischen Presse erwünscht sei. Er erhielt zur Antwort, daß seinem Vorhaben keine Bedenken entgegenstünden, wenn dieses Eintreten für die deutschen Interessen von einer grundsätzlichen Bejahung der Politik des neuen Deutschland getragen sei und nicht von der „Generallinie der deutschen Außenpolitik“ abweiche. Rechberg erwiderte, daß er die Politik der Reichsregierung grundsätzlich bejahen werde, aber deren Generallinie nicht kenne. Gleichzeitig wünschte er eine „Aktion großen Stils“ für die deutsch-französische Verständigung. Daraufhin verwies man ihn von seiten der Partei an des Auswärtige Amt. Damit aber schloß sich der Kreis. Es war nicht anzunehmen, daß die von Rechberg so heftig befehdete Behörde sich seinen Plänen im autoritären Führerstaat geneigter zeigen würde als in der parlamentarischen Republik.

Erst im Herbst des Jahres 1937 machte Arnold Rechberg wieder von sich reden. Welche Umstände ihn zu neuer Aktivität und zu mehreren, im Nachlaß nicht abschriftlich erhaltenen (nur durch Empfangsbestätigungen nachweisbaren) und auch nicht beantworteten Schreiben an den

---

<sup>193</sup>) Nur so kann es wohl auch erklärt werden, daß einer seiner Mitarbeiter, die sein Ziel der deutsch-französischen Verständigung voll unterstützten, der aus der Umgebung von Ludendorff stammende nachherige SA-Führer Wilhelm von Grolman war. Dessen ungeachtet ist es aber völlig verfehlt, wenn G. Freund (a.a.O. S. 151) Arnold Rechberg ein „charter member of the Nazi Party“ nennt.

Reichsaußenminister von Neurath sowie auch zu Versuchen, mit Göring in Verbindung zu kommen, veranlaßten, ist nicht ersichtlich. Allem Anschein nach stand dies jedoch in Verbindung mit dem neuen und letzten Besuch Reynauds in Berlin, bei dem es Rechberg nicht gelang, den französischen Politiker mit Hitler zusammenzubringen. Soweit einer von Rechberg verfaßten, im Nachlaß Fritsch erhaltenen Denkschrift Glauben zu schenken ist, verließ deshalb Reynaud „tief verstimmt“ die Reichshauptstadt. Von da an vertrat auch Rechberg die vielleicht nicht einmal unzutreffende Auffassung, daß Reynaud seit diesem fehlgeschlagenen Besuch zu den Feinden Deutschlands übergegangen sei.

Inzwischen war auch die ausländische Presse wieder auf Arnold Rechberg aufmerksam geworden. Ende 1937 brachten französische und Schweizer Zeitungen Artikel über ihn und stellten die Frage, ob er wohl wieder auf die politische Bühne zurückkehren werde. Zugleich wiesen sie auf seine unermüdlichen Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung rückblickend in bemerkenswert positivem Sinne hin. Sie erinnerten dabei an ein Wort, das Clemenceau in seinen Erinnerungen über Arnold Rechberg gesagt habe, nämlich daß dieser der einzige aufrechte Deutsche gewesen sei, den er, Clemenceau, kennen gelernt habe. Dabei fiel auch der bezeichnende Satz, daß Rechberg die deutsch-französische Annäherung betrieben habe nicht „comme un sujet de conversation riche en aphorismes, mais comme une entreprise sérieuse et qu’il convenait d’organiser comme on dirige une grande maison industrielle“<sup>198)</sup>. Es war deutlich, daß infolge der durch die nationalsozialistische Politik sich ständig verschlechternden deutsch-französischen Beziehungen und der aufgeputzten nationalsozialistischen Propaganda in Deutschland gerade auf französischer Seite die Rechbergschen Bestrebungen rückschauend in ein immer günstigeres Licht gerieten.

Solche positiven Kommentare mußten Arnold Rechberg wieder ermutigen. Die folgenschweren Ereignisse des Jahres 1938 spornten ihn außerdem an, erneut zu versuchen, der Reichsregierung seine Erfahrungen und seine Informationen nutzbar zu machen. Über den Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers sowie über Hitlers Adjutanten Hauptmann a. D. Wiedemann bemühte er sich, seine neuen Denkschriften zur politischen Lage an Hitler selbst gelangen zu lassen.

Was diese Denkschriften aus der letzten Vorkriegszeit anbelangt, so sind es eben jene, die im Nachlaß des Freiherrn von Fritsch erhalten blieben, dem Rechberg sie, obwohl der Generaloberst schon entmachtet

---

<sup>198)</sup> „La Liberté“ (Fribourg/Suisse) vom 28. 12. 1937.

war, vom Oktober 1938, also nach der Sudetenkrise und dem Abkommen von München, bis zum Juli 1939, kurz vor dem deutsch-russischen Bündnis, regelmäßig in Durchschlägen zusandte<sup>194)</sup>).

Den Anfang machte ein für Hitler bestimmtes Exposé vom 10. 10. 1938 „Die Londoner Großfinanz und die europäische Politik“, das offensichtlich aus dem Gefühl heraus verfaßt wurde, daß Hitler ungeachtet der Münchener Vereinbarungen gegen Osten losschlagen wolle. Was Arnold Rechberg hier und in mehreren späteren Denkschriften darlegt, bewegt sich um zwei Kerngedanken. Es ist einmal die grundsätzliche Bejahung eines Ostkrieges. Denn eine Expansion Deutschlands, die ausreichend wäre, das Deutsche Reich zu einem „autarken Wirtschaftsimperium“ zu machen, müßte „gewaltigen Ausmaßes“ sein und sei daher nur durch einen erfolgreichen Expansionskrieg möglich. Die Aufgabe sei zwar militärisch riskant, aber — wie Rechberg im Begleitschreiben an Fritsch vom 18. Oktober ausführt — Deutschland müsse ganz einfach das Risiko eines solchen Kampfes auf sich nehmen, ehe es in eine finanzielle Zwangslage gerate und die Angelsachsen mit ihren gewaltigen Rüstungen fertig würden. Zwischen dem Expansionskrieg gegen Osten und inneren Erschütterungen sei „kaum eine dritte Möglichkeit“ gegeben. Der Erfolg einer großen Expansion gegen Rußland schien Rechberg im Bereich des Möglichen, da seiner von jeher gehegten Überzeugung nach die Rote Armee „überaus minderwertig“ sei (Fritsch machte hinter „überaus“ ein Fragezeichen).

Der zweite Grundgedanke Rechbergs stellte — wie konnte es anders sein! — die Erwünschtheit einer Verständigung mit den Westmächten heraus. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war jetzt, wie er in einer Denkschrift vom 8. November ausführte, die Überzeugung, daß England an Krieg gegen Deutschland denke und daß es völlig abwegig sei, in dem englischen Premierminister Neville Chamberlain nach der Münchener Konferenz gleichsam einen Freund Deutschlands zu sehen. Die Londoner City glaube zudem, Deutschland wegen seiner fehlenden Rohstoffbasis auf die Knie zwingen zu können. Auch in Frankreich sei die Kriegspartei zum Durchbruch gekommen und der einst deutschfreundliche neue Finanzminister Paul Reynaud ins gegnerische Lager abgeschwenkt. Schon am 18. Oktober hatte Rechberg außerdem in einer Aufzeichnung vermerkt, daß die deutschen Großindustrien unter der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung von den rein kapitalistisch arbeitenden Industrien der Westmächte derart wesensverschieden geworden seien, daß eine

---

<sup>194)</sup> Bundesarchiv Nachlaß Frhr. von Fritsch Nr. 5.

Interessenverflechtung sich nicht mehr erreichen ließe. Noch einige Tage früher hatte Rechberg Hauptmann Wiedemann vor der Illusion gewarnt, daß England im Konfliktfall neutral bleiben werde. Die Entspannung von München sei nur vorübergehend.

Umso erwünschter erschien Rechberg eine Verständigung mit Frankreich, die er noch immer für möglich hielt. In einer weiteren Denkschrift vom 18. November legte er dar, daß man damit rechnen müsse, daß England, Frankreich und die Vereinigten Staaten Deutschland in den Rücken fallen würden, sobald dieses den Expansionskrieg gegen Osten beginnen werde. Demgegenüber könnte man auf die von ihm und General Hoffmann früher befolgte Politik zurückgreifen, den Versuch zu machen, eine Front der europäischen Großmächte gegen das bolschewistische Rußland aufzubauen. Erst wenn dieser Versuch endgültig nicht gelingen sollte, so schließt diese Denkschrift wörtlich, „dann darf und muß nach meiner Ansicht das Risiko des deutschen Expansionskrieges gegen Osten auch gegen den Widerstand der Westmächte gelaufen werden“.

Fritschs Antwort darauf vom 28. November ist leider nicht erhalten, doch muß der Generaloberst Bedenken angemeldet haben, denn Rechberg erwiderte am 14. Dezember, daß er mit Fritsch die Besorgnis teile, daß Deutschland in der gegenwärtigen außenpolitischen Konstellation für den Ostkrieg nicht stark genug sei. Deutschland wäre aber durch „harte und unausweichliche Notwendigkeit zur Expansion gezwungen“. In einem späteren Schreiben an Fritsch vom 18. 4. 1939 gab Rechberg zwar zu, daß die Partie günstiger stünde, wenn es gelungen wäre, Frankreich auf die Seite Deutschlands zu ziehen, und bedauerte, daß es bisher mißglückt sei, sich im Sinne Ludendorffs und Hoffmanns den Rücken gegen Rußland frei zu halten. Dennoch sei er sich mit diesen beiden Männern schon 1919 der Tatsache bewußt gewesen, daß Deutschland nach dem Weltkrieg in den ihm gezogenen Grenzen nicht lebensfähig wäre und daß es deshalb „eine Expansion großen Maßstabs“ in die „unberechenbar reichen Gebiete Rußlands“ bedürfe.

Einige Monate nach der Abfassung dieses Briefes kam die jähe Kehrtwende der nationalsozialistischen Außenpolitik zu einer diplomatischen Verständigung mit der Sowjetunion, die natürlich ganz und gar nicht in die politische Konzeption Rechbergs paßte. Seine letzte Ausarbeitung vom Juli 1939, die schon in der Auflage der deutsch-russischen Besprechungen fiel, beabsichtigte deshalb, Hitler vor jeden Verhandlungen mit Moskau zu warnen, da die Sowjetregierung Verträge stets nur so lange gehalten habe, wie es ihr zweckmäßig erschien

(Fritsch vermerkte hierzu am Rande: „Das tun alle Staaten“). Im übrigen seien die Sowjets an einem Kampf zwischen Deutschland und den Westmächten interessiert und wünschten von vornherein einen europäischen Krieg. Für die Westmächte erscheine der Krieg nur als ultima ratio; sie würden ihm aber nicht ausweichen, wenn Deutschland mit Gewalt expandieren wolle.

Wären wir nur auf die im Nachlaß erhaltenen Rechbergschen Papiere angewiesen, so wüßten wir nicht, ob diese und die früheren Denkschriften jemals zu Augen Hitlers gekommen sind. Von vornherein mußte dies sehr fraglich erscheinen. Dennoch besitzen wir heute ein Zeugnis, aus dem hervorgeht, daß mindestens das letzte Memorandum Rechbergs Hitler tatsächlich vorgelegt worden ist, wonach dieser einen Wutausbruch erlitt und dem Gestapo-Chef Heydrich (es war nach dem Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes vom August 1939) Anweisung zur Verhaftung Arnold Rechbergs gab. Der Nachweis findet sich in den hinterlassenen Erinnerungen des im Reichssicherheitshauptamt Himmlers tätig gewesenen SS-Führers Walter Schellenberg<sup>198</sup>). Dieser hatte Rechbergs Elaborat offenbar selbst seinem Führer übermittelt und wurde so ein unmittelbarer Zeuge von dessen Reaktion. Schellenberg gelang es dann anscheinend auch, Rechberg nach kurzer Zeit wieder frei zu bekommen. Schon im Sommer 1938 scheint überdies Rechberg einmal von der Gestapo einem Verhör unterzogen worden zu sein, über das aber Himmler auf Rechbergs Beschwerde hin nachträglich sein Bedauern aussprach. Auf alle Fälle konnte Rechberg jetzt bemerken, daß die Tatsache, daß er „Arier“ war, ihn keineswegs, wie er dies noch 1930 gegenüber Georg Bernhard angenommen hatte, vor nationalsozialistischer Verfolgung schützte.

Ob Arnold Rechberg sich klargemacht hatte, in welcher Weise er gegen die politische Meinung Hitlers anging, der unter dem Einfluß seines törichten Außenministers Ribbentrop des Glaubens war, daß England in einem Konflikt „kneifen“ würde, während Amerika in seinem politischen Weltbild überhaupt keine Rolle spielte, sei dahingestellt. Auf keinen Fall ist in Rechbergs Ausführungen ein taktischer Zug zu erkennen etwa der Art, daß er, um Hitlers Mentalität und dessen Ein-

---

<sup>198</sup>) The Schellenberg Memoirs, ed. Louis Hagen (London 1956) S. 43-46. Schellenbergs ziemlich unkritische Darstellung nimmt Rechbergs Angaben über seine angebliche Vereinbarung mit Marschall Foch von Ende 1923 für bare Münze und behauptet, dieser Plan sei von Seeckt und Schleicher abgelehnt worden, da sie nicht von einer Zusammenarbeit mit der Roten Armee hätten abgehen wollen. Es dürfte aber wohl kein Zweifel bestehen, daß beide Generale diesen „Foch-Plan“ niemals ernst genommen haben.



stellung zum Ostproblem Rechnung zu tragen, den Krieg gegen Rußland scheinbar befürwortet hätte, um damit insgeheim doch nur die Verständigung mit Frankreich zu erreichen. Denn die beiden Grundgedanken aller seiner Denkschriften und Korrespondenzen dieser letzten Vorkriegsmonate enthalten bloß seine übergenuß bekannten Programme und offenbaren nirgends einen neuen Zug. Besonders kraß tritt bei dieser Gelegenheit nur die politische Fehleinschätzung eines Krieges gegen Rußland hervor. Hier war es weniger die geringe Wertung, die er der Kampfkraft der Roten Armee zuteil werden ließ, als die völlige Außerachtlassung der Wirkung des riesenhaften russischen Raumes auf die fremden Eindringlinge, die von politischer Blindheit zeugte. Wenn er ferner vollkommen zutreffend und verdienstlich auf den fast sicheren Kriegseintritt Englands hinwies, so vermißt man hier doch jede ernsthafte, d. h. unbedingte Warnung vor einem Zweifrontenkrieg. Indem Arnold Rechberg trotz einiger Bedenken letztlich doch der Meinung war, Deutschland könne und müsse den Krieg gegen den Osten notfalls auch völlig allein gegen eine feindliche Umwelt durchstehen, zeigte er sich nicht weniger befangen als die deutsche Führung selbst. Wenn irgendwann, dann bewies er hier das Fehlen jedes weltpolitischen Blickes im Großen trotz einzelner richtiger Teilaspekte, wobei erneut gerechtere Weise zuzugeben ist, daß er sich darin nicht sehr von der politischen Urteilskraft der meisten Deutschen unterschied.

Trotzdem bleibt ein hohes Maß von Mut bei Arnold Rechberg anzuerkennen, und dies umsomehr als, wie Schellenberg berichtet, Rechberg nach seiner Haftentlassung und der Niederwerfung Frankreichs zur Zeit der Besprechungen zwischen Hitler und Marschall Pétain in Montoire Ende Oktober 1940 erneut in einer Denkschrift eine aufrichtige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich befürwortet hat. Nach Rechbergs eigenen Angaben nach dem Zusammenbruch will er sich damals besonders für die Erhaltung der territorialen Integrität Frankreichs eingesetzt haben. Das ist glaubhaft, denn er wurde daraufhin erneut festgenommen und im Januar 1941 in Ebenhausen mit der Verpflichtung interniert, seine politische Korrespondenz einzustellen. Als er dann im Juli 1941 wieder entlassen wurde, geschah dies unter der Drohung, daß er das Konzentrationslager zu gewärtigen habe, falls er seine „Schreibereien“ fortsetze. Gleichwohl wurde ihm immerhin bis zum Februar 1942 die amtliche Genehmigung zum Abhören ausländischer Sender belassen.

Rechberg muß in dieser Zeit wohl die ihm auferlegte Verpflichtung nicht eingehalten haben; denn 1943 erfolgte eine neue Internierung in



Kempfenhausen, die sogar in eine zeitweilige Überführung nach Dachau auslief, wie der Häftling selbst später angab, weil er auf Grund seiner Beziehungen zu englischen Staatsmännern einen rechtzeitigen Frieden mit England zu vermitteln wünschte. Möglicherweise hatte die Gestapo auch daran Anstoß genommen, daß Rechberg seinem tiefen Haß gegen Oberst Nicolai weiterhin frönte und die Behauptung aufstellte, daß an dem Scheitern der deutschen Offensive in Rußland die von Nicolai in prosovjetschem Sinne beeinflussten Offiziere im deutschen Generalstab Schuld seien.

Nach erneuter Freilassung fand im Juni 1944 dann aus nicht mehr deutlichen Gründen die letzte Verhaftung statt, die nunmehr bis zum Februar 1945 dauern sollte. Arnold Rechberg wurde mitsamt seiner Schwester Anna im Hotel Dreesen in Bad Godesberg interniert. Diese Zeit schwächte den seit Dachau herzleidenden Mann erheblich. Seine nationalsozialistischen „Betreuer“ wollten seine französischen Kenntnisse und Beziehungen insofern ausnutzen, als sie ihn zum Aushorchen der im Hotel Dreesen ebenfalls internierten hohen französischen Politiker zu bewegen suchten. Doch verweigerte Arnold Rechberg dies in nobler persönlicher Haltung standhaft.

Der Zusammenbruch des Reiches sah ihn wieder in seinem Heim in Kempfenhausen, in seinem nunmehr mit Flüchtlingen aus dem Osten überbelegten Hause, mit den Lasten des kriegsbedingten deutschen Alltags und mit ernsthaften gesundheitlichen Beschwerden infolge der erlittenen Haft. Seine treue Schwester Anna erlag bald darauf den Folgen dieser Internierung.

So hatte Arnold Rechberg nun seinen Expansionskrieg gegen Rußland „gewaltigen Ausmaßes“ gehabt! Der Ausgang dieses Krieges und das Schicksal, das die deutsche Armee in den ungeheuren Weiten des russischen Raumes erlitt, hätten wie vielen Deutschen auch ihm Anlaß zu kritischer „weltpolitischer“ Besinnung geben können. Doch der psychischen Eigenart Rechbergs war ein solches Verhalten nicht gemäß. Selbst aus dieser ungeheuren deutschen Niederlage, die zu einem guten Teil auch seine eigene war, da er doch den Ostkrieg grundsätzlich immer und unter allen Umständen befürwortet hatte, zog er nur Schlüsse, die ihm neuen Grund zur Selbstbestätigung geben konnten. Hatte er nicht immer vor der bolschewistischen Gefahr gewarnt? Und war nicht diese Gefahr jetzt, wo die Russen an der Elbe standen und halb Deutschland überschwemmt hatten, so riesengroß und erbarmungslos wie nie zuvor?

In Godesberg waren die Geschwister Rechberg unter anderem auch mit der Schwester des General de Gaulle, Madame Cailliau, interniert

gewesen. Kein Wunder, daß Arnold Rechberg diese Bekanntschaft nach Kriegsende zu nutzen trachtete.

Im Juni 1945 bereits war nach Rechbergs Darstellung ein bekannter amerikanischer Journalist, der vor 1933 verschiedene Interviews von ihm veröffentlicht hatte (offenbar Ward Price) bei ihm, um ihn erneut nach seiner Auffassung der politischen Lage zu befragen. Das phantasievolle Interview, das Arnold Rechberg daraufhin dem Amerikaner gab, gründete sich völlig auf die umfassende Drohung des Bolschewismus und rief wie eh und je zum Kampf dagegen auf. Der alte Plan des Generals Hoffmann wurde wieder vorgestellt. Auch des angeblichen militärischen Bündnisplanes von Foch wird Erwähnung getan. Vor allem aber versuchte Rechberg den Nachweis zu erbringen, daß Hitler nur der Strohmann Stalins gewesen und von dem sowjetischen Diktator zum Kriege gegen die Westmächte getrieben worden sei. „C'est Stalin qui a fait la guerre et c'est Hitler qui a été son dupe" heißt es in der vorliegenden französischen Fassung des Interviews, das abschließend vor jeder alliierten Zusammenarbeit mit den Bolschewisten warnte und die Hoffnung aussprach, daß die angelsächsischen und französischen Staatsmänner und Heerführer klarblickender sein würden als die deutschen.

Diese seine Darlegungen wollte Rechberg auf Grund seiner Beziehungen zu Madame Cailliau nun auch deren Bruder, der inzwischen französischer Staatschef geworden war, zuleiten. Die Aufzeichnung gelangte jedoch, aus was für Gründen auch immer, niemals hinaus und blieb in verschlossenem, an General de Gaulle adressiertem Umschlag im Nachlaß liegen. Dagegen wurde sie in deutscher Fassung, vervielfältigt, offenbar zahlreichen Freunden und Bekannten zugesandt, die sie ihrerseits an ihre Bekannten, in der damaligen Zeit unter der Hand, weiterleiteten.

Rechbergs nur noch müde flackerndes Leben strebte nicht mehr neuen geistigen Ufern und Erkenntnissen zu und hatte längst jede Verbindung mit der politischen Wirklichkeit verloren. Die Summe aller seiner politischen Gedanken offenbarte sich noch einmal in einem langen Brief vom 26. 4. 1946, den er an einen Kaiser-Enkel richtete. Arnold Rechberg hielt diesem Hohenzollernsproß darin einen Vortrag über die deutsche Geschichte von der genialen Sicherung des Reiches durch das Bismarcksche Bündnisystem bis zur Verschleuderung dieses Kapitals unter dem kaiserlichen Großvater des Prinzen. Der politische Niedergang wurde vornehmlich in der Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland erblickt, die den Zweifrontenkrieg heraufbeschworen habe,

sowie in dem Ausschlagen der großen Chance des Bündnisses mit England um die Jahrhundertwende, so daß danach England infolge der wachsenden Wirtschaftskonkurrenz mit Deutschland Anschluß an den französisch-russischen Zweibund suchte, bis Deutschlands „Einkreisung“ perfekt geworden sei. Und nun schilderte sich der alte Mann als den großen Warner vor dieser Einkreisung, verwies auf seine beiden Zeitungsaufsätze von 1911 und 1912 und auf seine Bemühungen, seine Auffassungen durch den Generaladjutanten von Chelius dem Kaiser selbst zu übermitteln. Dies habe einen Befehl Wilhelms II. zur Folge gehabt, daß der unbequeme Warner nicht mehr eingeladen werden solle, „weil ihm der Rechberg immer für eine Woche die Laune verdirbt“ (Wahrheit und Dichtung gehen hier durcheinander: niemals war Arnold Rechberg je seinem kaiserlichen Herrn persönlich gegenübergetreten). Nach der Darstellung des „Falles Rechberg“ und der Hervorhebung der Intrigen des Majors Nicolai wird dann die These verfochten, daß, wenn die eigenen Friedensbemühungen damals zum Erfolg gekommen wären, die Krone der Hohenzollern gerettet worden wäre. Immer noch halte er dafür, daß die Demokratie „keine dem deutschen Volkscharakter angemessene Staatsform“ sei und daß es zur Stabilisierung Deutschlands wohl am besten wäre, wenn die großen Dynastien vornehmlich der Hohenzollern und der Wittelsbacher wieder zur Herrschaft kämen. In diesem Sinne habe er auch Fühlung mit den Engländern und Amerikanern aufgenommen, die dabei allerdings an seinem Verstand gezweifelt hätten. Doch hätten die Angelsachsen allmählich einzusehen begonnen, daß, wenn Deutschland ihrem „Konzern“ fest und unlösbar eingefügt werden solle gegenüber der Gefahr aus dem Osten, es ihnen dann recht sein könne, wenn sich das Deutsche Reich durch die Wiederkehr der Monarchie in Bälde konsolidieren würde.

Als Arnold Rechberg dieses schrieb, hatte er kein Jahr mehr zu leben. Es war die Zeit, da der große Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher abrollte, in dem auch die Sowjetunion zum Richter-Tribunal gehörte. In diesem Verfahren wurde am 22. 8. 1946 über ein Affidavit Arnold Rechbergs verhandelt, wonach die SS und SA „mit moskautreuen Elementen“ durchsetzt gewesen sein sollten. Der britische Hauptankläger Sir David Maxwell-Fife sprach dieser Quelle „nicht den geringsten Beweiswert“ zu.<sup>190)</sup> Die Zulassung des Dokuments wurde vom Gericht abgelehnt. Offenbar im Verfolg dieser Angelegenheit erhielt Arnold Rechberg einige Zeit später eine Vorladung zu einem

---

<sup>190)</sup> vgl. Sitzungsprotokolle des Internationalen Militär-Gerichtshofes (Nürnberg 1948) Bd. 21, S. 475 ff. Auf diese Angelegenheit geht auch in aufgebauachter und un-

Verhör bei der Dienststelle der amerikanischen Besatzungsmacht in Starnberg. Als der schwer herzkranke Mann dort am 28. 2. 1947 vorsprach brach er plötzlich zusammen. Er starb gleichsam in den Sielen.

### **Schlußbetrachtung**

Das Leben Arnold Rechbergs reichte von dem Höhepunkt der Macht und des Ansehens des Deutschen Reiches unter Bismarck bis zu dem Tiefpunkt der größten Katastrophe der deutschen Geschichte unter Hitler. Bei seinem Tode schienen seine Ziele unerreichbarer denn je zuvor, das Reich war zerbrochen, die deutsche Armee vernichtet. Und doch, kaum 10 Jahre später hätten seine Augen eines der erstaunlichsten geschichtlichen Wunder erblicken können: Deutschland mit Frankreich politisch einig wie niemals zuvor, verknüpft durch starke wirtschaftliche Bande, die bald in politische Vereinbarungen übergingen, die Westmächte mit Deutschland verbunden gegen den Bolschewismus, gemeinsam in einer übernationalen Verteidigungsorganisation mit einem gemeinsamen Generalstab und sogar gemeinsamen Truppenverbänden. Freilich, dieses Deutschland war nicht mehr die Nation von einst. Als Folge des Zweifrontenkrieges, den Rechberg selbst nicht unbedingt verworfen hatte, blieb das Reich zerstört. Doch die Idee des „Reiches“ hatte Rechberg wenig bewegt, seine Heimat Hersfeld aber war beim Westen geblieben. Hätte er nicht in der Bundesrepublik Deutschland immerhin doch die Erfüllung seiner politischen Vorstellungen finden können und in ihr bei längerer Lebenszeit noch eine wichtige Vermittlerrolle spielen können?

Was immer hierauf zu entgegnen wäre, im Lichte der jüngsten deutschen Vergangenheit gewinnt das Leben dieses Mannes einen historischen Erkenntniswert von eigenartiger Tragweite.

Dieses Dasein war schon im Bereich des Persönlichen reich an Problemen für den Psychologen. Den positiven Seiten des Charakters, der Ausdauer, Beharrlichkeit, dem Mut und der Aufrichtigkeit der Überzeugungen, getragen von der leidenschaftlichen Hingabe an ein großes Ziel, die uneigennützig, ohne Gegenleistung eigene finanzielle

---

kritischer Weise der „Dokumentarbericht“ über den Nürnberger Prozeß von J. J. Heydecker und J. Leeb in der „Münchener Illustrierten“ Nr. 50 vom 14. 12. 1957, S. 18 ff., ein. Der darin erwähnte Artikel der amerikanischen „Neuen Zeitung“ vom 15. 3. 1946 „Herr Rechberg“ offenbart noch einmal mehr, welche völlig verzerrten Vorstellungen in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Tätigkeit Arnold Rechbergs herrschten.

Mittel opferte, stehen die negativen Faktoren gegenüber. In der Ausdauer und Beharrlichkeit steckte ein gut Teil Starrheit und Eigensinn und die Unfähigkeit, sich der wechselnden Wirklichkeit anzupassen und deren Wandel unbefangen zu erkennen. Der Mut und die Aufrichtigkeit wurden beeinträchtigt durch eine Einseitigkeit der Veranlagung und der geistigen Sicht, die keine Gegenargumente zu werten vermochte und von Selbsterkenntnis oder gar Selbstkritik weit entfernt war. Die Leidenschaft trieb zu höchst unsachlichen, bisweilen maßlosen Angriffen und Übertreibungen. Hart und unbeweglich zeichnen sich die Konturen des politischen Denkens und Wollens ab, hart und unbeweglich waren auch vielfach die Konturen der künstlerischen Werke. Wenn irgend etwas den beherrschenden Eindruck dieser Persönlichkeit darstellt, dann ein ganz ungewöhnliches Fehlen einer inneren Fortentwicklung. Sich immer gleichgeblieben zu sein, in seinen Lebenszielen niemals geschwankt zu haben, kann höchste Ehre des Mannes bedeuten. In diesem Leben wirkte sich eine innere Unwandelbarkeit nicht nur in stets gleichbleibenden politischen Zielen, sondern auch in einer stets gleichbleibenden Methodik des Denkens und Handelns aus, die sich nicht fähig zeigte, den historischen Wandel politischer Wirklichkeiten zu erspüren und sich darauf einzustellen. Wo so wie bei Arnold Rechberg die größten Einschnitte in der Geschichte des eigenen Volkes ohne die geringsten sichtbaren Zeichen einer inneren Erschütterung überbrückt werden, wo nach 1945 dieselben politischen Worte und Gedanken ausgesprochen werden wie vor 1918, da kann dies nicht mehr nur als Zeichen bewunderungswerter Beständigkeit und Standfestigkeit angesehen werden. Zumindest macht gerade dies nicht den Eindruck einer wirklichen politischen Begabung.

Wenn irgend etwas in diesem Falle für den Psychologen interessant ist, dann das Phänomen, wie hier ein Mensch sein ganzes Leben lang etwas zu sein strebt, das er seiner ganzen Natur nach gerade nicht ist. Arnold Rechbergs tiefstes und leidenschaftliches Sehnen ging auf das Politische und auf das Spielen einer aktiven politischen, wenn möglich staatsmännischen Rolle. Seine häufig wiederkehrenden Behauptungen, daß er auf die Unabhängigkeit seiner Stellung niemals zugunsten eines offiziellen Amtes verzichten wolle, daß er „by his own right“ sei, stellen psychische Kompensationserscheinungen, aber nicht seine eigentlichen innersten Absichten dar. Rechberg hat das heiß ersehnte hohe politische Amt niemals erlangt, nicht weil er es abwies, sondern weil es ihm niemand in Deutschland anvertrauen wollte. Mit gutem Grund aber darf gesagt werden, daß dem Wesen dieses Mannes das Politische zutiefst fremd war.

Dem Verhalten Rechbergs fehlte nicht nur jedes diplomatisch Gewinnende und Werbende, er war in einer vielfach ungezügelter Ungeduld und mit einer häufig brutalen Direktheit der Meinungsäußerung sicherlich aufrichtig in seinen Absichten, aber durchaus unpolitisch in seinem Vorgehen. Schon, daß er nicht warten und abwarten konnte, daß er vermeinte, Dinge, die langsam reifen und sich entwickeln mußten, mit Leidenschaft und Gewalt vorwärtsbringen zu können, machte ihn ganz und gar ungeeignet zum Politiker, wie ihm gerade niemand anderes als der von ihm vergötterte Bismarck hätte sagen können. Rechberg näherte sich dabei bedenklich dem Grundsatz „Alles oder Nichts“, der den Tod jeder Politik bedeutet. Wenn er stets „halbe Maßregeln“ mißbilligte, so verkannte er, daß in der Politik die erreichbare Hälfte oft weit besser als das unerreichbare Ganze sein kann.

Allen politischen Überlegungen Rechbergs aber fehlte der Sinn für die Nuance, der eine der wesentlichsten Voraussetzungen des echten Politikers bildet. Stattdessen haftete ihnen eine rechthaberische Egozentrik an, die den Partner ständig überforderte und es ihm selbst unmöglich machte, die Argumente der Gegenseite auf sich wirken zu lassen. So konnte er auch keinen Irrtum eingestehen und sah alles Unrecht stets nur auf der anderen Seite. Was er in der deutschen Kunst vielleicht nicht zu Unrecht tadelte, den mangelnden Blick auf das Ganze, versuchte er zwar in seiner politischen Sicht zu vermeiden, aber es war eben doch nicht der wirkliche Blick auf das Ganze. Auch Rechberg blieb bei Teilaspekten stehen, ohne die Vielfältigkeit der Problematik zu sehen, oder er sah nur ein schematisches Ganzes, das von Einzelfakten entleert und daher ohne ausreichenden Wirklichkeitsgehalt war. Niemals suchte er sich ein objektives Bild der wirklichen politischen Zustände zu machen, dagegen tritt in seinem Wesen und Willen ein so starker subjektiver Zug hervor, daß es bisweilen den Anschein erweckt, als ob seine antibolschewistische Politik vorwiegend durch den Haß auf Oberst Nicolai, der ihn hatte verhaften lassen, bedingt war, weil dieser für eine Zusammenarbeit mit den Bolschewisten eintrat. Denn — dies kann bei dieser Gelegenheit festgestellt werden — aus dem ganzen Nachlaß wird eigentlich niemals eine objektive zwingende Interessen-Notwendigkeit erkennbar, die Arnold Rechbergs Propaganda für einen Krieg gegen die Sowjets verständlich begründete. Auch der Gegensatz, in dem er in dieser Frage zu seinem Bruder, dem Kommerzienrat Fritz Rechberg, geriet, unterstreicht ein subjektives Moment in seiner Einstellung. Auf der anderen Seite begreift man sehr wohl, daß das Verbringen seiner schönsten Lebensjahre in Paris und die Anerkennung, die seiner künstlerischen Arbeit dort



zuteil wurde, Rechberg subjektiv für immer zum Anhänger Frankreichs machen mußte — auch hier ein Antrieb aus einer nichtpolitischen Sphäre. Vielleicht liegt hierin auch der tiefste psychologische Grund für sein Beharrungsvermögen jenseits aller Wandlungen der politischen Wirklichkeit, dem ein monomaner Zug tatsächlich nicht abzusprechen ist.

Die naheliegende Frage, was aus diesem, geistig zweifellos begabten Manne hätte werden können, wenn ihn nicht sein Geld der Notwendigkeit enthoben hätte, sich anderen Menschen ein- und unterzuordnen, Pflichten und Verantwortung zu übernehmen und sich abschleifen zu müssen, ist wohl ziemlich eindeutig dahin zu beantworten, daß auch dann aus Arnold Rechberg kaum ein wirklicher Politiker geworden wäre, da seine Wesensart sich dem versagte. Das im Verlauf unserer Ausführungen mehrfach gestellte Problem, inwieweit die amtliche Diplomatie des Reiches die Kenntnisse und Fähigkeiten dieses Mannes zu gering gewertet hat und mit einem in Deutschland seit langer Tradition zweifellos vorhandenem Hochmut des „Fachmannes“ gegenüber dem „Dilettanten“ und „Außenseiter“ über ihn hinweggegangen ist, muß daher letztlich zu einer Rechtfertigung des Auswärtigen Amtes führen.

Daß Arnold Rechbergs Kritik an vielen Mängeln des auswärtigen Dienstes des alten Deutschlands nicht völlig unbegründet war, wird niemand bestreiten. Auch hier hätte Rechberg nach 1945 in der Bundesrepublik manches in seinem Sinne verwirklicht sehen können: der enge Kreis der alten Diplomatie weitete sich mehr und mehr und nahm Wirtschaftler und Träger des deutschen Kultur- und Geisteslebens in sich auf, wie denn zum Beispiel der erste deutsche Botschafter in Paris nach dem 2. Weltkrieg ein Kunsthistoriker war. Dessen ungeachtet würde auch bei einer anderen Behandlung durch das Auswärtige Amt Arnold Rechberg seiner unpolitischen Veranlagung wegen kaum zu einer wesentlich anderen Entwicklung gelangt sein. Jenes in unserem Jahrhundert und ganz besonders in Deutschland so selten gewordene Phänomen eines unabhängigen Mannes, der, über den Zeiten und Parteien stehend, in der Lage ist, auf Grund seines Wissens und seiner Erfahrung uneigennützig und weitsichtige Ratschläge zu geben, konnte sich hier nicht entfalten, so sehr Rechberg vielleicht diesem Ideal nachstreben wollte.

Der Grund für dieses Versagen lag in tieferer Sicht nicht einmal so sehr in seiner Individualität als solcher begründet, sondern darin, daß diese Individualität in vieler Hinsicht teil hatte an einer typisch deutschen Mentalität der Zeit. Rechbergs Auffassung von Macht, Staat, Recht und Politik, so unzulänglich sie uns Heutigen in ihrer robusten Primiti-



vität und ihrer materialistischen Entleertheit von geistig-ideellen Werten anmutet, stellt ihrerseits ein gar nicht so ungewöhnliches Produkt jener historischen Geistesverfassung in Deutschland dar, die seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts um die Verherrlichung einer „Realpolitik“ bemüht war und gerade auf den Lehrstühlen deutscher Hochschulen sehr prominente Vertreter zählte. Hier war der mißverständene Bismarck in Reinkultur lebendig, hier lebte und weste das, was im Ausland als (sicherlich ebenfalls größtenteils mißverständenes) Preußentum galt: das Evangelium der Macht und der großen Männer, die Geschichte machen, die Geringschätzung von Ideen in der Politik zugunsten einer Heldenverehrung, die zu einer übersteigerten Hochschätzung des Militärs und des soldatischen Geistes drängte und daher im besonderen an die Lösung politischer Fragen durch Kriege glauben mußte. So viel Kritik Arnold Rechberg bei seinen deutsch-französischen Verständigungsplänen auch in der deutschen Öffentlichkeit fand, diese Kritik richtete sich fast nie gegen seine allgemeinen politischen Auffassungen. Rechbergs geringe Meinung von zwischenstaatlichen Verträgen war in Deutschland und insonderheit in militärischen Kreisen weit verbreitet. Aber auch die Rechbergsche Überforderung des Verständnisses anderer Nationen für die deutsche Lage, ohne Rücksicht auf die psychologischen Bedingtheiten in Ländern, die noch kurz zuvor im Kampfe gegen Deutschland gestanden hatten, repräsentierte nicht auch sie einen starken „deutschen“ Zug, der sich sogar nach 1945 erneut deutlich zeigen sollte?

Insofern kann das persönliche Problem Arnold Rechberg gleichzeitig auch ein historisches deutsches Problem genannt werden, das Problem des deutschen „politischen“ Denkens, das im Grunde unpolitisch war und seinen Anteil am Untergang des Reiches hatte, weil es vom Nationalsozialismus ohne Mühe seinen Zwecken dienstbar gemacht werden konnte.

In polarem Gegensatz dazu ist das, was Rechbergs überpersönliches Problem darstellt, nämlich seine Konzeption von der politischen Kraft der Wirtschaft, gerade nicht als deutsches und vielleicht nicht einmal als historisches Problem anzusehen. Seine Annahme, daß der Staat „ein großes wirtschaftliches Unternehmen“ oder gar einer „Firma“, das Bündnis von Staaten einem „Konzern“ zu vergleichen sei, stand von vornherein in seltsamem Kontrast zu der herkömmlichen deutschen Staatsvergottung. Darüber hinaus zeigte die Geschichte besonders in Deutschland, daß die Wirtschaft nicht das Schicksal war. Nicht ein einziges Mal hat sich zu Rechbergs Lebzeiten seine Überzeugung bewahrt, daß wirtschaftliche Vereinbarungen zwangsläufig politische nach

sich ziehen müßten. Im Gegenteil, wenn irgendetwas, dann war nach 1918 die Politik das Schicksal Deutschlands geblieben, sei es durch die tiefverwurzelten Ideologien der Völker, die über Deutschland bestimmten, sei es durch die Machtpläne der Sieger, die wiederum Machtpläne der Besiegten hervorriefen. Der Schöpfer jenes Satzes von der Wirtschaft als Schicksal, Walter Rathenau, würde bei längerem Leben dies höchstwahrscheinlich selbst sehr bald eingesehen haben. Auch der politische Weg Gustav Stresemanns legt eine solche Annahme nahe. Er, dessen politische Weltanschauung als Wirtschaftler, Machtpolitiker und Militarist in seiner Frühzeit so viel mit Rechbergs materialistischer politischer Auffassung gemeinsam hatte, endete nach längerer verantwortungsvoller Tätigkeit in der Politik als ein Befürworter des Geistes, nicht der Materie. Ein eingehenderer Vergleich des inneren Stillstands Rechbergs mit der inneren Fortentwicklung Stresemanns würde die menschliche schöpferische Leistung dieses deutschen Staatsmanns, der wirklich neuen Ufern zustrebte, wahrscheinlich besonders deutlich machen.

Mit der oberflächlich-dilettantischen Staatsphilosophie Arnold Rechbergs, die weder von ideologischen noch soziologischen Faktoren im Staatsleben etwas wußte, kann eine fruchtbare Auseinandersetzung auch dann nicht versucht werden, wenn gleichzeitig offen zuzugeben ist, daß die Denkweise dieses Mannes durch die Dürftigkeit des allgemeinen deutschen Staats- und Gesellschaftsdenkens jener Epoche wesentlich mitbedingt wurde. Es bedarf daher auch keiner tieferen Begründung, warum mit einer derartigen Auffassung vom Wesen der Politik keine echte politische Orientierung Deutschlands nach Westen zu vollziehen war. Noch weniger konnte Rechbergs materialistische Geschichtsbeurteilung geeignet sein, den materialistischen Bolschewismus zu bekämpfen oder ihn gar geistig zu überwinden. Will man Rechberg als „Kapitalist“ bezeichnen, dann gab es sogar merkwürdig starke Verbindungslinien zwischen beiden Weltanschauungen! Unabhängig von diesen Feststellungen verdient es aber Beachtung in positivem Sinne, daß der Rang, den die Wirtschaft in Rechbergs Denken einnahm, zweifellos wesentlich dazu beitrug, daß Rechberg nach dem 1. Weltkrieg in den Fragen der Kriegsschuld und des Versailler Vertrages sich weit leidenschaftsloser und unbefangener verhielt als viele seiner deutschen Zeitgenossen und daß er auch in der Ära der Ruhrbesetzung sich niemals von seinem politischen Ziel der Verständigung mit Frankreich abbringen ließ. Hier spielte seine Wirtschaftskonzeption so etwas die Rolle der „neutralen“ Vernunft, wie diese im Zeitalter der Aufklärung nach den großen Religionskriegen als Mittlerin zwischen den streitenden Konfes-

sionen für eine Beilegung des Kampfes eintrat. Trotzdem: die politische Weltauffassung Arnold Rechbergs war im Grunde schon zu seinen Lebzeiten veraltet, an deren Ende sich auch noch erbarmungslos zeigte, daß ein Krieg gegen Rußland das schlechteste Mittel zur Beseitigung des Bolschewismus war. Daß Rechberg mit dieser Weltauffassung nach dem Umbruch der Zeiten und der Auflösung des deutschen Nationalstaats noch zu einer fruchtbaren politischen Wirksamkeit hätte gelangen können, erscheint ausgeschlossen. Denn nicht die wirtschaftlichen, sondern die politischen Bedingtheiten erbrachten nach dem tiefen Sturz eine Wandlung zum Besseren für den immerhin größeren Teil Deutschlands, und nicht die großen Männer, sondern die großen Verhältnisse waren dafür in erster Linie ausschlaggebend. Und nicht der Umstand, daß der westdeutsche Staat neue Macht besessen oder große Wirtschaftsgüter zu vergeben hätte, sondern daß er einen neuen politischen Geist erstrebte, schuf ihm Bundesgenossen im Westen, die die russische Drohung gegenüber dem Westen allein niemals hätte schaffen können.

Wenn Arnold Rechberg sich am Ende seines Lebens noch als Warner vor der „Einkreisung“ sah, so bewies er mit dem Gebrauch dieses nationalstaatlich-veralteten, starren und unfruchtbaren Begriffs, daß er das wahre Problem der deutschen Mitte nicht entfernt begriffen hatte, nicht einmal im dynamischen Sinne des Bismarckschen „cauchemar des coalitions“, jenes wahre Problem, das darin bestehen mußte, der Unsicherheit der deutschen Existenz nicht mit noch so gut gemeinten militärischen und wirtschaftlichen Bündnissen zu begegnen, sondern die deutsche „Enge“ in positivem Sinne zu sprengen durch eine weltweite und umfassende Zusammenarbeit mit allen denjenigen Nationen und Staaten, die dem bolschewistischen Materialismus gegenüber die Ideale der Freiheit, des Rechts und der Menschenwürde vertraten. Der Nachlaß Rechbergs liefert zahlreiche Beispiele, wie weit in Deutschland das politische Denken hinter einer großen politischen Entwicklung in der Welt einherhinkte. Für die Nachlässe mancher anderer, einst einflußreicher Deutscher läßt sich Gleiches sagen. Die Trümmer, die von diesem privaten Quellenmaterial erhalten blieben, sind daher symbolisch für die Trümmer der deutschen Geschichte und den Scherbenhaufen der in Deutschland einst vorherrschend gewesenen Geschichtsauffassung. Trotz ihrer Lückenhaftigkeit aber geben die schriftlichen Nachlässe häufig tiefere Einblicke in die innersten Gedanken der Handelnden als jede andere historische Quellengattung. Sie zeigen damit am eindringlichsten, wie grundlegend ein geistiger Neubau im deutschen politischen und historischen Denken sein muß.

# Anhang

## TEIL I

**Dokumente Nr. 1 - 38**

## TEIL II

**Verzeichnis der in den Jahren 1919 - 1932  
von Arnold Rechberg verfaßten bzw. von  
ihm veranlaßten Artikel in deutschsprachigen Zeitungen**

**Soweit keine Herkunftsbezeichnung angegeben ist, entstammen die Stücke sämtlich dem Nachlaß Arnold Rechberg. Rechtschreibung und Interpunktion wurden im allgemeinen den geltenden Regeln gemäß normalisiert, Stileigentümlichkeiten dagegen belassen. Lediglich Nr. 35 (Rudolf Pannwitz) ist uneingeschränkt in der originalen Schreibweise wiedergegeben. Die Reihenfolge der Texte ist nicht immer streng chronologisch, da sie in engem Zusammenhang mit der Darstellung erwachsen ist.**

**1. Oberhofmeisterin Freifrau von Tiele-Winckler  
an Kommerzienrat Fritz Rechberg**

Berlin, 28. Januar 1909

Kronprinzl. Palais

Hochgeehrter Herr Rechberg!

Leider beginne ich zu fürchten, daß uns vom Reichskanzler große Schwierigkeiten gemacht werden! Gestern Abend hatte ich Gelegenheit, dem Kronprinzen die Nachricht zu übermitteln, daß die großen französischen Blätter alle mitmachen würden, ebenso die Deutsche Bank und voraussichtlich [die] ganze haute finance. Worauf er sagte, der Reichskanzler meinte, es sei jetzt nicht der Zeitpunkt, und wäre gar nicht darauf eingegangen. S. K. H. forderten mich dann auf, doch selbst den Fürsten darauf anzureden. Letzterer stand wenige Schritte von mir entfernt, und so benutzte ich gleich die Gelegenheit. Es war gegen Ende des Festes und da die Majestäten jeden Augenblick aufbrechen konnten, so ließ ich mich auf gar keine längeren Auseinandersetzungen ein, sondern bat nur, er solle Ihnen doch Gelegenheit geben, persönlich ihm die Sache vorzutragen. Darauf ging er sofort ein und erwartet nun Ihre Ankunft. Ich soll nur Ihren Namen auf meine Karte schreiben, das wäre genügend Anmeldung. Er wird dann eine Stunde für Ihren Besuch bestimmen. Bitte überlegen Sie nun, wie Sie ihm die Sache recht mundrecht machen können! ich fürchte fast – nach jener Äußerung: „es sei jetzt nicht der rechte Zeitpunkt“ – daß man sich schon wieder mit englischen Freundschaftsversicherungen abgibt und den englischen Besuch mit Schmeicheleien umwerben wird! Jedenfalls gerade das, was man da drüben erhofft, um uns recht sicher in die Falle zu locken! statt dessen, müßten sie uns umwerben und Angst vor uns haben! Alliance mit Frankreich wäre doch ein ganz anderes Friedensunterpfand! ich hoffe, Sie finden das rechte Wort und können mit schon fertigen Plänen imponieren!

Sie haben mich in die Politik gelockt – nun hat sie mich gepackt! d. h. sie heißt bei mir nur: Vaterlandsliebe! Ich höre wohl bald von Ihnen!

In Hochachtung Ihre ergebene

Baronin Tiele

## **2. Arnold Rechberg an eine Exzellenz**

(Abschrift - von Abschrift - von der Hand des Frl. Anna Rechberg)

Berlin, 7. Oktober 1911

Hotel Adlon

**Ew. Exzellenz**

Auf dem Wege von Paris nach Mecklenburg, wo ich einige Tage in Schorssow, dem Gute der früheren Oberhofmeisterin Baronin Tiele-Winckler, verbringen werde, erlaube ich mir E. E. beifolgende Informationen zu übermitteln, obgleich ich politischen Fragen fern stehe. Die Informationen stammen teils von einem mir befreundeten Herrn, der der französischen ministeriellen Politik nahe steht und eine Position in der französischen Presse inne hat, teils von einem intimen Freund des früheren Ministers Clemenceau.

Ich kann für die Richtigkeit der Informationen eine Bürgschaft nicht übernehmen und gebe sie daher unter allen Reserven. Ich kenne jedoch beide Herren seit längerer Zeit als glaubwürdig und habe die Erfahrung gemacht, daß Informationen der Betreffenden über Angelegenheiten französischer Politik durch die Ereignisse sich bestätigt haben.

Da ich erst ganz kurz vor meiner Abreise nach Deutschland gesprächsweise beifolgendes erfuhr, versuchte ich durch Herrn von Winterfeldt meine Wahrnehmungen E. E. zu übermitteln. Ich traf jedoch Herrn von Winterfeldt nicht an.

Ich beschloß daher auf der Durchreise in Berlin S. E. Herrn von Kiderlen-Wächter aufzusuchen. Nach Rücksprache mit Herrn General von Chelius erlaube ich mir jedoch, wenn auch s c h r i f t l i c h , E. E. meine Wahrnehmungen direkt mitzuteilen.

Bei der an und für sich schwierigen Lage scheint es mir nach längerer Überlegung fraglich, ob es vorteilhaft wäre, wenn die Berliner Presse schon jetzt beziehungsweise überhaupt Punkt eins beifolgender Mitteilungen erfährt.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich E. E. sehr gehorsamster  
gez. Arnold Rechberg

**Anlage**

1. Das englische Kabinett habe nach Entsendung eines deutschen Kriegsschiffs nach Agadir das französische Ministerium durchaus zum Krieg mit Deutschland drängen wollen.

Um Frankreich sicherzustellen, daß England es keinesfalls im Stich lassen werde, habe das englische Kabinett durch den englischen Botschafter in



Paris den bindenden Vorschlag machen lassen, daß die englische Flotte zu erst unerwartet die deutsche Flotte, soweit erreichbar, mit Torpedos überfallen beziehungsweise mit Schlachtschiffen die deutsche Flotte und wichtige Küstenpunkte bombardieren solle.

Nach lebhafter Debatte habe sich jedoch die Majorität des französischen Ministerrats nicht entschließen können, den englischen Vorschlag zu akzeptieren, obgleich hervorragende Militärs zugeredet hätten.

2. England stehe hinter Italien; „personne ne parle pas de l'Angleterre, mais elle nous pousse tous, la France, l'Italie et l'Allemagne.“

England, durch die rapide Industrieentwicklung Deutschlands auf's schwerste in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht, sehe in der Vernichtung Deutschlands „une question de la vie ou de la mort“. Durch den italienisch-türkischen Krieg hoffe England weitgehende europäische Verwicklungen hervorzurufen, bei denen es selbst die starke Position im Hintergrund habe.

In jedem Falle wolle das englische Kabinett der Türkei dokumentieren, daß Deutschland außer Stande sei, ihr zu helfen und beabsichtige daher, den Erfolg einer deutschen Vermittlung zu hintertreiben.

Das seit langen Jahren in der Türkei erworbene Prestige Deutschlands solle durch die Konsequenzen des italienisch-türkischen Konflikts aufgehoben werden, um in letzter Linie die Bagdadbahn von deutschem Einfluß eventuell unter Zuhilfenahme englischen und französischen Kapitals abzulösen.

3. Den Protestationen Clemenceau's gegen die Kongoabtretungen läge mehr die Absicht zu Grunde, unter dem Vorwand unbefriedigten Patriotismus' das jetzige Ministerium zu stürzen und selbst an seine Stelle zu treten. Ein Bedürfnis nach kriegerischen Verwicklungen liege Clemenceau an und für sich fern.

### 3. Maler Cormon an Arnold Rechberg

[Paris] 27 Octobre 1911

159, Rue de Rome

Mon cher Rechberg.

Je vous remercie de votre lettre qui m'a fait d'autant plus de plaisir que j'avais vivement regretté d'avoir dernièrement manqué votre visite. Votre lettre et l'article que vous me communiquez m'ont très intéressé.

Vous savez parfaitement que je suis loin d'être un ennemi de l'Allemagne. Bien au contraire, surtout depuis les deux voyages effectués l'année dernière, l'un à Berlin, l'autre à Leipzig, où j'ai connu tant de gens si aimables et bienveillants, dont j'ai et garderai le meilleur souvenir, je désirerais du fond du coeur qu'une entente durable puisse se constituer entre nos deux pays. J'avoue malheureusement que, beaucoup plus qu'il y a un an, je crois la chose difficile et je considère la situation comme infiniment dangereuse. Selon moi, la faute en est à vous, à votre gouvernement, à sa politique et surtout à la forme qu'il donne à cette politique.

L'Angleterre est égoïste (comme tous les vrais politiques). Nous le savons tout aussi bien que vous. Pour amener l'Europe contre nous durant la Révolution et l'Empire, elle s'est servie de la terreur des monarchies contre l'esprit Révolutionnaire, puis des fautes de Napoléon. En ce moment, elle se sert des vôtres; si nous sommes avec elle c'est que nous ne pouvons pas faire autrement; ce n'est pas par choix.

Ayant un groupe peu nombreux, mais qui est élite, d'hommes réfléchis qui admirent les qualités remarquables de la race Anglaise, ont confiance en elles et, politiquement veulent l'alliance avec Londres; la masse, la grande masse a toujours au fond du coeur la haine de "l'Anglais", l'ennemi national depuis 8 siècles. Cela s'est bien vu au moment de Fachoda. Je crois que, malgré l'Alsace et la Lorraine, le peuple, je dis, le peuple, aurait marché avec vous contr'eux si vous l'aviez voulu. Et pourtant cette fois nous étions absolument dans notre tort. C'est qu'en réalité malgré la guerre il n'y avait pas de haine nationale contre vous; je n'en dirais plus autant maintenant. A qui la faute? à vous!

La première faute qui remonte à 40 ans, c'est de nous avoir, contre l'avis de votre grand Bismarck, pris l'Alsace et la Lorraine. Sans cela il y a bon temps, très probablement, que nous serions alliés. Néanmoins, la génération de la guerre, la mienne, tendant à disparaître, la génération nouvelle considérant la guerre de 70, l'Alsace, la Lorraine, comme histoire ancienne, ces souvenirs tendent de jour en jour à s'affaiblir et l'on ne ferait pas plus la guerre, uniquement pour cela, que nous ne vous l'avons fait depuis 40 ans. Votre seconde

faute, la plus grave, la plus lourde maintenant c'est d'avoir fini par exaspérer la génération nouvelle. Par vos violences, vos agressions, le ton comminatoire que vos hommes politiques et vos journaux prennent vis-à-vis de nous, notre nouvelle génération vous a en horreur. Notez bien que ce n'est pas, elle, une génération vaincue. Elle sent sa force et se croit parfaitement de force à vous tenir tête. A-t-elle raison ou tort? je n'en sais rien, mais vous, Allemands, vous n'en savez rien non plus.

Mon cher Rechberg, répondez-moi, je vous prie, à cette question. Est-ce nous qui vous cherchons jamais noise, ou n'est-ce pas vous qui à Tanger, à Agadir et bien d'autres fois nous cherchez querelles perpétuellement?

Cette fois-ci vous nous aviez posé des conditions telles qu'elles étaient absolument inacceptables. Les faisant vous sembliez résolu à nous tomber dessus; à nos yeux, c'est l'énergique démonstration Anglaise qui vous a calmés; après réflexion vous vous êtes peut-être rendu compte que vous vous lanciez dans une grosse affaire avec tous les torts apparents de votre côté; plus un peuple, surpris, qui à ce moment semblait rudement froid à l'idée de guerre.

Vous semblez nous reprocher d'être avec les Anglais plutôt qu'avec vous. Mais vous faites tout ce qu'il faut pour cela. Vous nous menacez tout le temps et de telle sorte que nous finissons par croire que c'est sérieux après avoir cru parfois que ce n'était que du bluff. A l'heure qu'il est le pays ici accepte que ce soit sérieux et accepte l'idée de la guerre, et il l'accepte avec indignation, et la fera avec rage.

Et comment ferions-nous un accord durable avec vous? Quand vous avez un accord avec nous, vous en voulez un autre deux ans après. Nous nous rendons compte que votre situation est difficile. Vous avez un besoin incontestable de colonies; or vous trouvez le monde déjà occupé par d'autres, surtout par l'Angleterre et par nous. Et lorsque nous nous disposons à en prendre encore un morceau qui se trouve à notre portée les gens raisonnables, dont je suis, trouvent assez naturel que vous nous disiez "Prenez, mais alors donnez-moi pour cela". Mais votre manière de causer consiste à flanquer un bon coup de poing d'abord. Vous nous en avez flanqué pas mal comme ça si bien que même les gens raisonnables, dont je suis, disent "Assez comme ça, nous allons nous battre".

On parle toujours de la volonté de Dieu dans les affaires de notre petit monde. Je doute fort que Dieu en quoi que ce soit s'occupe de nos affaires. Mais je crois possible qu'il y ait un équilibre de forces mystérieuses qui rendent absolument fatales les cataclysmes de notre terre, le triomphe ou la chute de telle ou telle force. Peut-être sommes nous à la veille d'événements effroyables, et malheureusement je le crains et j'en ai froid dans le dos. Si par malheur il en est ainsi, vous ou nous serons écrasés et les deux ruinés pour pas mal de temps.

**Vous et moi, mon cher ami, nous n'y pouvons rien. Souhaitons que ce ne soit pas, faisons, vous de la sculpture, moi de la peinture et continuons, quoi qu'il arrive, et si vous le voulez bien, à être les meilleurs amis du monde.**

**Faites mes compliments, bien affectueux à votre soeur, à votre famille et à bientôt, j'espère à Paris.**

**Je pense aller à Berlin au mois de Mars.**

**Ma femme et ma fille se rappellent au souvenir de Mlle. Rechberg.**

**Bien cordialement à vous**

**F. Cormon**

#### **4. Maler Cormon an Arnold Rechberg**

**[Paris] 6 Novembre 1911  
159, Rue de Rome**

**Mon cher Rechberg.**

**Voilà nos affaires qui semblent momentanément apaisées, à peu près arrangées, sans grandes satisfactions, je crois, de part et d'autre, et malheureusement laissant après elles un peu plus de méfiances et de rancunes. Enfin pour le quart d'heure, c'est la paix et il faut s'en réjouir.**

**Nous traversons, mon cher Rechberg, une époque bien singulière. On parle tout le temps de paix, incontestablement on fait énormément d'efforts, très sincères, pour la conserver, et en même temps tout en disant des gentilleses à ses voisins on se bourre de fusils, de canons et de sabres pour chouriner lesdits voisins.**

**Ceci pour l'extérieur; à l'intérieur cela ne vaut guère mieux. Si on ne se bat pas avec le voisin, on est prêt à se battre en famille. On ne parle que grève, émeute, révolution . . . En France, comme emblèmes de l'adoucissement des moeurs, nous avons pris les courses de taureaux à l'Espagne et nous prenons la boxe aux Anglais.**

**Nous voyons qu'en Allemagne on semble de mauvaise humeur contre vos gouvernants. Leur rôle ne doit pas être commode; pris entre votre parti militaire qui naturellement ne rêve que plaies et bosses, comme tous les partis militaires, et votre nouveau et colossal parti industriel et commercial qui a**

besoin d'expansion, de colonies mais aussi de paix, de calme et d'argent, vos gouvernants n'ont pas une besogne facile. — Les nôtres non plus du reste. Mais la plupart des difficultés que rencontrent ceux-ci proviennent de leurs propres fautes. Chez vous elles proviennent des circonstances, voire même de vos succès et de vos progrès. En somme depuis près d'un siècle vous avez un bon gouvernement. Il n'en est peut-être pas de même de nous.

J'espère, mon cher Rechberg, avoir bientôt le plaisir de vous voir ici. Je termine mes tapisseries de Berlin et les y enverrai le mois prochain.

Et vous? avez-vous une grande oeuvre en train?

Faites bien nos compliments à Mlle. votre soeur. Rappelez-moi au souvenir de votre frère.

Bien à vous

F. Cormon

## **5. Bericht des Marchese d'Adda über seine Unterredung mit dem französischen Außenminister Delcassé**

(Abschrift)

[Januar 1915]

**Pourparlers préparatoires en vue d'une Paix éventuelle**

Arrivé à Paris, ma première préoccupation a été d'être présenté — et sous une bonne lumière — à M. Delcassé.

Celui-ci avait été ministre de la Marine et connaissait mon nom, autant plus que j'avais été mêlé dans une polémique de presse franco-italienne à l'époque de Fachoda — en 1899 — et Delcassé alors ministre des Affaires étrangères m'avait fait appeler au Ministère du Quai d'Orsay par M. Lockroy, alors ministre de la Marine, pour me remercier de mon esprit conciliant.

Mon ami le Vicomte d'Humières, chef du Bureau Chiffres au Quai d'Orsay, a mis au courant M. Piccioni, chef du Cabinet de M. Delcassé, du but de mon voyage à Paris. M. Piccioni s'est trouvé à déjeuner avec moi chez le Vicomte d'Humières; je lui ai expliqué le caractère exacte de ma mission. M. Piccioni approuva et apprécia les sentiments de bonne volonté qui manifestent mes amis d'Allemagne et il m'a assuré que très prochainement M. Delcassé m'aurait reçu.

En effet, une semaine après – le 5 janvier – M. d’Humières me téléphona d’aller déjeuner chez lui parcequ’il avait quelque chose à me dire. C’était, que le soir à 10 h. M. Delcassé m’aurait reçu dans son cabinet.

M. Delcassé, très aimable, mais grave et l’air préoccupé, me demanda: – ”Cher Monsieur, comme vous le comprendrez, ce ne sont pas les moments de faire des paroles inutiles; voulez-vous bien me dire quel est le but exacte de votre voyage à Paris?” –

J’ai répondu:

– ”Monsieur le Ministre, je dois vous avouer tout d’abord que je n’ai aucune mission ni officielle ni officieuse. Voici la vérité pure et simple: je me trouvais en Allemagne et comme technicien et constructeur naval j’ai voulu voir Kiel et son arsenal; le Prince Henri de Prusse a bien voulu m’inviter déjeuner et j’ai été frappé des déclarations confidentielles qu’il m’a fai[tes] à propos de l’origine de la guerre. Ces paroles me confirmaient plus que jamais dans la persuasion que l’Allemagne n’a jamais voulu la guerre et qu’elle l’a subie comme une fatalité. Si l’Allemagne ne songeait, ne rêvait que la guerre, pourquoi n’a-t-elle pas fait la guerre à la France dans les 2 moments les plus favorables? En 1904 à l’époque de la guerre russo-japonaise, quand l’Angleterre alliée du Japon ne pouvait pas s’allier à la France. Et en 1912 à l’époque de la saisie du Manouba et du Carthage, quand l’Italie, sur le conseil de l’Allemagne, se montra très conciliante dans la solution de cette grave affaire qui avait soulevé dans toute l’Italie une vive indignation contre la France, surtout pour le discours de M. Poincaré. A ce moment-là – si l’Allemagne avait voulu, – l’Italie aurait déclaré la guerre à la France.

Retourné à Berlin et dans l’attente d’obtenir une permission de me rendre au front comme écrivain militaire, j’ai eu occasion de m’entretenir avec de mes amis d’Allemagne et d’approcher des personnalités éminentes de la politique et de l’industrie. Convaincu par des conversations spontanées et quotidiennes, qu’aucune rancune existe dans l’esprit allemand contre la France et que la guerre entre ces deux grandes nations peut bien être considérée comme insensée, parceque elle n’a pas été déchainée par la haine, j’ai demandé à mes amis d’Allemagne: ”mais pourquoi ne faites-vous pas des démarches très discrètes et presque personnelles, pour savoir si on pourrait trouver un terrain d’entente sur lequel on pourrait diriger plus tard les pourparlers préliminaires pour une paix éventuelle? M. Poincaré a dit tout récemment ”que la France voulait une paix avec dignité.” C’est une définition pleine de tact et de modération et qui engage l’Allemagne à démontrer la même modération. Pourquoi, vous Allemands, ne feriez-vous pas les premières avances pour montrer aux Français que vous êtes animés, vous aussi, de sentiments de conciliation?”

Mes paroles ont eu un accueil qui dépassait mes espérances, car le terrain était favorable. J'ai longtemps parlé avec mes amis d'Allemagne à ce sujet; ils m'ont dit: "Vous êtes Italien c'est-à-dire appartenant à un État neutre. Vous avez des amis en France comme vous en avez en Allemagne. Voulez-vous aller à Paris dans le but de voir tous les hommes de bonne volonté, qui connaissent bien la situation politique et militaire de l'Europe et en particulier celle des puissances belligérantes, les hommes qui dirigent directement ou indirectement les affaires de la République, et leur demander leur opinion sur des éventuels pourparlers pour la paix?"

Voilà, Monsieur le Ministre, comment je suis arrivé à Paris; je suis ami de la France ainsi que de l'Allemagne – comme presque tous les Italiens d'ailleurs. – L'Italie désire que dans cette guerre ni la France ni l'Allemagne aient à sortir avec trop de blessures. La haine anglaise contre l'Allemagne ne trouve aucune approbation en Italie . . . Nous ne pouvons pas comprendre en Italie ces haines politiques et économiques de l'Angleterre. Dans un siècle l'Angleterre a nourri trois haines: Napoléon, la Russie, l'Allemagne.

Comme elle ne possède qu'une puissance navale, elle cherche toujours des alliés du continent qui mettent à sa disposition les armées de terre nécessaires à ses rancunes. En définitive ce sont toujours les alliés du continent qui payent le plus. Arrive aujourd'hui ce qui est arrivé en Crimée. Seulement qu'aujourd'hui les Russes sont alliés aux Anglais. Un nonsens; nous autres Italiens, qui possédons par nature le sens politique, nous sommes persuadés, par exemple, qu'une alliance entre l'Allemagne et la Russie n'est qu'une question de quelques années.

Et avec cela j'ai tout dit; je vous répète, Monsieur le Ministre, que je ne suis investi d'aucun pouvoir officiel ou officieux; mais mes amis ont des liens avec les hommes qui gouvernent l'Allemagne. Voulez-vous bien me dire, Monsieur le Ministre, si mon voyage et mes humbles efforts sont destinés à rester inutiles?"

M. Delcassé, l'air moins soucieux, me déclara tout simplement: "Écoutez, mon cher marquis; comme ministre et étant données mes responsabilités officielles, je ne puis pas vous répondre si votre voyage et vos efforts dont j'apprécie le noble but, seront inutiles ou non. Je puis vous dire une chose seulement: avant que le gouvernement français puisse accepter l'idée de n'importe quels pourparlers, il faut que l'Allemagne nous fasse connaître quelles sont ses idées sur l'avenir et la destinée de la Belgique. Voilà le point redoutable de la paix future; tout le reste passe en deuxième ligne. La destinée de la Belgique est le lien qui nous serre à l'Angleterre et pour l'Angleterre la liberté de la Belgique est tout. Si vous retournerez ici, veuillez me communiquer ce



que pensent vos amis d'Allemagne à ce sujet, sans cela toute autre conversation sur les conditions de paix etc. serait du temps perdu."

Après quelques paroles échangées avec le ministre sur différentes questions d'ordre secondaire, c. à d. sur l'admirable préparation militaire de l'Allemagne, sur l'élévation de l'esprit public, sur la puissance de ses réserves en hommes, en argent, en vivres (Delcassé m'interrompait toujours, en disant: oui, oui, je sais, j'en suis convaincu de tout cela . . . ) j'ai pris congé.

## 6. Abgeordneter Erzberger an Marchese d'Adda

(Abschrift eines Entwurfs)

[Februar 1915]

Cher Marquis d'Adda,

J'ai lu avec beaucoup d'intérêt votre lettre du 30 janvier par laquelle vous me communiquez les conversations que vous avez eu tout récemment avec vos amis de Paris à propos de la possibilité de réussite que pourrait avoir en ce moment toute tentative confidentielle ayant pour but la préparation d'une paix éventuelle entre l'Allemagne et la France.

Vos intentions sont si bonnes que je ne peux pas m'empêcher de vous dire que vous avez toute ma sympathie. Vous me faites savoir que c'est la question de la Belgique que vos amis de Paris posent comme la plus importante, parceque l'Angleterre en tient tant.

Je ne sais pas exactement quelle soient les intentions du Gouvernement à ce sujet, mais comme homme politique je suis de l'avis que le retour de la Belgique au status quo ante soit difficile à faire.

Nous tous avons compris que cette guerre a été faite par l'Angleterre seule qui a voulu arrêter notre développement en abusant pour ce but de la France et de la Russie; nous sommes en conséquence forcés de nous méfier des intentions de cette puissance. Abandonner nos positions en Belgique serait pour nous de laisser à l'Angleterre toute influence dans un pays que nous avons dû occuper en sacrifiant le sang de nos soldats. Nous n'avons jamais eu un intérêt de nous aggrandir aux dépens de la France, mais même s'il se fait sentir de plus en plus que l'Angleterre commence à comprendre, qu'elle ne peut pas nous vaincre

et qu'elle en va tirer de cette conviction les conséquences la première, nous devons nous méfier d'elle tant que nous n'aurons pas des garanties absolues. Nous ne voulons pas que le peuple belge ne jouisse pas de liberté, mais d'autre part nous avons le devoir d'assurer nos frontières. La Belgique entièrement hors de notre influence représenterait pour l'Angleterre un territoire à sa disposition au continent pour n'importe quelle agression contre l'Allemagne et même contre la France, si l'Angleterre jugera un jour nécessaire de faire la guerre à son alliée d'aujourd'hui. Même si je me mets dans les idées d'un homme d'état français je suis de l'avis que les capitaux français trouveront plus de chance dans une Belgique protégée contre l'imperialisme anglais.

Voilà mes idées personnelles que je vous communique confidentiellement. Elles sont d'ailleurs partagées par la grande majorité du peuple allemand.

Veillez agréer, cher Marquis, toutes mes amitiés et tous mes remerciements pour vos efforts.

gez. Erzberger  
Mitglied des Reichstages

## 7. Arnold Rechberg an Oberst Hoffmann (Durchschlag)

Baden-Baden, 12. August 1917  
Brenners Hotel Stephanie

Sehr verehrter Herr Oberst!

Als ich Sie zum letzten Mal in Berlin sah, frugen Sie im Gespräch, wie man sich eigentlich die schließliche Lösung des jetzigen Weltkonflikts vorstelle, bzw. welcher Ausweg aus der so festgefahrenen Gesamtlage überhaupt denkbar sei. Da Sie der Ansicht waren, daß Deutschland auch nach einem eventuellen Ausscheiden Rußlands nicht mehr stark genug sein werde, um die vereinigten Westmächte auf dem Schlachtfeld zum Frieden zu zwingen, so konnte eine Auflösung des Konflikts nur gedacht werden

- 1) durch eine auf diplomatischem Wege zu erreichende Spaltung der Entente oder
- 2) durch einen Erfolg des U-Bootkrieges so durchgreifender Art, daß England dadurch zum Nachgeben veranlaßt würde.

Ad 1) Auf diplomatischem Weg Fortschritte zu machen, ist bisher anscheinend nicht gelungen. Es ist zu bedauern, daß unsere Diplomatie nicht erreicht, aus so schwerwiegenden militärischen Erfolgen wie es Ihr neuerlicher Durchbruch in Galizien gewesen ist, ein politisches Resultat zu ziehen. Auch der psychologische Moment bezüglich Frankreichs, den Sie für möglich annahmen, sobald die englisch-französische Frühjahrsoffensive gescheitert sein würde, ist anscheinend ungenutzt von uns, jedenfalls aber ohne Resultat vorübergegangen. Aus dem allen muß geschlossen werden, daß wir entweder nicht verstehen, militärische Erfolge diplomatisch auszubeuten, oder daß der Einfluß Englands bei seinen Bundesgenossen stark genug ist, um sie trotz allem am Kampfe festzuhalten. In der Tat glaube ich, daß besonders nach dem Eingreifen von Amerika es infolge der darauf begründeten Hoffnungen der Entente sehr viel schwerer als früher sein wird, einen von Englands Verbündeten zu eliminieren. Es wird dies um so schwerer sein, weil jetzt die großen Geldmittel Amerikas der Ententepolitik direkt zu Gute kommen.

Ad 2) Was den U-Bootkrieg angeht, so bezweifelt Herr Erzberger, Richthofen, Graf Bernstorff und eine ganze Anzahl sehr gut informierter Politiker, daß die von ihm erhoffte politische Wirkung in absehbarer Zeit eintreten wird. Diese Ansicht steht den Anschauungen der Marine diametral gegenüber. Für den Fernstehenden ist es unmöglich, zu beurteilen, welche von beiden Ansichten eigentlich die zutreffende sei. Allerdings hatte die Marine die definitive Wirkung des U-Bootkrieges schon nach einer Frist in Aussicht gestellt, die bereits abgelaufen ist.

Alle diese Erwägungen haben mich veranlaßt, einen in der Tat sehr einleuchtenden Ausweg aus dem Weltkonflikt, den mir ein sehr intelligenter englischer Politiker vor dem Kriege bezeichnet hatte und dessen prinzipiellen Grundlagen durch den Krieg nicht verändert worden sind, nochmals zur Erwägung zu stellen. Ich habe darüber mit Herrn Erzberger und mit dem Geheimrat Witting gesprochen, die beide von dem Gedanken sehr eingenommen waren.

Ich lege sehr großen Wert darauf, daß Sie, sehr verehrter Herr Oberst, über die ganze Frage informiert sind, ganz ebenso wie auch der General Ludendorff darüber Bescheid wissen muß. Wie sich die Oberste Heeresleitung zu der ganzen Frage eventuell stellen würde, hängt von der definitiven Anschauung des General Ludendorff darüber ab. Ich erlaube mir daher Ihnen beifolgend einen Bericht mit Anlagen zuzustellen, den ich gleichzeitig durch die lebenswürdige Vermittlung Frau Ludendorffs dem General Ludendorff übersandt habe.

Mit herzlichem Gruße und mit angelegentlichsten Empfehlungen bin ich Ihr sehr ergebenster

[Arnold Reehberg]

## 8. Aus Arnold Rechbergs Bericht für Oberst Hoffmann vom 26. 4. 1917 \*

England:

Es darf nie aus den Augen verloren werden, daß der Krieg von Seiten Englands gegen die deutsche Industrie geführt wird. Ein sehr hervorragender englischer Diplomat hat mir vor dem Kriege wörtlich gesagt: „Wenn es uns nicht gelingt die deutsche wirtschaftliche Expansion mit Waffengewalt anzuhalten, gehen wir wirtschaftlich während des Friedens verloren. In vielen wichtigen Plätzen unserer Kolonien sind  $\frac{2}{3}$  des Wirtschafts-Umsatzes in deutschen Händen. Allerdings werden wir durch die Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens selbst schwer geschädigt. Wir werden ferner gar nicht einmal in der Lage sein, die deutsche Industrie durch unsere eigene Produktion zu ersetzen, wenn sie vernichtet sein würde. Aber trotzdem ist die Alternative, daß wir beim Fortbestehen des Friedenszustandes in der Welt und im eigenen Hause erstickt werden, der für uns unerträglichere Fall.“ Der betreffende Diplomat machte mich damals darauf aufmerksam, daß die einzige Möglichkeit, einen Weltkrieg zu vermeiden, bzw. ihn selbst nach Ausbruch noch beizulegen, die wäre, das englische Kapital in so großem Maßstabe an der deutschen Industrie zu beteiligen, englische und deutsche Industrie-Werke in so großem Umfange mit einander zu fusionieren, daß England ein Interesse an der deutschen Industrie gewänne, anstatt sich von ihr bedroht zu sehen.

Der betreffende Diplomat sagte ferner, daß, wenn ein solch großzügiger Interessenausgleich überhaupt zu Stande zu bringen wäre, England den Deutschen die völlige Gleichberechtigung in den englischen Kolonien zugestehen könnte. Gerade weil England nicht in der Lage sei, die Produktion der deutschen Industrie selbst hervorzubringen, sei es für England von denkbar größtem Interesse, an dieser Industrie beteiligt zu sein, denn erst dadurch könne England sowohl finanziell, als in Bezug auf die Rohprodukte, als in Bezug auf die Industrie gewissermaßen in Interessengemeinschaft mit Deutschland Amerika gegenüber sich behaupten und die übrige Welt beherrschen.

Es scheint außerordentlich fraglich, ob bei der augenblicklichen psychischen Orientierung der deutschen Nation derartige Gedankengänge überhaupt noch erwogen werden können. Es hat zudem den Anschein, daß das englische Kapital im Begriff steht die Vereinigung mit einer mächtigen Industrie, die es auf deutscher Seite nicht finden konnte, mit den Vereinigten Staaten von Amerika anzustreben. Jedenfalls aber wäre es dann leichter, solchen Erwägungen nahe zu treten, wenn es Deutschland vorher gelungen wäre, aus Mitteleuropa, Rußland, Italien und Frankreich ein Wirtschaftsgebiet zu schaffen, dessen weder England noch die Vereinigten Staaten auf die Dauer entbehren

können. Bei der Eigenart der Engländer, Politik ohne Liebe und ohne Haß, sondern nur auf Grund kalter Erwägung zu machen, halte ich es auch heute für nicht unmöglich, daß England seinerseits auf eine derartige Politik selbst dann eingehen würde, wenn Deutschland mit seiner noch ungebrochenen Industrie alle in diesbezügliche Verhandlungen anbahnte.

Wenn die deutsche Industrie bei einem derartigen Arrangement zunächst an England starke Kapitalsbeteiligungen abebe, so werde sie andererseits durch die mit diesem Arrangement verbundenen wirtschaftlichen Vorteile so sehr wachsen, daß nach kurzer Zeit wieder ebenso viel deutsches Kapital in ihr arbeiten werde, wie vor einer solchen Fusion. Es sei in der Tat eine Erfahrung des industriellen Lebens, daß etwa bei der Interessengemeinschaft zweier mächtiger Werke jedes einzelne stärker werde, als es vorher gewesen sei.

\*) vgl. Nr. 7

## 9. Arnold Rechberg an Generalmajor Hoffmann

(Durchschlag)

Berlin, 27. Dezember 1917  
Hotel Esplanade

Sehr geehrter Herr General!

Gestern hatte ich eine längere Besprechung mit Herrn Erzberger. Er sprach sehr herzlich über Sie und erzählte mir, daß Sie mit ihm telefoniert hätten. Er sagte mir ferner, daß die Verhandlungen mit Rußland recht schwierig wären, rechnete aber sehr auf Ihr diplomatisches Geschick, in das er mehr Vertrauen zu haben schien als in das Kühlmanns.

Herr Erzberger bedauerte, daß man damals, als ich Sie in Brest-Litowsk aufsuchte, nicht zu einer Verständigung mit England gekommen sei. Nach seiner Ansicht sei sie auf Grund des Grahameschen Vorschlags schon damals möglich gewesen und man hätte dann natürlich jetzt von Rußland viel mehr herausholen können. Lord Weardale hat ja Herrn Erzberger gesagt, daß uns England bei einer Realisierung des Grahameschen Gedankens freie Hand gegen Osten lassen werde.

Erzberger hat nunmehr meine Denkschrift den Führern aller Parteien des Parlaments zugestellt. Er beabsichtigt die Zustimmung aller Parteien zu dieser

Frage im Prinzip herbeizuführen, wobei ausdrücklich offen gelassen werden soll, zu welchem Zeitpunkt diese Karte auszuspielen sei. Darüber soll sich nach Erzbergers Plan dann das Parlament mit der politischen und militärischen Reichsleitung verständigen.

Diese Richtlinien würden also ganz dem entsprechen, was wir bei Ihrer letzten Anwesenheit in Berlin besprochen haben. Auch bei einer Unterhaltung, die ich mit Ebert und Scheidemann hatte, waren diese mit dieser Direktive durchaus einverstanden. Da ich der Ansicht bin, daß es richtig ist, über diese Frage alle Parteien zu hören, habe ich auch mit dem Führer der Alldeutschen, dem Großadmiral von Tirpitz gesprochen. Bis auf einige Bedenken bezgl. der belgischen Frage, die Tirpitz hatte, über die sich aber nach meinem Gefühl hinwegkommen ließe, gab mir Tirpitz zu meiner Freude zu, daß dieser Ausweg die beste Lösung des Weltfriedens sei, und schien sogar einer Annäherung an Erzberger nicht abgeneigt.

Jedenfalls habe ich den Eindruck, daß alle Abgeordneten, die ich gesprochen habe, wie Erzberger, Richthofen, Fischbeck, Scheidemann, Ebert usw., bezgl. des Resultates der Verhandlungen mit Rußland auf jeden Fall hinter Ihnen stehen werden. Ich hörte gerade in diesen Kreisen mehrfach den Gedanken propagieren, daß Sie nach Abschluß der Verhandlungen mit Rußland auch die viel schwierigere Lösung unserer Interessendifferenzen mit England herbeiführen sollten. Es wäre das in der Form möglich, daß Sie als Repräsentant der Obersten Heeresleitung, gerade wie jetzt in Brest-Litowsk, mit an die Spitze der Verhandlungen gestellt würden.

Die Denkschrift in der Form, wie sie Erzberger an die Führer des Parlaments gegeben hat, füge ich nochmals bei. Es scheint allerdings, daß Herr von Kühlmann der Frage noch zögernd gegenüber steht. Ich weiß nicht, ob und inwieweit Herr von Kühlmann im September Versuche gemacht hat, mit England Verbindungen anzuknüpfen. Wenn er dabei den Grahameschen Vorschlag nicht als wichtiges Moment in den Vordergrund gestellt hat, konnten diese Versuche unmöglich gelingen. Hat er es aber getan, dann fehlten ihm einige notwendige einzelne Einzelheiten, die ich absichtlich in meiner Denkschrift nicht aufgenommen habe. Ich bin durch meine Erfahrungen in der Angelegenheit Bolo Pascha vorsichtig geworden. Damals hatte ich Bethmann-Hollweg einen Operationsplan mit allen Einzelheiten ausgearbeitet, indem besonders betont war, daß man Verbindung mit Caillaux suchen müsse. Nachdem ich dann, wie Sie wissen, in dem Marchese d'Adda und Bolo Pascha die geeigneten Unterhändler besorgt hatte, hat nach meiner Ausrangierung Herr von Jagow versucht, meinen Operationsplan auszuführen. Der Plan ist aber dann schließlich mißlungen, weil man doch nicht die nötige Kenntnis des Terrains in Paris

hatte und infolgedessen Faktoren übersehen hat, die ich außer Caillaux noch in Rechnung gestellt hatte.

Wenn ein an und für sich richtiger Operationsplan in der Ausführung durch andere verdorben wird, so ist das für den Urheber dieses Planes sehr undankbar, und ich hatte mich diesmal dagegen zu sichern gesucht, daß ich von vornherein einige für die A u s f ü h r u n g des Grahameschen Gedankens wichtige Einzelheiten nicht berührt habe. Ich habe das Herrn Erzberger auch gesagt und ihm erklärt, daß ich eine Verantwortung für den ganzen Gedanken nur dann übernehmen kann, wenn ich bis zu dem Moment, in dem der Vertrag mit England prinzipiell abgeschlossen sei, an dem Gang der Verhandlung beteiligt bliebe.

Bezüglich der Angelegenheit Caillaux habe ich jetzt wenigstens die Genugtuung, daß, wenn auch die Herbeiführung eines Separatfriedens nicht gelungen ist, meine Aktion schließlich doch als Endresultat eine für Deutschland günstige Spaltung der Geister in Frankreich herbeigeführt hat.

Mit vielen herzlichen Weihnachtswünschen für Sie und für Deutschland bin ich Ihr treuer und aufrichtig ergebener

[Arnold Rechberg]

## 10. Geheimrat Hugenberg an Arnold Rechberg

z. Zt. Rohbraken b. Rinteln/Weser;  
19. August 1918

Ihr geschätztes Schreiben vom 13. d. Mts. erhielt ich vorgestern dankend hier. Die Denkschrift stimmte nach meiner Erinnerung mit einer mir seinerzeit schon zugegangenen überein. Von dem Inhalte des Aufsatzes in der Berliner Börsenzeitung habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich stehe dem ganzen Gedanken durchaus ablehnend gegenüber und erblicke in ihm gewissermaßen eine nationale Mischlingspolitik, von der ich nur schwere Nachteile für uns erwarten kann. Sollten Sie gleichwohl eine Besprechung der Angelegenheit für erwünscht halten, so stelle ich mich um den 19. September herum gelegentlich eines Dortseins gern dazu zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Hugenberg



## 11. Generalmajor von Seeckt an Arnold Rechberg

Chef des Türkischen großen Hauptquartiers

Konstantinopel, 3. Oktober 1918

Sehr geehrter Herr Rechberg!

Euer Hochwohlgeboren spreche ich für die gütige, durch meine Frau vermittelte Zusendung Ihrer beiden Schriften „Bilderfolge“ und „Weltfragen“ meinen ergebensten Dank aus. So viel interessante Anregungen auch der ersten zu entnehmen, so erregt die zweite mit ihren Ausblicken naturgemäß bei mir zur Zeit aktuelleres Interesse. Es ist schwer, in diesen Tagen der großen Erschütterungen und auf den schwankenden Boden der Tagesnachrichten den festen Beobachtungsstand zu erreichen, von dem die werdende Lage zu beurteilen ist. Euer Hochwohlgeboren Zeit werde ich nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß Sie meinen kurzen Betrachtungen Interesse entgegenbringen, um zu sehen, wie sich im Kopf eines Mannes Gegenwart und Zukunft malt, der seit lange nur auf der Peripherie der Ereignisse, den Blick nach dem Zentrum zu lenken gewohnt wurde. Wir haben unsere Kräfte überschätzt. Sie reichten nicht aus, um im Westen die Waffenentscheidung zu erzwingen, gleichzeitig die andern Fronten zu stützen und im nahen und fernen Osten deutsche Expansionspolitik zu treiben. Es liegt mir vollkommen fern, nachträgliche Kritik auf militärischem oder politischem Gebiet üben zu wollen. Ich bin persönlich vom ersten Tag ein überzeugter Anhänger der „Westfront“ gewesen und habe eine frühzeitige oder rechtzeitige, aber vollständige Verständigung im Osten für erstrebenswert und zeitweise für erreichbar gehalten, Westfront hieß Kampf gegen England, in der Hoffnung, auf dem Gewaltweg zu einer Einigung zu kommen. Dies Ziel ist nicht erreicht; so heißt es, auf einem anderen Wege nach dem gleichen streben, also nach einer Verständigung mit England. Je leistungsfähiger wir aus dem Krieg hervorgehen, umso höher ist unser Wert als Partner. Ein gefährlicher Konkurrent sind wir zunächst nicht für England. Wir können es aber wieder werden, und um diesem neuen Gegensatz vorzubeugen, zeigen Sie in dem vorgeschlagenen Compagnongeschäft den Weg. Sie sehen, ich stimme Ihrem Vorschlag zu, ohne seine technische Ausführbarkeit beurteilen zu können. Das Ausschlaggebende wird schließlich sein, ob England zu einer Verständigung und zu der gezeichneten oder ähnlicher Interessenfusion zu haben ist. Man sollte denken, England müßte sich nach einem Partner umsehen, der es im Konkurrenzkampf gegen Amerika unterstützt. Diesen sehe ich mit großer Schärfe auf den verschiedensten Gebieten und in den verschiedensten Gegenden entbrennen. Der englisch-amerikanische Gegensatz ist trotz Blut- und Sprachverwandtschaft viel, viel größer, als der

zwischen Amerika und Frankreich, das stets für ersteres das Land der Amusements, der Eleganz, der Freiheit, nie das der Konkurrenz gewesen ist und werden kann. Frankreich mag sich jetzt seufzend in diese Freundschaft fügen, abschütteln kann es sie nicht mehr. Ist Frankreich gar so eng mit Amerika befreundet, so gerät es in vertieften Gegensatz zu England. Da wir in absehbarer Zeit in ein erträgliches Verhältnis zu Frankreich nicht werden kommen können, so müssen wir auch aus diesem Grunde die Seite des Gegenspielers wählen. Über Rußland wird man sich verständigen können. Als asiatischer Rivale scheidet es für England auf lange Zeit dank unserer Hilfe vollkommen aus. England wird gut daran tun, mit uns im Einvernehmen sich den möglichst großen Teil der wirtschaftlichen Ausnutzung gegenüber Amerika zu sichern. Den Stein Japan in diesem Spiel richtig zu schieben, sollten wir zweckdienlich England überlassen; ich fürchte, wir haben zur Zeit im fernsten Osten nicht allzuviel zu sagen. Näher liegt uns – und besonders zur Zeit mir – der nähere Osten. Hier habe ich ganz persönlich manche Hoffnung begraben. Ich sagte vorher, meine Kampffront sei westlich orientiert gewesen. Sie werden verstehen, daß ich das politisch, nicht geographisch meinte; denn die empfindliche Angriffsstelle Englands lag nicht in Frankreich, sondern in Asien. Das wurde an sich ja in der romantischen Periode dieses Krieges erkannt, der Zeit als man dachte, durch kleine aber teure Kamelreiterexpeditionen Ägypten und durch um so billigere Abenteurerfahrten Afganistan zu erobern; dieses Interesse für das Problem Asien fehlte später, und der Ruf, daß mit Öffnung der Donau und des Schwarzen Meeres der Weg nach Indien sich anfang zu öffnen, verhallte im Waffenlärm der Westfront. Die Kräfte für einen Krieg in Asien fehlten bei den Anforderungen der im Westen gesuchten Entscheidungen. Mit geringen Kräften war hier aber nichts zu leisten. Ich wollte wahrhaftig nicht nach Indien marschieren, aber sprach mich dahin aus, daß die Wirkung des Erscheinens deutscher Truppen in Baku und Kasvin und deutscher U-Boote im Kaspischen Meer im Hindukusch und an der Beludschistangrenze zu spüren sein würde. Mein Versuch, mit den türkischen unzulänglichen Kräften in gleicher Richtung zu wirken, mußte ergebnislos sein; trotzdem führte schon er zur Einnahme von Baku und zur Räumung des persischen Aserbeidjans. Kräftig und deutsch durchgeführt hätte er Bagdad wiedergewonnen.

Doch das sind militärische Stoßseufzer hinter vergangenen Träumen hergesandt. Es heißt auch hier der Zukunft ins Auge sehen. Wir müssen versuchen, England darüber zu beruhigen, daß wir nicht die Rolle Rußlands in Asien spielen wollen. Für Ägypten hat England nichts mehr zu fürchten. Palästina, Syrien, Mesopotamien sind für die Türkei verloren und fallen in englische, Syrien vielleicht zunächst in französische Machtsphäre. Unsere bisherige Türkenpolitik ist gescheitert; der Traum einer mächtigen Türkei gründlich ausgeträumt – kein Traum, ein Alpdruck für den, der in die Verhältnisse hineinsah!

Jetzt ist dahin eine Einigung anzustreben, daß eine verkleinerte, rein türkische Türkei dem deutschen Einfluß überlassen wird und daß man sich über Persien verständigt. In beiden Ländern müßte wohlverstandenes Interesse zu einer Einigung Deutschlands mit England gegen den hier schon sehr erstarkten französisch-amerikanischen Einfluß führen.

Ich versage es mir, auf diese mir zur Zeit naheliegenden Fragen im Einzelnen einzugehen. Alle Einzelheiten würden in das Gebiet der Spekulationen fallen. Voraussetzung für eine von mir so flüchtig skizzierte, wie für jede einzuschlagende Politik ist, daß uns der Friede Freiheit zum Atmen läßt.

Mein Brief sollte doch auch nichts anderes sein, als eine ungerufene Antwort auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragen. Bitte nehmen Sie ihn als solche und als den Ausdruck aufrichtiger Wertschätzung von Ihrem ergebenen

von Seeckt

## 12. Chefredakteur Stampfer an Arnold Rechberg

Berlin, 30. Juli 1918  
Lindenstraße 3

Sehr geehrter Herr,

besten Dank für Ihre freundliche Zusendung. Auch Ihre Denkschrift habe ich inzwischen sehr aufmerksam gelesen. Ich betrachte sie als schätzenswertes Material, das an einem späteren Zeitpunkt Bedeutung erlangen kann, von einer öffentlichen Erörterung ihres Inhalts in diesem Augenblick könnte ich mir aber nichts versprechen. Ich möchte im Gegenteil davor warnen. Bei der gegenwärtigen Temperatur könnte Ihr Vorschlag drüben nur auf höhnische Ablehnung stoßen. Als alter Journalist kann ich mir lebhaft die Leitartikel vorstellen, die darüber auf der anderen Seite geschrieben werden würden, über dieses Dokument der deutschen Mentalität und über die Naivetät, die glaubt, den größten Kampf der Welt, der um die höchsten Ideale geführt wird, als ein Handelskompagnongeschäft abschließen zu können. (Dies ist nicht meine Auffassung, vielleicht auch nicht einmal die Auffassung derer, die es schreiben würden, aber geschrieben würde es doch, und die Meisten würden es durchaus einleuchtend finden.).

Darum glaube ich, daß die Erörterung Ihres Vorschlags in der Öffentlichkeit auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden muß.

Hochachtungsvoll ergebenst

Stampfer

### **13. Arnold Rechberg an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. David**

(Durchschlag)

Hersfeld, 4. Dezember 1918

**Euer Exzellenz**

möchte ich über meine Reise nach Kopenhagen noch Bericht erstatten.

Vor meiner Abreise hatte ich von Exzellenz Erzberger in Gegenwart meiner Schwester ganz unmißverständlich folgende Instruktion erhalten:

**Privat** Verbindung mit der englischen Gesandtschaft zu suchen, insbesondere mit dem Geschäftsträger, Mr. Guerney, und dem Handelsattaché, Mr. Turner, neutrale Vermittler möglichst vermeiden.

In Kopenhagen habe ich mich zwecks Erkundung des Terrains zunächst mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau in Verbindung gesetzt. Graf Brockdorff wollte im Gegensatz zu Erzberger nicht, daß ich direkte Verbindung mit der englischen Gesandtschaft suche. Er schlug mir den Weg über einen Neutralen, Herrn Scovgaard-Petersen, vor. Herr Scovgaard-Petersen sagte mir, die Sache sei, wenn sie von deutscher Seite ernsthaft gewollt werde, von riesiger Bedeutung. Der Gedanke sei allgemein bekannt, auch den Engländern. Es mangle bisher, daß er von maßgebenden Persönlichkeiten deutscherseits in Angriff genommen worden sei.

Bei der Bedeutung der Frage, deren Vorteile für die Neutralen Herr Scovgaard-Petersen völlig einsah, wollte er aber nicht allein an die englische Gesandtschaft herantreten, sondern einen Vertrauten, Herrn Prior, einweihen.

Herr Prior ist Vorsitzender des Industrierates in Dänemark. Herr Prior seinerseits wollte, da auch er die Frage für ungeheuer wichtig hielt, durchaus auch den zweiten Vorsitzenden des dänischen Industrierates, Herrn Voss, informieren. Eine solche Verbreitung der Aktion hätte aber den Rahmen meiner Instruktion überschritten, umsomehr, als davon die Rede war, daß die beiden Vorsitzenden des dänischen Industrierates eventuell den dänischen Handelsminister ins Vertrauen ziehen würden. Die Gesandtschaft hielt es für bedenklich, auf diesem Wege noch weiter zu gehen, eine Auffassung, der ich mich anschließen mußte.

Dagegen wollte ich nunmehr direkt an die englische Gesandtschaft herantreten. Das wollte Graf Brockdorff-Rantzau durchaus nicht. Ich hatte mit dem Grafen eine Besprechung darüber, zuletzt in Gegenwart meiner Schwester. Graf Brockdorff war beleidigt, daß er von Berlin nicht informiert sei. Er sagte u. a., daß Staatssekretär Erzberger ihm keine Instruktion geben könne. Die politische Lage könne er besser übersehen und müsse Belehrungen darüber ablehnen.

Daraufhin sagte meine Schwester schließlich ernsthaft, daß Herr Erzberger und die Herren in Berlin sehr genau wüßten, was sie politisch tun. Graf Brockdorff-Rantzau hielt mir vor, ich wollte mir ein historisches Verdienst aneignen, worauf ich betonen mußte, daß ich lediglich und ausschließlich aus Patriotismus handele.

Am folgenden Tage erbat ich weitere Instruktionen aus Berlin, die ich, tagelang nicht erhalten habe. Gegenüber der immer schwierigeren Lage in Deutschland habe ich schließlich entsprechend meiner Instruktion das Exposé unter Bezugnahme auf meinen Freund, den englischen Botschaftsrat Grahame, den Engländern zugestellt.

Einige Tage, nachdem dies geschehen war, erhielt ich von Exzellenz Erzberger die Gegeninstruktion, mich nach Graf Rantzau zu richten. Ich führe diese Depesche auf einen Bericht zurück, den Graf Rantzau wahrscheinlich an das Auswärtige Amt eingereicht hat.

Es ist dann folgendes geschehen:

1) Es hat mich ein englischer Herr, Mr. Spencer, aufgesucht. Er frug mich, ob ich in Kopenhagen sei, um mit den Engländern zu verhandeln. Ich erwiderte vorsichtig: Nein, ich sei nur in Roten Kreuz-Fragen da, ob er von der englischen Gesandtschaft zu mir geschickt sei? Mr. Spencer sagte: nein, er kenne aber maßgebende englische Persönlichkeiten, er komme zu mir, weil bekannt sei, daß ich den Gedanken einer deutsch-englischen Verständigung auf wirtschaftlicher Basis verträte. Wenn ich allerdings keine offizielle Vollmacht hätte, könnten amtliche englische Persönlichkeiten nicht mit mir verhandeln. Wenn Deutschland wirklich etwas derartiges wolle, sei es unbegreiflich, daß die deutsche Regierung diesen Weg nicht einschläge. Ich: Bisher seien die Militärs ein Hindernis gewesen. Mr. Spencer: Dieses Hindernis sei nicht mehr vorhanden. Die deutsche Regierung müsse guten Willen beweisen, auf die deutsche Regierung käme es noch mehr an, als auf die deutsche Industrie. Mr. Spencer frug dann weiter: Warum jetzt wohl Ludendorff gegangen sei, die deutsche Regierung den vorgeschlagenen Weg nicht beträte und warum sie sich dauernd an Wilson und nicht an England wende. Das sei für England verletzend. Er frug wörtlich: Glaubt denn Ihrer Regierung wirklich irgend ein vernünftiger Mensch, daß Präsident Wilson jetzt, wo Deutschland geschlagen ist, das geringste gegen den Willen Englands machen kann?

Ich brachte zur Sprache, ob ein Teil der Industrie-Abtretungen nicht an Stelle der Kriegsentschädigungen treten könne. Mr. Spencer: Das sei diskutierbar ebenso wie die Frage der englischen Gegenwerte. Eine weitere unamtliche Erörterung sei jedoch zwecklos. Ich: Da er keine Legitimation besäße, wüßte

ich nicht, ob sein Besuch die Angelegenheit irgendwie fördere. Mr. Spencer: Das werde sich vielleicht zeigen. Er persönlich sei nur vorübergehend in Kopenhagen.

2) Beiliegender Aufsatz eines Mitgliedes der englischen Gesandtschaft in Kopenhagen. \*)

Ich möchte schließlich noch bemerken, daß die Angelegenheit mir zu wichtig ist, um in einer Auseinandersetzung zwischen dem Grafen Brockdorff und mir zu endigen, der ja auch ursprünglich mit der ganzen Sache nicht befaßt gewesen ist. Jedenfalls ist durch das Verhalten des Grafen Brockdorff-Rantzau meine Entschlußfreudigkeit, mich bis zum Äußersten für mein Vaterland einzusetzen, sehr schwer belastet worden. Ich habe schon vor etwa 14 Tagen einen analogen Bericht an Exzellenz Erzberger gerichtet.

Ich bin mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung E. E. sehr ergebener

[Arnold Rechberg]

\*) hier fortgelassen

## 14. Kronprinz Wilhelm an Arnold Rechberg

Wieringen, 16. 8. 1919

Mein lieber Rechberg!

Sie haben in letzter Zeit zu wiederholten Malen in tapferer und aufrechter Art und Weise die Verleumdungen, die von den verschiedensten Seiten gegen mich erhoben sind, durch Ihnen bekannte Tatsachen widerlegt. Hierfür möchte ich Ihnen meinen von Herzen kommenden Dank sagen. Es hat mir sehr wohl getan, daß Sie nicht zu den Männern gehören, an denen das neue Deutschland ja jetzt so reich zu sein scheint und die ihre Gesinnung wechseln wie ein altes Hemd. Sie wissen selbst aus den Gesprächen mit mir, wie ich nach der Schlacht an der Marne gedacht habe, die nur durch die Kopflösigkeit und das Versagen der damaligen O. H. L. den Franzosen ihren großen Erfolg gebracht hat, zu dem sie wie die Jungfer zum Kinde gekommen sind, denn bekanntlich waren die Franzosen ja noch am Tage vor dem Rückzuge auf der ganzen Linie geschlagen. „S. Stegemann!“ Der Schlieffensche Plan zerbrach endgültig an der Marne, durchbrochen war er schon im Aufmarsch. Es war mir somit bereits im Herbst

1914 klar, daß der Feldzug für Deutschland siegreich nicht mehr zu gewinnen war. Das Wort, das damals in England geprägt wurde und bei Uns belächelt: „Die Zeit arbeitet für Uns“, habe ich persönlich sehr ernst genommen. Meine Ansicht, daß nur ein baldiger Friedensschluß, mit eventuell großen Opfern, unsere Situation retten könnte – ich sprach Ihnen damals gegenüber bereits über die Abtretung von Elsaß-Lothringen – habe ich oft genug zum Ausdruck gebracht, ich fand aber nirgends Gehör. Es war mir von vornherein klar, daß bei Uns die Kräfte unserer Gegner, speziell die der Engländer, dauernd unterschätzt, unsere eigenen und die unserer Bundesgenossen dafür aber erheblich überschätzt wurden. Je länger der Krieg dauerte, mußte ich erkennen, daß die einfachste Voraussetzung für die glückliche Beendigung des Krieges, nämlich eine zielbewußte energische Regierung, überhaupt fehlte. Die Wahl der Reichskanzler war die unmöglichste, die man sich überhaupt hätte vorstellen können. So erklärt sich auch letzten Endes der Zusammenbruch durch die Revolution in erster Linie aus der traurigen Schwäche, Entschlußlosigkeit und Tatenlosigkeit der Regierung. Sie können sich schwer einen Begriff davon machen, was ich in den letzten Jahren des Krieges unter der Erkenntnis dieser Verhältnisse gelitten habe. Aber man wollte mich nicht hören. Wir sahen mit sehenden Augen die Untergrabung der Front durch die sozialistische Hetzarbeit, wir haben das dauernd gemeldet, es wurde uns jedoch nicht gestattet, durchgreifende Mittel anzuwenden, und so kam, was kommen mußte. Ich habe auch einen vergeblichen Kampf gekämpft gegen die meines Erachtens verheerende Behandlung unserer öffentlichen Meinung. Wenn immer behauptet wurde, wir siegten dauernd auf der ganzen Linie, so kämpften wir in Wirklichkeit bereits seit langem einen Verzweiflungskampf. Man konnte sich also meines Erachtens nicht über den gänzlichen Zusammenbruch der Heimat wundern.

Auch ich hätte schon gerne einmal etwas über die Dinge, die ich weiß, veröffentlicht, aber ich habe den Entschluß vorläufig aufgegeben, da ich mich von den letzten Enthüllungen in der Presse, bei denen jeder die Schuld auf den anderen schiebt, zu sehr angeekelt fühle. So werde ich zunächst noch damit warten. Leicht ist es manchmal nicht, bei alledem zu schweigen, vor allem, wenn Einem vorgeworfen wird, man habe zur Verlängerung des Krieges beigetragen, und Sie wissen ja selbst am besten, daß das genaue Gegenteil davon der Fall gewesen ist. Momentan scheint in Deutschland ja überhaupt kein günstiger Boden für ruhige unparteiliche Beurteilung irgend welcher Fragen zu sein. Jeder denkt nur an seinen Magen und persönlichen Vorteil, das Wohl des Vaterlandes scheint nur eine nebensächliche Bedeutung zu haben. Ich würde Sie gerne einmal wiedersehen und könnte Ihnen manches Interessante erzählen.

Mit den herzlichsten Grüßen Ihr getreuer und dankbarer

Wilhelm



## 15. Oberst Bauer an Arnold Rechberg

(Abgezeichneter Entwurf aus dem Nachlaß Bauer. Ausfertigung im Nachlaß Rechberg fehlt)

Berlin, 27. Mai 1919

Sehr geehrter Herr Rechberg!

Sie fragen mich, ob die Entente ohne Deutschlands Hilfe imstande ist, den Bolschewismus in Rußland endgültig niederzuwerfen. Vielleicht kann sie es, wenn sie entsprechende Kräfte, Zeit und Geld einsetzt, aber dieser Einsatz wird so sicher überraschend groß werden, daß ihr vielleicht der Appetit vergeht. Ehe ich dies kurz begründe, muß ich einiges ausführen, was zwar nicht rein militärisch, aber zur militärischen Beurteilung nötig ist.

1) Der Bolschewismus muß auch geistig bekämpft werden. Das kostet aber Zeit, denn nicht nur Arbeiter, sondern breite intellektuelle Kreise sind heute davon angesteckt. Bis dieser geistige Kampf entschieden ist, müssen die betr. Regierungen eine starke Macht besitzen und den Willen haben, sie anzuwenden. Das gilt für alle Staaten, insbesondere natürlich für die jetzige Hochburg des Bolschewismus, Rußland, und in zweiter Linie für die von der Seuche z. Zt. angefahrenen oder bedrohten, also Ungarn, Deutschland usw.

Es wird also nicht genügen, Rußland sozusagen militärisch zu erobern, sondern man muß dort eine Macht konstituieren, die den Bolschewismus niederhalten kann. Bis diese geschaffen ist, dauert, wie alles in Rußland, geraume Zeit, und solange muß fremde Macht die russische neue Regierung stützen. Darauf zu rechnen, in Rußland nach Maßgabe des Vorrückens eine russische Macht zu schaffen, die die Ordnung erhält, dürfte eine trügerische Hoffnung sein. Wir haben das in der Ukraine erfahren. Die militärische Aktion dauert also längere Zeit, auch wenn sie gut verläuft.

2) Wenn man Durchgreifendes erreichen will, muß der Kampf gegen den Bolschewismus einheitlich und gleichzeitig in allen bedrohten Ländern geführt werden. Im übrigen wird es auch nur bei gleichzeitiger Bekämpfung möglich sein, die Führer, die ja international sind, zu hindern, nach Bedarf ihren Aufenthalt zu wechseln. Die Führer müssen aber verschwinden, sonst flackert der Bolschewismus immer wieder auf. Hieraus folgt ohne weiteres, daß auch in Deutschland, Ungarn usw. der Kampf sofort aufgenommen werden muß. Für Deutschland kommt neben den zu erwartenden Kämpfen im Innern ein Abschluß der deutsch-russischen Grenze in Betracht.

3) Rußland kann bei der Anspruchslosigkeit seiner Landbevölkerung, seinen reichen Naturschätzen und seiner landwirtschaftlichen Produktion auch leben, wenn es ganz abgeschlossen wird. Es verarmt vielleicht vorübergehend, aber der Bolschewismus stirbt dabei nicht, — im Gegenteil.

4) Bei den nachstehenden Ausführungen will ich zu Grunde legen, daß die Bolschewisten keine erheblichen militärischen Widerstände leisten. Aber es

kann auch anders kommen. Zweifellos bemühen sie sich, eine militärische Organisation zu schaffen, und dann sind sie vielleicht doch in der Lage, örtliche Erfolge – besonders auch im Rücken der vordringenden Ententetruppen – zu erzielen.

Auf der durch Ziffer 1–4 geschaffenen Grundlage ist nun die rein militärische Frage leicht zu beantworten. Zunächst die des Kräftebedarfs. Wir hatten zuletzt 24 Divisionen im Gebiet Oberost und Ukraine stehen, die knapp genügt haben, um das Gebiet einigermaßen zu sichern. Man mache sich klar, daß auf 18 Quadratkilometer 1 Mann entfiel, und man wird das verstehen. Rußland ist eben im Vergleich zu England, Frankreich, Deutschland sozusagen unermeßlich. Selbst wenn man also glatt vorwärts kommt, müssen die tausende von km langen Verbindungen (Eisenbahnen, Telegraphen und Chausseen) dauernd stark gesichert bleiben. Denn es ist natürlich unmöglich, beim Vormarsch den Bolschewismus sozusagen vor sich herzutreiben. Starke Banden finden in den weiten, fast unbewohnten Wald- und Heidegebieten Schlupfwinkel so viel sie wollen. Und von dort aus wird gearbeitet. Ich glaube also, daß man mindestens 50 bis 60 Divisionen brauchen wird, um greifbare Erfolge bis ins Innere Rußlands zu erzielen. Nun ist weiter klar, daß je schmaler die Operationsbasen sind und je weiter sie auseinander liegen, umso schwieriger das Unternehmen ist. Was für Mittel, namentlich an Tonnage, nötig sind, um sich auch nur mit etwa 20 Divisionen auf die Ostsee und das Schwarze Meer zu basieren, wird die Entente allein berechnen können.

Das ganze Unternehmen hat daher m. E. nur Aussicht auf Erfolg, wenn es konzentrisch auf der ganzen Linie erfolgt. Dazu ist also Mitwirkung Deutschlands unbedingt nötig. Wie weit Polen, Tschechoslowaken und Rumänien für Mitwirkung in Betracht kommen, weiß ich nicht, schätze aber diese Mitwirkung auf alle Fälle gering ein. Polen ist zudem entsprechend seinem Nationalcharakter für den Bolschewismus prädestiniert. Es würde also auch im günstigsten Falle Deutschland sich mit ca. 200 000 Mann beteiligen müssen.

Ich möchte aber nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß Deutschland eigentlich kein Interesse daran hat, für die Entente in Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Jedenfalls hätte das nur Zweck, wenn ein entsprechendes Entgegenkommen in anderer Hinsicht gezeigt wird, was mir angesichts der Clemenceau-Noten mehr wie zweifelhaft erscheint. Sonst mag sie ihr Heil allein versuchen.

Auf Einzelheiten bin ich aus diesem Grunde noch nicht eingegangen. Sollten Sie meine militärische Ansicht hören wollen, wie das Unternehmen anzulegen ist, so stehe ich zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebenster

B[auer].

Oberst

## 16. Generalmajor Hoffmann an Arnold Rechberg

Meseritz, 29. Mai 1919

Sehr verehrter Herr Rechberg!

Ihr Wunsch stellt mich vor eine unmögliche Aufgabe. Denn es ist selbstverständlich für die Entente auch möglich, die Bolschewisten allein – ohne unsere Mitwirkung – zu bekämpfen. Wenn ich militärischer Führer der Entente wäre, würde ich es unter allen Umständen ohne uns machen, um den in Rußland gegen uns bestehenden Haß noch zu vergrößern. Rußland haßt uns ja eben deshalb, weil wir ihm, trotzdem wir es konnten, nicht gegen den Bolschewismus geholfen haben, und wird den Retter – wer es auch sei – mit offenen Armen aufnehmen.

Militärisch begründen, daß die Entente ohne uns nicht kann, kann ich also nicht. Dagegen wäre es für die Entente naturgemäß leichter und einfacher, die russische Frage mit uns zusammen und in Freundschaft mit uns zu lösen. Vor allem wäre es für England wichtig, uns auf das russische Arbeitsgebiet anzuweisen und damit ein Gegengewicht gegen den unzweifelhaft schon jetzt vorhandenen japanischen Einfluß zu schaffen. So drängt uns die Entente dazu, gerade bei Japan Anschluß zu suchen, weil dies Land das einzige ist, das gegen England–Amerika seine Selbständigkeit bewahrt hat und das einzige ist, das uns einmal rächen kann. Also nicht militärisch, sondern nur politisch zu begründen ist es, wenn die Engländer den Kampf gegen die Bolschewisten mit uns zusammen führen.

Naturgemäß habe ich mir schon seit längerer Zeit – auf Grund meiner Erfahrungen auf dem östlichen Kriegsschauplatz – überlegt, wie man einen Feldzug gegen die Bolschewisten am schnellsten durchführt. Betrachte ich aber den bisherigen Verlauf der Friedensverhandlungen, so kann ich nicht umhin zu fürchten, daß die Entente, wenn ich ihr meinen Feldzugsplan aushändige, ihn einfach nehmen und ohne uns zur Ausführung bringen wird. Also auch in die Erörterung der Frage: „wie“ wäre der Feldzug gegen Rußland durchzuführen, kann ich erst eintreten, wenn wir tatsächlich zur Teilnahme aufgefordert werden.

Daß sich naturgemäß Scheidemann, Erzberger und Genossen gegen eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Osten zur Wehr setzen und dabei die volle Unterstützung der Unabhängigen und Kommunisten finden würden, ist Ihnen sicher ebenso klar wie mir. Ich nehme deshalb als selbstverständlich an, daß Sie neben Ihren Besprechungen mit Davenport \*) usw. die Frage „Noske“ nicht aus den Augen lassen.

Mit meiner besten Empfehlung an Ihre Fräulein Schwester  
bin ich Ihr ergebenster

Hoffmann

\*) Wohl verschrieben für „Malcolm“

**17. Arnold Reehberg an den Hauptschriftleiter der „Leipziger  
Neuesten Nachrichten“ Dr. Grautoff**

(Durchschlag)

Berlin, 15. September 1919  
z. Zt. Hotel Esplanade

**Persönlich und streng vertraulich!**

Sehr geehrter Herr Doktor!

Indem ich Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 12. September dankend bestätige, möchte ich die Gelegenheit benutzen, um Ihnen einige streng vertrauliche Informationen zu geben.

Ich stehe seit mehreren Monaten mit Frankreich und England in Unterhandlung bezüglich einer Orientierung der zukünftigen europäischen Politik nach beigefügtem Plan. Die Unterhandlungen gehen nach England über den Chef der englischen Mission in Berlin, nach Frankreich über den Chef der französischen Zivilmission hier. Beide Herren, mit denen ich auch gesellschaftlich in nahen Beziehungen stehe, arbeiten mit mir Hand in Hand. Deutscherseits sind an den Besprechungen beteiligt die Großindustriellen Kommerzienrat Guggenheimer, Geheimrat von Gontard, Bankdirektor Schacht von der Nationalbank und viele andere; der Reichswehrminister Noske, die Generale Hoffmann, Ludendorff, von Lüttwitz und von Oven. Die Regierung ist durch Erzberger und Südekum über die Aktion informiert. Das Auswärtige Amt verhält sich völlig passiv. Auf französischer Seite ist Briand für den Plan, Clemenceau war zuerst noch verbissen gegen Deutschland, scheint aber jetzt nachgiebiger zu werden. Jedenfalls ist seit einigen Tagen ein Vertreter des sonst so deutschfeindlichen „Matin“ hier, welcher den Auftrag hat, für meinen Vorschlag Propaganda zu machen, dementsprechende Artikel sind bereits im „Matin“ erschienen, welcher systematisch vorgehen will.

In England stehen Lord Robert Cecil und Winston Churchill auf meiner Seite, auch Lloyd George möchte neuerdings umschwenken. Er hat nur noch Angst vor Lord Northcliffe, welcher persönlich noch gegen Deutschland verböhrt ist, während sein Redaktionsstab und besonders auch die Vertreter der Northcliffe-Presse in Berlin meiner Ansicht sind. In den letzten Tagen wurden mir nun seitens der englischen Mission hier zwei Vertreter anderer großer englischer Zeitungs-Konzerne vorgestellt, welche ebenfalls umlenken sollen und denen es vielleicht gelingen wird, Lord Northcliffe's Widerstand zu überwinden.

Die amerikanische Mission hier ist auch über die Verhandlungen informiert. Ihr Chef, Oberst Parker, sagte mir aber nach Anfrage bei seiner Regierung, daß Amerika, einige Spezialinteressen in Rußland ausgenommen, welche es, wenn

mein Vorschlag realisiert wurde, wahrnehmen kann, mehr für Mexiko und für den südamerikanischen Kontinent interessiert sei. Auch sehr maßgebende nichtbolschewistische Russen sind über den Plan informiert, der ihre Zustimmung findet.

Es ist natürlich keine leichte Aufgabe, drei Staaten wieder zusammenzuführen, welche sich jahrelang auf das Äußerste bekämpft haben. Die gemeinschaftliche Gefahr des Bolschewismus auf der einen Seite und die Vorteile, welche für alle drei Staaten in der vorgeschlagenen Lösung liegen würden, auf der anderen Seite sind aber so groß, daß darin die Chance liegt.

Hier in Berlin arbeitet die „Tägliche Rundschau“ mit mir zusammen. Eine Unterstützung durch Ihr Blatt könnte aber von allergrößtem Werte sein. Da die ganze Angelegenheit fraglos sehr wichtig ist, wäre aber eine persönliche Aussprache zwischen Ihnen und mir darüber erwünscht. Die Frage ist natürlich kompliziert und muß nach den verschiedensten Richtungen erwogen werden. Ich selbst kann bei der jetzigen Lage kaum einen Tag von Berlin abkommen und erlaube mir daher die Anfrage, ob Sie Ihr Weg nicht einmal in den nächsten Tagen nach Berlin führt.

Ich verbleibe mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

[Arnold Rechberg]

## **18. Arnold Rechberg an General Ludendorff**

(Durchschlag)

z. Zt. München, 4. Oktober 1921

Hotel Vier Jahreszeiten

Euer Exzellenz!

Meine Verhandlungen mit der römischen Kirche sind inzwischen recht befriedigend vorwärts gegangen. Ich hatte zwei ausführliche Aussprachen mit dem in Rom sehr einflußreichen Pater Rupertus Jud. Der Pater Rupertus Jud ist der nahe Freund des früheren Nuntius Kardinal Frühwirt, auf dessen Meinung wiederum der Papst ganz besonderes Gewicht legt. Ebenso hatte ich gestern abend eine sehr lange Unterhaltung mit dem Jesuiten-Pater Bernhard Duhr, welcher der Münchener Vertreter des Jesuiten-Generals ist. Aus allen diesen Unterhaltungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß die römische

Kirche und besonders die Jesuiten zwar den Wunsch haben, den seinem Charakter nach anti-christlichen Bolschewismus gestürzt zu sehen, daß sie aber andererseits den Bismarckschen Kultur-Kampf noch immer nicht vergessen können. Sowohl E. E. politische Gegner in Deutschland als ganz besonders die Sowjetregierung haben ganz augenscheinlich auf die römische Kurie mit der Argumentation eingewirkt, daß ein Wiederaufstieg Deutschlands unter E. E. Führung die Wiederherstellung des Bismarckschen Reiches mit anti-katholischer Tendenz bedeuten würde. Sie haben versucht, den anti-katholischen Charakter eines so wiederhergestellten Deutschland durch die Beziehungen E. E. zu dem Pfarrer Traub zu beweisen. Der Pfarrer Traub gilt augenscheinlich als ausgesprochen anti-katholisch, und man befürchtet, daß der Pfarrer Traub einen Einfluß auf E. E. ausüben könnte, wenn E. E. noch einmal die Macht in die Hand bekommen würden. Es kann nach meinem Eindruck nicht bezweifelt werden, daß eigentlich ganz hauptsächlich die Anwesenheit des Pfarrers Traub in München und seine Beziehungen zu E. E. die römische Kirche gegen die Verbindung zwischen Kahr-Poehner und E. E. eingenommen haben. Das hat aber schließlich sehr wesentlich zum Sturz der Regierung Kahr durch die naturgemäß von der Kurie beeinflusste, katholische, bayerische Volks-Partei geführt und damit zur Zertrümmerung des vielleicht letzten Ansatzes zu einer tatsächlichen Reorganisation des deutschen Volkes.

Es ist leider nicht zu bestreiten, daß die deutsche protestantische Kirche mit dem Sturz des sie beschirmenden preußischen Königtums vollkommen machtlos geworden ist und zwar umso mehr, als die protestantische Kirche schon von jeher sehr viel weniger Einwirkung auf die Geister hatte als der römisch-katholische Klerus. Die deutsche protestantische Kirche kann daher beim besten Willen kaum etwas zu einem Wiederaufstieg Deutschlands beitragen. Sie hat außerdem im Gegensatz zum römisch-katholischen Klerus keinerlei internationales Ansehen oder gar irgend welche über die Grenzen Deutschlands hinausreichenden Verbindungen. Gerade der Zusammenbruch der Regierung Kahr hat aber in mir die Überzeugung gefestigt, daß ein Wiederaufstieg Deutschlands nicht mehr von dem in Parteien gespaltenen deutschen Volk selbst erreicht werden kann, sondern nur im Rahmen einer außenpolitischen Wandlung denkbar ist.

Der einzige Trumpf Deutschlands ist der, daß die Westmächte früher oder später der industriellen Leistung des deutschen Volkes und vor allen Dingen des Degens E. E. bedürfen werden, um die russische Frage zu lösen. Sie werden dabei gezwungen sein, selbst die politische Konsolidierung Deutschlands durchzusetzen. Gehemmt wird aber diese für Deutschland so günstige Entwicklung, wenn E. E. im Innern Deutschlands so viele Widerstände entgegenstehen, daß es den Westmächten erschwert wird, E. E. die Führung Deutschlands zuzuschieben.

Dazu kommt, daß bei dem Einfluß des Zentrums in Deutschland ein Wiederaufstieg des deutschen Volkes gegen den Willen der Kurie schwer erreichbar sein wird. Wenn es dagegen gelingt, E. E. in Übereinstimmung mit der römischen Kurie zu bringen, so fallen damit einmal die Widerstände, welche die Kurie in Frankreich und schließlich auch in England einer nach E. E. orientierten Politik entgegenstellen könnte, und zweitens würden damit dem deutschen Zentrum wesentliche Gründe seiner derzeitigen Links-Orientierung genommen. Ich halte es daher für ganz außerordentlich wichtig, denkbar gute Beziehungen zwischen E. E. und der römischen Kirche herzustellen, selbstverständlich ohne daß E. E. deswegen irgend wie auch nur im Entferntesten gegen die protestantische Kirche Stellung zu nehmen brauchten.

Ich habe daher gegenüber den Vertretern der römischen Kirche folgenden Gedankengang entwickelt: Die wirklich große Frage der Gegenwart, der gegenüber selbst der Weltkrieg an Bedeutung zurücktrete, sei der Kampf zwischen dem Bolschewismus und der Zivilisation. Dieser Kampf entwickle sich fast selbsttätig. Siegt der Bolschewismus, dann werde mit der europäischen Zivilisation auch die römische Kirche ebenso verloren sein, wie die griechisch-katholische Kirche in Rußland vom Bolschewismus vernichtet wurde. Wenn die römische Kirche in diesen Kampf frühzeitig und offenbar fördernd eingreife, werde sie mit dem Siege der Zivilisation über den Bolschewismus außerordentlich an Autorität gewinnen und ganz besonders in dem befreiten russischen Volke großes Ansehen erwerben. Das sei aber umso bedeutungsvoller, als die griechisch-katholische Kirche in Rußland dadurch eine unwiederbringliche Einbuße an Vertrauen erlitten habe, weil sie dem Bolschewismus fast widerstandslos erlegen ist. Zu einem erfolgreichen Kampf gegen den Bolschewismus seien aber E. E. und die militärischen deutschen Führer unentbehrlich, welche bewiesen haben, daß sie die weiten russischen Operationsräume zu meistern verstehen. Die Kirche handle daher in ihrem eigenen Interesse, wenn sie E. E. stütze. Das sei nach meiner Ansicht für die Kirche auch umso unbedenklicher, als ich überzeugt sei, daß E. E. sowohl der protestantischen als der katholischen Kirche völlig unparteiisch gegenüberständen. Ich persönlich glaubte nicht, daß kirchliche Sonder-Interessen E. E. irgendwie beeinflussen könnten, wenn es sich um das Heil des ganzen deutschen Volkes – also der Protestanten und der Katholiken – und darüber hinaus um die Zukunft Europas handle. Eine Wiederkehr des Kulturkampfes hielte ich daher nach einer Wiederaufrichtung Deutschlands unter E. E. Führung für ganz ausgeschlossen, und zwar umso mehr, als unsere Epoche an sich kirchlich sehr viel duldsamer sei, als es die Zeit Bismarcks gewesen ist. Auf der anderen Seite habe ich geltend gemacht, daß die Völker ein Beiseitestehen der römischen Kirche im Kampf gegen den Bolschewismus umso weniger begreifen würden, als der Bolschewismus der unversöhnliche und furchtbare Gegner des Christentums in jeder Form ist.



Ich habe den Eindruck, daß es mir gelungen ist, sehr erheblich auf die katholischen Geistlichen, mit denen ich gesprochen habe, zu unsern Gunsten einzuwirken, und daß deren Berichte nach Rom dementsprechend abgefaßt sein werden. Wichtig ist, daß E. E. diese meine Politik Ihrerseits unterstützen, und ich halte es geradezu für eine vaterländische Pflicht E. E., der römischen Kurie die Befürchtung zu nehmen, daß E. E. als ein preußisch gefärbter Deutscher dereinst zu einem zweiten Bismarck gegenüber der römischen Kurie werden könnten. Wenn außerdem die römische Kurie tatsächlich erheblich zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes beiträgt, so wäre es ungerecht, ihr gegenüber auch später nicht völlig unparteiisch zu bleiben.

E. E. sind in den Anschauungen des alt-preußischen Offiziers-Korps aufgewachsen, die E. E. ebenso lieb und teuer sind, wie mir. Das Schicksal hat E. E. aber eine Rolle zugewiesen, welche über den beschränkten Rahmen preußischer Offiziers-Anschauungen weit hinausreicht und die vielleicht in Zukunft noch sehr viel gewaltiger sein wird, als sie es im Weltkrieg gewesen ist. Ich möchte daher E. E. darum bitten, in jedem Fall den katholischen Gefallenen die Ehre zu erweisen, daß Deutschlands größter Feldherr die Feier zur Erinnerung dieser Gefallenen nicht vorübergehen läßt, ohne ihr beizuwohnen. E. E. müssen über kleinliche Reibereien des täglichen politischen Lebens – mögen sie auf partei-politischem oder auf kirchlichem Gebiet liegen – weit erhaben sein.

Mit vielen Empfehlungen bin ich E. E. stets aufrichtig ergebener

[Arnold Rechberg]

## 19. General Ludendorff an Arnold Rechberg

München, 5. Oktober [1921]  
Heilmannstraße

Sehr geehrter Herr Rechberg!

Ich stehe der kath[olischen] Kirche vollständig unparteiisch gegenüber. Die kath[olischen] Geistlichen, mit denen ich im H[aup]t Q[uartier] zusammengekommen bin, können das bezeugen.

Meine politische Gegnerschaft gegen den linken Zentrumsflügel, oder vielmehr dessen gegen mich, ist von diesen auf das religiöse Gebiet geschoben. So ist der augenblickliche Zustand gekommen, den ich bedauere, aber nicht zu verändern vermag, da die Gegnerschaft eine einseitige ist.

Mit bestem Gruß

Ludendorff

## 20. Aus einem Brief Arnold Rechbergs an General Ludendorff

(Durchschlag)

Berlin, 21. November 1921

Große Querallee 1

Euer Exzellenz!

. . . Nicht ohne Bedauern habe ich die beigegeführten Aufsätze in der Presse gelesen. Ich selbst bin gegen Angriffe in der Presse absolut unempfindlich, solange sie unberechtigt sind. Ebenso habe ich unberechtigte Presse-Angriffe gegen E. E. niemals für bedenklich gehalten. E. E. Ausführungen über das Judentum in E. E. neuestem Buch, dessen Lektüre ich noch nicht vollenden konnte, waren mir bisher entgangen. Ich kann diese Ausführungen leider nicht für zweckmäßig halten. E. E. brauchen diejenigen Deutschen, welche zu den antisemitischen Rechts-Parteien gehören, nicht von dem bedenklichen Einfluß des Judentums zu überzeugen, da sie an und für sich davon überzeugt sind. Leider haben die deutschen Rechts-Parteien aber jedes politische Gewicht in den Fragen der Welt-Politik verloren. Seit hinter den politischen Intentionen der deutschen Rechts-Parteien kein Heer mehr steht, sind diese Parteien weltpolitisch zu einer Bedeutungslosigkeit herabgesunken, wie etwa die machtlosen Anhänger des ehemaligen Kurfürsten von Hessen im deutschen Kaiserreich. Auch innenpolitisch sind die Rechts-Parteien außerstande, irgend etwas Tatsächliches zu erreichen, solange sie den Weg einer Verständigung mit der Entente nicht finden können. Die Entente hat ohne weiteres die Macht, jede Regierung der Rechts-Parteien in Deutschland unmöglich zu machen. Die einzige tatsächliche Aussicht der Rechts-Parteien besteht darin, daß die Entente früher oder später des Degens E. E. gegen den Bolschewismus bedarf. Mit dem Emporsteigen E. E. können auch die deutschen Rechts-Parteien wieder an Bedeutung gewinnen, sonst sehe ich nach menschlichem Ermessen dazu keine Möglichkeit. Wenn E. E. aber das gesamte Judentum kränken, so wird bei dem Einfluß des Judentums auch in den Entente-Ländern die Aussicht, daß E. E. Degen dem deutschen Volk den Weg zum Wiederaufstieg bahnen könne, sicher nicht erleichtert. Außerdem bringen E. E. damit innerhalb Deutschlands eine Front fast aller Parteien (mit Ausnahme der rein antisemitischen Parteien) gegen sich zusammen, da in der Presse fast aller dieser Parteien das Judentum einen starken Einfluß hat. Eine derartig starke innerpolitische Front gegen E. E. in Deutschland muß es aber der Entente ebenfalls erschweren, E. E. eintretendenfalls die Hand zu reichen. Wenn die Entente damit rechnen muß, daß die Widerstände innerhalb Deutschlands gegen E. E. allzustarke sein würden, so muß das den Entschluß der Entente erschweren. Ich kann mir aber von den Äußerungen E. E. gegen das Judentum keinerlei positiven Nutzen versprechen,

ich befürchte dagegen, daß sie die Aussichten Deutschlands im allgemeinen und die der deutschen Rechts-Parteien im besonderen schädigen. Außerdem können die deutschen Juden mit Berechtigung einwenden, daß nicht wenige von ihnen für Deutschland geblutet haben und gefallen sind. Ich würde es gerade im Gegenteil für klug halten, daß E. E. nicht das gesamte Judentum sich zum Gegner machen, sondern betonen, daß Bolschewismus und Judentum durchaus nicht identisch sind und daß also das gesamte Judentum keineswegs für die Verbrechen der Sowjetregierung verantwortlich zu machen ist. Ubrigens entspricht das der Wahrheit.

Der Wunsch, daß gerade E. E. militärisches Genie das deutsche Volk wieder emporführen möge, veranlaßt mich zu diesen meinen Darlegungen. Ich halte es für unglücklich, wenn E. E. sich selbst Widerstände schaffen durch Äußerungen, die nicht einmal irgend einen erkennbaren Nutzen haben können.

Mit vielen Empfehlungen bin ich E. E. stets treu und aufrichtig ergebener

[Arnold Rechberg]

## 21. General Ludendorff an Arnold Rechberg

München, 29. Oktober [1922]  
Heilmannstr. 3

Sehr geehrter Herr Rechberg!

Ihr Brief vom 23. hat mich lebhaft beschäftigt und tut es noch. Besten Dank für die Anlagen. Mein Buch „Kriegführung und Politik“ ist nun einmal geschrieben. Mit dieser Tatsache muß ich mich abfinden. Ob ich es heute drucken lassen würde, ist eine Sache für sich. Geschehen ist nun einmal geschehen. Allerdings ging ich von der Ansicht aus, daß die Juden so oder so gegen mich sein würden. Ich begrüße es, daß Geheimrat Witting sich mit der Sache befaßt, glaube nur, daß auch er zu den Herren gehört, die da meinen, ich habe der Judenheit den Fehdehandschuh hingeworfen. Ich nahm ihn auf, nun das nun einmal meine Eigenart ist, ob sie glücklich ist, lasse ich dahingestellt. M. E. ist die Tatsache, daß die Judenheit in der Presse den Kampf gegen mich aufgenommen hat, und ich antwortete, von Wichtigkeit. In meinen Kriegserinnerungen habe ich über die Juden kaum ein Wort gesagt. Damals Winter 1918/19 dachte ich noch gleichgültiger. Erst in der Folge, als die Angriffe auf mich anhielten und die Juden [in mir] für mich klar erkennbar ihren

Gegner sahen, änderte ich meine Stellung. Das ist insofern von Bedeutung, als nach meinem Rechtsbewußtsein es nur bei der Judenheit sein müßte, ein gutes Wort für mich zu haben, statt dessen stellen sie es so dar, als ob ich sie angegriffen hätte und pater peccavi sagen müßte. Ich kann das von den Juden nicht erwarten, andererseits muß ich mir aber auch jedes Wort über sie sehr stark überlegen. Bis jetzt habe ich überhaupt kein Wort mehr geäußert, auch nicht gegen die Juden, und werde es auch nicht tun, es sei denn, daß mein Prozeß mich dazu zwingen würde. So lange diese Frage nicht erledigt ist, ist jeder Schritt undankbar. Immerhin hoffe ich, daß der Richter sich auf den Standpunkt stellen wird, eine Beleidigung käme garnicht in Frage, und lehnt die Klage ab.

Neulich in Berlin war ein alter Bekannter bei mir, der viel mit Juden zu tun hat. Er fing auch aus dem Buch an. Ich machte ihm Darlegungen, wie die vorstehenden. Er meinte, er würde sie seinen jüdischen Bekannten mitteilen und glaube, damit Eindruck zu machen. Ich erwähne das, weil dieser Weg auch anderwärts beschritten werden könnte.

Ebenso wie mich [Sir Alfred] Mond besucht hat, könnte ich ja auch diesen oder jenen Juden sehen. Eine Erklärung, wie Sie sie vorschlagen, will mir nicht recht in den Sinn. Die deutschvölkischen Kreise sind zu empfindlich, und um sie lenken zu können, darf man ihnen nicht das Vertrauen nehmen. Darin halte ich aber auch die Haltung der Deutschnationalen Partei und vieler jüdischen Kreise für eminent kurzsichtig. Indem sie die völkische Bewegung aus ihrem Bereich lassen, stoßen sie sie ins radikale Fahrwasser. Ich sehe das nicht ohne Bedenken. Auch diese Erwägung legt mir Beschränkung auf. Die ist m. E. voll zu würdigen. Auch die Juden sollen nicht so empfindlich sein, sondern sich klar darüber werden, daß die völkische Bewegung nicht zu unterdrücken ist, es sei denn allein durch die Bolschewisierung Deutschlands. Sonst bleibt sie bestehen und beißt sich durch. Eine Unterdrückung wird sich genau so rächen, wie die Unterdrückung der Sozialdemokratie. Es kann die Zeit kommen, daß die Judenheit zufrieden sein wird, wenn ich auf die völkische Bewegung Einfluß nehme. Diesen Einfluß sollte sie nicht schwächen wollen. In ihrer Empfindlichkeit wird die Judenheit kurzsichtig.

M. E. ist Waffenstillstand die Parole. Diesen wird die Judenheit nur eingehen, und das verstehe ich durchaus, wenn sie mich braucht. Ob sie so denkt, vermag ich nicht zu übersehen. Denkt sie es, dann hat sie an dem Waffenstillstand zum mindesten das gleiche Interesse als ich, nicht für meine Person, sondern im vaterländischen Sinne.

Sehr interessiert hat mich der Vorschlag der Broschüre. Zwar halte ich ebenfalls den Zeitpunkt für verfrüht. Die Stimmen aus Frankreich sind doch nur sehr spärliche. Ich meine, ich darf mich nicht wieder anbieten, das ist oft

genug geschehen. Ganz anders liegt die Frage, wenn wir positive Erfolge aufzuweisen haben, die das ganze Volk erkennt, dann würden auch meine völkischen Freunde solche Broschüre verstehen. Vorläufig könnte ich kaum etwas anderes sagen, als ich schon getan oder Sie in Ihrer vortrefflichen Arbeit. Auch hier scheint mir Zurückhaltung das richtige zu sein.

Ich würde mich besonders freuen, wenn Sie und Geheimrat Witting diese Argumente zum mindesten gelten ließen. Im übrigen kann ich das begründete Gefühl haben, daß in vielen und zwar den entscheidenden Kreisen unserer Gegner der Wunsch nach einem stark bürgerlichen Deutschland besteht, doch wird der als aussichtslos angesehen, da Industrie und Banken die sozialistische Regierung stützen. Selbstverständlich ist hier auch ein bürgerliches Deutschland – nicht ein Deutschland gegen die Arbeiter, wohl aber ein Deutschland der Produktivität der Arbeit und des Kampfes gegen Terror der radikalen Sozialdemokratie des Bolschewismus.

Ihre Sorgen wegen Hitler mögen vielleicht nicht ganz unbegründet sein, doch Sie wissen selbst, daß in kurzem andere Leute dirigieren und mein Einfluß gleich null ist, zumal die Bayern allein Deutschland retten wollen. Sie kennen nach dieser Richtung die Verhältnisse ebenso gut als ich.

Hoffentlich werden Sie alles entziffern können. Ihrem Fräulein Schwester und Ihnen meinen Gruß, Ihr sehr ergebener

Ludendorff

25./10. Mir fällt eben noch mein Gespräch mit Mond über die Juden ein. Als ich ihn fragte, ob er die Stellung der Juden in Deutschland gegen mich kenne, bejahte er, und dann, ob er über meine Stellungnahme erstaunt sei, sagte er, er habe den deutschen Juden immer gesagt, ihr Fehler sei, daß sie nicht national (im deutschen Sinne) wären. Er hat damit den Schlüssel zu meiner Stellungnahme richtig erkannt und sie verständlich gefunden. Daß ich nicht die Judenheit in Bausch und Bogen verdammt habe, geht aus dem Satz hervor, daß ich anerkannt habe, daß Juden für Deutschland geblutet haben. Aber sagt man gegen einen Juden etwas, dann fallen alle über einen her. Auch die ganze national deutsche Judenbewegung ist doch nur zu erklären, daß es etwas Faules gab. Vielleicht sprechen Sie darüber auch mit Geheimrat Witting, weil mir daran liegt, daß er klar sieht.

## 22. Arnold Reehberg an General Ludendorff

(Anzugsweise Abschrift)

z. Zt. München, 18. November 1922  
Hotel Vier Jahreszeiten

Euer Exzellenz!

.....

In den letzten Tagen habe ich den Eindruck gewonnen, daß E. E. in eine gewisse Abhängigkeit von Herrn Hitler und von seiner Partei der National-Sozialisten gekommen sind. Ich würde darin eine schwere Gefahr sowohl für Deutschland als auch für E. E. selbst sehen. Ein Versuch des Herrn Hitler und seiner Anhänger, sich der Gewalt zu bemächtigen, würde ein Unglück sein. Der Oberst von Seisser hat mir erzählt, daß Herr Hitler neulich von dem Minister des Innern empfangen worden ist, dem er sein Programm entwickelte. Der Minister des Innern hat daraufhin Herrn Hitler gefragt, ob Herr Hitler ihm einen gangbaren Weg angeben könne, wie auch nur ein einziges der von ihm gewünschten Ziele praktisch erreicht werden könne. Darauf sei Herr Hitler sofort verstummt. Ich selbst habe gelegentlich einer Rede des Herrn Hitler zugehört und den Eindruck gewonnen, daß er ein Demagoge ist, der mit Schlagworten arbeitet, daß ihm aber nicht nur die elementarsten Kenntnisse der äußeren Politik fehlen, sondern auch jeder Begriff dafür, auf welchen Faktoren ein Staat überhaupt aufgebaut ist. Ich möchte dabei ganz davon schweigen, daß Herr Hitler in wirtschaftlichen Fragen vollkommen unwissend ist. Selbst wenn es Herrn Hitler gelingen sollte, die Gewalt in Bayern an sich zu reißen, würde diese seine Regierung nur ganz kurze Zeit dauern können. Mussolini ist wesentlich klüger gewesen als Herr Hitler. Mussolini hat sein Regime keineswegs antisemitisch aufgezogen. Außerdem hat Italien eine Armee und ist ein von seinen Nachbarstaaten unabhängiges Reich.

Ein Staatsstreich des Herrn Hitler, der dem Charakter nach von vorneherein antisemitisch sein muß, würde von den ersten Tagen an die Kapitalmacht und den gesamten Einfluß aller Juden in der ganzen Welt gegen sich haben. Die Juden aber haben einen erheblichen Einfluß auf die Politik der Ententestaaten und können damit deren Armeen ganz anders gegen das waffenlose Deutschland ausspielen, wie irgend ein Nachbarstaat sich in innere Angelegenheiten Italiens einmischen könnte. Herr Hitler würde außerdem nicht in der Lage sein, dem Volk auch nur ein einziges der von ihm gegebenen Versprechen einzulösen, und er würde totgeschlagen werden wie ein toller Hund. Das ist übrigens das Schicksal aller der Demagogen gewesen, die in besonders erregten Zeiten aufgetreten sind. Von den Gracchen bis zu Danton. Wenn E. E.

mit Herrn Hitler gehen wollen, dann werden Sie auf Gedeih und Verderb mit Ereignissen verbunden sein, die im allerbesten Falle dazu führen, daß E. E. als heimatloser Flüchtling in der Fremde irren. Ich habe nicht umsonst in Berlin von sehr gut unterrichteter Seite gehört, daß die letzte große Hoffnung der Sowjetregierung in Deutschland auf Herrn Hitler beruht, der ehrgeizig, unwissend und leidenschaftlich, wie er ist, das gegebene Objekt für bolschewistische Provokationen darstellt. Dazu kommt, daß ein Mann wie Hitler, ganz abgesehen von seinem antisemitischen Charakter, den Großmächten, welche die Waffengewalt in Händen haben, in hohem Maße verdächtig ist. Ich habe das durch vorsichtiges Anfühlen schon in Berlin bei den Entente-Botschaften festgestellt. Ich möchte daher E. E. ernstlich bitten, dem deutschen Volk das Unglück zu ersparen, das ich unausweichlich kommen sehe, wenn sich E. E. von Herrn Hitler ins Schlepptau nehmen lassen. Ich sehe das Unglück ebenso voraus, wie ich den Verlust des Krieges vorausgesehen habe.

Ich habe von sonst genau informierten Herren hier in München gehört, daß Herr Hitler E. E. gedroht hätte: Er, Herr Hitler, werde E. E. nur dann an seiner Regierung beteiligen, wenn E. E. von vornherein und durch Dick und Dünn mit ihm gegangen seien. Ein Hinter-den-Kulissen-Stehen wie beim Kapp-Putsch werde er nicht dulden. Ich kann diese Mitteilung nicht glauben und halte es für unmöglich, daß eine solche Drohung auf E. E. irgendwie eingewirkt haben könnte. Herr Hitler möchte sich natürlich den Aufstieg zur Macht dadurch erleichtern, daß er E. E. an seinen Wagen spannt. E. E. aber können nach meiner Ansicht den Drohungen des Herrn Hitler mit Ruhe entgegensehen. Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß Herr Hitler sich an der Macht halten könnte, wird ein so ehrgeiziger Demagoge, wie er es ist, E. E. nur dann dauernd heranziehen, wenn er entweder Ihres Degens sowieso bedarf, oder wenn er E. E. außenpolitische Verbindungen für wichtig ansehen würde. Keinesfalls aber würde er das als Belohnung für E. E. Wohlverhalten den National-Sozialisten gegenüber tun.

Was mich aber gestern abend vor allen Dingen beunruhigt hat, war, daß ich zu Recht oder zu Unrecht den Eindruck hatte, E. E. sei der Empfang eines Vertreters der Vereinigten Staaten von Amerika weniger wichtig, wie die Politik des Herrn Hitler. Wenn die Großmächte einer Gruppe von politischen und wirtschaftlichen Narren überhaupt irgendwie Bedeutung beilegen, so geschieht das höchstens, weil sie befürchten, daß durch eine Aktion derartiger Leute der vollkommene Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt werde. Der Amerikaner wollte vielmehr mit E. E. über die allgemeine Lage sprechen, und ich hatte den Eindruck, daß es sehr zweifelhaft sei, ob E. E. überhaupt beabsichtigten ihn zu empfangen. Wenn E. E. einerseits mit dem amerikanischen Botschafter in Verbindung stehen und andererseits dessen Militär-Attaché nicht hätten empfangen



wollen, so würde das ein allen diplomatischen Gesetzen zuwiderlaufender Affront gewesen sein. E. E. haben mir gegenüber neulich selbst betont, wie ungeheuer wichtig es sei, das Kapital von Vertrauen, welches E. E. bei der Entente allmählich erworben haben, sorgfältig zu hüten.

Ich bitte E. E. nicht zu vergessen, wie außerordentlich ungünstig Ihre Lage nach dem verlorenen Kriege gewesen ist. Jedes Volk sieht – auch wenn das ein ungeheures Unrecht sein mag – in dem Feldherrn, welcher das Unglück hatte, einen Krieg zu verlieren, immer den Schuldigen. Die Deutschen sind dazu besonders geneigt. E. E. hatten daher nach dem Kriege eigentlich gar keinen Rückhalt mehr im deutschen Volk. Auf der anderen Seite sah die Entente in E. E. einen immer noch gefährlichen Gegner, der mit allen Mitteln zu unterdrücken wäre.

Mit Geschick und Geduld ist es gelungen, zunächst die Stellung der Entente E. E. gegenüber vollkommen zu ändern. Durch Äußerungen staatsmännischer Voraussicht und kluger Mäßigung, durch die Vorhersage der Entwicklung, wie sie nachher durch den Gang der Ereignisse bestätigt worden ist, haben E. E. langsam und sicher an Boden gewonnen. In dem gleichen Maße in dem E. E. aber durch unsere Arbeit an Ansehen bei den Entente-Regierungen gewonnen haben, in dem gleichen Maße wuchs auch Ihre Autorität in dem von der Entente leider derzeit abhängigen deutschen Volk. Wir sind auf beiden Seiten schrittweise vorwärts gekommen und jetzt soweit, daß heute E. E. tatsächlich wieder zum Führer des deutschen Volkes werden können. Das Vertrauen der Entente zu E. E. kann aber durch eine einzige unbedachte Handlung zerstört werden. Wenn E. E. gar Ihren Namen öffentlich oder nicht-öffentlich mit der Politik des Herrn Hitler identisch machen, dann ist das erworbene Vertrauen in E. E. staatsmännische Eigenschaften bei der Entente jedenfalls sofort und endgültig dahin.

Ich selbst aber wäre, wenn E. E. mit Herrn Hitler gehen wollen, unter allen Umständen gezwungen, mich politisch sofort von E. E. zu trennen. Wenn E. E. das erworbene Kapital an politischem Vertrauen auch für sich zerstören können, so darf ich das meinige jedenfalls unter gar keinen Umständen aufs Spiel setzen. Ich bin überzeugt, daß in meiner Politik die letzte noch gegebene Rettungs-Möglichkeit für Deutschland liegt. Mein Weg aber ist ohne das Vertrauen in die Offenheit und Unangreifbarkeit meiner Absichten nicht gangbar. Ich habe gewissermaßen für E. E. politisch mitgarantiert, und diese Garantie wird hinfällig, sobald E. E. Wege einschlagen, welche ich für gefährlich und für den Interessen des deutschen Volkes zuwiderlaufend halte.

Wenn ich zu schwarz sehe, so bitte ich E. E., das meiner Sorge um das deutsche Volk und um E. E. selbst zugute halten zu wollen. Es ist selbstver-

ständig, daß bei gemeinschaftlicher vaterländischer Arbeit Meinungs-Ver-schiedenheiten nicht zu vermeiden sind. Ich habe wiederholt E. E. Wünschen nachgegeben, auch wenn ich sie nicht für opportun hielt. Es gibt aber Fragen grundsätzlicher Natur, in denen die volle Übereinstimmung unerlässlich ist. E. E. haben in Ihrem gestrigen Briefe an mich betont, daß die Treue gegen-seitig sein müsse. Ich bitte E. E. an meiner Treue nicht zu zweifeln. Ich ver-stehe unter Treue aber, daß ich E. E. dann warne, wenn ich Sie damit vor Schaden bewahren will. Auch Bismarck war Kaiser Wilhelm I. treu und hat doch zuweilen, wenn es um das Wohl und Wehe des deutschen Volkes ging – so wie beim Friedensschluß im Jahre 1866 – seinem von ihm so geliebten König entschlossen die Wahrheit gesagt. Außerdem bitte ich E. E. meine Besorgnisse damit zu entschuldigen, daß eine gewaltige Spannung in der Luft liegt und daß der Augenblick herannaht, in dem sich das Schicksal Deutschlands und Europas zum Guten oder zum Unglück wenden wird.

Mit vielen Empfehlungen bin ich E. E. aufrichtig und treu ergebener

gez. Arnold Rechberg

### 23. Arnold Rechberg an General Ludendorff

(Abschrift)

Berlin, 28. November 1923

Große Querallee 1

Euer Exzellenz!

Nachdem die Münchener Ereignisse nunmehr zum Abschluß gekommen sind, halte ich mich als E. E. Freund für verpflichtet, meine Auffassung darüber mit der Offenheit darzulegen, wie sie unter deutschen Männern und ganz be-sonders unter deutschen Offizieren Brauch und Sitte ist.

Als E. E. im Jahre 1920 nach München gingen, war das Andenken an den verlorenen Krieg und an den mißlungenen Kapp-Putsch noch frisch. Jedes Volk sieht – auch wenn das ein ungeheures Unrecht sein mag – in dem Feldherrn, welcher das Unglück hatte, einen Krieg zu verlieren, immer den Schuldigen. Die Deutschen sind dazu ganz besonders geneigt. Auf der anderen Seite sahen die meisten Staatsmänner der Entente in E. E. noch immer den Gegner, dessen militärisches Genie als gefährlich galt.

Mit Geschick und Geduld ist es mir damals gelungen, zunächst die Stellung der Entente-Regierungen E. E. gegenüber zu ändern. Durch Äußerungen staats-männischer Voraussicht und kluger Mäßigung, die wir in der internationalen

Presse veröffentlichten, durch Vorhersagen der Entwicklung, wie sie nachher die Ereignisse selbst bestätigt haben, hatten E. E. langsam und sicher an Boden gewonnen.

Die Botschafter der Entente begannen durch meine Vermittlung die Föhlung mit E. E. zu suchen. Englische Feldmarschälle und aktive Minister baten mich, E. E. aufsuchen zu dürfen. Auch der französische Minister Barthou hat mir noch im vorigen November gesagt, er lege besonderen Wert darauf, bei seiner nächsten Reise nach Deutschland eine ausführliche Aussprache mit E. E. zu haben. E. E. wurden schließlich gewissermaßen als eine souveräne Macht angesehen, deren politische Einstellung von internationalem Gewicht sei. Der amerikanische Botschafter hat noch im vorigen November, als ich mit E. E. zusammen ihn aufsuchte, E. E. geradeso wie einen souveränen Herrscher durch seinen Botschaftsrat am Fuße der Haupttreppe empfangen lassen, Paul Reynaud, der Vertraute des Präsidenten Millerand, hat mit E. E. einen Staatsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland direkt verhandelt.

In dem gleichen Verhältnis, in dem E. E. politisches Urteil von den Entente-Regierungen immer höher eingeschätzt wurde, hatte sich auch E. E. Ansehen in Deutschland wieder gefestigt und zwar umsomehr, je augenscheinlicher und offensichtlicher die Entente um E. E. bemüht war. Insbesondere begannen die Bayern in E. E. den Mann zu sehen, dessen Bedeutung weit über den Rahmen ihres Landes hinausreichte. E. E. haben das damals auch ganz richtig selbst empfunden. Sagten Sie mir doch, es könne nicht schaden, wenn ich den Bayern gegenüber gelegentlich betonte, welches Gewicht die Entente E. E. politischer Stellungnahme beilege.

Im vorigen Herbst – gerade vor Jahresfrist – standen E. E. im Zenith. Die damals von mir veranlaßte Unterredung zwischen E. E. und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Nationalbank, dem Geheimrat Witting, dessen großer Einfluß bis weit in die Reihen der Links-Parteien hineinreicht, hat gezeigt, daß selbst die Mittel-Parteien und die Links-Parteien bereit waren, E. E. wieder als den Führer der Nation zu akzeptieren und zwar deshalb, weil E. E. augenscheinlich am besten von allen Deutschen mit der Entente operieren konnten. Die nationalen Deutschen wären E. E. an und für sich gefolgt.

Es ist nun leider einmal so, daß die Menschen sich dahin orientieren, wo die Macht ist. Wenn auch zuweilen einige deutsche Zeitungen E. E. nahe Beziehungen zu den Entente-Regierungen kritisiert haben mögen, so hat es doch allen imponiert, daß die nach dem für uns unglücklichen Kriegs-Ausgang mächtigsten Staaten E. E. Meinung ganz offenbar hoch bewerteten.

Es war selbstverständlich, daß die Moskauer Sowjetregierung E. E. Aufstieg mit steigender Beunruhigung beobachten mußte und zwar umsomehr, als

sich unsere Politik konzentriert gegen Moskau richtete. Es war daher zu erwarten, daß die Sowjetregierung versuchen werde, E. E. zu sabotieren.

Dazu kam, daß die Moskauer Sowjetregierung mehr und mehr ihre Hoffnung auf eine direkte Bolschewisierung Deutschlands schwinden sah. Es blieb für sie nur noch die eine Möglichkeit offen, Deutschland indirekt und unter Ausnutzung der Kräfte zu bolschewisieren, welche an sich national und antibolschewistisch sind. Diese Pläne der Moskauer Sowjetregierung waren mir schon vor Jahresfrist bekannt. Am 28. November 1922 schrieb ich in die „Bayerische Staatszeitung“:

„Die Moskauer Sowjetregierung setze ganz besondere Hoffnungen auf die national-sozialistische Bewegung in Bayern. Man erwarte in Moskau, daß diese Bewegung zu einem gewaltsamen Ausbruch führen werde, und beabsichtige, deren Führer durch Provokateure, welche sich unter der Maske von bekehrten Kommunisten in die Partei einschleichen sollten, zu Unbesonnenheiten zu verleiten. Eine von den Nationalsozialisten und ihrem Führer Hitler getragene Bewegung in Bayern werde sich aber nur ganz kurz halten. Sie würde die Entente geschlossen gegen sich haben, welche Hitler in seinen Ansprachen häufig gereizt habe. Einer Hitler-Regierung in Bayern würden daher alle Lebens-Notwendigkeiten und Zufuhren abgedrosselt werden. Außerdem könne Hitler – abgesehen von den äußeren Widerständen – an und für sich dem Volke keines der Versprechen einlösen, die er in seinen Reden dem Volk gemacht habe. Die Enttäuschung des Volkes werde also furchtbar sein. Der dementsprechend in Kürze zu erwartende Sturz einer Hitler-Regierung werde aber alle antibolschewistischen Kräfte in Bayern und vielleicht sogar in ganz Deutschland in den Abgrund reißen. Der Weg zur Errichtung der Sowjet-Herrschaft in Deutschland werde dann frei gemacht sein.“

In der Tat mußte Herr Hitler als ein ideales Objekt für bolschewistische Provokationen angesehen werden. Er ist ein fanatischer Demagoge, der zwar mit Schlagworten arbeitet, der aber glaubt, was er sagt. Es fehlen ihm die elementarsten Kenntnisse der äußeren Politik und jeder Begriff dafür, auf welchen Faktoren überhaupt ein Staat aufgebaut ist. In wirtschaftlichen Fragen ist er, wie schon aus seinem Programm unzweifelhaft hervorgeht, vollkommen unwissend. Seine Energie ist dementsprechend ohne verstandesmäßige Hemmungen.

Dazu konnte es nicht zweifelhaft sein, daß eine nationale Erhebung in Deutschland gerade unter der Führung des Herrn Hitler von vornherein zum Mißerfolg verurteilt sein mußte. Eine Hitler-Regierung konnte ihrem Charakter nach nicht anders als schroff antisemitisch sein. Sie mußte also von Anfang an die Gegnerschaft aller Juden in der ganzen Welt gegen sich haben. Die Juden aber haben in den Parlamenten und in der Presse der Ententestaaten erhebli-

chen Einfluß und können daher deren Waffengewalt gegen das leider wehrlose Deutschland ausspielen.

Während außerdem Bismarck immer bestrebt gewesen ist, seine Gegner zu isolieren und soviel Macht-Faktoren als irgend erreichbar auf seine Seite zu ziehen, hatte Herr Hitler umgekehrt die Tendenz, sich möglichst viele Feinde auf den Hals zu laden. Das war umso törichter, als Bismarck über das beste und stärkste Heer der Welt verfügen konnte, während die Anhänger des Herrn Hitler doch schließlich wenige tausend junger Enthusiasten waren, deren Kampfkraft ich meinerseits niemals überschätzt habe.

Die bolschewistische Revolution zu bekämpfen ist an und für sich eine Aufgabe, deren Lösung nicht einfach ist. Mussolini hat diese Aufgabe angefaßt, nachdem er die Mehrzahl der italienischen Juden, die Großfinanz, auf seine Seite gebracht hatte. Wenn dagegen Herr Hitler, wie gesagt, seine Politik mit der Gegnerschaft aller Juden belastete, mußte sein Erfolg überaus zweifelhaft werden. Herr Hitler hat aber außerdem noch in allen seinen Reden gegen die Entente Front gemacht und insbesondere den Krieg gegen Frankreich gepredigt. Das war umso unvernünftiger, als gerade Frankreich derzeit die militärische Macht hatte, um jede ihm nicht genehme Hitler-Diktatur kurz und klein zu schlagen. Mussolini ist auch in seiner auswärtigen Politik sehr viel klüger als Hitler. Er verfügt über eine doch immerhin starke und modern ausgerüstete Armee. Seine Lage ist insofern viel günstiger wie die jedes deutschen Staatsmannes, als Italien ein völlig souveräner Staat ist, in dessen innere Fragen sich keine fremde Macht einmischen kann. Trotzdem hat sich Mussolini gehütet, die faschistische Staatsneubildung mit vorzeitigen äußeren Feindschaften zu belasten. Endlich hat sich aber Herr Hitler auch noch mit der römischen Kirche verfeindet, welche gerade in Bayern ganz sicher nicht beiseite geschoben werden kann.

Die Sowjetregierung konnte also den Mißerfolg einer Hitler-Erhebung ebenso sicher vorausberechnen, wie ich ihn vorausgesehen habe. Wie gut der bolschewistische Gegenschlag auf den Zusammenbruch der nationalen Erhebung in Deutschland vorbereitet und organisiert war, geht aus den zahlreichen kommunistischen Waffenfunden der letzten Tage deutlich hervor.

Ganz besonders hoch willkommen mußte es der Sowjetregierung sein, wenn es gelang, E. E. in die Hitler-Politik zu verwickeln. Es liegt mir grundsätzlich fern, von den Toten anders als Gutes zu reden. Ich halte es aber für meine Pflicht, zu sagen: Ich bin heute mehr als je überzeugt, daß Herr von Scheubner-Richter \*), bestenfalls ohne es zu wissen, von bolschewistischen Agents provokateurs vorgeschoben war.

---

\*) Teilnehmer des Hitler-Putsches, am 9. 11. 1923 an der Feldherrnhalle in München erschossen.

E. E. werden sich erinnern, daß ich E. E. am 18. November vorigen Jahres wörtlich geschrieben habe: „Wenn E. E. mit Herrn Hitler gehen wollen, dann werden Sie auf Gedeih und Verderb mit Ereignissen verbunden sein, die im allerbesten Fall dazu führen, daß E. E. als heimatloser Flüchtling in der Fremde irren.“ Leider Gottes ist diese meine Voraussage durch die Ereignisse gerechtfertigt worden. Es ist wie ein Wunder, daß E. E. noch unter den Lebenden weilen.

Als ich letzthin mit E. E. sprach, hatte ich den Eindruck, daß E. E. meine Warnungen als die eines alten Freundes, der niemals der Treue gegen E. E. ermangelt hat, doch hören wollten.

Wir sprachen im vorigen Jahre auch von der damals bevorstehenden Ruhrbesetzung und davon, daß deren Endergebnis kein anderes sein könne, als der zwangsläufige Zusammenschluß zwischen dem französischen Erz und der deutschen Kohle. E. E. waren mit mir der Ansicht, daß wir diese unvermeidliche Entwicklung mit Ruhe abwarten müßten. Dieser unsrer damaligen Auffassung haben die Ereignisse ebenfalls Recht gegeben. Die vor kurzem unterschriebenen Verträge zwischen den Franzosen und den deutschen Schwerindustrien bringen zunächst die Arbeit im Ruhrgebiet wieder in Gang. Sie sind provisorisch und müssen zwangsläufig, wie aus der beigegeführten schwerindustriellen Zeitung hervorgeht, die Bildung des französisch-deutschen Industrieblocks zur Folge haben. Zugleich aber steigt, wie ich ebenfalls vorausgesehen habe, gerade durch diese Entwicklung die Spannung zwischen England und Frankreich. Wir kommen in die glänzende Position des Spielers, der die letzte Karte ausspielt und dessen Karte deshalb als Trumpf sticht. Der Augenblick kommt, in dem E. E. Feldherrn-Genie für unser armes Volk alles wert sein könnte, wenn sich E. E., wie ich dringend geraten habe, abwartend und, ohne sich weder für noch gegen Frankreich und weder für noch gegen England zu äußern, im Hintergrund gehalten hätten. Statt dessen haben E. E. durch Ihr offenes Zusammengehen mit Hitler sowohl Ihre internationale wie auch Ihre deutsche Position selbst zerstört.

Schon vorher hatten E. E. nach meinem Gefühl nicht glücklich operiert. Zunächst waren E. E., wie ich vermute, aus Rücksicht auf Herrn Hitler und seine Anhänger mit der Entente immer mehr auseinander gekommen. Obgleich ich E. E. gegenüber nie meine Überzeugung verhehlt habe, daß der passive Widerstand zu keinem Erfolg für Deutschland führen könne, und obgleich E. E. selbst meine Ansicht teilten, daß der Versuch eines aktiven Widerstandes gegen Frankreich derzeit mit einer schweren militärischen Niederlage für uns enden müsse, haben sich E. E. in der Zeit des passiven Widerstandes wiederholt ostentativ gegen Frankreich herausgestellt. Die Tatsache, daß E. E. mit der Entente auseinanderkamen, mußte aber zur Folge haben, daß auch E. E.

Autorität im Innern Deutschlands zu schwinden begann. Wie ich E. E. geschrieben habe, wäre aber das alles noch auszugleichen gewesen, wenn sich E. E. nicht immer offensichtlicher mit Herrn Hitler verbunden hätten. Dadurch haben sich E. E. mit so mächtigen Faktoren wie mit der römischen Kirche immer mehr gleichsam automatisch verfeindet, während ich seinerzeit umgekehrt bestrebt gewesen bin, die Übereinstimmung zwischen E. E. und diesen Machtfaktoren herbeizuführen.

E. E. werden nunmehr verstehen, daß ich vor Jahresfrist E. E. erklärt habe, meine politischen Wege müßten sich von denen E. E. trennen, wenn E. E. mit Herrn Hitler gehen wollten. Wenn E. E. das erworbene Kapital von politischem Vertrauen auch für sich zerstören konnten, so durfte ich das meine jedenfalls unter gar keinen Umständen aufs Spiel setzen. Ich hatte gewissermaßen für E. E. politisch mitgarantiert, und ich mußte diese Garantien zurücknehmen, sobald E. E. Wege einschlugen, welche ich nicht mitgehen konnte. Ich bin also sicher jeder Verantwortung für die Münchener Ereignisse ledig und zwar umso mehr, als ich E. E. noch wenige Tage vor dem Hitler-Putsch erneut und dringend gewarnt hatte.

Es tut mir aber bitter weh, daß das alles so kommen mußte. Ich bedauere, daß einer der größten Männer, welche unsere Nation hervorgebracht hat, so zu Fall gebracht werden konnte, daß das Kapital seines großen Namens und seiner militärischen Fähigkeiten nun dem armen deutschen Volk verloren geht, und daß einem Mann, den ich persönlich liebe und verehere wie E. E., widerfahren mußte, was E. E. widerfahren ist.

Vor einigen Tagen war der Oberst Stewart Roddie bei mir. Der Oberst war ganz traurig, daß ich E. E. nicht davor behütet hätte, sich mit Hitler einzulassen. Der Oberst Stewart Roddie ist, wie E. E. wissen, mit dem König von England als dessen früheren Flügel-Adjutant in nahen Beziehungen. Er sagte, der König von England habe immer gemeint, daß E. E. noch eine gewaltige Rolle in der europäischen Politik spielen und auch für England überaus wichtig werden könnten. Der englische Oberst fügte hinzu, es sei geradezu tragisch und erschütternd zu sehen, daß sich ein Feldherr von weltgeschichtlichem Ruf wie E. E. mit einem Mann wie Hitler verbünde. Kein Mensch in ganz England könne begreifen, daß E. E. gerade die militärische Aussichtslosigkeit der Hitlerschen Politik nicht von vornherein erkannt hätten.

Ich bitte E. E., diesen meinen Brief so zu nehmen, wie er gemeint ist, als Ausdruck der bitteren Enttäuschung eines Mannes, der sein Vaterland über alles liebt und E. E. selbst herzlich ergeben ist.

In immer währendender Treue bin ich E. E. aufrichtig ergebener

Arnold Rechberg



## 24. Artikel Arnold Rechbergs im „Neuen Wiener Journal“ vom 7. 4. 1929

### Fochs politisches Testament

#### Engster Zusammenschluß zwischen Frankreich u. Deutschland

Die Gruft der Invaliden hat sich über dem Sarge Ferdinand Foch geschlossen, des dreifachen Marschalls von Frankreich, England und Polen, des einstigen Generalissimus der Alliierten, des Siegers in dem gewaltigsten aller Völkerkriege. Nunmehr ist der Marschall ganz in die Geschichte eingegangen und Rücksichten der Tagespolitik, derenthalben er sich bei Lebzeiten eine gewisse freiwillige Zurückhaltung nach außen hin auferlegte, gelten nicht mehr. Es ist daher auch kein Grund vorhanden, der Öffentlichkeit den Inhalt einer Unterredung vorzuenthalten, die ich in den letzten Tagen des Jahres 1923 mit dem Marschall Foch gehabt habe. Ich suchte den Feldherrn im Invalidenhotel auf und wurde von seinem Ordonnanzoffizier, dem damaligen Kapitän l'Hopital, in das einfache Arbeitszimmer des Marschalls geführt, das unmittelbar neben dem Invalidendom, der Grabstätte des Kaisers Napoleon, gelegen war.

Der Marschall empfing mich höflich, aber zunächst förmlich. Ich begann die Unterhaltung damit, daß ich sagte: „Frankreich sei vom Schicksal begünstigt. Es habe nicht nur im Endkampf des Weltkrieges einen Feldherrn von den Fähigkeiten des Marschalls Foch gefunden, es habe zugleich das Glück gehabt, daß die französischen Pläne einer Absplitterung der Rheinlande und des Ruhrgebiets vom Deutschen Reiche bisher gescheitert seien. Der Marschall ersuchte mich, diese meine Ansicht zu begründen. Ich führte daraufhin aus: „Wenn Frankreich die Rheinlande und das Ruhrgebiet aus dem Verband des Deutschen Reiches lösen und zu einem autonomen, zwischen Deutschland und Frankreich gelegenen Staate machen wollte, dann hätte es diesen neuen Staat zugleich aus der Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches herausnehmen müssen. Sonst wäre der neue Staat, ganz gleichgültig, welches seine politische Konstruktion sein möge, doch unlösbar an das Deutsche Reich und an dessen Interesse gefesselt geblieben. Frankreich hätte also eine Zollgrenze im Osten um den neuen Staat ziehen müssen, welche diesen Staat wirksam von der Wirtschaftseinheit des übrigen Deutschen Reiches getrennt hätte. Frankreich hätte dann entweder den neuen Staat zollpolitisch mit Frankreich zusammenschließen können, dann wäre die rheinisch-westfälische Industrie, von ihrem Absatzgebiet in Deutschland abgeschlossen, gezwungen gewesen, den dort verlorenen Markt in Frankreich zu suchen und demzufolge die altfranzösischen Industrien zu erdrücken. Oder aber Frankreich hätte versuchen können, den neuen Staat zollpolitisch zugleich von Deutschland und von Frankreich abzusperrern. Dabei sei aber zu bedenken, daß die Rheinlande und das Ruhrgebiet eines der übervölkertsten Länder der Welt sind, dessen Bevölkerung nicht aus dem Bodenertrag dieses

Landes, sondern lediglich aus ihrer Industrieleistung ernährt werden kann. Wenn die rheinisch-westfälische Industrie zugleich vom deutschen und vom französischen Markt abgeschlossen worden sei, dann wäre die Folge gewesen, daß sie einer fürchterlichen Katastrophe zutreiben mußte, die sich mit Hunderttausenden, wenn nicht mit Millionen Arbeitslosen quittiert hätte. Für deren Lebensunterhalt aber hätte Frankreich Sorge tragen müssen, wenn anders es nicht in einem von Frankreich protegierten Rheinstaat diese Hunderttausende und Millionen von Arbeitslosen durch Hunger und verzweifelte Bürgerkriege zugrundegehen lassen wollte."

Der Marschall Foch folgte diesen meinen sehr eingehenden Ausführungen ganz offenbar mit steigender Aufmerksamkeit. Ich erinnere mich, daß er dabei, in seinen Stuhl zurückgelehnt, in tiefem Nachdenken zur Decke emporgeschaut hat. Von diesem Tage an sind alle französischen Versuche, die Rheinlande und das Ruhrgebiet aus dem Verband des Deutschen Reiches zu lösen, eingestellt worden. Danach fragte mich der Marschall, welche positive und präzise Lösung der deutsch-französischen Frage ich meinerseits für richtig hielte und befürwortete. Ich entwickelte darauf die Umriss eines auf der Verflechtung der deutschen und französischen industriellen Lebensinteressen beruhenden nahen und unauflösbaren Bündnisses zwischen Deutschland und Frankreich, in das am besten England miteinzubeziehen wäre.

Der Marschall erwiderte mit Lebhaftigkeit: „Sie haben selbstverständlich recht, daß es nur eine Alternative gibt. Deutschland hat noch immer zwanzig Millionen Einwohner mehr als Frankreich. Die Deutschen sind ohne jeden Zweifel ausgezeichnete industrielle Organisatoren und das Volk ist diszipliniert und arbeitsam. Als Soldaten haben die Deutschen im Weltkrieg die Erwartungen des französischen Generalstabes, die wahrhaftig nicht gering waren, noch weit übertroffen. Niemals hat irgendeine Armee sich bewunderungswürdiger geschlagen als die deutsche Armee im Weltkrieg. Das alles macht Deutschland zu einem für Frankreich gefährlichen Nachbarn. Frankreich ist daher zu dem Versuch gezwungen, diesen seinen Nachbarn zu überwachen oder aber es muß zwischen Frankreich und Deutschland eine so nahe und untrennbare Verflechtung ihrer Lebensinteressen geschaffen werden, daß jeder neue Krieg zwischen den beiden Mächten materiell unmöglich wird. Une liaison plus étroite et plus indissoluble, que celle faite par votre grand chancelier le Prince de Bismarck entre la Prusse et la Bavière. Die Verflechtung der deutschen und der französischen Lebensinteressen aber darf nach meinem Dafürhalten nicht auf die Industrien beider Länder beschränkt bleiben. Sie muß vervollständigt werden durch die Verflechtung auch ihrer militärischen Interessen. Ich habe im großen Kriege die Armeen mehrerer Nationen geführt und dabei gefunden, daß die Verschiedenheit der

Sprache und des Nationalcharakters kein Hindernis für die Organisation ihrer zentralen Leitung gewesen ist. Außerdem sind in unserer Zeit des technischen Krieges die Armeen abhängiger als früher von ihren Waffenschmieden, den großen Industrien. Wenn die großen Industrien zweier oder mehrerer Länder fusioniert werden, dann ist die militärische Interessenverflechtung dieser Länder lediglich die logische Folge eines solchen Geschehnisses. Es gibt zwischen Frankreich und Deutschland nur entweder immerwährende Gegnerschaft oder absolute Interessengemeinschaft. Jeder General, der für die Sicherheit Frankreichs verantwortlich ist, muß besorgt sein, wenn Deutschland wieder groß und mächtig wird, es sei denn, daß die industriellen und militärischen Lebensinteressen beider Länder unauflöslich miteinander verflochten werden."

Darauf hat der Marschall mit mir die technischen Möglichkeiten durchgesprochen, wie eine derartige militärische Interessenverflechtung zwischen Deutschland und Frankreich verwirklicht werden könne, sobald es gelungen sein werde, die Basis dafür durch die deutsch-französische industrielle Interessengemeinschaft zu schaffen, und wir kamen schließlich zu einer festumrissenen Fassung. Dabei waren sowohl der Marschall als ich vollkommen darüber im klaren, daß alle Anstrengungen zunächst auf die Verwirklichung der deutsch-französischen industriellen Interessengemeinschaft zu konzentrieren seien und daß erst nach deren Verwirklichung die Frage ihrer militärischen Konsequenzen praktisch anzuschneiden wäre.

Der Marschall erkundigte sich dann nach mehreren deutschen Heerführern, nach dem General Hoffmann, den er für den weitaus hervorragendsten deutschen Feldherrn des Weltkrieges hielt, nach dem Generalobersten von Kluck, dessen Entschlüsse und Operationen in der Marneschlacht er besonders anerkannte, und nach anderen. Zuletzt kam er auf die Bedrohung Europas durch den Bolschewismus. Der Marschall, der während der Unterredung immer verbindlicher geworden war und gegen deren Ende mir als Offizier der ehemaligen preußischen Armee gegenüber im Ausdruck und in den Formen die militärische Kameradschaft betonte, erhob sich von seinem Sitz. Er schob seinen Arm unter den meinen und führte mich vor eine riesige Karte von Europa und Asien, mit der die eine Wand seines Arbeitszimmers fast vollkommen bedeckt war. Er sagte: „Ich bin nicht so töricht zu glauben, daß es auf die Länge der Zeit möglich sein wird, die größere Hälfte unseres Erdteils und weite Gebiete in Asien einer Handvoll entschlossener und verbrecherischer Tyrannen zu überlassen. Aber nichts kann geschehen, solange Deutschland und Frankreich uneinig sind, und ich bitte Sie, Ihren großen Freund, den General Hoffmann, von mir zu grüßen.“

## **25. Arnold Rechberg an den Chefredakteur des „Matin“ Sauerwein**

(Durchschlag)

Berlin, le 2 Novembre 1926  
Große Querallee I.

Mon cher Sauerwein!

Merci pour votre bonne lettre du 28 octobre. Cependant je ne suis pas cette fois-ci entièrement de votre avis.

Depuis le 30 septembre de cette année, jour auquel le pacte du fer franco-allemand a été signé, l'alliance industrielle franco-allemande est devenue un fait. Le pacte franco-allemand de la potasse et le pacte franco-allemand du fer surtout, cela fait une liaison des intérêts industriels français et allemands — à mon avis — déjà suffisante.

Maintenant que cette base d'une évolution gigantesque a été établie, l'amalgamation absolue et indissoluble des grandes industries françaises et allemandes va se parfaire presque automatiquement. Du point de vue de la haute politique nous n'avons donc plus besoin de veiller, autant que nous avons dû le faire dans le passé, à ces questions industrielles.

Ce que j'estime le plus nécessaire après la signature du pacte du fer, c'est le nettoyage de la question militaire. J'ai tâté le terrain. Je suis donc certain que la réalisation de ma proposition — telle que je l'ai faite — d'une alliance militaire franco-allemande va vous gagner tout de suite le consentement de la très grande majorité de tous les nationalistes allemands à la constitution définitive du bloc franco-allemand. Tant qu'il-n'y-a pas, au contraire, une solution satisfaisante de la question militaire vous aurez toujours la résistance de nos militaires contre toute alliance franco-allemande. Vous aurez également la résistance de la noblesse agricole de chez nous, dont les fils ont formé le corps d'officiers de l'armée allemande. Ces hoberaux ont quand-même beaucoup d'influence dans nos partis de la droite.

Vous aurez en plus une résistance dans le peuple allemand presque tout entier, qui se sent par le désarmement blessé dans son amour-propre. Toutes ces résistances peuvent pourtant gêner terriblement la réalisation du bloc franco-allemand et même l'évolution de l'alliance industrielle, faite entre nos deux pays.

J'ai d'ailleurs parlé avec vos diplomates à Berlin de mes propositions d'une alliance militaire franco-allemande. Ils sont entièrement du même avis

que vous qu'il nous faut aller jusque-là, et que les négociations entamées à Thoiry ne vont jamais aboutir tant que nous n'arrivons pas à nettoyer la question militaire.

La situation est après la retraite de von Seeckt extrêmement favorable. Les chefs de la Reichswehr sont maintenant pour moi. Mahraun l'est également. Il ne faut point confondre en France l'ordre des Jeunes-Allemands avec d'autres organisation de chez nous semblables en apparence. C'est Mahraun qui a fait crever le printemps passé le plan d'une guerre germano-soviétique contre la Pologne et la France. Il a agit à cette époque avec un courage sans égal et il s'est acquis un mérite inoui. Nous ne serions jamais arrivés au résultat, que nous avons obtenu, sans l'influence de Mahraun.

Mais la situation actuelle, qui est, je le répète, extrêmement favorable, peut passer, et rien n'est si difficile que de rattraper une occasion manquée. Il ne faut point que les chefs de la Reichswehr se découragent. J'ai donc grand besoin que [ce que] vous avez déjà au printemps publiée [sic!] dans l'ensemble de mon programme soit reprise par un très grand journal parisien tel que le "Matin".

Je vous prie donc, si toutefois vous le pouvez, de bien vouloir publier mon exposé ci-joint, que j'ai retouché et raccourci. En cas que vous pouvez le publier rien ne doit pas être changé ou rayé, parceque tous mes arguments sont soigneusement pesés et réfléchis également quant à leur effet sur l'opinion publique en Allemagne. Je vous prie donc de publier mon exposé avec une introduction si favorable que vous le pouvez.

Je n'ai jamais, mon cher Sauerwein, tenu autant que cette fois à ce qu'un exposé écrit par moi soit publié dans le "Matin".

Je vous rappelle enfin que rien ne peut soutenir les finances de la France autant qu'une alliance militaire franco-allemande, telle que je la propose. Le Crédit international suit toujours la puissance. Or, comme rien au monde ne peut être si puissant comme un bloc industriel et militaire franco-allemand, comme une liaison entre les deux grandes nations voisines, qui sera de beaucoup plus étroite et plus indissoluble que les anciennes alliances diplomatiques, la France et l'Allemagne trouveront, dès que ce bloc était entièrement réalisé, un crédit illimité et aux conditions qu'elles voudront. Tant que nous n'avons que l'alliance industrielle franco-allemande, les Américains, les Anglais, les Soviets et même les Italiens espèrent de pouvoir nous séparer encore et y travaillent fièvreusement, ce que diminue de beaucoup notre crédit financier au marché mondial. Le règlement satisfaisant de la question des dettes françaises envers les Etats Unis dépend de ce que l'alliance

militaire franco-allemande soit réalisée avant. Il est donc très nécessaire, mon cher Sauerwein, que vous soutenez cette fois-ci ma proposition d'alliance militaire franco-allemande, comme vous avez soutenu dans le passé les propositions d'une alliance industrielle franco-allemande, que nous sommes arrivés à réaliser pour le plus grand bien de nos deux pays.

Avec tous mes hommages très respectueux pour Madame Sauerwein croyez-moi votre toujours bien dévoué ami

[Rechberg]

## 26. Chefredakteur Sauerwein an Arnold Rechberg

Paris, le 8 Novembre 1926

Mon cher ami,

Je vous assure que je suis aussi fermement attaché que vous-même à une oeuvre de rapprochement entre nos deux pays. Mais il faut y mettre un peu de tactique et de doigté. Vous avez vu que l'entrevue de Thoiry n'a pas produit grand chose pour diverses raisons, dont l'une est que M. Stresemann a offert ce qu'il n'avait pas, de l'argent, et la seconde que M. Briand a offert ce qu'il ne pouvait pas donner, l'évacuation. Laissons donc le temps faire son oeuvre dans le domaine économique et remettons à plus tard des propositions d'alliance militaire qui, étant prématurées, risqueraient de tout compromettre. Tel est mon avis et je suis sûr qu' à la réflexion vous me donnerez raison.

Bien à vous

Sauerwein

## 27. Arnold Reehberg an Oberst von Schleicher

(Abschrift)

z. Zt. Berlin, 24. Februar 1927

Große Querallee 1

Sehr geehrter Herr Oberst!

Es ist natürlich immer möglich, die Ablehnung einer Fühlungnahme zwecks Anbahnung eines Bündnisses mit diplomatisch korrekten Formeln zu begründen. Leider hört aber die refüsierte Großmacht nur das Nein, umsomehr als sich Ihr Herr Minister – soweit ich gehört habe – die gleiche Reserve in Unterhaltungen mit den Vertretern der Sowjetregierung nicht auferlegt hat.

Die Ansicht Ihres Herrn Ministers, daß Deutschland nichts dringender nötig habe, wie friedliche und vertrauensvolle Beziehungen zu allen Nachbar-Staaten, ist an und für sich richtig. Es wird aber Deutschland in der gegenwärtigen Konstellation der Großmächte nicht gelingen, derartige Wünsche zu realisieren.

Kaiser Wilhelm II. ist daran gescheitert, daß er sich gescheut hat, rechtzeitig zwischen dem Westen und dem Osten zu optieren. Das Bündnis mit England wurde ihm zu Anfang des Jahrhunderts über den damaligen Geschäftsträger in London, Freiherrn von Eckardstein, angeboten und später das Bündnis mit Rußland von dem russischen Minister Grafen Witte, der mir das negative Resultat seiner dahingehenden Bemühungen noch vor dem Weltkrieg in Paris ausführlich erzählt hat. Damals in der Vorkriegs-Epoche wäre Deutschland in beiden Kombinationen – sowohl in der englischen wie in der russischen – unüberwindlich gewesen. Das haben die Geschehnisse des Weltkrieges bewiesen. Es ist immer überaus gefährlich, angebotene Bündnisse von der Hand zu weisen, denn die refüsierte Großmacht sieht darin einen Beweis gegen sie feindlicher Absichten und handelt dementsprechend. Kaiser Wilhelm hatte also selbst sowohl den Engländern wie den Russen suggeriert, daß er gegen sie feindliche Absichten habe und das Resultat ist das an sich unnatürliche Bündnis England-Rußland gegen Deutschland gewesen.

Wir werden nun in sehr absehbarer Zeit wieder gezwungen sein, zwischen dem Westen und dem Osten zu wählen. Es ist – nachdem was ich von den englischen und auch von den französischen Diplomaten höre – nur eine Frage der Zeit, wann der Konflikt zwischen dem großbritannischen Imperium und dem Bolschewismus mit Waffengewalt ausgetragen wird. Die Westmächte werden ganz einfach nicht zulassen, daß wir in diesem Kriege neutral bleiben. Ich weiß von autoritativster Entente-Seite, daß sie uns vor die Entscheidung Bündnis oder offene Feindschaft stellen wollen.



Es muß den Entente-Mächten England und Frankreich auch tatsächlich zugebilligt werden, daß sie die Neutralität Deutschlands ebenso wenig anzuerkennen in der Lage sind, wie wir im Jahre 1914 die Neutralität Belgiens anerkennen konnten.

Während es aber vor dem Weltkrieg tatsächlich zweifelhaft sein konnte, ob es für Deutschland vorteilhafter wäre, mit England oder mit dem militärisch doch recht mächtigen kaiserlichen Rußland zu gehen, ist nach meiner Überzeugung in der gegenwärtigen Lage jeder Zweifel völlig ausgeschlossen. Es steht außer Frage, daß England in dem bevorstehenden Weltkampf Sieger bleiben wird und zwar selbst dann, wenn es Moskau gelingen sollte, das ganze Asien zu revolutionieren. Die Kampfkraft des weißen Mannes hat sich noch immer als der des farbigen Mannes unendlich überlegen erwiesen, und seine Kriegsmittel sind derart viel wirksamer als die asiatischer Eingeborenen-Völker, daß der Ausgang vorzuberechnen ist. Dazu kommt, daß England, nachdem es den Generalstreik und den Bergarbeiterstreik niedergekämpft hat, von inneren Widerständen sehr viel weniger gehemmt wird als früher. Der kommende Krieg wird ein solcher sein, in dem es einen Verständigungsfrieden nicht gibt, und er wird mit der völligen Ausrottung des Bolschewismus sowie aller seiner Helfershelfer endigen.

Die rote Armee der Moskauer Sowjetregierung ist, abgesehen von etwa 60 000 Mann Tscheka-Truppen, vollkommen minderwertig und kaum besser als zusammengelaufene Banden. Das Eisenbahnnetz ist in Sowjetrußland so zerrüttet, daß es sehr wahrscheinlich einen modernen Aufmarsch überhaupt nicht mehr leisten könnte. Jedenfalls ist es bestimmt nicht ausreichend, um den Nachschub einer großen Armee zu bewältigen, so daß die Rote Armee – selbst wenn ihr der Aufmarsch gelänge – sehr bald operationsunfähig sein würde. Außerdem hat Rußland keine Industrie, die ausreichend wäre, das für eine moderne Armee erforderliche Kriegsmaterial auch nur im entferntesten zu produzieren, und wir könnten bei der Wirtschafts-Zerrüttung Sowjetrußlands selbst mit intensivster deutscher Hilfe eine solche Kriegsindustrie in Sowjetrußland nicht aufbauen.

Wir ständen also, wenn wir mit dem Bolschewismus gegen die Westmächte gehen wollten, England, Frankreich und voraussichtlich auch Italien allein gegenüber. Dazu kämen noch die Polen, die Tschechoslowaken und die kleineren Verbündeten der Entente. Das Resultat eines solchen Kampfes wäre bei unserer unzureichenden Bewaffnung nicht auszudenken. Es würde das tatsächliche finis Germaniae sein.

Außerdem sind in Sowjetrußland wirtschaftlich gar keine Aussichten für uns gegeben. Soweit ich in der Industrie höre, ist das Ergebnis aller Versuche, in Sowjetrußland wirtschaftlich ernsthaft Fuß zu fassen, ein negatives gewesen.

Wir können aber ebenso wie übrigens Frankreich die Konstellation sehr viel besser auswerten, wenn wir mit den Franzosen einig sind, ehe es zum Austrag zwischen den Angelsachsen und dem Bolschewismus kommt. Ubriqens ist ja die Entscheidung bereits insofern gefallen, als die deutsche Schwerindustrie durch den Eisenpakt schon für den Westen und ebenfalls zuerst für Frankreich optiert hat.

Aus diesen überaus ernsten Erwägungen habe ich mein Schreiben an Sie vom 22. Februar d. J. dem mir befreundeten Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Richthofen mitgeteilt und ihn gebeten, bei Ihrem Herrn Minister nochmals zu intervenieren. Auch mit dem Ministerialdirektor Dr. Köpke vom Auswärtigen Amt habe ich über die Angelegenheit gesprochen.

Wenn übrigens Ihr Herr Minister sich nicht für berechtigt hält, ohne ausdrückliche Ermächtigung des Herrn Außenministers bzw. des Reichskabinetts in außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, so hatte ich gerade angeregt, daß Ihr Herr Minister eine derartige Ermächtigung im Reichskabinettt beantragen möge.

Es würde für uns sicherlich sehr viel weniger vorteilhaft sein, wenn England und Frankreich sich zuerst untereinander verständigen und wenn wir dann durch ein Ultimatum beider Mächte gezwungen werden, in deren Front gegen den Bolschewismus einzutreten, als wenn wir vorher mit Frankreich einen Machtblock bilden.

Wir würden, wenn wir das deutsch-französische Industriebündnis in ein Militärbündnis ausbauen, auch mit einer Armee von nur 300 000 Mann die zweitstärkste Militärmacht in Europa sein, denn wir wären mit Frankreich zusammen stärker als England oder jede andere europäische Militärmacht. England könnte uns dann nicht mehr die Bedingungen diktieren, unter denen wir an einem Kampf zur Befreiung Rußlands vom Bolschewismus teilnehmen. Es müßte uns vielmehr, sobald es unsere und Frankreichs Hilfe in Anspruch nimmt, erhebliche Gegenvorteile konzedieren. Sobald dann der Kampf gegen den Bolschewismus akut wird, würden wir eine wirkliche große Armee erhalten, deren Ausrüstung unsere Industrien erheblich beschäftigen würde. Eine mächtige Armee aber ist – das hat schon Friedrich der Große betont – die Voraussetzung alles politischen Ansehens überhaupt. Das Aufmarschgebiet des neuen Weltkrieges würde dann nicht in Deutschland, sondern in Polen liegen. Wir sind Rußland räumlich näher als Frankreich oder England. Wir würden uns also an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau eines vom Bolschewismus befreiten Rußlands neben England und Frankreich gleichberechtigten Anteil sichern können. Deutschland könnte also aus dem neuen Weltkrieg im Endergebnis stärker hervorgehen als es jemals gewesen ist und mit glänzenden wirtschaftlichen Aussichten in einem Kontinent, dem russischen Reich, das neu

erschlossen werden muß und das sich, nachdem seine Intelligenz ausgerottet und sein Kapital vernichtet wurde, ohne wirksame ausländische Hilfe ebenso wenig aufrichten könnte wie das russische Volk, noch imstande ist, sich aus eigener Kraft vom Bolschewismus zu befreien. Ob das alles so werden wird, ist eine Frage richtiger Entschlüsse.

Ich darf Sie bitten, auch dieses mein Schreiben Ihrem Herrn Minister vorlegen zu wollen, und bin mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung Ihr sehr ergebenster

gez. Arnold Rechberg

## 28. Sir Henri Deterding an Arnold Rechberg

London, 30th August, 1928  
St. Helens Court, Leadenhall Street

Dear Mr. Rechberg,

I have still to thank you for your kind letter of the 21st instant with enclosures, which I have read with great interest.

I quite agree with you that the people in this country do not grasp the position at all. It is rather a hopeless task to bring about a better understanding of the grave peril emanating from Moscow so long as the politicians of England, although it is their duty to protect Labour against Communism, find it easier to try to be on good terms with this enemy, as taking up an active attitude against the common foe would mean more work for them.

My wife wishes me to thank you for your kind remembrances, and I remain, dear Mr. Rechberg,

Yours sincerely,

H. Deterding

The French Government (Naval Department) continues to buy from Soviet Government.

## 29. Arnold Reehberg an Sir Henri Deterding

(Durchschlag)

z. Zt. München, 5. September 1928

Hotel Vier Jahreszeiten

Sehr geehrter Sir Henri!

Ihr Brief vom 30. August erreichte mich hier in München . . . . .

Ich bin ebenso wie Sie der Ansicht, daß nicht nur die Staatsmänner Englands, sondern ebenso die Staatsmänner Frankreichs und Deutschlands gegenüber dem Bolschewismus, der alle diese drei Staaten zugleich bedroht, völlig versagen. Ebenso fehlt meinen Freunden in der deutschen Großindustrie bis jetzt noch immer das richtige Verständnis für die Gefahr.

Es wäre aber – davon bin ich überzeugt – doch noch zu früh, die Lage als hoffnungslos anzusehen und den Kampf gegen den Bolschewismus aufzugeben. Alle Taten der Weltgeschichte sind immer noch das Werk einiger weniger entschlossener Männer gewesen.

Schließlich ist es mir in den vergangenen Jahren ja doch auch gelungen, das deutsch-französische Industrie-Bündnis durchzusetzen und zwar gegen sehr törichte Widerstände in der deutschen Großindustrie selbst und gegen das anfängliche Mißtrauen der Franzosen. Auch die Engländer und die Amerikaner waren gegen das deutsch-französische Industrie-Bündnis. Die Regierungen sowohl Englands wie der Vereinigten Staaten hatten und haben die bolschewistische Gefahr noch nicht erkannt. Sie haben infolgedessen auch nicht begriffen, daß jede aktive Verteidigung gegen den Bolschewismus unmöglich bleibt, solange Deutschland und Frankreich sich gegenseitig hindern, und daß wiederum Deutschland und Frankreich nur auf der Basis industrieller Interessen-Verflechtung in eine Front gegen den Bolschewismus zusammengeschlossen werden können. Vor allem aber hatte ich gegen eine intensive Arbeit der Moskauer Sowjet-Vertreter in Berlin zu kämpfen, welche das Unmögliche versucht haben, um die Verwirklichung des deutsch-französischen Industrie-Bündnisses zu durchkreuzen. Die damaligen Intrigen Moskaus gegen das Zustandekommen des deutsch-französischen Industrie-Bündnisses beweisen, daß ich Recht habe, wenn ich in diesem Bündnis eine wesentliche Waffe gegen den Bolschewismus sehe.

Moskau hat genau erkannt, daß der Bolschewismus solange ungefährdet die Weltrevolution in Europa und in Asien vorwärtstreiben kann, als die Divergenzen zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits weiter bestehen, und solange es nicht gelingt, die drei großen europäischen

Nationen in einem festen antibolschewistischen Bündnis zusammen zu fassen. Infolgedessen gibt Moskau, wie ich Ihnen schon dieses Frühjahr sagte, in Berlin Millionen von Goldmark aus. Die besten deutschen Offiziere werden in Berlin von Moskau engagiert, um antienglische Truppen in Asien zu organisieren und anzuführen, deutsche Reichstagsabgeordnete werden von Moskau bestochen, und in der deutschen Presse dringt der bolschewistische Einfluß Moskaus immer weiter vor. Moskau predigt den deutschen Nationalisten den Befreiungskrieg gegen die Entente, der in Wirklichkeit nach den Plänen der russischen Sowjet-Regierung mit dem Sieg des Bolschewismus in Deutschland und darnach im ganzen Europa endigen soll. Auf der anderen Seite predigt Moskau den deutschen Linksradikalen die bolschewistische Weltrevolution durch den Kommunismus, und ich fürchte, daß Deutschland sehr viel mehr unterminiert ist als wir alle glauben. Gegenüber den bolschewistischen Millionen und den bolschewistischen Intrigen in Berlin habe ich eigentlich nichts in der Hand als meinen persönlichen Einfluß und meine persönliche politische Arbeit.

Es ist sehr bedauerlich, daß die französische Regierung noch immer Sowjet-Öl für ihre Kriegsflotte kauft. Nachdem aber die Franzosen nun einmal mit Deutschland das Industrie-Bündnis geschlossen haben und in der Zusammenarbeit die industrielle Tüchtigkeit der Deutschen mehr und mehr kennen lernen, richten sie sich trotz allem sehr darnach, was Deutschland tut. Ich sagte Ihnen schon dieses Frühjahr in London, daß nach meiner Ansicht Frankreich erst dann mit Sowjet-Rußland brechen werde, wenn Deutschland vorher oder gleichzeitig dasselbe täte. Selbstverständlich wäre die bolschewistische Gefahr geringer, wenn Moskau nicht immer wieder durch den Verkauf seines russischen Petroleums gewaltige Summen zuflößen, die es für Propaganda ausgeben kann. Es wird aber kaum möglich sein, den Verkauf des russischen Petroleums wirksam zu unterbinden, ehe England, Frankreich und Deutschland nicht auch in dieser Frage Hand in Hand gehen.

Gelingt es dagegen den Sowjets, Deutschland in einen Revanchekrieg gegen die Entente zu verwickeln, in dem Deutschland sehr wahrscheinlich unterliegen würde, um nach einer neuen Niederlage dem Bolschewismus zu verfallen, oder gelingt es Moskau, die bolschewistische Revolution in Deutschland durch die deutschen Kommunisten direkt zu entfesseln, dann werden – davon bin ich überzeugt – sowohl England wie Frankreich der Entwicklung vollständig ratlos gegenüber stehen.

Ob ich in dem Kampf gegen den Bolschewismus siegen werde, so wie ich in der Verwirklichung des deutsch-französischen Industrie-Bündnisses gegen Moskau gesiegt habe, oder ob ich diesmal unterliegen werde, weiß ich noch nicht. Es ist aber möglich, daß ich allein das dem Abgrund zurollende Rad nicht aufhalten kann. Es fehlen mir Bundesgenossen. Solche Bundesgenossen

könnten ganz im Hintergrund bleiben, niemand dürfte sie kennen, und ich würde gern nach außen hin allein die Verantwortung und Initiative übernehmen.

Die „Daily Mail“ hat mir, wie Sie wissen, ihre Spalten geöffnet, als ich in England war. Ebenso haben der „Matin“ und andere französische Zeitungen sehr oft die von mir befürwortete Politik sekundiert. Das alles genügt aber nicht, solange nicht einige mächtige Männer in England, in Frankreich und in Deutschland positiv mit mir gehen. Ich sehe noch immer keinen Anfang einer solchen Gruppe.

Kennen Sie Lord Rothermere und könnten Sie gegebenenfalls einmal mit ihm über die Lage sprechen? Auf der anderen Seite habe ich mit einigen hervorragenden Kapitänen unserer deutschen Großindustrien neue Besprechungen in Berlin verabredet. Sollte dabei diesmal ein positives Resultat herauskommen, werde ich Sie gern davon benachrichtigen.

Darf ich Sie bitten, Lady Deterding meine aufrichtigen Empfehlungen übermitteln zu wollen. Ich selbst bin Ihr sehr ergebener

[Arnold Rechberg]

### **30. Reichsbannerführer Major a. D. Mayr an Arnold Rechberg**

München, 26. Januar 1929  
Skellstr. 2

Sehr geehrter Herr Rechberg!

Als bald nach meinem Eintreffen in München hatte ich Gelegenheit, die bedeutsamen Gedankengänge, die ich von Ihnen habe erfahren können, meinem hiesigen Parteifreunde, dem Minister a. D. und 1. Vicepräsidenten des Bayr. Landtags E. Auer, eingehend zu erläutern. Sie werden sich vielleicht von früher her erinnern, wo ich nach Übersendung eines diesbezüglichen längeren Artikels in der Münchener Post mit Ihnen erstmals in flüchtige (telegraphische) Verbindung gelangte, daß gerade hier das Interesse für die einschlägigen Probleme immer sehr stark gewesen ist und eine gewisse Einheitlichkeit der Meinungen gegeben war. Ich bin ermächtigt ausdrücklich zu erklären, daß die jetzt gegebenen Zusammenhänge und Absichten stärkstes Interesse geweckt haben, was sich am deutlichsten aussprach in dem Urteil E. Auers, daß schon innerhalb eines halben Jahres die gesamten europäischen Verhältnisse, ganz besonders

auch zum Vorteil Deutschlands und der deutschen Arbeiterschaft, ein völlig anderes Gesicht erhalten könnten, wenn dieses Programm der Westorientierung (an eine Ostorientierung sei bei den bekannten Verhältnissen praktisch nicht zu denken) positiv in Angriff genommen werden könnte. E. Auer betonte des weiteren eine allerdings sehr wesentliche Voraussetzung, deren Erfüllung von meinem Überblick aus auch ich als unerlässlich ansehe: eine reinliche Erledigung der Korridorfrage zu Gunsten Deutschlands und eine ebenso reinliche Erledigung der oberschlesischen Frage. Solange diese zwei faulen Stellen bestehen, wird das mit dem Linksradikalismus zusammenarbeitende Lager Hugenberg-Nicolai immer wieder Agitationsstoff haben, und an eine realpolitische Einheitsfront wird nie zu denken sein. Denn wenn die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft selbstverständlich auch mit allen Mitteln einen Krieg etwa um des Korridors oder um Oberschlesiens willen zu verhindern wissen wird, im Hinblick auf die erwähnten ungelösten Fragen werden auch große Massen der bürgerlichen und nichtbürgerlichen Linken für ein Europa sanierendes weitgehendes Bündnissystem nicht zu haben sein. Herr E. Auer meinte zutreffenderweise, die deutschpolnische Frage spiele heute hinsichtlich der Festigung eines wirklichen Friedens taktisch und strategisch die gleiche Rolle wie während des Krieges die belgische Frage. Es sind während des Krieges die Kreise um Hugenberg und Nicolai gewesen, die bis in den Herbst 1918 hinein eine loyale Erklärung hinsichtlich der unbedingten Räumung und Schadloshaltung Belgiens zu hinterreiben gewußt haben.

Ich habe E. Auer auch mitgeteilt, mit wem Sie unlängst die 2stündige Konferenz gehabt und wer dieselbe veranlaßt hat. Das Bewußtsein, erklären zu können, ob und in wieweit Sie auch der unbedingten außenpolitischen Zustimmung einer für die ganze deutsche Sozialdemokratie (zu mindestens deren realpolitische überwiegende Majorität), ganz besonders für Süddeutschland maßgebenden Persönlichkeit wie Auer sicher sein können, wird Ihnen für die bevorstehende Wirksamkeit sehr dienlich sein. Ich glaubte es Ihnen daher umgehend mitteilen zu sollen. Mein persönlicher Eindruck ist nebenbei, daß in Bayern in absehbarer Zeit die Sozialdemokratie mit in der Regierung sitzen wird.

. . . . .

Mit hochachtungsvoller Begrüßung und verbindlichsten Empfehlungen  
Ihr sehr ergebener

Mayr



### **31. Arnold Rechberg an den Hauptschriftleiter der „Vossischen Zeitung“ Elbau**

Berlin, den 23. Mai 1929  
Große Querallee 1

Sehr geehrter Herr Elbau!

Beifolgend sende ich Ihnen zur Kenntnisnahme einen Aufsatz, den ich im „Neuen Wiener Journal“ veröffentlicht und dem „Kasseler Tageblatt“ zum zweiten Abdruck überlassen habe. Seitdem habe ich weitere zuverlässige Nachrichten darüber erhalten, daß Moskau fieberhaft an der nationalsozialistisch-faschistischen Diktatur in Deutschland arbeitet, die in einem neuen blutigen Krieg Deutschlands gegen Polen-Frankreich zusammenbrechen und dann endgültig von dem Bolschewismus in Deutschland abgelöst werden soll.

Was andererseits die Pariser Reparationsverhandlungen angeht, so halte ich sie angesichts der bevorstehenden wirtschaftlichen und finanziellen Pleite in Deutschland, die geradezu phantastisch werden wird, für absoluten Unsinn. Ich bin der Ansicht, daß schon Schachts erstes Angebot einer Annuität von 1650 Millionen Goldmark die deutsche Leistungsfähigkeit bei weitem überschreitet. Außerdem kann nach meinem Dafürhalten die Reparationsfrage nicht gesondert aus dem Komplex des deutsch-französischen Problems, in das wirtschaftliche, industrielle, finanzielle, politische und vor allem militärische Faktoren mit einbezogen sind, herausgenommen und ihre Lösung gewissermaßen im luftleeren Raum versucht werden.

Schließen Deutschland und Frankreich ein Militär-Bündnis, dann würden – wie mir Caillaux ganz richtig sagte – alle deutschen und französischen Werte sofort nicht nur börsenmäßig, sondern tatsächlich mindestens um das Doppelte steigen, und das wäre für Frankreich rein ziffernmäßig ertragsreicher als alle deutschen Reparationen, die letzten Endes doch nicht gezahlt werden können. Auch für die französische Großfinanz würde die deutsch-französische Militär-Allianz das bei weitem beste Geschäft sein, was sie je gemacht hat.

Wenn die Außenpolitik Stresemanns, des Auswärtigen Amtes und der Reichsregierung sich erst total festgefahren haben wird, dann wäre vielleicht der Moment gekommen, mit dem Reichskanzler Müller über die Verhandlungen zu sprechen, die General von der Lippe und ich in Paris mit Poincaré, Painlevé, Sir William Tyrrell und anderen Staatsmännern gehabt haben.

Von Herrn Dr. Franz Ullstein werden Sie, wie ich annehme, gehört haben, daß der französische Abgeordnete Paul Reynaud mich hier in Berlin als Vertrauensmann Poincarés besucht hat und daß Reynaud und ich mit Dr. Franz

Ullstein eine eingehende Aussprache in dessen Privatvilla hatten. Reynaud hat Vorschläge gemacht, die deutschen Reparationsleistungen an Frankreich auf praktisch nur 7 Milliarden Goldmark zu reduzieren gegen Abschluß eines deutsch-französischen Militär-Bündnisses, wobei der Korridor von Danzig an Deutschland zurückfallen soll.

Mit vielen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebenster

[Arnold Rechberg]

### 32. Raymond Poincaré an Arnold Rechberg

[Paris] 14 Octobre 1929

Sénat

Monsieur;

Je vous remercie de votre lettre et des vœux que vous avez eu l'amabilité d'y joindre. Mais je regrette que les souvenirs que j'ai gardés de notre entretien de mercredi 27 février ne concordent pas avec les vôtres.

Ma lettre à Mr. Marcel Hutin était toute personnelle et je lui ai reproché de l'avoir publiée sans mon assentiment. Je ne me serais certainement pas cru en droit de parler moi-même dans les journaux de la visite que vous m'aviez faite, ni surtout de mettre en cause Monsieur l'Ambassadeur d'Allemagne.

Je vous ai reçu au ministère des Finances, comme autrefois au Quai d'Orsay, à titre purement privé et, dès que vous avez commencé à m'exposer vos idées, je vous ai déclaré que je vous écouterais volontiers, mais que je ne pourrais vous faire sur rien une réponse officielle. J'avais pour cela deux raisons décisives, la première c'est que, comme je vous l'ai dit, les questions que vous abordez ne pourraient être, non seulement traitées, mais engagées, que par la voie diplomatique; l'autre, c'est que, sur aucune d'elles, je n'avais pu consulter mon propre gouvernement.

Je n'ai donc adhéré ni directement, ni indirectement, à la possibilité d'un accord militaire franco-allemand. Quand vous m'avez parlé du général von der Lippe, je vous ai dit que je ne pouvais donner audience à un officier du Reich que s'il m'était présenté par l'ambassade d'Allemagne, et comme il ne l'a jamais été, je ne l'ai pas reçu. Je n'ai fait aucune objection à un

accord politique entre nos deux pays, pourvu qu'il fut négocié par les deux gouvernements, et je vous ai dit, comme à tout le monde, que je suis favorable à un rapprochement; mais je ne me suis pas borné à préciser que nous ne pourrions exercer aucune pression sur la Pologne; je vous ai indiqué, comme j'ai toujours soin de le bien marquer, que, pour négocier un accord entre les deux gouvernements, nous serions naturellement obligés de nous entendre préalablement avec tous les pays auxquels nous sommes liés par traités et que nous ne ferions rien contre leur sentiment.

Pas un instant, je n'ai considéré cet entretien privé comme un commencement de négociations et, si j'en ai parlé à M. v. Hoesch, c'est par déférence envers le représentant officiel de votre gouvernement. Je ne me crois pas autorisé à vous rapporter notre conversation sans son aveu.

Je me trouverais donc en l'obligation de rectifier votre récit dans le cas où vous donneriez de notre entretien la version que contient votre lettre. Vous jugerez sans doute que de telles contradictions ne seraient pas de nature à favoriser la concorde que je souhaite, comme vous, entre nos deux pays.

Agréé, je vous prie, Monsieur, l'expression de mes sentiments les plus distingués.

R. Poincaré

### 33. Raymond Poincaré an Arnold Reehberg

[Paris] 18 Octobre 1929  
Sénat

Monsieur,

Je viens recevoir votre nouvelle lettre, en date du 16 octobre.

Cette fois encore, je regrette que mes souvenirs ne concordent pas avec les vôtres. Je suis certain de n'avoir émis aucune opinion sur un accord militaire franco-allemand, par la raison très simple que je n'ai pas l'attitude d'affranchir des mots avant de connaître exactement les choses qu'ils expriment. Je vous ai seulement dit que j'étais partisan d'une politique de rapprochement entre nos deux pays, déclaration que j'ai faite très souvent en public.

Je ne vois aucune objection à ce que vous rapportiez que, dans notre entretien, je vous ai dit que je souhaitais un rapprochement sincère entre la France et l'Allemagne et que sur les conditions de ce rapprochement, la France aurait naturellement à se mettre d'accord, d'avance, avec les pays auxquels elle était liée par traités.

Mais je suis absolument forcé de vous répéter qu'à aucun moment, je n'ai considéré notre conversation comme un commencement de négociations. La formule: "A partir de l'audience etc., de telles négociations, etc." est donc inexacte. Je vous ai dit très nettement que le gouvernement français ne négocierait rien en dehors du gouvernement allemand. Je vous ai donc écouté sans que, dans ma pensée, notre entretien perdit un instant son caractère privé. Si vous tenez absolument à satisfaire la curiosité des gens qui vous pressent, tout ce qu'il y aurait bien d'indiquer serait dans ceci: "Dans l'audience que m'a donnée le Président du Conseil français, il m'a dit que le gouvernement de la république ne pourrait engager aucunes négociations en dehors du gouvernement allemand. Il m'a toutefois déclaré qu'il était partisan d'un rapprochement sincère entre la France et l'Allemagne et que sur les conditions de ce rapprochement la France aurait, bien entendu, à se mettre d'accord, d'avance, avec les pays auxquels elle est liée par traités."

Je vous remercie, Monsieur, des vœux que vous voulez bien m'adresser et je vous pris de recevoir l'assurance de mes sentiments très distingués.

R. Poincaré

#### **34. Arnold Rechberg an den Chefredakteur der französischen Zeitung „La France Militaire“**

(Durchschlag)

Berlin, le 29 Novembre 1931  
Große Querallee 1

Monsieur le Directeur,

La question du désarmement est certainement devenue le centre de la discussion internationale.

A l'encontre de beaucoup d'hommes d'Etat européens et américains, je suis de l'avis que la France ne doit pas désarmer. J'ai souvent dit, dans la presse allemande ainsi que dans la presse française et dans la presse internationale, que j'estime que l'armée française est l'épine dorsale de l'Europe contre le bolchévisme. De ce fait, l'armée française couvre, en vérité, également contre le bolchévisme l'Allemagne désarmée.

Mais je ne suis pas sûr que la plupart des hommes d'Etat anglais, italiens, américains ou autres, partagent mon opinion.

Si, à mon avis, pour parler franchement, même la plupart des hommes d'Etat français n'ont pas encore compris tout le danger du bolchévisme, les hommes d'Etat anglais, italiens, américains ou autres l'ont encore compris beaucoup moins. Ils ne voient pas que le bolchévisme, ayant déjà détruit la puissance d'achat de la Russie, arrive de plus en plus à ruiner, par des troubles politiques, la puissance d'achat de l'Asie toute entière et que la détresse économique des grands Etats industrialisés qui ont besoin de débouchés sur les marchés mondiaux, est due en grande partie à l'activité bolchévique. Ils ne comprennent pas que cette détresse économique ne pourra se guérir tant que le bolchévisme continuera son oeuvre de destruction et que cette détresse va rendre les peuples civilisés mûrs à l'assaut final du bolchévisme. Enfin, ils ne se rendent pas compte du travail clandestin des agents bolchéviques dans tous les pays civilisés pour y miner l'armée et la marine et pour y ronger tout l'échafaudage de l'Etat.

Les hommes d'Etat anglais, italiens ou américains et beaucoup d'autres, n'ayant pas encore parfaitement compris le danger que le bolchévisme présente, ne voient donc pas dans l'armée française l'épine dorsale de l'Europe contre le bolchévisme, mais, au contraire, ils la considèrent comme un moyen de la France pour maintenir une prépondérance qu'ils envient tous les jours de plus en plus. S'ils poussent tant au désarmement général, c'est qu'ils veulent enlever à la France son armée, qui est actuellement de loin la plus forte du monde entier, pour réduire après au rang d'une puissance de second ordre la France désarmée à moitié ou entièrement.

J'ai des raisons à croire que, sur ce but, l'Angleterre, l'Italie et les Etats-Unis sont parfaitement d'accord.

Maintenant, le fait que l'Allemagne est désarmée à côté de la France archiarmée, prête un très gros atout à ces trois puissances qui travaillent au même but, à savoir le désarmement de la France.

D'autre part, tant que l'Allemagne devra rester désarmée à côté d'une France archiarmée, aucun gouvernement allemand quelqu'il soit ne pourra, en considération du courant de l'opinion publique en Allemagne, se ranger dans la question du désarmement que du côté de l'Angleterre, de l'Italie, des Etats-Unis et des autres puissances qui, toutes, veulent réduire les armements de la France.

Vu le fait que je suis moi-même contre le désarmement de la France pour les raisons que j'ai expliquées ci-dessus, je ne vois donc pas sans inquiétude que la position diplomatique de la France dans la question du désarmement ne parait pas s'améliorer. Cela me semble d'autant plus redoutable qu'il y a, en

France-même, beaucoup d'influences émanant de pacifistes français très sincères, mais ignorant également toute l'étendue du danger bolchévique et qui soutiennent de leur part une forte réduction des armements français.

Il est certain que la France, possédant l'armée la plus puissante du monde entier et étant devenue un pays très riche en or, pourrait même brusquement refuser toutes les demandes de l'Angleterre, de l'Italie, des Etats-Unis et de tous les autres Etats quant à une réduction des armements français.

Néanmoins, ce serait toujours un risque qu'un seul pays tel que la France essaie de s'opposer à une action de toutes les grandes puissances européennes et des Etats-Unis d'Amérique, même si ce pays est, lui, soutenu par quelques alliés qui ne sont pourtant pas de grandes puissances.

Or, la situation serait certainement changée d'un seul coup en faveur de la France s'il y avait un accord militaire franco-allemand tel que je l'ai proposé dans les colonnes de la France Militaire même, accord satisfaisant l'honneur national et les intérêts vitaux de l'Allemagne, de façon que les chefs de la Reichswehr allemande puissent, au lieu d'être forcés de soutenir la thèse anglo-saxonne du désarmement français, soutenir au contraire la thèse que la France ne peut désarmer en face du bolchévisme.

Cela serait certainement beaucoup plus favorable pour l'Allemagne également, étant donné qu'un affaiblissement de la France ne fait pas, en vérité, l'affaire de l'Allemagne-même en face de la menace bolchévique.

Si l'Allemagne pouvait soutenir la thèse française, alors ni l'Angleterre ni l'Italie ni les Etats-Unis ne pourraient plus demander que la France désarme, et peut-être les hommes d'Etat de ces pays commenceraient-ils à réfléchir qu'en face du bolchévisme il ne faut pas songer à désarmer, mais au contraire à se renforcer.

Je crois, Monsieur, qu'il serait dans l'intérêt français et également dans l'intérêt allemand de présenter ces vues à Messieurs mes camarades de l'armée française, et je vous prie donc de bien vouloir insérer ma nouvelle lettre dans les colonnes de votre journal. Agréez en même temps l'expression de mes sentiments très distingués.

[Arnold Rechberg]

## 35. Rudolf Pannwitz an Arnold Rechberg

Koločep kod Dubrovniko II / Dalmacija / Jugoslawien  
20. Mai 1931

Sehr verehrter Herr

Es war im winter 1925/26 dass ich im Neuen Wiener Journal den ersten aufsatz von Ihnen las und davon sehr getröstet wurde da ich eine gemeinsame grundrichtung und einen starken gerade gerichteten geist fand. seitdem habe ich viele Ihrer aufsätze gelesen und sage mir heute dass ich Ihnen längst hätte schreiben sollen da ich über meine arbeit und meine wirkung Ihnen wohl einiges mitteilen muss. ich erlaube mir auch Ihnen ein paar schriften zu senden – darunter eine über mich da sie am knappesten und am vielseitigsten auskunft giebt. darf ich annehmen dass Sie meine "Krisis der Europäischen Kultur" von 1917 kennen? sollte es nicht sein und sollten Sie interesse dafür haben so sende ich sie gerne.

Aber es geht mir um Ihr problem. und nur in dem sinne muss ich von mir sprechen. ich habe von den ersten tagen des krieges an unausgesetzt wege gesucht wie ein Europa erschaffen und damit errettet werden kann. vieles ist gedruckt auch in zeitungun auch in zeitschriften (die deutschen sind leider am unzugänglichsten / aber ich bin Reichsdeutscher) das meiste in zahllosen briefen und gesprächen und immer von fall zu falle und mit einer absolut anonymen auswirkung – der bedingung/in diesem falle/einer auswirkung überhaupt. meine europäische konzeption war nie ein programm. ich suchte eine bahn und methoden. ja zuweilen nur die winkel-änderung des kurses. doch dies ist zu weitschichtig für einen brief. das wesentliche: überall wo ich (nach langem purem nationalismus) von Europa reden hörte fand ich dass Amerika gemeint war. auch heute ist noch das verzweifelndste dass die geister die gedanken ja der geschmack selbst zwischen Amerika und Russland eingeklemmt sind und eigentlich bei Europa niemand sich etwas anderes denkt als einen synkretismus aus diesen beiden höllen der reduziert und intensiviert und konkurrenzfähig ist. wäre das nicht wahr so bliebe die unendliche schwierigkeit zwischen den beiden welt mächten sich zu behaupten.

Eine konsolidierung Europas scheint mir nur im zusammenhange mit dem englischen Imperium möglich. hauptsächlich darum weil nur so der zirkel der wirtschaft sich lösen lässt: in einem geschlossenen wirtschaftsimperium das die fessellose weltwirtschaft überwinden sich von Amerika ablösen und gegen Amerika abschliessen kann – soweit das erforderlich sein wird. eine umbildung einer einzelstaatlichen wirtschaft ist nicht durchführbar und die weltwirtschaft



im naturalistischen wie im irgendwie zentralistischen sinne immer ein chaos. England ist auch mehr und mehr auf den Kontinent gewiesen – nicht zum jetzten deshalb weil es ohne diesen rückhalt in seinem eigenen Reiche zuletzt verschwinden würde.

Deutschlands verbindung mit Frankreich erschien mir immer als das entscheidende. ich empfinde und denke da genau wie Sie. ich sage mir nur: es kommt nicht darauf an von wo aus der ansatz erreicht werden kann. ist er erreichbar zwischen Deutschland und England so ist das ebenso gut. denn sind in Europa zwei der westlichen groszmächte verbunden so muss es weiter gehn. es dürfte da viel von augenblickslagen abhängig sein und sogar irgend eine panik könnte einmal produktiv werden.

Nun aber die hauptsache meines briefes: es ist dies für Ihre aktive erfahrung und Ihren vollkommenen überblick gewiss nichts neues aber ich ziehe eine bestimmte folgerung daraus. – Nach meiner sehr begrenzten erfahrung aber sehr tiefen Kenntnis des deutschen menschen (eines meiner werke ist die "Deutsche Lehre"! ) halte ich es für vollkommen ausgeschlossen dass in Deutschland selbst die umwendung erreicht wird und fürchte ich dass Europa an Deutschland zu grunde geht. hier liegt der grund dass ich Ihnen endlich schreibe: Ihr aufsatz vom 17. 5. im Neuen Wiener Journal\*) der ganz erschütternd ist / auch menschlich nach dem was Sie erlebt haben müssen und was alles dahinter steht und wie Sie selbst dazu sich stellen.

Ich halte Deutschland in seiner politik und in vielem anderen für unerschütterlich. ich glaube nicht an die ganz feste richtung nach dem osten. ich glaube es ist immer noch dasselbe was es seit jahrzehnten ist: "zwei eisen neben dem feuer haben" / oder "das hölzerne eisen": also sich nirgends binden und nirgends lösen / durch druck auf die eine und andere seite lauter vorteile sich schaffen / dabei niemals endgiltig festgelegt sein. das wird verwechselt mit der alten englischen gleichgewichtspolitik gegen den Kontinent. es ist aber das verderblichste wenn man das herz des Kontinents ist. man wird vor allem dadurch "bündnisunfähig" ja "vertragsunfähig" und das ende ist die grosse koalition gegen einen weil jeder sich sichern muss gegenüber dem unberechenbaren. diese charakterlose und kleingewinn-süchtige unberechenbarkeit nennt man bei uns "das dynamische prinzip als gegensatz zum statischen". jeder andere nennt es: unverlässlichkeit. es wird hinauskommen bei uns auf ein eng-

---

\*) „Wie selbst Deutsche sich von Moskau täuschen lassen“, wo Reehberg davon spricht, daß der Kreml mindestens 50 Millionen Goldmark jährlich ausgabe, um sich politischen Einfluß in Deutschland zu verschaffen.

lisches "mächte-gleichgewicht" auf dem Kontinent das heisst eine verhinderung des Kontinentes selbst – auf einen reduzierten und intensivierten bolschewismus als instrument der industrie gegen volk staat und kultur – und auf einen angepassten amerikanismus. dazu dann die tendenz nach dem südosten wie vor dem kriege und selbstverständlich nicht neben andern, sondern gegen andre . . und so weiter . .

Ich sehe nur eine einzige rettung: ohne irgend mir zu verhehlen eine wie grosze schwierigkeit da liegt. wenn nicht gleichzeitig mit allen näherungen zwischen Deutschland und Frankreich einerseits Deutschland und England andererseits eine näherung und zuletzt verbindung zwischen England und Frankreich geschieht ja meinewegen zunächst nur das letzte: so wird in Deutschland nicht die europäische tendenz der politik durchzuzwingen sein. das heisst Deutschland wird dauernd behaupten mit dem westen nicht zu brechen wird aber das unmögliche von ihm verlangen das unmögliche ihm bieten und der bruch wird vollzogen sein wie immer "ohne seine schuld". so lange der westen in sich zerspalten ist ist keinerlei hoffnung. es widerspricht dermaszen der deutschen geschichte und dem deutschen charakter in dem falle eine linie zu halten: dass ich es für historisch und psychologisch unmöglich halte. ich glaube dass fortgesetzt alles aller enden mögliche gleichzeitig geschehen muss jede kleinste chance genutzt werden muss – vielleicht nach dem unausgesprochenen plane eines einzelnen einzigen wirtschaftsführers – lauter bindungen und verflechtungen herzustellen die zuletzt ein unzerreissliches gewachsenes system darstellen. aber der schlüssel für Europa ist nur noch die einigung zwischen England und Frankreich und für die müsste alles geschehn. ist die vollzogen so muss Deutschland sich einem stabilen block anschliessen. ohne das wird es unbeding in der äussersten labilität verharren.

Der schwerpunkt meiner arbeit ist ein rein schöpferisches sehr umfassendes lebenswerk. ich bin auf die politik nur durch die not und die vereinsamung meiner richtung getrieben worden. sie ist mir mittel gewesen dass die kultur errettet werde und die kultur ist mir das gewand des menschen – um den künftigen menschen geht es mir. (im "Leuchter" Darmstadt Otto Reichl oktober vorigen jahres steht mein wichtigster aufsatz "Der Neue Mensch".) doch ich will von nichts beginnen was zu weit führt. nur dies noch: die schrift "Deutschland und Europa" war veranlasst durch den kurz danach gestorbenen Baron Eberhard Bodenhausen Ersten Direktor bei Krupp. er lernte meine ideen kennen und forderte mich nach tagelangen gesprächen dringend zu einer Denkschrift für Hertling auf (vor der märzoffensive 18.) ich habe also nicht durchaus frei sprechen können. dagegen das Flugblatt ist ohne jede hemmung. diese ältern dinge sind darum wichtig, weil allgemeingiltiges das augenblicklich gebotene auch im umfange übertrifft.

Möge Ihr werk und wirken noch einmal zu seinem ziele kommen und die augenblickliche lage durch geschichtliche mächte gewandelt werden, sodass wieder ansatzpunkte für ein eingreifen sichtbar werden!

Ich bin in besonderer hochschätzung Ihr ergebener

Rudolf Pannwitz

**36. Arnold Reehberg an den Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ Prof. Dr. Georg Bernhard**

(Durchschlag)

13. März 1930

Sehr geehrter Herr Bernhard!

Die „Vossische Zeitung“ hat letzthin mehrere meiner Aufsätze, welche Ihr Herr Julius Elbau bereits angenommen und in den Satz gegeben hatte, auf Ihre besondere Anweisung hin an mich zurückgesandt.

Ich habe daher den Eindruck, daß wir beide uns nicht mehr recht verstehen, nachdem ich mehrere Jahre lang Mitarbeiter der Vossischen Zeitung gewesen bin – soweit es meine durch die Beschäftigung mit unseren industriellen Interessen und durch meine anderweitige politische Tätigkeit in Anspruch genommene Zeit erlaubte. Nach so langer Zusammenarbeit scheint mir eine offene Auseinandersetzung geboten, besonders da ich zunächst glaube, daß unsere Divergenz lediglich durch voneinander abweichende Einschätzung der Lage verursacht ist.

Das entscheidende Moment der Lage ist nach meiner Kenntnis der Dinge in den engen Bindungen zwischen der deutschen Reichswehr und den bolschewistischen Diktatoren gegeben. Ob der General Groener diese Bindungen in Abrede stellt, ist unerheblich, Tatsache ist jedenfalls:

1. Der Oberst Nicolai hat schon vor Jahren in Gegenwart von Zeugen den Plan des gemeinschaftlichen Kampfes der Reichswehr und der sowjetrussischen Roten Armee gegen Polen-Frankreich entwickelt. Nach diesem auch von der Heeresleitung der Reichswehr vertraulich mit deren höchsten Truppenführern durchgearbeiteten Plan sollte die Reichswehr zusammen mit der Roten Armee zunächst in einem Zeitraum von etwa drei Wochen Polen niederringen, während sie gleichzeitig mit schwachen Kräften die Elblinie gegen

die Franzosen zu verteidigen hätte, die ihrerseits – durch den Ausbau der Etappen aufgehalten – mit ihren Hauptkräften kaum früher an dem strategischen Abschnitt der Elblinie eintreffen könnten. Nach der Vernichtung Polens sollten dann die dort siegreichen Teile der Reichswehr zugleich mit der durch Polen transportierten sowjetrussischen Roten Armee von Osten her an die Elblinie herangeworfen werden, um dort zugleich mit bolschewistischer Propaganda zur Entscheidung gegen die herankommende französische Hauptarmee eingesetzt zu werden.

2. Diesem Plan entsprechend hat die Reichswehr, wie wiederholt öffentlich und unwidersprochen in der Presse gemeldet worden ist, den Bau deutscher Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterial in Sowjetrußland teils veranlaßt und teils protegiert. Noch in den letzten Wochen weilte ebenfalls nach unwidersprochenen Pressemeldungen der General Ludwig – bis vor kurzem in der Reichswehr Chef des Heereswaffen-Amtes und bekannt als einer der besten Spezialisten für die Bewaffnung moderner Armeen – längere Zeit in Rußland.
3. Ebenso war der General von Hammerstein – gegenwärtig aktiver Chef des Truppen-Amtes in der Reichswehr, also Inhaber der Stellung, welche derjenigen des früheren Chefs des Generalstabs in der ehemaligen preußischen Armee entspricht – kürzlich längere Zeit in Rußland, wie anzunehmen ist, zwecks Aussprache mit den Führern der Roten Armee. Auch diese Reise des Generals von Hammerstein ist von der Presse unwidersprochen gemeldet worden.
4. Im Sommer 1929 ist ebenfalls nach unwidersprochenen Pressenachrichten die Verteidigung der Elblinie von der Reichswehr erneut in ausgedehnten Manövern durchgeprobt worden. Diesen Manövern haben zahlreiche Offiziere der Roten Armee als Gäste beigewohnt.

Es ist bei dem allen besonders merkwürdig, daß die pro-sowjetische Politik einer gewissen Clique im Reichswehrministerium von der großen Mehrheit der Reichswehr-Truppenoffiziere auf das schwerste mißbilligt wird.

Wenn die bolschewistischen Gewalthaber im Kreml auf dem Wege über die Rote Armee Verbindungen mit der deutschen Reichswehr gesucht und gefunden haben, so tun sie das aus dem Grunde, weil sie einen neuen Krieg in Europa provozieren wollen, als dessen Endergebnis sie den Sieg des Bolschewismus in den kriegführenden europäischen Ländern erwarten.

Hohe Berufs-Diplomaten des deutschen Auswärtigen Amtes unterliegen durchaus dem Einfluß der Reichswehr-Zentrale. Nach meinen Informationen glauben diese Beamten nicht an den Weiterbestand des demokratischen Regimes in Deutschland, „weil es die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten

auf die Dauer nicht meistern könne." Sie erwarten daher in naher Zukunft schwere innere Unruhen und als deren Endergebnis die Reichswehr-Diktatur und sie wollen sich dieser Sachlage bereits jetzt anpassen. Dementsprechend wird vom Auswärtigen Amt die Presse sehr erheblich im Sinne der Reichswehrpolitik informiert und beeinflusst.

Dabei sind die Mißerfolge des demokratischen Regimes in Deutschland sehr wesentlich durch das Auswärtige Amt selbst verschuldet. Die Politik des deutschen Auswärtigen Amtes, die seit Bismarcks Weggang, abgesehen von den gegenwärtigen Reichswehr-Einflüssen, durch die krankhafte Furcht vor positiven Entschlüssen charakterisiert wird, hat weder das deutsche Kaiserreich aushalten können, noch kann sie die Republik in viel schwierigeren Verhältnissen, als es die der Vorkriegszeit waren, aushalten.

Die ganzen Young-Verhandlungen sind ein Beweis stupender Unfähigkeit. Das deutsche Reich ist einem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen großen Unternehmen vergleichbar. Niemals wird sich der Führer eines solchen Unternehmens mit allen seinen Gläubigern gleichzeitig an einen Verhandlungstisch setzen, es sei denn, daß dieses sein Unternehmen bereits bankrott wäre und daß er im Konkursverfahren zur Verhandlung mit der Gläubiger-Versammlung gezwungen werde. Er wird vielmehr versuchen, sich aus den Schwierigkeiten durch geschickte Verhandlungen mit einzelnen der wichtigsten Gläubiger allmählich herauszuwickeln. Ganz ebenso hätte nach meinem Dafürhalten die deutsche Diplomatie handeln müssen. Da Frankreich als die uns benachbarte stärkste Militärmacht am empfindlichsten auf Deutschland drücken kann, wäre der Versuch gegeben gewesen, ein finanzielles Arrangement zunächst mit Frankreich allein zu tätigen. Gelang dieser Versuch, dann würde sich Deutschlands Position gegenüber allen seinen übrigen Gläubigern von vornherein wesentlich zu unseren Gunsten verschoben haben.

Dabei hat ein besonders autorisierter französischer Politiker, als er voriges Jahr im Einverständnis mit den französischen Staatsmännern in Berlin weilte, der Reduktion der deutschen Reparations-Verpflichtungen auf sieben-einhalb Milliarden Mark angeboten, allerdings als Gegenwert für ein positives deutsch-französisches Bündnis. Dieses Angebot hat der Franzose unmittelbar an hervorragende deutsche Reichstagsabgeordnete gerichtet.

Dazu kommt, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland ohne eine positive deutsche Außenpolitik nicht zu erwarten sind.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit erhebt immer drohender sein Haupt. Durch die Herrschaft des Bolschewismus in Rußland ist die Wirtschaftsleistung dieses gewaltigen, einst so reichen Landes fast vollkommen zugrunde gerichtet

worden. Dadurch scheidet das russische Volk, eine Masse von hundertvierzig Millionen Menschen, als Käufer auf dem Weltmarkt aus. Der von Moskau geschürte Bürgerkrieg in China hat ferner zur Folge gehabt, daß auch die Kaufkraft des chinesischen Marktes mehr und mehr zerrüttet worden ist. Infolgedessen ist der Weltmarkt in seiner Gesamtheit erheblich verkleinert worden und die Export-Möglichkeiten der europäischen Industrien haben sich verringert.

Wenn die Erhebung der von Moskau aufgewiegelten asiatischen Eingeborenen-Völker gegen die Herrschaft der Europäer nunmehr auf Indien übergreifen sollte, was durchaus wahrscheinlich ist, und wenn auch dort der innere Krieg emporflammt, so werden die Weltmärkte noch mehr verkleinert werden. Damit aber würden die Export-Möglichkeiten der europäischen Industrien noch mehr schwinden und dann würde sich die Arbeitslosigkeit in den europäischen Industriestaaten noch mehr verschlimmern.

Es hat keinen Zweck veralteter und überholter demokratischer Doktrinen wegen die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Ich kann in meinem Heimatlande, in dem sonst so ruhigen ehemaligen Kurhessen, beobachten, wie die Massen auf dem Lande den Nationalsozialisten zuströmen. Die nationalsozialistischen Agitatoren werden von der Hugenberg-Zentrale mit reichlichen Mitteln ausgestattet. Trotz aller Dementis steht aber die Hugenberg-Zentrale mit der Reichswehr-Zentrale ganz ebenso in Verbindung, wie Oberst Nicolai trotz jahrelanger Dementis des Stahlhelm in dieser Organisation einen erheblichen Einfluß hat, wie nunmehr zufällig durch einen Original-Brief des Obersten Nicolai bewiesen worden ist. Die Phrase der nationalsozialistischen Agitatoren „es geht Euch schlecht, daran sind die Juden schuld, geht hin und schlägt die Juden tot, dann geht es Euch besser“ hat bei den primitiven Bauern mehr Zugkraft als irgendein Partei-Programm und zwar umsomehr, je ausgesprochener sich die wirtschaftliche Lage der Bauern verschlechtert.

Umgekehrt ist die Entwicklung bei den Massen der Industrie-Arbeiter, wenn die wirtschaftliche Depression sich verschlimmert, und wenn gar der Staat eines Tages gezwungen sein wird, aus Mangel an Geld und an Kredit die Arbeitslosen-Unterstützungen einzustellen, dann werden die Arbeitermassen, ehe sie sich der harten Erkenntnis fügen „daß, wo nichts ist, nicht nur der Kaiser, sondern auch die Sozialdemokratie das Recht verloren hat“, sehr wahrscheinlich den Lockungen Moskaus verfallen und ihren bisherigen Führern auf dem Straßenpflaster die Schädel einschlagen. Moskau hat also die doppelte Chance, entweder über dem Wege der völkischen Reichswehr-Diktatur und über deren Zusammenbruch in einem neuen europäischen Krieg zu siegen, oder aber durch die direkte Bolschewisierung der Massen in Deutschland.

Es ist Ihnen, sehr geehrter Herr Bernhard, wohl bekannt, daß ich seit Jahren einen zähen Kampf gegen diese von mir vorausgesehene gefahrdrohende Entwicklung geführt habe. Die deutsch-französischen Industrie-Bündnisse sind nicht unwesentlich auf meine Initiative zurückzuführen. Dabei hat sich das Auswärtige Amt lange Zeit als störender Faktor erwiesen. Jedenfalls hätten wir in der Kaliindustrie, welche den anderen Industrien auf dem Wege zu den deutsch-französischen Industrie-Bündnissen vorangegangen ist, uns jede Einmischung des Auswärtigen Amtes in unsere Verhandlungen mit der französischen Kaliindustrie dringendst verboten.

Ich bin überzeugt, daß der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des deutschen Reiches bereits zur Tatsache geworden sein würde, wenn die deutsch-französischen Industriebündnisse nicht verwirklicht worden wären. Außerdem haben mir französische Staatsmänner mit brutaler Offenheit gesagt, „wenn wir die Rheinlande räumen, so geschieht das nicht wegen eines lächerlichen Fetzen Papiers, wie es der Locarno-Vertrag ist, sondern wegen der deutsch-französischen Interessenverflechtung.“

Aber auch die deutsch-französischen Industriebündnisse werden, wenn auf der durch sie gewonnenen Basis nicht zielbewußt weitergebaut wird, den Eintritt des völligen Zusammenbruchs in Deutschland lediglich verzögert haben. Sie allein können ihn jedenfalls nicht verhindern.

In meinen Bemühungen um die deutsch-französischen Industriebündnisse ist die „Vossische Zeitung“ mit mir gegangen. Sie wissen, sehr geehrter Herr Bernhard, daß mir zahlreiche deutsche und ausländische Zeitungen offenstehen, in denen ich die von mir befürwortete Politik vertreten kann. Trotzdem war mir die „Vossische Zeitung“, die als seriös und gemäßigt bekannt ist, immer eine besonders wertvolle Tribüne.

Ich darf dabei betonen, daß meine politische Initiative durch keinerlei persönliche Interessen, welcher Art sie auch sein mögen, diktiert ist. Ich bin, wie Ihnen bekannt ist, materiell unabhängig, ich bin außerdem unverheiratet und ich könnte selbstverständlich auch nach einem völligen Zusammenbruch Deutschlands im Ausland ganz ebenso gut leben wie hier. Ich erstrebe keinerlei politische Position oder Amt, denn ich habe nur einen Wunsch, mich sobald als möglich wieder meiner Kunst widmen zu können. Wenn ich Arbeit und Zeit für mein Vaterland einsetze, so geschieht das lediglich, weil ich mich schlechterdings für verpflichtet halte, meine Beziehungen zu ausländischen Staatsmännern und das Kapital von Vertrauen, welches ich bei ihnen erworben habe, dem Dienst an meiner Nation nicht zu entziehen. Jedenfalls habe ich bisher die Erfahrung gemacht, daß politische Gegner von mir, denen es gelungen ist, politische Bemühungen von mir zu kontrekarrieren, immer noch sich selbst, aber nicht mich geschädigt haben.



Ansichts der schweren Gefahren, die uns alle bedrohen, möchte ich Sie aber doch bitten, es sich nochmals wohl zu überlegen, ob Sie mir nunmehr die Zusammenarbeit aufsagen wollen.

Mit vielen Empfehlungen Ihr sehr ergebener

[Arnold Rechberg]

### **37. Chefredakteur Prof. Dr. Georg Bernhard an Arnold Rechberg**

Berlin, 22. März 1930

Kochstraße 22-26

Mein sehr verehrter Herr Rechberg,

obwohl ich annehme, daß Sie wohl bereits selbst verständnisvoll das lange Ausbleiben einer Antwort auf Ihre geschätzten Zeilen vom 13. März auf das Konto meiner besonders starken Beschäftigung gesetzt haben werden, so möchte ich doch nicht verfehlen, Sie um Entschuldigung zu bitten, wenn ich Ihnen erst heute antworte. Aber Zeitungsbetrieb und Politik sind ja von so vielen Zufällen abhängig, daß durch sie auch die beste Disposition und die wohlmeinendsten Absichten über den Haufen geworfen werden. Ich beeile mich aber nun, Ihnen ausführlich zu antworten.

Zunächst möchte ich vorausschicken, daß ich selbstverständlich niemals bei Ihnen vorausgesetzt habe, daß Sie Ihre politischen Bestrebungen zur Ausnutzung eines persönlichen Interesses gebrauchen. Wäre das anders gewesen, so hätte ich mich gehütet, Ihnen Raum in der Vossischen Zeitung zur Verfügung zu stellen. Ich kenne Sie ja außerdem so lange, daß ich genügend Möglichkeit gehabt habe, mir ein Urteil über Sie und Ihre Bestrebungen zu bilden. Ich habe mich in vielen Fällen gefreut, Ihre Artikel zu veröffentlichen, weil Sie seit langem einer der wenigen Industriellen gewesen sind, der meinen Bestrebungen, eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich zu bauen, schon zu einer Zeit sekundierte, als solch Unterfangen für tollhüserlich oder verbrecherisch galt. Unsere Wege haben sich aber allmählich immer mehr und mehr geschieden, weil Sie nicht bloß die Verständigung zwischen beiden Ländern allein auf die Industriebündnisse zu stellen wünschten (was vielleicht noch tragbar gewesen wäre), sondern die Verquickung der Industriebünde mit einem staatlichen Bündnisvertrag erstrebten. Wenn ich diese Idee recht verstehe, so

ist sie herausgewachsen aus der Erkenntnis, daß nur auf diese Weise für die Bündnisidee sowohl die deutsche wie die französische Schwerindustrie zu gewinnen ist. Beide Industrien müssen bei dem Sieg des allgemeinen Entwaffnungsgedankens befürchten, die Rüstungsaufträge zu verlieren, die ja schon beim heutigen Zustand der Entwaffnung Deutschlands indirekt der koalitierten deutschen Schwerindustrie durch den Fortfall von Wettbewerbsmengen der französischen zugute kommen.

Gegen diesen Gedanken habe ich zwei prinzipiell sehr schwere Einwände. Ich bin schon vor dem Kriege der Auffassung gewesen – und diese Auffassung hat sich mir durch die Ereignisse der letzten Jahrzehnte noch vertieft – daß zu einem sehr erheblichen Teil der Weltkrieg durch die Rüstungsindustrien heraufbeschworen ist. Man braucht ja nur daran zu denken, wie stark durch die Rüstungsindustrie die unselige Flottenbaupolitik Deutschlands beeinflußt worden ist. Ein Bündnis mit Frankreich, das auf der von Ihnen erstrebten Grundlage aufgebaut wäre, würde nur die Wiederholung der alten Politik mit umgekehrten Vorzeichen sein. Nur jetzt unendlich viel gefährlicher für das geschwächte Deutschland, das immer Gefahr läuft, Kriegsschauplatz erster Ordnung zu werden. Mein zweites Argument gegen Ihre Politik ist mehr ideeller Natur. Ich bin der Meinung, daß jedes Bestreben der Aufrüstung in Deutschland, dem in weiten Kreisen der deutschen Jugend stärkstes Hindernis bereitet werden würde, zu einer Radikalisierung der Massen führen müßte, die gerade den Zustand der tiefsten Durchdringung mit bolschewistischem Agitationsstoff, den Sie bekämpfen wollen, zu fördern geeignet wäre.

Ich glaube, daß wohl niemand in Deutschland die Verständigung innerhalb Europas und insbesondere die Verständigung mit Frankreich sehnsüchtiger wünschen kann als ich. Und wenn ich sehe, wie stark dieser Verständigungsgedanke in Frankreich gerade bei den großen Massen des Volkes wächst, so lasse ich mich durch das Geschrei der paar tausend Politiker und interessierten Industriellen umsoweniger beirren, als auf der einen Seite die italienische Politik, auf der anderen Seite die Veränderung in der Struktur der englischen politischen Maschine, auch das französische Staatsinteresse immer mehr und mehr ein Zusammengehen mit Deutschland dringend gebietet. Es hat meines Erachtens gar keinen Zweck, sich darüber auseinanderzusetzen, aus welchem Grunde die Rheinlande geräumt werden. Sie werden geräumt. Und bei der ganzen psychologischen Veranlagung der Franzosen, die schwer Verträge schließen, weil sie gewohnt sind, Verträge zu achten, glaube ich, daß es kein Staatsmann in Frankreich wagen kann, die Verträge von Locarno und vom Haag als Fetzen Papier zu betrachten.

Wenn Sie die Behauptung wiederholen, die ich schon öfter von Ihnen direkt und indirekt gehört habe, daß vor einiger Zeit ein besonders autorisierter

französischer Politiker im Einverständnis mit den französischen Staatsmännern die Reduktion der deutschen Reparationsverpflichtungen auf  $7\frac{1}{2}$  Milliarden Mark angeboten hat als Gegenwert für ein deutsch-französisches Bündnis, so ist mir die ernste Absicht eines solchen Vorschlages schon deshalb unwahrscheinlich, weil das von Frankreichs Seite hieße, nicht nur auf sämtliche Reparationen zu verzichten (was vielleicht möglich gewesen wäre), sondern sogar die deutschen Schuldverpflichtungen noch unter das Maß herabzudrücken, was Frankreich selbst an die Vereinigten Staaten zu zahlen hat. Ich bin noch im Januar vorigen Jahres selbst in Paris gewesen und habe beinahe mit allen maßgebenden französischen Staatsmännern bis hinauf zu Poincaré stundenlang verhandelt und glaube, die Situation damals einigermaßen genau erkannt zu haben. Aber die alleroptimistischsten Angebote und Meinungen lagen weit, weit über der von Ihnen genannten Summe. Nehmen wir aber einmal an, es hätte wirklich ein solches Angebot vorgelegen. Welcher wirkliche Wert wäre ihm denn beizumessen gewesen? Es ist Ihnen ja genau so gut wie mir bekannt, daß die Festsetzungen der Reparationsschuld eine gemeinsame Sache sämtlicher Alliierten gewesen ist. Selbst wenn Frankreich bereit gewesen wäre, gegen Sonderzugeständnisse außerordentlich weit herunterzugehen, so würde, wenn es sich um ein kontinentales Militärbündnis dabei gehandelt hätte, England niemals eine Ermächtigung zur Herabsetzung der Schulden gegeben haben. Es würde namentlich seine Machtmittel gegen Deutschland, die es besonders in dem Recovery-Act besessen hat, rücksichtslos zur Anwendung gebracht haben. Sie wissen ja, daß ich immer die Auffassung vertreten habe, daß zwar eine einseitige Bindung von Frankreich niemals zu erreichen wäre, daß dagegen Deutschland sich mit Frankreich nicht an den internationalen Verhandlungstisch setzen solle, bevor es nicht durch Vorverhandlungen mit ihm bestimmte Vereinbarungen erzielt habe. Um die Anerkennung dieses Grundsatzes habe ich sehr lange kämpfen müssen. Aber in den letzten Jahren hatte sich Stresemann mehr und mehr zu der Möglichkeit solcher Sonderverhandlungen bekehrt. Er hat gerade vor den letzten Reparationsverhandlungen zwar nicht durch Amtspersonen (obwohl auch Hoesch sehr viel verhandelt hat), sondern durch alle möglichen industriellen und finanziellen Mittelsmänner Vorführungen in Paris machen lassen. Ich gebe zu, daß Stresemann, der gerade in diesem Punkte nicht sehr zuverlässig war, ab und zu wieder in seine alte Linie zurückfiel, auch mit den Engländern zu verhandeln, wodurch Franzosen und Engländer die Möglichkeit bekamen, durch den Austausch ihrer Erfahrungen Mißtrauen gegen Deutschland beim anderen Partner zu erregen. Aber immerhin, man hat solcher Vorverhandlungen gepflogen. Und dabei hat sich leider herausgestellt, daß schließlich immer die Franzosen sehr ängstlich bei solchen Vorverhandlungen waren, und zwar zu Recht um so ängstlicher, als die Amerikaner, von denen die Franzosen ja schließlich doch abhängen, immer deutlicher Neigung zeigten, die

englische Politik zu unterstützen. Es war auf keinen Fall möglich, ein finanzielles Arrangement mit Frankreich zu erreichen, noch dazu mit irgend welchem Militärbündnis verquickt, ohne die Wachsamkeit Englands zu fördern, und damit Schwierigkeiten gegenüber Deutschland hervorzurufen. Ich will gar nicht untersuchen, ob die Verhandlungen über den Young-Plan geschickt geführt worden sind oder nicht. Ich für meine Person halte sogar das Auftreten der deutschen Sachverständigen in Paris für überaus ungeschickt und bin der Meinung, daß es uns geschadet und uns unnötig die Summe des Young-Planes erhöht hat. Aber alles in allem genommen, bedeutet der Young-Plan einen großen Fortschritt. Vor allem aber bedeutet er ja durchaus noch nicht die Festlegung der Summe, die wir wirklich zu zahlen haben. Der geschickte banktechnische Mechanismus, der in den Young-Plan eingeschaltet ist, gestattet jederzeit Umformungen und sogar Veränderungen der Summe.

Im Sinne meiner Politik bin ich nun natürlich, verehrter Herr Rechberg, genau so wie Sie, Gegner einer Verhandlung mit Rußland. Ich nehme nach wie vor den Standpunkt ein, daß die historische Mission Deutschlands darin liegt, eine Brücke vom Osten nach dem Westen zu bilden. Ich bin glücklich über den Rapallo-Vertrag auf der einen und die Verträge von Locarno und vom Haag auf der anderen Seite. Ich bin gegen jede Option für den Osten oder den Westen, wenn ich mir auch klar darüber bin, daß, schon um meine gesamt-europäischen Pläne zu verwirklichen, Deutschland namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet mit den europäischen Ländern in absehbarer Zeit wird Verträge schließen müssen, die es vorläufig mit Rußland noch nicht schließen kann. Aber diese Verträge sollen nicht gegen Rußland gerichtet sein. Ich halte den russischen Rückversicherungsvertrag heute, um der Anbahnung von Zukunftsentwicklungen willen, mindestens für ebenso wichtig, wie er es einst für das deutsche Kaiserreich war.

Wenn Sie behaupten, daß im Sinne des auch mir sehr unerwünschten deutsch-russischen Militärbündnisses das Auswärtige Amt die Presse informiere, so würde mich sehr interessieren, welche Beweise Sie dafür haben. Leider habe ich beim Auswärtigen Amt in allen Ostfragen eine einheitliche Politik überhaupt nicht bemerken können. Es ist sehr wohl möglich, daß einmal ein Geheimrat irgend eine Information ausgegeben hat, die Sie in Ihrem Sinne deuten konnten. Aber das Ergebnis irgendwelchen planvollen Vorgehens ist solche Information sicher nicht gewesen. Ich weiß im Gegenteil, daß sehr maßgebende Personen im Amt die Eskapaden der Reichswehr mit großer Besorgnis betrachten. Man ist sich im Auswärtigen Amt vollkommen bewußt, daß über die meisten der Dinge, die in den letzten Jahren vorgegangen sind, das Auswärtige Amt nicht informiert wurde und daß, nachdem gewisse Dinge herausgekommen sind, vielfach mit sehr gewundenen Auskünften oder gar mit Lügen das Aus-

wärtige Amt von den Offizieren bedient wurde. Daß in der Aera Seeckt eine Menge tolles Zeug passiert ist, kann heute niemand mehr leugnen. Es ist auch richtig, daß Pläne von der Art bestanden haben, wie Sie sie andeuten. Es wird aber von allen Instanzen im Wehrministerium – und darunter sehr glaubwürdigen – auf das entschiedenste versichert, daß das Reichwehrministerium heute eine eigene Politik nicht mehr treibe.

Dagegen scheint es allerdings auch mir richtig, daß nach wie vor zwischen der Roten Armee und der Reichswehr Verbindungen bestehen. Es ist sehr schwer, den Charakter dieser Verbindungen zu durchschauen. Von Seiten der Militärs wird versichert, daß es sich hier nur um gegenseitigen Erfahrungsaustausch handelt. Die deutschen Offiziere reisen zu russischen, die russischen zu deutschen Manövern. Es wird einem auf der Reichswehr stets gesagt, daß man genau so gern einen solchen Austausch mit der französischen und englischen Armee machen würde. Das in Frankreich und England aber noch immer bestehende Mißtrauen schneide jede Möglichkeit dazu ab.

Daß außerdem aber eine Armee, mag sie noch so klein sein, die verschiedenen Verteidigungsmöglichkeiten übt, kann man ihr nicht übelnehmen und darin kann auch nicht ein Hineinpfuschen in die Politik gesehen werden. Ich kann deshalb auch kein Verbrechen darin sehen, wenn im Sommer 1929 die Verteidigung der Elblinie von der Reichswehr in ausgedehnten Manövern ausgeprobt worden ist. Man hat auch garnicht bemängelt, daß Offiziere der Roten Armee diesen Übungen als Gäste beigewohnt haben. Ich nehme an, daß der französische und englische Militärattaché ebenfalls zugegen gewesen sein wird.

Eine andere Frage ist die Verbindung der Reichswehr mit Nicolai. Nicolai hat immer diese Verbindung behauptet. Von der Reichswehr ist sie stets bestritten worden. General Schleicher hat mir vor kurzem erst in einer langen Unterredung auf sein Ehrenwort versichert, daß er keinerlei Verbindung mit Nicolai hat, daß jedenfalls die Führung in irgendwelche Pläne Nicolais nicht verstrickt sei. Nun wissen wir ja, daß immer wieder einzelne Offiziere mit dem Stahlhelm zusammenarbeiten und daß es sogar in jüngster Zeit gelungen ist, jüngere Reichswehroffiziere in die nationalsozialistische Zellenbildung zu verstricken. Es ist ja auch ein offenes Geheimnis, daß bei der Rekrutierung die Auskünfte rechtsstehender Verbände an die Kompanieführer eine erhebliche Rolle spielen. Um die grundsätzliche Frage des Heeresersatzes wird gekämpft. Aber wenn ich all das gelten lasse, was hier auf der Debetseite zusammengetragen ist, so kann ich mich mit Ihrem Schluß nicht einverstanden erklären, daß wirklich gefährliche ostpolitische Pläne der Reichswehr heute noch bestehen, und ich glaube auch nicht, daß in der Reichswehr das Gefahrenmoment eines Zukunftsputsches liegt.

Lassen Sie doch ruhig einen Teil derjenigen, die augenblicklich in Deutschland – berufen oder unberufen – Politik treiben, daran zweifeln, daß das demokratische Regime der großen Schwierigkeiten Herr werden könne, die sich noch in und um Deutschland auftürmen. Für mich besteht ein solcher Zweifel nicht. Ich sehe, daß in den letzten zehn Jahren ein erheblicher Fortschritt gemacht ist. Wir brauchen noch ein paar Jahre zur Stabilisierung des Systems, das sich schließlich ja doch erst die für Deutschland zweckmäßigsten Formen schaffen muß.

Sehr verehrter Herr Rechberg! Erst vor wenigen Tagen war es mir möglich, das ja seit langem in Berlin aufgeführte Stück „Die Affaire Dreyfus“ zu sehen. Mehr als der teilweise große Kitsch dieses Stückes interessierte mich die Überlegung, die ich im Theater anstellte, daß nämlich alle die dargestellten Vorgänge sich in den Jahren 1898 bis 1900, d. h. also beinahe 30 Jahren nach Errichtung der französischen Republik abspielten. Wenn Frankreich dreißig Jahre gebraucht hat, um seine Armee in ein richtiges Verhältnis zum neuen Staat zu bringen, sollten wir es wahrlich nicht übermäßig pessimistisch betrachten, daß uns das nach knapp 12 Jahren noch nicht völlig gelungen ist.

Ich glaube, daß wir in all diesen Punkten uns sehr schnell verständigen könnten. Aber mir ist das Wichtigste, verehrter Herr Rechberg, das, wovon Sie gerade nicht in Ihrem Brief sprechen. Das Endziel Ihrer Politik ist doch nach wie vor, die europäischen Mächte zu einem Kampf gegen die Sowjets zu sammeln. Das ist der alte Hoffmannsche Plan, dem Sie auch nach Hoffmanns Tode treugeblieben sind. Das scheint mir eine beinahe noch größere Gefahr für Deutschland zu sein als phantastische Pläne der Reichswehr, selbst wenn sie bestehen sollten. Denn, wenn irgend etwas geeignet ist, die Sowjets in Rußland zu erhalten, so würde es ein europäischer Koalitionskrieg gegen Rußland sein. Der würde wieder einmal den Sowjetbehörden die Möglichkeit geben, als Schützer des russischen Bodens alle Parteien um sich zu vereinigen. Und dadurch würde erst die Gefahr akut, daß Deutschland zum Kriegsschauplatz, aber nicht nur zum Kriegsschauplatz, sondern zum Schauplatz des blutigsten aller Bürgerkriege würde. Ich hänge wirklich nicht an veralteten und überholten demokratischen Doktrinen, aber ich kann mich nicht dazu entschließen, in einem Angriffskrieg gegen Rußland irgend welches Heil zu sehen. Ich sehe besonders in diesem machtpolitischen Mittel keine Möglichkeit, die deutsche Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Genau wie Sie bin ich der Meinung, daß das Ausscheiden des russischen Konsums und die Revolutionierung Asiens für den europäischen Export mörderisch gewesen ist und noch ist. Aber deshalb will ich durch europäische Zollunionen mit dem Ziel des Freihandels innerhalb Europas einen Ersatzmarkt schaffen, der uns für hundert Jahre hinaus viel mehr bringt, als der entgangene Überseeexport nach Rußland und Asien wert

war. Ich will nicht den internationalen Zusammenschluß einiger Industrieller, die von der Ausbeutung der heimischen Märkte leben, so wenig ich solchen Allianzen als Anbahnung für weitere Verständigung völlig ablehnend gegenüberstehe. Ich will die Zollunion mit Frankreich, die Zollunion mit Osterreich, die Zollunion mit der Tschechoslowakei, der eines Tages zwangsläufig Belgien, Holland, die Schweiz und Polen beitreten müssen. Ich will den Frieden und Sie wollen den Krieg. Das ist der Unterschied, der uns trennt. Ich weiß, Sie werden mir sagen, daß gerade Rüstungen den Krieg verhindern. Aber wie wenig wahr diese Behauptung ist, haben ja die vorangegangenen drei Jahrzehnte gezeigt.

Ich hoffe, Sie werden mir diese freimütige Darlegung meines Standpunktes, der ja sehr wesentlich von dem Ihrigen abweicht, persönlich nicht verübeln und bleibe mit dem Ausdruck meiner besonderen Wertschätzung Ihr Ihnen ergebener

Bernhard

**38. Arnold Rechberg an Chefredakteur Prof. Dr. Georg Bernhard**  
(Durchschlag)

26. März 1930

Sehr geehrter Herr Bernhard!

Ihren ausführlichen, vom 22. März dieses Jahres datierten Brief, mit dem Sie mein an Sie gerichtetes Schreiben vom 13. März beantworteten, habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich danke Ihnen für Ihre Offenheit und werde Ihnen ebenso offen erwidern.

Sie erstreben die Zusammenfassung der europäischen Staaten. Ich möchte eine solche Aktion mit der Bildung eines Konzerns von mehreren großen Industrie-Unternehmungen vergleichen und habe bisher in meiner industriellen Praxis die Erfahrung gemacht, daß eine derartige Konzernbildung noch niemals gelungen ist, wenn von vornherein alle Interessenten oder eine größere Anzahl von ihnen an den Verhandlungstisch berufen werden. Der erfolgversprechende Weg ist vielmehr der, zunächst die beiden wichtigsten Firmen, welche für die Konzernbildung in Frage kommen, in eine möglichst feste Interessengemeinschaft zusammen zu schließen, welche dann magnetisch auf die anderen wirkt. Jedenfalls hat sich dieser modus procedendi schon sehr oft bewährt. Aus dieser Erwägung gehen wir – wenn ich Sie recht verstehe – darin einig, daß wir beide den möglichst intimen Zusammenschluß zwischen Frankreich und Deutschland für erstrebenswert halten.



Nun ist aber ganz offenbar der effektive Zusammenschluß zwischen Frankreich und Deutschland durch die demokratischen und linksstehenden Parteien beider Völker allein nicht erreichbar. Im Gegenteil war zu befürchten, daß der Gedanke des deutsch-französischen Zusammenschlusses umsomehr von den rechtsstehenden Parteien Frankreichs und Deutschlands bekämpft worden wäre, je offensichtlicher er zu einer Angelegenheit lediglich der linksstehenden Parteien von Deutschland und Frankreich geworden sein würde. Da aber die rechtsstehenden Parteien in Frankreich und in Deutschland etwa die Hälfte der Bevölkerung in jedem der beiden Staaten umfassen, liegt es auf der Hand, daß dann auch die Bemühungen der linksstehenden Parteien, sowohl der französischen wie der deutschen, illusorisch bleiben müßten. Nun sind aber in den beiden Staaten, in Frankreich und in Deutschland, die Geldgeber der rechtsstehenden Parteien die Schwerindustrien. Es war daher geboten, zunächst die französische und die deutsche Schwerindustrie zu einem wechselseitigen Bündnis zu veranlassen. Auch darin sind wir beide einig gegangen und haben mehrere Jahre mit dem Erfolg zusammengearbeitet, daß das propagierte Bündnis der deutschen und der französischen Schwerindustrien in der „Internationalen Rohstahlgemeinschaft“ verwirklicht worden ist.

Nun sind Sie aber der Ansicht, daß die Ergänzung des deutsch-französischen Industrie-Bündnisses durch militärische Abmachungen zwischen beiden Ländern für Deutschland insofern bedenklich wäre, als es dann in Gefahr geriete, Kriegsschauplatz erster Ordnung zu werden. Darin bin ich der gegenteiligen Auffassung wie Sie. Durch militärische Abmachungen zwischen Deutschland und Frankreich, wie ich sie in Übereinstimmung mit hohen französischen Militärs auch in der „Vossischen Zeitung“ vorgeschlagen habe, würde Deutschland doch ganz offenbar zunächst für seine Grenzen die Garantie der stärksten Militärmacht der Welt, nämlich Frankreichs, gewinnen. Es würde zugleich eine für den Schutz seiner Grenzen hinreichende, weil modern bewaffnete, eigene Armee erhalten. Endlich wäre keine dritte Macht der Erde und keine denkbare Kombination von gegnerischen Mächten in der Lage, Deutschland und Frankreich, wenn beide nicht nur industriell, sondern auch militärisch verbündet sind, mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg anzugreifen. Ich kann also nicht einsehen, inwiefern Deutschland durch ein deutsch-französisches Militärabkommen in die Gefahr geraten könnte, Kriegsschauplatz zu werden.

Dagegen bin ich der Überzeugung, daß Deutschland, wenn es entwaffnet bleibt, allerdings in allerschwerster Gefahr ist, der Kriegsschauplatz jeder kommenden europäischen Auseinandersetzung zu werden. Große Kriege – das ist ein Naturgesetz der Weltgeschichte – drängen immer selbsttätig in die am schwächsten verteidigten Gebiete, weil jeder kriegsführende Staat ein Interesse daran hat, den Kriegsschauplatz aus dem eigenen Land in das Land desjenigen

Nachbarn zu verlegen, der sich am wenigsten widersetzen kann. Dabei hat sich seit Jahrtausenden erwiesen, daß bei derartig gewaltsamen Explosionen, wie sie Kriegausbrüche darstellen, irgendwelche Neutralitätsverträge noch immer völlig wirkungslos geblieben sind.

Auch glaube ich im Gegensatz zu Ihnen nicht, daß der Gedanke der permanenten Wehrlosigkeit irgend welche werbende Kraft auf die deutsche Jugend ausüben soll. Im Gegenteil. Wenn die deutsche Jugend mehr und mehr den radikalen Parteien nach rechts und nach links zuströmt, so geschieht das nach meiner Ansicht doch auch wesentlich deshalb, weil ihnen diese Parteien in richtiger Einschätzung des deutschen Volkscharakters ein militärisches Ideal, die einen das Ideal der nationalen, die anderen das Ideal der Roten Armee vor Augen halten, und ich glaube darin den Grund zu sehen, warum das Reichsbanner genötigt gewesen ist, neuerdings immer deutlicher vom Pazifismus abzurücken.

Auf Ihre Frage, aus welchen Motiven und unter welchen Voraussetzungen aktive französische Staatsmänner im vergangenen Frühjahr die Reduktion der deutschen Reparationen auf 7 Milliarden Goldmark vorgeschlagen haben, kann ich schriftlich nicht antworten. Ich habe volles Vertrauen in Ihre Diskretion, aber wir sind Menschen, und schließlich ist es niemals ganz ausgeschlossen, daß ein Brief durch irgend welche unglücklichen Zufälle in ungerechte Hände kommt und wäre es durch den plötzlichen unerwarteten Tod des Adressanten. Ich muß mir daher vorbehalten, Ihnen mündlich Auskunft zu geben und Ihnen danach anheimzustellen, meine Angaben durch vertrauliche Rücksprache mit denjenigen deutschen Reichstagsabgeordneten nachzuprüfen, welche einem Teil der Verhandlungen beigewohnt haben.

Ebenso kann ich mich nicht Ihrer Ansicht anschließen, daß die Franzosen von den Amerikanern abhängig seien, oder daß die französischen Staatsmänner an eine solche Abhängigkeit glauben. Im Gegenteil. In demselben Verhältnis in dem Frankreich finanziell immer flüssiger wurde, ist es gleichzeitig von der amerikanischen Großfinanz unabhängig geworden. Aber auch machtpolitisch können die Vereinigten Staaten kaum irgend einen effektiven Druck auf Frankreich ausüben. Die Kosten und Risiken eines von den Vereinigten Staaten gegen Frankreich über den Ozean zu führenden Krieges würden selbst dann kaum im Verhältnis zu den für Amerika dabei zu erreichenden Vorteilen stehen, wenn Amerika einen solchen Krieg leicht gewänne. Das wissen die französischen Staatsmänner natürlich ganz genau.

Sie sind ferner der Ansicht, daß ein Druck Englands zu befürchten sei, sobald Deutschland und Frankreich die Absicht zeigen, sich machtpolitisch zusammenzuschließen. Französische Staatsmänner, mit denen ich fortlaufend in

Verbindung stehe, teilen meine Ansicht, daß das gegenwärtige England machtpolitisch garnicht niedrig genug eingeschätzt werden kann. Es kommt nicht darauf an, wieviel Macht ein Staat an und für sich besitzt, sondern wieviel Macht er für einen bestimmten Zweck in der letzten Konsequenz einsetzen kann. Auf England lastet auf der einen Seite der wachsende Druck der amerikanischen industriellen, finanziellen und machtpolitischen Hegemonie, auf der anderen Seite wird es immer mehr bedroht durch die Erhebung der vom Bolschewismus gegen die Europäer aufgewiegeltten asiatischen Eingeborenenvölker. England ist daher nicht in der Lage – das haben mir aktive englische Staatsmänner nicht einmal bestritten – sich gegen ein deutsch-französisches Bündnis bis zur letzten Konsequenz des Krieges einzusetzen. Finanzielle Druckmittel aber hat England gegen Frankreich ebenso wenig in der Hand wie die Vereinigten Staaten von Amerika und ebenso wenig gegen Deutschland, sobald Deutschland der französische Kredit offensteht.

Sie sind des weiteren der Überzeugung, daß Deutschland die Option zwischen dem Westen und dem Osten vermeiden solle. Das ist ganz genau die Politik, an der Kaiser Wilhelm II. zugrunde gegangen ist. Dem Kaiser ist während seiner Regierungszeit wiederholt von der damals führenden Westmacht, England, ein Bündnis angeboten worden. Ebenso wurde ihm von Rußland das Bündnis geboten. Aus Scheu vor positiven Entschlüssen hat der Kaiser, beraten vom Auswärtigen Amt, beide Bündnisse abgelehnt. Er hat dadurch beide Großmächte, England und Rußland – damals war Rußland noch eine Großmacht – zu der Überzeugung gebracht, daß Deutschland gegen sie feindliche Absichten habe. Nur so ist es zu erklären, daß sich England und Rußland trotz der tiefgehenden Interessengegensätze zwischen beiden Staaten gegen Deutschland zusammengefunden haben. Die geradezu krankhafte Angst der deutschen Diplomatie vor positiven Entschlüssen, wie sie im Auswärtigen Amt seit Bismarcks Weggang unverändert bis auf heute zutage getreten ist und zutage tritt, ist eines der größten Negativen, welche unser Vaterland belasten. In das kaufmännische übertragen gleichen wir einer Firma, die mit allen möglichen anderen Firmen dauernd verhandelt, ohne jemals zu einem positiven Abschluß zu kommen. Eine solche Firma würde im kaufmännischen Leben nach kurzem jedes Ansehen als Gegenkontrahent verlieren.

Eine wesentlich kleinere Firma wie das deutsche Reich, nämlich Osterreich, hat durch den ganzen Entschluß, restlos mit Italien zu gehen, erreicht, wieder zu einem Faktor von internationaler Bedeutung zu werden. So klein und machtlos ist nicht einmal Osterreich gewesen, daß die ihm angrenzende Großmacht Italien nicht doch schließlich ein Interesse daran gehabt hätte, es als Bundesgenossen zu akzeptieren und im Austausch dafür in allen internationalen Verhandlungen zu stützen.

Des weiteren ist mir nicht ersichtlich, welche Brücke Deutschland denn eigentlich von den Westmächten zu einem vom Bolschewismus beherrschten Rußland schlagen sollte, das wirtschaftlich zugrunde gerichtet ist und dessen Rote Armee, jeder Gleichwertigkeit mit modernen europäischen Armeen ermangelnd, als machtpolitischer Faktor überaus niedrig eingeschätzt werden muß. Der Gedanke des „Brückenschlags“ zwischen den Westmächten und dem heutigen Sowjetrußland ist mir umso unverständlicher, als der Bolschewismus dauernd nicht nur auf dem Wege über die bolschewistisch-kommunistische Agitation gegen uns aggressiv ist, sondern gleichzeitig versucht, die völkische Diktatur in den Sattel zu setzen, durch sie die demokratischen Parteien und deren Führer in Deutschland rücksichtslos auszurotten, um danach allerdings auch die völkische Diktatur selbst dadurch zu verderben, daß Moskau sie zum Kriege mit dem überlegen bewaffneten Frankreich provoziert. Moskau hofft, so auf indirektem Wege über die völkische Diktatur in Deutschland den Sieg des Bolschewismus in unserem Vaterlande zu erreichen.

Moskau hat jahrelang der römischen Kirche vorzuspiegeln versucht, daß der Bolschewismus beabsichtige, das russische Volk unter der Hand dem römisch-katholischen Glauben zuzuführen, nachdem die russisch-orthodoxe Kirche nun doch einmal durch den Sturz des Zarentums ihre Daseinsberechtigung verloren habe. Es spiegelt mit erschreckendem Erfolg deutschen Militärs und deutschen Nationalisten vor, daß die russische Rote Armee in Wahrheit antibolschewistisch und wütend antisemitisch sei und nur darauf warte, nach dem Sieg im kommenden deutschen-russischen Krieg gegen Frankreich und Polen den Bolschewismus zu verjagen und alle Juden in Rußland totzuschlagen. Endlich versucht Moskau gegenüber prominenten deutschen, englischen, französischen und amerikanischen Juden die Sowjetregierung als eine ihrem Charakter nach wesentlich jüdische hinzustellen und damit deren Wohlwollen zu gewinnen. Dabei hat der Bolschewismus nach seinem Sieg in Rußland niemanden schonungsloser ausgerottet, als die doch sehr stark jüdisch durchsetzten russischen Sozialrevolutionäre und die russischen demokratischen Parteien, in denen sich ebenfalls nicht wenige jüdische Elemente fanden. Zudem hat mich schon vor Jahresfrist einer der hervorragendsten englischen Juden, Lord Melchett, \*) darauf aufmerksam gemacht, daß Moskau nachweislich die Araber aufhetze und finanziere, damit sie die Juden in Palästina totschiagen, ganz einfach nur deshalb, weil Moskau seiner Gesamtpolitik wegen eine gewisse Beunruhigung in Kleinasien gerade erwünscht war. Wie ich aus der „Vossischen Zeitung“ selbst ersah und wie durch den von mir beigelegten, im „Neuen Wiener Journal“ vom 25. März d. J. veröffentlichten Aufsatz des französischen Senators Godard bestätigt wird, haben sich die Angaben Lord Melchetts inzwischen als richtig erwiesen und sind sogar in der weiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Ich habe

\*) vordem Sir Alfred Mond

übrigens niemals geglaubt, daß aufgewiegelte Asiaten europäischen Juden weniger den Schädel einschlagen würden als anderen Europäern.

Ich möchte, sehr verehrter Herr Bernhard, bei dieser Gelegenheit überhaupt offen mit Ihnen über meine Einstellung zur Judenfrage sprechen. Ich bin kein Philosemit. Ich kann die Linie meiner Vorfahren bis zum Jahre 1317, in ununterbrochener Reihe verfolgen, in welchem Jahre deren erster von der auf dem Hohen Knüll gelegenen und in den damaligen Kriegswirren zerstörten Burg Rechberg, deren Ruinen noch heute vorhanden sind, nach Hersfeld eingewandert ist und dort zum ritterbürtigen Bürgermeister der Stadt gewählt wurde. Keiner meiner Vorfahren hat jemals einen Tropfen jüdischen Blutes in seinen Adern gehabt. Ich habe aber in meinem Leben sehr viel intelligente und auch sehr viel anständige Juden kennen und manche von ihnen als zuverlässige Freunde schätzen gelernt. Ich verstehe durchaus, daß die Juden über ein Jahrhundert lang die freiheitliche, demokratische Entwicklung begünstigt haben, weil sie davon ihre Befreiung aus Beschränkungen erwarteten, denen sie im feudalen Staat des Mittelalters unterworfen gewesen sind. Aber diese freiheitliche Entwicklung hat sich nunmehr nach meiner Ansicht überschlagen und die Grenze überflutet, jenseits deren die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit der Völker und damit auch die Existenzmöglichkeit der diesen Völkern angehörigen Juden ins Wanken gerät.

Sie können außerdem das Frankreich von heute nicht mit dem demokratischen Frankreich der Vorkriegszeit vergleichen, das in den Rahmen festgefügtter europäischer Staaten eingespannt und das wesentlich ein Agrarstaat und kein übervölkerter Industriestaat gewesen ist, dessen Volksernährung von dem Export seiner Industrieprodukte auf die Weltmärkte abhängt. Außerdem war damals noch nicht der Bolschewismus am Werke, um die asiatischen Märkte zu zerstören, durch deren Schwinden die europäischen Industrien zum Stilliegen, Millionen europäischer Arbeiter zum Verhungern und die übervölkerten europäischen Industriestaaten zur Katastrophe ununterbrochener gegenseitiger und Bürgerkriege verurteilt werden.

Das Nachkriegs-Frankreich aber ist nur noch der Form nach demokratisch. Es wird wesentlich von den französischen Rechtsparteien beherrscht, die ihre Wahlfonds und ihre Richtlinien von den französischen Schwerindustrien erhalten, so daß die aus den Rechtsparteien hervorgehenden und von ihnen gestützten französischen Staatsmänner an diese Richtlinien gebunden sind. Die französischen Linksparteien dagegen werden von den französischen Großbanken finanziert, die aber bereits mit den schwerindustriellen Interessen mehr oder weniger intim versippt sind.

Mit welchen Mitteln übrigens der Bolschewismus speziell in Deutschland arbeitet, darüber bekam ich erst vor kurzem wieder dokumentarische Beweise

in die Hände. Es handelt sich um ein Verzeichnis von Subventionen, die Moskau einflußreichen Deutschen zufließen läßt. Ich habe diese Dokumente bei meinem Notar deponiert mit der Anweisung, sie zu veröffentlichen, falls mir irgend etwas zustoßen sollte, und ich behalte mir selbst den Moment der Veröffentlichung vor, die ich erst dann veranlassen werde, wenn nach meiner Ansicht der davon zu erwartende Nutzen größer sein wird als der ebenfalls zu erwartende phantastische Skandal.

Ich sehe nicht wie Sie, sehr verehrter Herr Bernhard, in der Arbeitslosigkeit, wie sie in den großen europäischen Industriestaaten zutage tritt, ein vorübergehendes Symptom, sondern den Anfang einer zwangsläufigen Entwicklung. Im Gegensatz zu Ihnen glaube ich nicht, daß, selbst wenn es gelingen sollte, das gesamte außerrussische Kontinental-Europa in ein wirtschaftliches Gesamtgebiet zusammenzufassen, daß damit allein das Ubel geheilt werden könne. Es würden durch eine solche Operation doch schließlich keine neuen, nicht an und für sich schon vorhandenen Märkte geschaffen und somit ganz sicher kein Ersatz für die bisher vorhandenen gewaltigen Märkte, die in Asien täglich mehr verschwinden. Auch die zollpolitische Zusammenfassung des außerrussischen kontinentalen Europas – die ich übrigens für praktisch undurchführbar halte – würde das Verhältnis zwischen der europäischen Industrieproduktion und den vorhandenen Märkten nicht verbessern.

Gerade der zwangsläufigen Verschlimmerung der Wirtschaftslage wegen, welche durch vorübergehende Aufwärtsbewegungen unterbrochen werden mag, halte ich die Demokratie in Europa auf die Länge der Zeit für unhaltbar. Schon jetzt, wo sich die zu erwartende Not erst abzuzeichnen beginnt, fließen die Massen immer mehr nach rechts und nach links, und in beiden Fällen – beim Sieg sowohl des völkischen Nationalismus wie des bolschewistischen Kommunismus – würde die Katastrophe gerade auch des Judentums unvermeidlich sein. Was den Juden bei einem Sieg des Nationalbolschewismus geschehen würde, das läßt die beigelegte, im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichte Proscriptions-Liste voraussehen. Ich habe übrigens erfahren, daß diese Proscriptions-Liste den Völkischen von Berliner Kommunisten ausgehändigt worden ist.

Aus dieser Gefahr gibt es nach meiner Überzeugung für die Juden nur einen tatsächlichen Ausweg: das rechtzeitige Bündnis mit solchen nationalen und aktiven Elementen, die bei einer derartigen Interessengemeinschaft das Aufgeben des Antisemitismus mit in das Geschäft einbringen. Diese Verbindung ist in Osterreich geglückt. Das Bündnis, welches das Neue Wiener Journal und andere einflußreiche und prominente Wiener Juden in Osterreich mit den Heimwehren rechtzeitig, das heißt zu einer Zeit, als ein solches Bündnis für die Heimwehren noch wertvoll war, geschlossen haben, hat sich für beide vertragsschließende Teile in hohem Maße bewährt. Ubrigens hat, nebenbei gesagt, das

Neue Wiener Journal dadurch auch rein verlagstechnisch ein ganz ausgezeichnetes Geschäft gemacht. Es wird nunmehr von den vielen hunderttausenden von Heimwehr-Mitgliedern gelesen, und seine Auflage hat sich daher erheblich verstärkt, ohne daß es irgendwie – so erfahre ich – seine alten früheren Abonnenten deswegen verloren hätte.

Ich selbst bin vom Nationalsozialismus nicht bedroht, denn ich habe, wie gesagt, keinen Tropfen jüdischen Blutes in meinen Adern und ich habe im Weltkrieg als Offizier das Eiserne Kreuz Erster Klasse erhalten. Aber wenn ich Jude wäre, würde ich bei dem rapiden Anwachsen der Gefahr nicht ruhig schlafen, sondern alles tun, was in meinen Kräften stände, um die Verbindung mit Elementen zu suchen, welche der Gefahr einen Damm ziehen können. Solche Elemente aber wird das Judentum niemals finden, wenn es sich weiter auf antimilitärische Prinzipien verbeißen will.

Mein Bruder, der Kommerzienrat Fritz Rechberg, hat vor wenigen Tagen zu einigen ihm befreundeten jüdischen Direktoren großer Berliner Banken gesagt: „Ihr laßt euch augenscheinlich lieber von den Nationalsozialisten oder von den Kommunisten mißhandeln, ehe Ihr dafür seid, daß – wenn nicht anders möglich, im Rahmen eines Übereinkommens mit Frankreich – eine legitime deutsche Armee wiedergeschaffen wird, stark genug, um die Sicherheit des Staates gegen den inneren Umsturz und gegen äußere Gefahren zu garantieren.“

Es ist selbstverständlich nicht meine Aufgabe, den Führern des Judentums irgendwelche Ratschläge zu erteilen. Ich möchte aber doch die entwickelten Gedankengänge Ihrer ersten Erwägung anheimstellen.

Damit komme ich zum letzten Teil Ihres Briefes, nämlich dazu, was Sie über das Endziel meiner Politik denken. Sie sind der Ansicht, daß ich dem alten Hoffmannschen Plan der Intervention Europas gegen den Bolschewismus treu geblieben bin und Sie schreiben schließlich: „Ich will den Frieden und Sie wollen den Krieg, das ist der Unterschied, der uns trennt.“

Diese Ihre Ansicht ist völlig irrig. Ich denke nicht daran, den Krieg zu wollen oder einen Krieg zu befürworten, es sei denn, daß dessen Notwendigkeit durch das Gebot der Selbsterhaltung unausweichlich werden sollte. Aber ich fürchte, daß, wenn Moskau fortfährt, die asiatischen Märkte zu zerstören, daß wir dann in sehr absehbarer Zeit vor der Wahl stehen werden, uns entweder von unseren hungernden – Nationalbolschewisten oder kommunistische Bolschewisten gewordenen – Arbeitern die Schädel einschlagen zu lassen oder zu unserer Selbsterhaltung auf diese unsere hungernden Arbeiter schießen zu müssen oder aber gegen Moskau zu marschieren, um die in Rußland und in Asien verlorenen Märkte wieder einzurichten. Von diesen drei Alternativen würde ich die letzte vorziehen. Wenn aber irgend etwas auf Erden imstande ist, die auf die Zerstörung der asiatischen Märkte gerichtete bolschewistische Offensive zum Stillstand



zu bringen, dann ist es nach meiner Überzeugung der Ausbau des deutsch-französischen Industrie-Bündnisses zum militärischen und politischen Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland, denn dann werden die Gewalthaber im Kreml wissen, daß sie mit einem absolut überlegenen Gegner zu rechnen haben, den weiter zu provozieren ihrem Selbstmord gleichkäme. Ich bin also gewillt, für den Frieden zu arbeiten, soweit es in meinen Kräften steht und soweit es menschlicher Tatkraft und menschlichem Einfluß überhaupt gegeben ist, die gewaltigen Gegensätze zu bannen, die im Laufe der Jahrtausende immer wieder die Völker zu blutigen gegenseitigen Kämpfen getrieben haben. Ich bin aber der Überzeugung, daß nicht der dem Frieden dient, der vor den vorhandenen Gefahren die Augen schließt, sondern der, welcher sich nicht scheut, ihnen ins Auge zu sehen, um rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen durchzusetzen. Ich will ebenso wie Sie, sehr geehrter Herr Bernhard, den Frieden, aber ich glaube, daß die Mittel, welche ich dafür in Aussicht genommen habe, wirksamer sind als die von Ihnen befürworteten.

. . . . .

Ihr Ihnen ergebener

gez. Arnold Rechberg

## Verzeichnis

der in den Jahren 1919—1932 von Arnold Rechberg  
verfaßten bzw. veranlaßten Artikel in deutschsprachigen Zeitungen

### 1919

- |                                |             |   |
|--------------------------------|-------------|---|
| 1. u. 2. Tägl. Rundschau       | 4. 7. 1919  | Revolution und Bolschewismus                  |
| 3. Tägl. Rundschau             | 9. 7. 1919  | Englands Schicksalsstunde                     |
| 4. Tägl. Rundschau             | 13. 7. 1919 | Weltlage                                      |
| 5. Tägl. Rundschau             | 22. 7. 1919 | Kurzsichtigkeiten                             |
| 6. u. 6a Tägl. Rundschau       | 25. 7. 1919 | Die Friedensaktion des Papstes im Sommer 1917 |
| 7. Tägl. Rundschau             | 31. 7. 1919 | Lord Northcliffs Irrtum                       |
| 8. Tägl. Rundschau             | 31. 7. 1919 | Dernburgs Anfrage                             |
| 9. Tägl. Rundschau             | 4. 8. 1919  | König Eduard VII. und Lloyd George            |
| 10. Tägl. Rundschau            | 10. 8. 1919 | Die Propaganda gegen den Kronprinzen          |
| 11. Berl. Börsenzeitung        | 13. 8. 1919 | Aktuelle Wirtschaftsprobleme                  |
| 12.–14. Tägl. Rundschau        | 16. 8. 1919 | Der Friedensschluß in Versailles              |
| 15. 16. Leipz. Neueste Nachr.  | 18. 8. 1919 | Das Märchen von Menenius Agrippa              |
| 17. Tägl. Rundschau            | 21. 8. 1919 | Mangelnde Geschichtsanwendung                 |
| 18. Tägl. Rundschau            | 28. 8. 1919 | Offener Brief an Lord Northcliff              |
| 19. Tägl. Rundschau            | 1. 9. 1919  | Der Wiederaufbau Nordfrankreichs              |
| 20. u. 21. Tägl. Rundschau     | 9. 9. 1919  | Das Auswärtige Amt                            |
| 22. Leipz. Neueste Nachrichten | 10. 9. 1919 | Ein Aufsatz der Daily Mail                    |
| 23. Tägl. Rundschau            | 12. 9. 1919 | Lord Northcliffs Ergebnis                     |
| 24. Tägl. Rundschau            | 17. 9. 1919 | Meister und Stümper                           |
| 25. Tägl. Rundschau            | 20. 9. 1919 | Industrielle Dilettanten                      |
| 26. Deutsche Montags-Zeitung   | 15. 9. 1919 | Der Sturz Falkenhayns                         |
| 27. Tägl. Rundschau            | 25. 9. 1919 | Präsident Wilson                              |
| 28.                            |             | Die Lage im Herbst 1914                       |
| 29. Deutsche Montags-Zeitung   | 29. 9. 1919 | Die Befreiung Rußlands                        |

30.		Die russische Frage
31. Tägl. Rundschau	13. 10. 1919	Die politische Stellung des Kronprinzen
32. Tägl. Rundschau	14. 10. 1919	Der Kampf gegen den Bolschewismus
33. Tägl. Rundschau	20. 10. 1919	Russische Fragen
34. Tägl. Rundschau	28. 10. 1919	Gottlieb Graf von Haeseler
35. Tägl. Rundschau	29. 10. 1919	Strategie und Staatsleitung
36. Tägl. Rundschau	6. 11. 1919	Pazifisten
37. Tägl. Rundschau	30. 11. 1919	Der Operationsplan der Sowjetregierung in Moskau
38. Tägl. Rundschau	19. 12. 1919	Kredite
39. Tägl. Rundschau	24. 12. 1919	Militärischer Widersinn
40. Tägl. Rundschau	30. 12. 1919	Der Krieg, welchen Frankreich vermeiden will

## 1920

41. Tägl. Rundschau	2. 1. 1920	Die Vorschläge des Herrn Vanderlip
42. Deutsche Montags-Zeitung	12. 1. 1920	Der Unternehmer
43. Tägl. Rundschau	14. 2. 1920	Die Soldaten des Weltkrieges
44. Tägl. Rundschau	15. 1. 1920	Staatsmännische Rechenfehler
45. Tägl. Rundschau	4. 2. 1920	Lloyd George
46. Tägl. Rundschau	6. 2. 1920	Die militärischen Absichten der Moskauer Sowjetregierung
47. Tägl. Rundschau	12. 2. 1920	Machtfragen
48. Tägl. Rundschau	2. 3. 1920	Asiatische Eroberer
49. Tägl. Rundschau	5. 3. 1920	Zur Kabinettskrise
50. Tägl. Rundschau	12. 5. 1920	Die Kämpfe der Polen mit den Armeen der Moskauer Sowjetregierung
51. Tägl. Rundschau	22. 5. 1920	Der Kampf der Bolschewisten gegen die Polen
52. Tägl. Rundschau	17. 5. 1920	Gardiner über die europäische Wirtschaftseinheit
53. Tägl. Rundschau	16. 7. 1920	Die Entwaffnungsfrage in Spaa
54. Tägl. Rundschau	9. 5. 1920	Brief aus Bayern
55. Tägl. Rundschau	7. 1920	Zum Tod des Prinzen Joachim von Preußen
56. Tägl. Rundschau	23. 7. 1920	Strategie in Rußland
57. Tägl. Rundschau	15. 8. 1920	Lenin und die Sozialdemokratie
58. Tägl. Rundschau	9. 8. 1920	Jurisprudenz und Staatskunst

59. Deutsche Montags-Zeitung	25.	5. 1920	Die Forderungen der Entente
60. Deutsche Montags-Zeitung	14.	6. 1920	Meine Ansicht über die russische Frage
61. Deutsche Montags-Zeitung	31.	5. 1920	Zukunftssorgen
62. Berliner Tageblatt	23.	3. 1920	Ein Vorschlag
63. Tägl. Rundschau	26.	8. 1920	Elementare Unterschiede
64. Tägl. Rundschau	7.	9. 1920	Ataman Semenow
65. Tägl. Rundschau	21.	9. 1920	Finanzielle Sanierung
66. Tägl. Rundschau	29.	9. 1920	Sozialisierung und Arbeiterinteresse
67. Tägl. Rundschau	15.	10. 1920	Grundirrtümer des Marxismus
68. Tägl. Rundschau	24.	11. 1920	Die Gefahr aus dem Osten und die öffentliche Meinung in Deutschland
69. Deutsche Zeitung	25.	11. 1920	Die bayerischen Einwohnerwehren

## 1921

69a. Kleines Journal	28.	2. 1921	Kriegserinnerungen
70. Tägl. Rundschau	1.	3. 1921	Cecil Rhodes und Europa
71. Tägl. Rundschau	5.	3. 1921	In den Richtlinien von Cecil Rhodes
72. Tägl. Rundschau	17.	3. 1921	Die Meldungen aus Rußland
73. Tägl. Rundschau	15.	4. 1921	Der Haizahn
74. 8-Uhr-Abendblatt	20.	4. 1921	Gedanken und Männer
75. Neue Berliner 12 Uhr	10.	5. 1921	Nützt die Unterschrift?
76. 12-Uhr-Blatt	14.	7. 1921	Beteiligung als Reparation
77. 12-Uhr-Blatt	11.	5. 1921	Stinnes gegen Botschafter Mayer
77a.			Die Rede Paul Reynauds
78. 12-Uhr-Blatt	19.	7. 1921	Die Politik des Herrn Stinnes
79. Tägl. Rundschau	23.	7. 1921	Nachrichten der Sowjet-Regierung
80. Tägl. Rundschau	26.	7. 1921	Die Pläne der Sowjet-Regierung
81. 12-Uhr-Blatt	27.	7. 1921	Rathenaus Verhandlungen
82. 12-Uhr-Blatt	1.	8. 1921	Der Bolschewismus und die Juden in Rußland
83. Mannheimer Tagblatt	13.	8. 1921	Hugo Stinnes
84. Berl. Börsen Zeitung	7.	8. 1921	Das Hilfskomité für Sowjet-Rußland
85. Tägl. Rundschau	17.	8. 1921	Ultimatum und Valuta

- |                       |              |  |
|-----------------------|--------------|--|
| 86. 12-Uhr-Blatt      | 30. 8. 1921  | Staatsbeteiligung                              |
| 87. Tägl. Rundschau   | 3. 9. 1921   | Provokationen                                  |
| 88. Tägl. Rundschau   | 20. 9. 1921  | Kommerzial-Bolschewismus                       |
| 89. Tägl. Rundschau   | 3. 10. 1921  | Moskau und Rom                                 |
| 90. Deutsche Zeitung  | 24. 10. 1921 | Bismarck und Talleyrand sind tot               |
| 91. Tägl. Rundschau   | 1. 11. 1921  | Schachzüge der Sowjet-Regierung                |
| 92. 8-Uhr-Abendblatt  | 1. 11. 1921  | Die Politik der Unwissenheit                   |
| 93. Tägl. Rundschau   | 4. 11. 1921  | Frankreich und England                         |
| 94. Deutsche Zeitung  | 5. 11. 1921  | Tschitscherins Politik                         |
| 95. Tägl. Rundschau   | 12. 11. 1921 | Das einzige Heilmittel                         |
| 96. 8-Uhr-Abendblatt  | 17. 11. 1921 | Oberschlesien                                  |
| 97. Deutsche Zeitung  | 25. 11. 1921 | Über den Kommerzial-Bolschewismus              |
| 98. Der Tag           | 25. 11. 1921 | Sir John Bradbury                              |
| 99. Tägl. Rundschau   | 23. 11. 1921 | Die Franzosen im Saarland                      |
| 100. Tägl. Rundschau  | 20. 11. 1921 | Deutsche und Franzosen im Saarland             |
| 101. Tägl. Rundschau  | 9. 11. 1921  | Deutschland und Frankreich                     |
| 102. Tägl. Rundschau  | 6. 11. 1921  | Deutschland und Frankreich                     |
| 103. Der Tag          | 31. 12. 1921 | Das russische Problem                          |
| 104. 8-Uhr-Abendblatt | 20. 12. 1921 | Jiu-Jitsu                                      |
| 105. Der Tag          | 20. 12. 1921 | Die europäischen Industrien und Sowjet-Rußland |

## 1922

- |                       |             |   |
|-----------------------|-------------|---|
| 106. 8-Uhr-Abendblatt | 19. 1. 1922 | Wirtschaftsverhandlungen der Sowjet-Regierung   |
| 107. Tägl. Rundschau  | 31. 1. 1922 | Der Hunger in Sowjet-Rußland                    |
| 108. 8-Uhr-Abendblatt | 8. 3. 1922  | Französische Beteiligung an den Hohelohe-Werken |
| 109. Tägl. Rundschau  | 11. 3. 1922 | England unter Lloyd George                      |
| 110. 8-Uhr-Abendblatt | 15. 3. 1922 | Was kostet der Entente der Friedensvertrag?     |
| 111. Der Tag          | 25. 2. 1922 | Erfolge und Mißerfolge der Sowjet-Regierung     |
| 112. Der Tag          | 17. 3. 1922 | Deutschland und Amerika                         |
| 113. Tägl. Rundschau  | 5. 2. 1922  | Moskau und der deutsche Eisenbahnerstreik       |
| 114. 8-Uhr-Abendblatt | 31. 3. 1922 | Der Abbruch der Genfer Verhandlungen            |

115. 8-Uhr-Abendblatt	18. 4. 1922	Der Sondervertrag mit der Sowjet-Regierung
116. 12-Uhr-Blatt	29. 4. 1922	Verlustreicher Sieg
117. 8-Uhr-Abendblatt	29. 4. 1922	Die Politik des Unbegreiflichen
118. 8-Uhr-Abendblatt	10. 5. 1922	Moskau und Rom
119. Täg. Rundschau	16. 5. 1922	Anspach und die Entente
120. 8-Uhr-Abendblatt	19. 5. 1922	Das Ende der Konferenz
121. 8-Uhr-Abendblatt	6. 6. 1922	Die Rettung der deutschen Wirtschaftsleitung in Oberschlesien
122. Täg. Rundschau	7. 6. 1922	Die Anleihepolitik der Amerikaner
123. 8-Uhr-Abendblatt	14. 6. 1922	Offener Brief an Hugo Stinnes
123a. Der Tag	27. 6. 1922	Wer steht hinter den Mördern?
124. National-Zeitung	8. 8. 1922	Wie könnte sich Deutschland mit Frankreich verständigen?
125. 8-Uhr-Abendblatt	18. 8. 1922	Französisch-deutsche Wirtschaftsverständigung
126. Berliner Tageblatt	30. 8. 1922	Französisch-englische Beteiligung an der deutschen Industrie
127. Der Tag	5. 10. 1922	Die Sowjets und der Rathenau-mord
128. Der Tag	8. 10. 1922	Bolschewistische Provokation des Rathenau-mordes
129. 8-Uhr-Abendblatt	13. 10. 1922	Ludendorff für die deutsch-französische Verständigung
130. 8-Uhr-Abendblatt	21. 10. 1922	Deutsche Verhandlungen mit General Malcolm
131. 8-Uhr-Abendblatt	23. 10. 1922	Ein Ausweg
132. 8-Uhr-Abendblatt	28. 10. 1922	In der Sackgasse

## 1923

133. 8-Uhr-Abendblatt	8. 1. 1923	Folgen des Ruhreinmarschs
134. Berl. Börsen Courier	21. 1. 1923	Das deutsch-französische Problem
135. 8-Uhr-Abendblatt	31. 1. 1923	Die Gefahr aus dem Osten
136. 8-Uhr-Abendblatt	24. 1. 1923	Paul Reynauds Politik
137. Berl. Börsen Courier	3. 2. 1923	Hoffnungen der Sowjet-Regierung
138. 12-Uhr-Blatt	6. 2. 1923	Die französische und die deutsche Schwerindustrie
139. 12-Uhr-Blatt	7. 2. 1923	Antisemitische Propaganda

140. Berl. Börsen Courier	14.	2. 1923	Bedenken und Gegengründe
141. Berl. Börsen Courier	24.	2. 1923	Ziele und Wege
142. 12-Uhr-Blatt	1.	3. 1923	Oberstleutnant Nicolai und „Der Fall Rechberg“
143. 8-Uhr-Abendblatt	12.	3. 1923	Konkrete Bedingungen
144. 12-Uhr-Blatt	14.	4. 1923	Unklarheit
145. 12-Uhr-Blatt	19.	4. 1923	Das Problem der Interessenverflechtung
146. Berl. Börsen Courier	18.	4. 1923	Nochmal die Frage der Interessenverflechtung
147. 8-Uhr-Abendblatt	24.	4. 1923	Das Problem der Anleihe
148. 12-Uhr-Blatt	25.	4. 1923	Der Handel mit englischer Kohle
149. Berl. Börsen Courier	4.	5. 1923	Wechselwirkungen
150. 12-Uhr-Blatt	11.	5. 1923	Garantiepläne
151. Neue Freie Presse Wien	19.	4. 1923	Für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich
152. 8-Uhr-Abendblatt	12.	5. 1923	Der Notenwechsel
153. Berl. Börsen Courier	12.	5. 1923	Interessenverflechtung
154. 8-Uhr-Abendblatt	19.	5. 1923	Pfingsten 1923
155. 8-Uhr-Abendblatt	22.	5. 1923	Bonar Law
156. 12-Uhr-Blatt	24.	5. 1923	Rapallo, Ruhrbesetzung und Krupp-Prozeß
157. Neue Freie Presse	24.	5. 1923	Wo ist ein Weg zur Verständigung?
158. 8-Uhr-Abendblatt	29.	5. 1923	Das Industrie-Angebot
159. 8-Uhr-Abendblatt	5.	6. 1923	Aktuelle Erwägungen
160. Berl. Börsen Courier	5.	6. 1923	Industriebeteiligung und Reparationsproblem
161. Neue Freie Presse	3.	6. 1923	Das Angebot der deutschen Industrie
162. Berl. Börsen Courier	27.	6. 1923	Hugo Stinnes und sein Einfluß
163. Neue Freie Presse	24.	6. 1923	Der Weg zur Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich
164. 8-Uhr-Abendblatt	4.	7. 1923	Zwangsläufigkeiten
165. 12-Uhr-Blatt	6.	7. 1923	Belgien und England
166. 8-Uhr-Abendblatt	13.	7. 1923	Englische Konzessionspolitik
167. 8-Uhr-Abendblatt	16.	7. 1923	Poincarés Rede
168. Berl. Börsen Courier	30.	7. 1923	Die äußere Politik des Reiches
169. 8-Uhr-Abendblatt	14.	8. 1923	Das französische Problem



170. 8-Uhr-Abendblatt	17. 8. 1923	England und die deutsche Diplomatie
170 a. 8-Uhr-Abendblatt	22. 8. 1923	Produktive oder destruktive Maßnahmen
171. 8-Uhr-Abendblatt	7. 9. 1923	Ein Vertragsentwurf mit Frankreich
172. 12-Uhr-Blatt	11. 9. 1923	Persönliche Verstimmungen
173. 12-Uhr-Blatt	14. 9. 1923	Das Angebot des Reichskanzlers
174. Berl. Börsen Courier	16. 9. 1923	Prinzip und Ausführungsmodus Hypotheken oder Beteiligungen
175. 8-Uhr-Abendblatt		
176. Berl. Börsen Courier	3. 10. 1923	Poincarés Schwierigkeiten
177. 8-Uhr-Abendblatt	12. 10. 1923	Reichskabinett und Schwerindustrie
178. 8-Uhr-Abendblatt	19. 10. 1923	Selbstvernichtung
179. 12-Uhr-Blatt	24. 10. 1923	Der „Rheinstaat“
180. Berl. Börsen Courier	27. 10. 1923	Der Geldbedarf im Ruhrgebiet
181. Berl. Börsen Courier	1. 11. 1923	Der Devisenhandel
182. 12-Uhr-Blatt	7. 11. 1923	Aussichten und Hemmungen
183. Berl. Börsen Courier	30. 11. 1923	Die Autonomie der Rheinlande
184. 12-Uhr-Blatt	4. 12. 1923	Die französische Politik und der Rheinstaat

## 1924

185. 12-Uhr-Blatt	15. 1. 1924	Rechberg über den Stinnesplan
186. 8-Uhr-Abendblatt	16. 1. 1924	Herr Arnold Rechberg
187. 12-Uhr-Blatt	18. 1. 1924	Lex Rechberg?
188. 12-Uhr-Blatt	19. 1. 1924	Marx und Rechberg
189. 12-Uhr-Blatt	22. 1. 1924	Arnold Rechberg im Auswärtigen Amt
190.		Ein Briefwechsel (Kardinal Schulte-Reichskanzler-Rechberg-Zentrum)
191. Berl. Börsen Courier	26. 1. 1924	Arnold Rechberg und das Zentrum
192. 12-Uhr-Blatt	28. 1. 1924	Die Germania und Arnold Rechberg
193. 8-Uhr-Abendblatt	31. 1. 1924	Gegenvorschläge
194. 12-Uhr-Blatt	1. 2. 1924	Rechberg und das Zentrum
195. 12-Uhr-Blatt	6. 2. 1924	Die Propaganda gegen mich
196. 8-Uhr-Blatt	23. 2. 1924	Frankreich u. der Separatismus
197. Berl. Börsen Courier	4. 3. 1924	Reparation u. Reichseisenbahn
198. Berl. Börsen Courier	11. 3. 1924	Reparation u. Reichseisenbahn

199. 12-Uhr-Blatt	2. 4. 1924	Phantom und Wirklichkeit
200. 12-Uhr-Blatt	12. 4. 1924	Und Deutschlands Sicherheit?
201. Berl. Börsen Courier	12. 6. 1924	Industrieobligationen
202. 8-Uhr-Abendblatt	1. 7. 1924	Die Selbsterstörung der Industriestaaten
203. 12-Uhr-Blatt	5. 7. 1924	Das Schicksal der oberschlesischen Industrie
204. Deutsche Tageszeitung	21. 8. 1924	Die Eisenbahn als Versklavungsinstrument
205. 12-Uhr-Blatt	22. 8. 1924	Entente-Diplomatie in London
206. 12-Uhr-Blatt	27. 8. 1924	Entscheidende Entschlüsse
206 a. Berl. Börsen Courier	9. 10. 1924	Konzentrischer Angriff
207. Berl. Börsen Courier	18. 10. 1924	Das Kaliabkommen im Spiegel der amerikanischen Presse
208. 12-Uhr-Blatt	5. 11. 1924	Die Initiative der Industrien
209. Berl. Börsen Courier	6. 11. 1924	„Morningpost“ und Industrie-Entente
210. 12-Uhr-Blatt	18. 11. 1924	Der Brief des Generalagenten
211. Berl. Börsen Courier	22. 11. 1924	Das Abkommen der Teerfarbenindustrie
212. Berl. Börsen Courier	28. 11. 1924	Die deutschen und französischen Teerfabriken
212 a. Berl. Börsen Courier	29. 11. 1924	Nochmals: Farbenindustrie
213. 12-Uhr-Blatt	10. 12. 1924	Frankreich oder England?

## 1925

214. Vossische Zeitung	16. 1. 1925	Elsaß-Lothringen und Köln
215. 12-Uhr-Blatt	12. 2. 1925	Das Aushängeschild
216. 12-Uhr-Blatt	24. 2. 1925	Französische Kombinationen
217. Berl. Börsen Courier	24. 2. 1925	Außenpolitik und Parteikämpfe
218. Berl. Börsen Courier	22. 2. 1925	Die Eisenfrage
219. Berl. Börsen Courier	27. 2. 1925	Enthüllungszentrale
220. Berl. Tageblatt	27. 2. 1925	Der erfahrene Spionagechef
221. Berl. Börsen Courier	28. 2. 1925	Skandalaffären und Politik
222. Berl. Tageblatt	12. 3. 1925	Ruhrkredite und Lohnsicherungen
223. Berl. Börsen Courier	13. 3. 1925	Herr Jarres als Kandidat
224. Berl. Börsen Courier	16. 3. 1925	Industriefeindlich?
225. Berl. Tageblatt	22. 3. 1925	Der Kandidat der Schwerindustrie
226. Der Tag	26. 3. 1925	Eine Zuschrift

226 a. Bergwerks-Zeitung	20.	3.	1925	Irrwege der öffentlichen Kritik
227. 12-Uhr-Blatt	28.	3.	1925	Geschäftsleute
228. Berl. Börsen Courier	28.	3.	1925	Wofür so viel Geld?
228 a. Vossische Zeitung	28.	3.	1925	Die Wahlgelder
229. 12-Uhr-Blatt	31.	3.	1925	Prognose
230. Berl. Börsen Courier	30.	3.	1925	Für Marx
231. Berl. Börsen Courier	22.	3.	1925	Zum Präsidentschaftswahlkampf
232. 12-Uhr-Blatt	2.	4.	1925	Betrifft Jarres-Kandidatur
233. 12-Uhr-Blatt	25.	5.	1925	Die Entwaffnungsnote – ein Vorwand
234. Berl. Börsen Courier	21. / 23.	5.	1925	Und England
235. Berl. Börsen Courier	20.	6.	1925	Eine Erklärung Arnold Rechbergs
236. Kreuz-Zeitung	23.	6.	1925	Zu den Abmachungen zwischen der deutschen und französischen Industrie
237. Der Vorwärts	23.	6.	1925	Politik und Wirtschaft
238. 12-Uhr-Blatt	10.	7.	1925	Englische Intrigen
239. Berl. Börsen Courier	11.	7.	1925	Zum deutsch-französischen Eisenverband
240. Berl. Börsen Courier	21.	7.	1925	Schwerindustrie und Kali
241. Berl. Börsen Courier	2.	8.	1925	Die verarbeitende Industrie
242. Der Jungdeutsche	6.	8.	1925	Ein Friedensvorstoß Rechbergs
243. Deutsche Allgem. Zeitung	8.	8.	1925	Deutschland-Frankreich
244. Berl. Börsen Courier	8.	8.	1925	Ein Vorschlag
245. Der Jungdeutsche	8.	8.	1925	Rechbergs Vorschläge an die Franzosen
246. Köln. Volkszeitung	3.	8.	1925	Rechberg
247. Berl. Tageblatt	9.	8.	1925	Brief Arnold Rechbergs ("Eclair")
248. 12-Uhr-Blatt	18.	8.	1925	Zu langsames Tempo
249. Berl. Börsen Courier	20.	8.	1925	Tua res agitur
250. Der Jungdeutsche	27. / 30.	8.	1925	Die Entstehung des Bolschewismus und seine Methoden
251. Berl. Börsen Courier	6.	9.	1925	Preisabbau
252. 12-Uhr-Blatt	1.	10.	1925	Die Kriegsschuldfrage
253. 12-Uhr-Blatt	6.	10.	1925	Tschitscherins Pläne
254. L'Eclair	2.	10.	1925	Une nouvelle lettre de M. Arnold Rechberg
255. Neues Wiener Journal	16.	10.	1925	Wem soll sich Deutschland anschließen?
256. Der Mittag	21.	10.	1925	Ost- oder Westorientierung

- |                             |              |   |
|-----------------------------|--------------|---|
| 257. Neues Wiener Journal   | 27. 10. 1925 | Sensationelle Enthüllungen                            |
| 258. 12-Uhr-Blatt           | 27. 10. 1925 | Das Spiel mit dem Feuer                               |
| 259. 12-Uhr-Blatt           | 30. 10. 1925 | Die Aussichten eines deutsch-französischen Bündnisses |
| 260. 12-Uhr-Blatt           | 10. 11. 1925 | Vorhang auf   |
| 261. Neues Wiener Journal   | 11. 11. 1925 | Innere deutsche Zusammenhänge und die große Politik   |
| 262. 12-Uhr-Blatt           | 19. 11. 1925 | Westen oder Osten?                                    |
| 263. 12-Uhr-Mittags-Zeitung | 2. 12. 1925  | Ochrana, Tscheka und Rechtsradikale                   |
| 264. Neues Wiener Journal   | 22. 11. 1925 | Wie kann Deutschland wieder Weltmacht werden?         |
| 265. Neues Wiener Journal   | 4. 12. 1925  | Ochrana, Tscheka und Hakenkreuz                       |
| 266. Der Montag-Morgen      | 7. 12. 1925  | Die Zusammenarbeit auf dem Marsch                     |
| 267. 12-Uhr-Blatt           | 9. 12. 1925  | Die Kalianleihe                                       |
| 268. Neues Wiener Journal   | 15. 12. 1925 | Ein neuer deutscher Industriekapitän                  |

## 1926

- |                           |             |  |
|---------------------------|-------------|--|
| 269. Neues Wiener Journal | 1. 1. 1926  | Erzberger in Verzweiflung  |
| 270. 12-Uhr-Blatt         | 6. 1. 1926  | Amerikanische Industriepolitik                                       |
| 271. Neues Wiener Journal | 6. 1. 1926  | Wer trägt die Schuld?  |
| 272. Neues Wiener Journal | 23. 1. 1926 | Verhängnisvolle diplomatische Intrigen                               |
| 273. Berlin. Morgenpost   | 29. 1. 1926 | Das „irrtümliche“ Extrablatt   |
| 274. Neues Wiener Journal | 31. 1. 1926 | Die Offensive des amerikanischen Industriekapitals                   |
| 275. 12-Uhr-Blatt         | 24. 3. 1926 | Hugenberg – Nicolai  |
| 276. 12-Uhr-Blatt         | 1. 5. 1926  | Briand über ein deutsch-französisches Bündnis                        |
| 277. Neues Wiener Journal | 6. 5. 1926  | Deutsch-französischer Zusammenschluß                                 |
| 278. Neues Wiener Journal | 9. 5. 1926  | Der Generalsturm des Bolschewismus                                   |
| 279. Neues Wiener Journal | 30. 5. 1926 | Die Verlustgeschäfte der deutschen Schwerindustrie mit Sowjetrußland |
| 280. 12-Uhr-Blatt         | 2. 6. 1926  | Hugenbergs Unterbilanz   |
| 281. 12-Uhr-Blatt         | 10. 6. 1926 | Zwei Sozien: Moskau und Nicolai                                      |

282. Neues Wiener Journal	10. 6. 1926	Moskau und die nationale Bewegung in Deutschland
283. Vossische Zeitung	25. 6. 1926	Hugenbergs Mißerfolge
284. 12-Uhr-Blatt	29. 6. 1926	Hand in Hand mit Moskau
285. 12-Uhr-Blatt	2. 7. 1926	Amerikas Eroberungsplan
286. Neues Wiener Journal	4. 7. 1926	Guter Wille – schlechte Politik
287. Vossische Zeitung	10. 7. 1926	Was Bethmann nicht wagte
288. 12-Uhr-Blatt	16. 7. 1926	Die Ursachen der Seecktkrise
289. Vossische Zeitung	25. 7. 1926	Wie 1917 der Frieden scheiterte
290. Vossische Zeitung	29. 7. 1926	Wie 1917 der Frieden scheiterte
291. Vossische Zeitung	7. 8. 1926	Oberst Nicolai, der Verbündete Moskaus
292. Neues Wiener Journal	12. 8. 1926	Ein französisch-deutscher Block
293. Vossische Zeitung	15. 8. 1926	Polen, Deutschland und Frankreich
294. Vossische Zeitung	29. 8. 1926	Wenn der Eisenpakt scheitert
295. Vossische Zeitung	5. 9. 1926	Für den Eisenpakt
296. 12-Uhr-Blatt	8. 9. 1926	Thyssen und Hugenberg
297. Vossische Zeitung	21. 9. 1926	Hugenberg und die Geldbeutelinteressen
298. Vossische Zeitung	12. 9. 1926	Der Dritte
299. Neues Wiener Journal	25. 9. 1926	Gefahr für Englands Vorherrschaft
300. Neues Wiener Journal	8. 9. 1926	Das deutsch-französische Industriebündnis
301. 12-Uhr-Blatt	28. 9. 1926	Der Preis für die englische Hegemonie
302. Neues Wiener Journal	6. 10. 1926	Der deutsch-französische Eisenpakt
303. Neues Wiener Journal	26. 10. 1926	Ein französisch-deutsches Militärbündnis
304. Vossische Zeitung	3. 11. 1926	Für deutsch-französisches Militärbündnis
305. Vossische Zeitung	5. 11. 1926	Um das Militärbündnis
306. Vossische Zeitung	6. 11. 1926	Rechbergs Vorschlag
307. Vossische Zeitung	9. 11. 1926	Militärbündnis oder . . .
308. Berl. Börsen Courier	16. 11. 1926	Was bedeutet der Eisenpakt
309. B. Z. am Mittag	19. 11. 1926	Deutsch-französischer Generalstab
310. Vossische Zeitung	23. 11. 1926	Geheimrat Witting

- |                           |              |   |
|---------------------------|--------------|---|
| 311. 12-Uhr-Blatt         | 30. 11. 1926 | Moskau und die deutschen Rechtsradikalen                |
| 312. Vossische Zeitung    | 30. 11. 1926 | Rechberg gegen Hugenberg                                |
| 313. Neues Wiener Journal | 30. 11. 1926 | Sowjetrussische Kriegspphantasien                       |
| 314. Neue Freie Presse    | 16. 12. 1926 | Vorschlag eines deutsch-französischen Militärbündnisses |

## 1927

- |                           |             |  |
|---------------------------|-------------|--|
| 315. Vossische Zeitung    | 18. 1. 1927 | Kalipakt und große Politik   |
| 316. 12-Uhr-Blatt         | 21. 1. 1927 | Um die Seele Deutschlands  |
| 317. Vossische Zeitung    | 30. 1. 1927 | Industrie – Strategie  |
| 318. Berl. Börsen Courier | 3. 2. 1927  | Schlußbilanz   |
| 319. Vossische Zeitung    | 12. 2. 1927 | Der Milliardenpakt als politische Wende                            |
| 320. 12-Uhr-Blatt         | 16. 2. 1927 | Bolschewistische Propaganda im Zentrum                             |
| 321. Neues Wiener Journal | 20. 2. 1927 | Die rote Fahne der Sowjettyrannen                                  |
| 322. Vossische Zeitung    | 24. 2. 1927 | Hugenbergs Kampf gegen die Schwerindustrie                         |
| 323. Neues Wiener Journal | 27. 2. 1927 | Ein Ultimatum an Deutschland                                       |
| 324. 12-Uhr-Blatt         | 1. 3. 1927  | Ein Ultimatum an Deutschland                                       |
| 325. Neues Wiener Journal | 29. 3. 1927 | Das große englisch-deutsch-französische Industriebündnis           |
| 326. Berl. Börsen Courier | 7. 4. 1927  | Industriebündnis auch mit England?                                 |
| 327. B. Z. am Mittag      | 19. 4. 1927 | Sondierung in England  |
| 328. Neues Wiener Journal | 21. 4. 1927 | England wird den Bolschewismus vernichten                          |
| 329. Berl. Börsen Courier | 27. 4. 1927 | Deutsche und englische Kohle                                       |
| 330. B. Z. am Mittag      | 28. 4. 1927 | Hugenberg, Dawes und Industriepolitik                              |
| 331. Berl. Börsen Courier | 12. 5. 1927 | Die Erklärung de Peyerimhoffs                                      |
| 332. Vossische Zeitung    | 12. 5. 1927 | Der Weg nach London führt über Paris                               |
| 333. Neues Wiener Journal | 15. 5. 1927 | Hemmungen zwischen Deutschland und Frankreich                      |
| 334. Berl. Börsen Courier | 15. 5. 1927 | Sir Alfred Mond  |
| 335. Neues Wiener Journal | 29. 5. 1927 | Ungeheure Verluste der deutschen Industrie beim deutschen Geschäft |
| 336. Neues Wiener Journal | 28. 6. 1927 | Deutschlands Polenpolitik  |

337. Vossische Zeitung	10. 9. 1927	Ein Jahr Eisenpakt
338. Neues Wiener Journal	25. 9. 1927	Die Taktik der Schwerindustrie
339. Vossische Zeitung	19. 11. 1927	Die Anfänge des Eisenpaktes
340. Neues Wiener Journal	20. 11. 1927	Das Geheimnis von Moskau
341. 12-Uhr-Blatt	22. 11. 1927	Der Streit unter den roten Machthabern
342. Vossische Zeitung	23. 11. 1927	Hugo Stinnes, Geheimrat Witting, Paul Reynaud und der Eisenpakt
343. Vossische Zeitung	26. 11. 1927	Über den Kalipakt zum Eisenpakt
344. Vossische Zeitung	29. 11. 1927	Die Konsequenzen des Eisenpaktes
345. Berl. Börsen Courier	13. 12. 1927	Auf dem Wege zum Stahltrust
346. Neues Wiener Journal	14. 12. 1927	Ein gigantischer Plan
347. B. Z. am Mittag	15. 12. 1927	"Empire de Charlemagne"
348. Neues Wiener Journal	21. 12. 1927	Der deutsch-französische Chemiepakt

## 1928

349. Vossische Zeitung	14. 1. 1928	Der deutsch-französische Chemiepakt
350. Berl. Börsen Courier	18. 2. 1928	Hemmungen
351. Vossische Zeitung	29. 2. 1928	Tyrrells Mission in Paris
352. Neues Wiener Journal	8. 3. 1928	Präsident Dr. Emil Mayrisch
353. Vossische Zeitung	10. 3. 1928	Amerika und das deutsch-französische Industriebündnis
354. Neues Wiener Journal	16. 3. 1928	Kriegsbereite Demokratie
355. B. Z. am Mittag	21. 3. 1928	Neue Möglichkeiten Berlin-London-Paris
356. Neues Wiener Journal	25. 3. 1928	Verzweifelte Lage der deutschen Landwirtschaft
357. Neues Wiener Journal	11. 4. 1928	Arnold Rechberg über das europäische Wirtschaftsproblem
358. Vossische Zeitung	7. 4. 1928	Der Stahlweg zum Europa-Frieden
359. Vossische Zeitung	26. 4. 1928	Sir Alfred Monds Pläne
360. Neues Wiener Journal	15. 5. 1928	England wird eingekreist
361. 12-Uhr-Blatt	19. 5. 1928	Die Vereinigten Staaten und das britische Imperium
362. Vossische Zeitung	7. 6. 1928	Deutschland und Frankreich



363. Vossische Zeitung	12. 6. 1928	Die materielle Sicherung des Friedens
364. Neues Wiener Journal	7. 6. 1928	Wie Wilhelm II. den Grafen Witte blamierte
365. Neues Wiener Journal	15. 6. 1928	Der verhinderte Weltkrieg im Jahre 1909
366. Neues Wiener Journal	17. 6. 1928	Die Industrie als Friedensinstrument
367. Neues Wiener Journal	19. 6. 1928	Die Tragödie des Generaladjutanten von Chelius
368. Neues Wiener Journal	22. 6. 1928	Die letzte Chance vor dem Weltkrieg
369. Neues Wiener Journal	24. 6. 1928	Die deutsche Armee in einer Falle
370. Neues Wiener Journal	26. 6. 1928	Wie Hindenburg Generalissimus wurde
371. Vossische Zeitung	27. 6. 1928	Amerikas Wirtschaftsexpansion
372. Neues Wiener Journal	29. 6. 1928	Bethmann-Hollwegs Friedensangebot
373. Neues Wiener Journal	1. 7. 1928	Der Sturz Falkenhayns
374. Neues Wiener Journal	5. 7. 1928	Wie Hoffmann die Schlacht von Tannenberg erzwang
375. Neues Wiener Journal	7. 7. 1928	Das Schicksal der deutschen Armee
376. Börsen Courier	12. 7. 1928	Rohstahlentscheidung
377. Neues Wiener Journal	12. 7. 1928	Wie die Auslieferung der deutschen Heerführer verhindert wurde
378. Neues Wiener Journal	14. 7. 1928	Eine Pionierin der deutsch-französischen Verständigung
379. Neues Wiener Journal	17. 7. 1928	Die Umkehrung des Friedensvertrages von Versailles
380. Neues Wiener Journal	21. 7. 1928	Entscheidungskampf um die Eisenweltermärkte
381. Kasseler Tageblatt	29. 7. 1928	Der Entscheidungskampf um die Weltermärkte
382. Neues Wiener Journal	7. 8. 1928	Industriebündnisse und Diplomatie
383. Börsen Courier	9. 10. 1928	England und Amerika
384. Neues Wiener Journal	18. 10. 1928	Ein europäischer Dreibund gegen Moskau
385. Neues Wiener Journal	23. 12. 1928	Es gibt kein Paktieren mit dem Bolschewismus

386. Neues Wiener Journal 25. 12. 1928 Industrie- und Militärbündnis  
zwischen Deutschland und  
Frankreich

## 1929

387. Berl. Börsen Courier 17. 1. 1929 Bündnis mit Frankreich –  
England
388. Neues Wiener Journal 7. 4. 1929 Fochs politisches Testament
389. Neues Wiener Journal 19. 5. 1929 Moskaus blutige Pläne in  
Deutschland
390. Berl. Börsen Courier 4. 7. 1929 Reparationen und Arbeits-  
losigkeit
391. Berl. Börsen Courier 14. 7. 1929 Briand und Europa
392. Neues Wiener Journal 21. 7. 1929 Was die deutschen Delegier-  
ten versäumt haben
393. Berl. Börsen Courier 23. 7. 1929 Waffenbündnis?
394. Vossische Zeitung 14. 8. 1929 England im Europakartell
395. Vossische Zeitung 21. 8. 1929 England und die deutsch-fran-  
zösischen Industriebündnisse
396. Berl. Börsen Courier 14. 9. 1929 Wirtschafts-Europa
397. Neues Wiener Journal 26. 9. 1929 Die Intrige gegen die Ab-  
rüstung zur See

## 1930

398. Deutsche Bergwerkszeitung 10. 1. 1930 Zum Hungertod verurteilt?
399. Neues Wiener Journal 22. 1. 1930 Sowjets hinaus!
400. 8-Uhr-Abendblatt 3. 2. 1930 Rom und Moskau
401. Neues Wiener Journal 16. 3. 1930 Französisches Kapital für  
Deutschland
402. Neues Wiener Journal 8. 5. 1930 Englands wankende Macht
403. Neues Wiener Journal 22. 5. 1930 Bolschewistische Pest über  
Asien
404. Berl. Börsen Courier 28. 6. 1930 Zu Briands Memorandum
405. Deutsche Bergwerkszeitung 1. 7. 1930 Frankreich sucht Rücken-  
deckung
406. Vossische Zeitung 14. 8. 1930 Britisches Wirtschafts-  
imperium
407. Tempo 25. 8. 1930 Was Moskau von unseren  
Nationalisten erhofft

408. Vossische Zeitung	4. 9. 1930	Was wird aus der Rohstahlgemeinschaft?
409. Neues Wiener Journal	11. 9. 1930	Politische Hintergründe für die Krise der internationalen Rohstahlgemeinschaft
410. Tempo	20. 9. 1930	Kronprinz und „Erbfeind“
410 a. Die Bewegung (Stahlhelm)	19. 10. 1930	Eine Zuschrift Arnold Rechbergs
411. Tempo	20. 11. 1930	Wenn Europas Eisenblock platzt . . .
412. Neue Leipziger Zeitung	16. 11. 1930	Diskussion über die Welt-Atempause
413. Vossische Zeitung	2. 12. 1930	Verlorene Märkte
414. Neues Wiener Journal	9. 12. 1930	Goldkongestion und Goldblutleere

## 1931

415. Kleines Journal	20. – 26. 2. 1931	Graf Witte und Deutschland
416. Neues Wiener Journal	22. 2. 1931	Wer sind die wahren Mörder Rathenaus?
417. Kleines Journal	27. 2. 1931	Walter Rathenau und der Bolschewismus
418. Neues Wiener Journal	6. 3. 1931	Das Gold macht Außenpolitik
418 a. Neues Wiener Journal	13. 3. 1931	Protest gegen das Russengeschäft
419. Tempo	13. 3. 1931	Rußlandgeschäft profitabel?
420. Kleines Journal	20. 3. 1931	Das Geschäft mit dem Bolschewismus
421. Kleines Journal	27. 3. 1931	Verstärkung des bolschewistischen Dumpings
422. Kleines Journal	10. 4. 1931	Gefährliche Kriegspläne Rußlands
423. Tägliche Rundschau	9. 4. 1931	Die Zerstörung der Weltkaufkraft durch den Bolschewismus
424. Tägliche Rundschau	18. 4. 1931	Die Verbrüderung mit dem Bolschewismus
425. Kleines Journal	8. 5. 1931	Aussichten eines deutsch-französischen Militärabkommens
426. Neues Wiener Journal	17. 5. 1931	Wie selbst deutsche Patrioten sich von Moskau täuschen lassen
427. Kleines Journal	22. 5. 1931	Sperrung der Auslandskredite?

428. Kleines Journal	3. 7. 1931	Die tödliche Krankheit der Weltwirtschaft
429. Tempo	29. 7. 1931	Ein Vorwort Richelieus zur Frankreich-Verhandlung
430. Tempo	11. 8. 1931	Künstliche Armut
431. Tempo	17. 8. 1931	Umstrittene Geldschöpfung
432. Kleines Journal	21. 8. 1931	Schafft Geld!
433. Tempo	24. 8. 1931	Frankreich über Deutschlands Kreditwürdigkeit
434. Neues Wiener Journal	23. 8. 1931	Deutschlands künstliche Kapitalarmut
435. Berl. Börsen-Courier	25. 8. 1931	Ein Vorschlag
436. Kleines Journal	28. 8. 1931	Durchhalten ohne Ende?
437. 8-Uhr-Abendblatt	28. 8. 1931	Erhöhter Notenumlauf, keine Inflation?
438. Kleines Journal	4. 9. 1931	Vom Golde erschlagen
439. Neues Wiener Journal	6. 9. 1931	Arbeitslosenfrage und Bolschewismus
440. 12-Uhr-Blatt	4. 9. 1931	Der Plan Rechbergs
441. 8-Uhr-Abendblatt	19. 9. 1931	Ausweitung des Notenumlaufs
442. Tempo	21. 9. 1931	Lehre für Deutschland
443. Neues Wiener Journal	27. 9. 1931	Was steht zwischen Deutschland und Frankreich?
445. 8-Uhr-Abendblatt	2. 10. 1931	Wie sie einander ergänzen (Sondernummer)
446. Kleines Journal	16. – 22. 10. 1931	Dollar in Not
447. Kleines Journal	23. – 29. 10. 1931	Verblassendes Gold
448. 8-Uhr-Abendblatt	28. 10. 1931	Wie weit darf man gehen?
449. Kleines Journal	30. 10. – 5. 11. 1931	Sieben rettende Notverordnungen
450. 12-Uhr-Blatt	31. 10. 1931	Um die Verlängerung des Auslandskredits Vorschläge aus der Wirtschaft
451. Neues Wiener Journal	1. 11. 1931	Das entthronte Gold
452. Kleines Journal	6. – 12. 11. 1931	Das Todeskreuz über Deutschland
453. Neues Wiener Journal	6. 11. 1931	Wie kann die Deflation in Deutschland überwunden werden?
454. Das Montagsblatt	9. 11. 1931	Entthronung des Goldes
455. Kleines Journal	13. – 19. 11. 1931	Deutschlands Trumpfkarte

- |                       |                       |  |
|-----------------------|-----------------------|--|
| 456. Kleines Journal  | 20. – 26. 11. 1931    | Brünings verhängnisvolle Erbschaft                     |
| 457. Kleines Journal  | 27. 11. – 3. 12. 1931 | Der Weg zur Rettung beschritten                        |
| 458. Das Montagsblatt | 30. 11. 1931          | Deutschland im roten Spiel                             |
| 459. Kleines Journal  | 4. – 10. 12. 1931     | Deutsch-französischer Montanblock                      |
| 460. Kleines Journal  | 11. – 17. 12. 1931    | Die Notverordnung und Arnold Rechbergs Vorschläge      |
| 461. Kleines Journal  | 18. – 24. 12. 1931    | Deutschlands große Chance                              |
| 462. Kleines Journal  | 24. – 30. 12. 1931    | Riesiges Finanzprojekt 10 Milliarden aus eigener Kraft |

## 1932

- |                           |                     |   |
|---------------------------|---------------------|---|
| 463. Kleines Journal      | 1. – 7. 1. 1932     | Moratorium in den Stillhalteverhandlungen         |
| 464. Neues Wiener Journal | 3. 1. 1932          | Das Industriesterben in Deutschland               |
| 465. Kleines Journal      | 29. 1. – 4. 2. 1932 | Deutschland in der Isolierung                     |
| 466. Neues Wiener Journal | 31. 1. 1932         | Ist der Weltfriede durch den Ostkonflikt bedroht? |
| 467. Das Montagsblatt     | 1. 2. 1932          | Zehn Milliarden neues Geld                        |
| 468. Kleines Journal      | 5. 2. 1932          | Kanonen donnern vor Genf                          |
| 469. Das Montagsblatt     | 8. 2. 1932          | Zehn Milliarden neues Geld                        |
| 470. Kleines Journal      | 12. – 18. 2. 1932   | Hochspannung Deutschland-Frankreich               |
| 471. Neues Wiener Journal | 11. 2. 1932         | Brünings Abrüstungsthese                          |
| 472. Kleines Journal      | 19. 2. 1932         | Das amerikanische Beispiel                        |
| 473. Kleines Journal      | 26. 2. 1932         | Die Chance zum Wiederaufstieg                     |
| 474. Kleines Journal      | 4. – 10. 3. 1932    | Und Frankreich? Kühle Überlegungen                |
| 475. Neues Wiener Journal | 4. 3. 1932          | Diktatur?   |
| 476. Kleines Journal      | 11. 3. 1932         | Die verpaßte Gelegenheit                          |
| 477. Neues Wiener Journal | 13. 3. 1932         | Geldschöpfungsplan                                |
| 478. Kleines Journal      | 24. – 31. 3. 1932   | Deutschland kann sich retten                      |
| 479. Neues Wiener Journal | 27. 3. 1932         | Ostererinnerungen an Briand                       |
| 480. Kleines Journal      | 1. – 7. 4. 1932     | Großzügige Befreiungspolitik                      |
| 481. Kleines Journal      | 29. 4. – 4. 5. 1932 | „Nationale Diktatur“ – französischer Kriegsgeist  |

- |                                  |                     |                |   |
|----------------------------------|---------------------|----------------|---|
| <b>482. Kleines Journal</b>      | <b>6. – 12.</b>     | <b>5. 1932</b> | <b>Der Weg der unmittelbaren Einigung</b>               |
| <b>483. Kleines Journal</b>      | <b>13. – 19.</b>    | <b>5. 1932</b> | <b>Bündnisprojekt Doumers</b>                           |
| <b>484. Neues Wiener Journal</b> | <b>24.</b>          | <b>5. 1932</b> | <b>Meine Bündnisverhandlungen mit Paul Doumer</b>       |
| <b>485. Neues Wiener Journal</b> | <b>25.</b>          | <b>5. 1932</b> | <b>Abkehr vom Goldstandard</b>                          |
| <b>486. Neues Wiener Journal</b> | <b>1.</b>           | <b>6. 1932</b> | <b>Brünings Rücktritt</b>                               |
| <b>487. Kleines Journal</b>      | <b>17. – 23.</b>    | <b>6. 1932</b> | <b>Das Rad rollt unaufhaltsam weiter</b>                |
| <b>488. Kleines Journal</b>      | <b>24. 6. – 30.</b> | <b>6. 1932</b> | <b>Deutsch-französische Generalstabs-Verständigung?</b> |

## Personenregister

- Alvensleben, Bodo von 94  
Alvensleben, Werner von 94, 129  
Anspach, Erich 249  
Auer, Ernst 112, 213 f  
Augagneur 31
- Ballin, Albert 46  
Barth, Erwin 66  
Bartholomé, Albert 14  
Barthou, Louis 196  
Bauer, Max 3, 59 f, 73, 79, 180 f  
Benedikt XV., Papst 245  
Bernhard, Georg 131-136, 142,  
224-243  
Bernstorff, Johann-Heinrich Graf von  
168  
Bethmann-Hollweg, Theobald von  
27-35, 38 f, 171, 255, 258  
Bieberstein, von 29  
Birkenhead, Lord 106  
Bismarck, Otto Fürst von 24, 78,  
100, 147, 149, 151, 153, 160, 185,  
187, 195, 198, 202, 226, 248  
Bodenhausen, Eberhard Frh. von 223  
Bolo Pascha 34, 171  
Bonar Law, Andrew 250  
Bradbury, Sir John 248  
Briand, Aristide 15, 101, 103, 113,  
124, 135, 183, 206, 254, 259, 262  
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von  
51, 56 f, 176 ff  
Brüning, Heinrich 124, 136, 262 f  
Bülow, Bernhard Fürst von 16, 18,  
30, 50, 157
- Buré, Emile 99
- Cailliau, Madame 144 f  
Caillaux, Joseph 17, 26, 34, 101,  
171 f, 215  
Calmette, Gaston 17  
Cambon, Paul 46  
Cavallini 34  
Cecil, Lord 183  
Chamberlain, Joseph 58  
Chamberlain, Neville 140  
Chelius, Oskar von 14, 20, 146,  
158 f, 258  
Childs, Sir Wildham 106  
Churchill, Winston 63, 183  
Clemenceau, Georges 15, 34, 54,  
139, 158, 181, 183  
Cormon, Fernand 14 f, 19 f, 36,  
160-163  
Coudenhove-Kalergi, Graf Richard  
128  
Coulson, Lord 21  
Cuno, Wilhelm 86  
Curtius, Julius 118 f, 134, 136
- D'Abernon, Lord 61 f, 74, 89, 101  
D'Adda, Lorenzo Marchese 30 ff,  
34 f, 163-167, 171  
Danton, Georges 192  
Dard, Emile 67 f  
Davenport 182  
David, Eduard 51 f, 176  
Dawes, Charles 88, 256



- Degoutte, Jean 74  
 Delcassé, Théophile 15, 31 f, 35,  
 163-166  
 Denvignes 74  
 Dernburg, Bernhard 245  
 Deterding, Sir Henri 108 f, 135,  
 210 ff  
 Deutelmoser, Erhard 37  
 D'Humières, Vicomte 163  
 Diehn, August 93 f, 96  
 D'Ormesson, Wladimir Graf 129  
 Doumer, Paul 263  
 Dreyfus, Alfred 234  
 Duden, Konrad 10  
 Duhr, Bernhard 184  
 Düsterberg, Theodor 112
- Ebert, Friedrich 47, 49, 55, 75, 171  
 Eckardstein, Hermann Frh. von 58,  
 207  
 Eduard VII., König 245  
 Ehrensvärd, Graf 74  
 Ehrhardt, Hermann 59, 123  
 Ehrhardt, Otto 33, 103  
 Eichhorn, Hermann von 24, 36, 39,  
 94  
 Eisner, Kurt 65  
 Elbau, Julius 113, 116, 215 f, 224  
 Erzberger, Matthias 28-53, 56 f, 61,  
 65, 83 f, 166 ff, 170 ff, 176 ff, 182 f,  
 254  
 Escherich, Georg 59
- Falkenhayn, Erich von 29, 31, 37,  
 39, 245, 258  
 Faulhaber, Michael von 69  
 Faure, Felix 15  
 Fischbeck, Otto 171
- Foch, Ferdinand 64, 69 f, 85, 88-91,  
 98, 101, 103, 142, 201-203, 259  
 François-Poncet, André 123, 125  
 Friedrich der Große 24, 209  
 Fritsch, Werner Frh. von 3, 7 f,  
 139-142  
 Frühwirth, Andreas 184  
 Gardiner 246  
 Gaulle, Charles de 144 f  
 Georg V., König 200  
 Gersdorff, Cläre von 14  
 Gessler, Otto 104, 207 ff  
 Gilbert, Parker 252  
 Gleichen, Heinrich Frh. von 129 f  
 Godard 239  
 Gontard, Paul von 183  
 Göring, Hermann 139  
 Grahame, George 21, 26, 43 f, 58,  
 169 ff, 177  
 Gramont, Duc de 13  
 Grautoff, Ferdinand 30, 62, 183 f  
 Grey, Sir Edward 21  
 Grolman, Wilhelm von 74, 138  
 Groener, Wilhelm 124, 224  
 Guerneu 176  
 Guggenheimer, Emil 47, 183
- Haefthen, Hans von 52  
 Haguenin 61  
 Hamilton, Sir John 70  
 Hammerstein, Kurt Frh. von 123, 225  
 Haeseler, Gottlieb Graf von 24 f, 246  
 Hébrard 15 f, 19  
 Heineken, Philipp 46, 49  
 Hertling, Georg Graf von 21, 26 f,  
 31, 43, 49, 65  
 Hervé, Gustave 119-125  
 Hesnard 61  
 Heydrich, Reinhard 142

- Heye, Wilhelm 112, 118  
 Himmler, Heinrich 136, 142  
 Hindenburg, Paul von 39, 42, 108,  
 123, 258  
 Hintze, Paul von 48  
 Hitler, Adolf 71 ff, 96, 121 ff, 138-  
 143, 145, 147, 191-194, 197-200  
 Hoffmann, Cornelia Irene 35, 42, 65  
 Hoffmann, Max 3, 35, 42 ff, 48,  
 60 f, 63 ff, 68, 71, 79, 84, 89, 108,  
 133, 141, 145, 167-172, 182 f, 203,  
 234, 242, 258  
 Houghton, Alanson 61  
 Hoesch, Leopold von 87, 216 f, 231  
 Hugenberg, Alfred 47, 49, 84, 95,  
 116, 134, 172, 214, 227, 254 ff  
 Hutin, Marcel 114, 116, 216  
  
 Iswolsky 35  
  
 Jagow, Gottlieb von 27-35, 171  
 Jaenecke, Wilhelm 55  
 Janin 85  
 Jarres, Karl 252 f  
 Jaurès, Jean 22  
 Joynton Hicks, William 105  
 Jud, Rupertus 184  
  
 Kahr, Gustav von 65 ff, 185  
 Kapp, Wolfgang 59, 193, 195  
 Kastl, Ludwig 116  
 Kaufmann-Asser, Hetta von 11  
 Kiderlen-Waechter, Alfred von 18,  
 158  
 Kilmarnock, Lord 61 f  
 Kleefeld, Kurt von 41  
 Klinger, Max 10  
 Kloenne, Moritz 106, 116  
  
 Kluck, Alexander von 40, 61, 203  
 Knobelsdorf, Konstantin Schmidt von  
 29  
 Koch, Rudolf von 18  
 Köpke 86-89, 104, 106, 209  
 Koerber, Adolf Viktor von 16, 38,  
 103, 112  
 Krupp, Friedrich Alfred 29  
 Kühlmann, Richard von 48, 52, 171  
 Kühn, Paul 11  
  
 Lamezan, Albrecht Frh. von 112  
 Lammers, Hans Heinrich 139  
 Laurent, Charles 61, 92  
 Lauzanne 137  
 Laval, Pierre 124  
 Lenin 38, 246  
 Lersner, Kurt Frh. von 123  
 Lewinsohn (Morus), Richard 81  
 L'Hopital 201  
 Lichtenberger, Henri 129  
 Lippe, Georg von der 112, 118, 124,  
 215 f  
 Lloyd George, David 44, 63, 183,  
 245 f, 248  
 Locker-Lampson 106  
 Lockroy 163  
 Ludendorff, Erich 40, 42, 65-75,  
 78, 83, 127, 138, 141, 168, 177,  
 183-200, 249  
 Ludendorff, Margarete 40, 65, 168  
 Ludendorff, Mathilde 69, 72  
 Ludwig, Max 225  
 Lüttwitz, Walter Frh. von 59, 183  
  
 Mac Donald, Ramsay 105  
 Machiavelli 126  
 Mahraun, Artur 96-99, 101, 134, 205  
 Malcolm 61 ff, 67, 182, 249

- Maltzan, Ago Frh. von 83, 86 f  
 Mansard, von 37  
 Margerie, Pierre de 86  
 Marx, Karl 76  
 Marx, Wilhelm 88, 251, 253  
 Maxwell-Fife, Sir David 146  
 Mayer, Wilhelm 247  
 Mayr 111 f, 213 f  
 Mayrisch, Emil 128, 257  
 Meissner, Otto 66, 75  
 Menenius Agrippa 54, 245  
 Menzel, Adolph 10  
 Meyer, Alois 110  
 Millerand, Alexandre 85, 89, 101,  
 196  
 Mond, Sir Alfred 105 f, 190 f, 239,  
 256 f  
 Montesquiou, Robert de 13  
 Montmorency, Duc de 13  
 Morgan 72  
 Morozowicz, von 123  
 Mudra, Bruno von 24 f, 28  
 Müller, Hermann 215  
 Müller-Fulda, Richard 17, 21  
 Mumm von Schwarzenstein, Alfons  
 Frh. 29  
 Murat, Prinzessin Lucien 13  
 Mussolini, Benito 192, 198  
 Mutius, Gerhard von 86  
  
 Napoleon I. 160, 201  
 Neurath, Konstantin Frh. von 139  
 Nicolai, Walter 29, 32, 36 ff, 82, 97,  
 144, 146, 149, 214, 224, 227, 233,  
 250, 254 f  
 Nollet, Charles 61 f, 64, 103  
 Northcliffe, Lord 183, 245  
 Noske, Gustav 62 f, 67, 182 f  
 Noulens, J. 26 ff  
 Nowak, Karl Friedrich 64  
  
 Oberföhren, Ernst 123  
 Opel, Wilhelm von 47  
 Oven, Ernst von 59, 183  
  
 Pabst, Waldemar 59  
 Pacelli, Eugenio 68 f  
 Painlevé, Paul 112, 215  
 Pannwitz, Rudolf 128, 156, 221-224  
 Papen, Franz von 136 f  
 Parker 183  
 Payer, Friedrich von 47  
 Pétain, Philippe 143  
 Peyerimhoff, de 256  
 Piccioni 163  
 Poehner 185  
 Poincaré, Raymond 22, 74, 85-89,  
 103, 111-116, 118, 120, 164, 215-  
 218, 250 f  
 Preussen, Heinrich Prinz von 30  
 Preussen, Joachim Prinz von 246  
 Price, G. Ward 145  
 Prior 176  
 Puttkamer, Jesko von 20  
  
 Quaatz, Reinhold 89, 127  
  
 Raffaelli, Jean Francisque 14, 17,  
 19  
 Rathenau, Walther 46, 76, 152,  
 247, 249, 260  
 Rauch, Fritz 110  
 Rechberg, Anna 10, 36, 81, 144,  
 158, 176 f  
 Rechberg, Fritz 10, 17 ff, 30, 34,  
 81, 92-95, 150, 157, 242  
 Rechenberg, Albrecht Frh. von 56  
 Reinhold, Peter 125  
 Reventlow, Ernst Graf von 46

- Reynaud, Paul 85-87, 113, 116 ff,  
132, 139 f, 196, 215 f, 226, 231,  
247, 249, 257
- Rheinbaben, Werner Frh. von 83, 87
- Rhodes, Cecil 58, 247
- Ribbentrop, Joachim von 142
- Richelieu 261
- Richthofen, Hartmann Frh. von 36,  
38, 104, 168, 171, 209
- Rodin, Auguste 14
- Rohan, Duc de 13
- Roehl, Maximilian von 36
- Rohrbach, Paul 55
- Roll, Alfred 14
- Rosenberg, Frederic von 86
- Rosterg, August 47, 51, 89, 92, 94 f
- Rothermere, Lord 213
- Sauerwein, Jules 68, 87, 100 ff, 204 ff
- Scarfoglio, Edoardo 29
- Schacht, Hjalmar 116, 183, 215
- Scheidemann, Philipp 47, 49, 111,  
171, 182
- Schellenberg, Walter 142 f
- Scheubner-Richter, Max Erwin von  
198
- Schiffer, Engen 63
- Schleicher, Kurt von 3, 102-105, 110,  
116, 123, 127, 134, 137, 142, 207-  
210, 233
- Schlieffen, Alfred Graf von 179
- Schlumberger, Jean 129
- Schoenaich, Paul Frh. von 128
- Schröder, Alexander Frh. von 37
- Schröder, Katharina Frfr. von 37
- Schulte, Karl Joseph 251
- Schwob, Maurice 98 f, 102
- Scovgaard-Petersen 176
- Seeckt, Hans von 7, 48, 56, 142,  
173 ff, 233
- Seffner, Carl 10
- Seisser, von 192
- Seldte, Franz 112, 123
- Semenow 247
- Serao, Mathilde 29
- Severing, Karl 110
- Siegfried, André 129
- Simons, Walter 74
- Solf, Wilhelm 51
- Spanien, Eulalia Infantin von 13
- Spencer 177 f
- Stalin 145
- Stampfer, Friedrich 49 f, 175
- Stegemann, Hermann 178
- Stewart-Roddie 200
- Stinnes, Hugo 46, 69, 79, 81 f,  
247, 249 ff, 257
- Stoecker, Walter 114
- Stockhammern, Franz von 50
- Stresemann, Gustav 7, 38, 41, 54,  
74, 80, 83 f, 86 f, 102, 104, 106,  
109 ff, 113, 116, 118, 130, 134 f,  
152, 206, 215, 231, 251
- Südekum, Albert 183
- Talleyrand 248
- Tardieu, André 121
- Thelwall 73
- Thyssen, Fritz 46, 255
- Tiele-Winckler, Rose Freifrau von  
14, 16, 18 f, 33, 36, 157 f
- Tirpitz, Alfred von 48, 171
- Tournès 112
- Traub, Gottfried 185
- Tschitscherin 248, 253
- Turner 176
- Tyrrell, Sir William 106, 113, 215,  
257

- Ullstein, Franz 109, 111, 215 f  
 Ullstein, Louis 125  
 Uzès, Duc d' 13
- Vanderlip 246  
 Vögler, Albert 116  
 Voss 176
- Wagner 122  
 Walch 90, 103, 116  
 Waldeck-Pyrmont, Josias Erbprinz zu 96  
 Weardale, Lord 46, 170  
 Wentzcke, Paul 87 f  
 Westarp, Kuno Graf von 13, 44, 47, 89, 95, 98, 118, 134  
 Wetzell, Georg, 101, 104
- Weygand, Maxime 101  
 Wiedfeldt, Otto 56  
 Wiedemann, Fritz 139, 141  
 Wiegand, Karl von 83  
 Wilhelm I., Kaiser 195  
 Wilhelm II., Kaiser 146, 207, 238, 258  
 Wilhelm, Kronprinz 18 f, 24, 28 f, 33, 43, 54 f, 89, 157, 178 f, 245 f, 260  
 Wilhelmina, Königin 13  
 Wilson, Woodrow 177, 245  
 Winterfeldt, Detlof von 23, 158  
 Witte, Graf 16, 207, 258, 260  
 Witting, Richard 47, 189, 191, 196, 255, 257
- Zimmermann, Arthur 31